

Wer sich benachteiligt fühlt, will dazugehören; Jeder vierte Migrant fühlt sich diskriminiert. Ein gutes Zeichen, sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani. Denn das heißt, er erwartet gleiche Chancen.

ZEIT-online

Mittwoch 14. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: DISKRIMINIERUNG; Ausg. 34

Length: 1706 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

In einem Integrationskurs "Deutsch als Fremdsprache" an der Volkshochschule Leipzig hilft der Deutschlehrer Gerd Fricke (l) Sado Hamad aus dem Irak beim Schreiben an der Tafel, aufgenommen am 04.04.2011. Der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführte Kurs geht zu drei Leistungsstufen mit insgesamt 645 Stunden, die von den ausländischen Teilnehmern innerhalb eines Jahres absolviert werden müssen. Deutschlandweit nehmen gegenwärtig 140.000 Menschen an rund 16.000 Integrationskursen teil. Tausende weitere Personen warten zur Zeit auf eine Teilnahme. Foto: Waltraud Grubitzsch

© Waltraud Grubitzsch/dpa

ZEIT ONLINE: Herr Mafaalani, nur sechs Prozent der Behinderten, aber jeder vierte Schüler oder Student mit **Migrationshintergrund** fühlt sich diskriminiert. Das steht im Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes *Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben*. Wie realistisch sind diese Zahlen?

Aladin El-Mafaalani: Hier wurden Menschen nach ihrem subjektiven Empfinden befragt. Die Ergebnisse zeigen nur, wie diskriminiert sie sich fühlen. Dieser Forschungszugang ist deshalb natürlich nicht falsch. Das Studiendesign muss so sein, denn Arbeitgeber und Lehrer werden nicht objektiv antworten, wie sehr sie ihre Schüler oder Angestellten diskriminieren - auch weil vieles nicht bewusst und zielgerichtet geschieht.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse nicht überraschend. Andere Befragungen zeigen, dass in den letzten Jahren Vorurteile gegenüber Migranten, vor allem gegenüber Muslimen gerade in der oberen Mittelschicht gestiegen sind.

ZEIT ONLINE: Neigen aber Schüler und Studenten mit Migrationshintergrund eher dazu, sich zu beschweren als Behinderte? Oder werden sie wirklich viel häufiger diskriminiert?

El-Mafaalani: Ich würde es zurückhaltender formulieren: Jugendliche mit Migrationshintergrund scheinen viel stärker als früher gleiche Chancen für sich zu beanspruchen. Das werde ich sehr positiv. Hätte man die erste Generation Einwanderer gefragt, ob sie sich diskriminiert fühlen, hätten diese weniger häufig ja gesagt. Nicht weil

Wer sich benachteiligt fühlt, will dazugehören Jeder vierte Migrant fühlt sich diskriminiert. Ein gutes Zeichen, sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani. Denn da....

sie mit weniger Vorurteilen zu tun hatten - im Gegenteil - sondern weil sie nicht den Anspruch hatten, genauso behandelt zu werden wie die Deutschen. In Frankreich gibt es Studien, die sich mit den randalierenden Jugendlichen der Vorstädte auseinandergesetzt haben. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass es sich trotz der Gewalt um eine integrative Bewegung handelt. Denn die Jugendlichen protestieren, weil sie sich mit Frankreich identifizieren. Sie sagen von sich: Ich bin Franzose, ich fordere daher gleiche Chancen, aber ich werde diskriminiert.

International vergleichende Studien zeigen, dass sich Minderheiten in Skandinavien am stärksten diskriminiert fühlen und Osteuropa die niedrigsten Werte hat. Dieser Befund deckt sich nicht mit der tatsächlichen Ungleichstellung, sondern mit der Anspruchshaltung und Identifikation der Minderheit mit der Gesellschaft und mit der allgemeinen Sensibilität gegenüber ungerechtfertigter sozialer Ungleichheit.

ZEIT ONLINE: Das heißt, behinderte Menschen sollten sich eigentlich lauter beschweren?

El-Mafaalani: Wenn Migrantenkinder heute in gesonderten Klassen unterrichtet würden, wie dies früher geschah und wie es auch heute noch mit behinderten Schülern geschieht, würden sie und ihre Eltern sich nicht zu sechs sondern zu fast 100 Prozent diskriminiert fühlen. In den siebziger Jahren hatten die Migranten damit kein großes Problem, eben weil sie Gleichberechtigung und Gleichstellung nicht erwartet haben. Ich würde deshalb auch problematisieren, dass sich so wenige Menschen mit Behinderung diskriminiert fühlen: Hier ist eine Gruppe, die sich mit Ungleichstellung arrangiert hat und Benachteiligung eher akzeptiert.

ZEIT ONLINE: Gibt es auch die Neigung einiger Migranten, sich in der Rolle als Diskriminierungsopfer einzurichten?

El-Mafaalani: Manche Schüler und Studenten nutzen Diskriminierung als Ausrede etwa für schlechte Noten, die sie selbst verantworten müssten. Erlebt haben sie Diskriminierung aber wahrscheinlich trotzdem. In meinen eigenen Untersuchungen konnte ich grob drei Typen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterscheiden, die auf die gleiche diskriminierende Situation komplett anders reagieren. Zum Beispiel: Ein Verkäufer beobachtet den Jugendlichen in einem Laden misstrauisch oder eine ältere Frau wechselt die Straßenseite, um nicht an dem Jugendlichen vorbeigehen zu müssen. Der erste Typ fühlt sich durch solche Erlebnisse ohnmächtig, zieht sich zurück, der zweite wird aggressiv. Beide richten sich im schlimmsten Fall in ihrer Opferrolle ein und werden sehr empfindlich auch gegenüber Kleinigkeiten.

ZEIT ONLINE: Das hilft aber nicht, die Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft abzubauen.

El-Mafaalani: Nein, aber es gibt einen dritten Typ. Er geht den besten, aber auch anspruchsvollsten Weg. Auch er nimmt die Skepsis wahr, geht aber offensiv damit um. Er bewertet das Verhalten dieses einen Verkäufers nicht als allgemeine Tendenz, sondern als Einzelfall. Im besten Fall geht er zu ihm hin und wünscht einen guten Morgen. Meist kommt Höflichkeit zurück. Leichter wird es für ihn, wenn er akzentfrei Deutsch spricht.

Man erkennt daraus zum einen, dass Diskriminierungserfahrungen unabhängig vom Bildungsstand in allen Schichten erlebt werden, zum anderen, dass es unterschiedliche Formen gibt, solche Situationen zu deuten und damit umzugehen. Der dritte Typus ist insbesondere deshalb so vorteilhaft, weil bei den beiden ersten Typen die Vorurteile oder die Skepsis bestätigt werden, wohingegen ein offener Umgang genau dieses Vorurteil aufzulösen vermag.

ZEIT ONLINE: Die Studie zeigt, dass es eindeutige institutionelle Benachteiligungen gibt. Kinder aus Unterschichtfamilien werden zum Beispiel seltener fürs Gymnasium vorgeschlagen. Und dann gibt es die kleinen alltäglichen Diskriminierungen. Schüler (und Lehrer) machen sich lustig über vermeintlich schwule oder lesbische Kleidung, Mädchen mit Kopftuch werden übersehen, muslimische Jungs als Machos einsortiert. Was ist schlimmer?

El-Mafaalani: Meiner Erfahrung nach beschweren sich nur wenige darüber, dass sie keine Gymnasialempfehlung bekommen haben, auch wenn genau dies ein großes Problem darstellt. Gegen manche offensichtliche

Wer sich benachteiligt fühlt, will dazugehören Jeder vierte Migrant fühlt sich diskriminiert. Ein gutes Zeichen, sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani. Denn da....

Ungerechtigkeit kann man sich auch direkt wehren. Die alltägliche und zumeist latente Diskriminierung ist jedoch viel prägender, weil sie in der Kita beginnt und in der Schule weitergeht. Besonders in sensiblen Phasen wie der Pubertät ist es viel schlimmer, sich immer wieder nicht verstanden zu fühlen als einmal eine schlechte Note zu bekommen. Und das, so sagt es auch die Studie, wirkt stark demotivierend. Der Lehrer beeinträchtigt mit seinen manchmal gar nicht böse gemeinten Sprüchen nicht direkt die Chancen des Schülers, sondern indirekt. Denn der verliert die Motivation.

Kulturübergreifend gibt es drei Parameter, die die Lern- oder Arbeitsmotivation hemmen: Wenn sich ein Mensch nicht als autonomes Subjekt wahrgenommen fühlt, sich nicht einer Gruppe zugehörig fühlt und nicht das Gefühl hat, durch sein Handeln Einfluss auf sein Umfeld nehmen zu können. Ist die Schule, die Uni oder der Arbeitsplatz ein Ort, wo der Betroffene ständig Fremdzuschreibungen erlebt, kann er das alles nicht. Das beeinträchtigt die Motivation, wodurch sich die Leistungen verschlechtern. Und dieser Jugendliche sucht sich dann andere Orte, wo er Bestätigung findet.

ZEIT ONLINE: Können Sie ein Beispiel nennen?

El-Mafaalani: Ein Beispiel für den aggressiven Typ sind die Gangsterrapper, die sich selbst zum Beispiel Nigger nennen und auch sonst alles als positiv umbewerten, was die Gesellschaft als negativ definiert. Gewalt, Sexismus, Rassismus zum Beispiel. Sie haben einen Weg gefunden, sich selbst wieder als autonom, selbstwirksam und einer Gruppe zugehörig zu fühlen. Und zwar nach eigenen Spielregeln. Es wird gewissermaßen aus der Not eine Tugend gemacht. Ein anderes Beispiel, insbesondere für den ohnmächtigen Typus, ist der Rückzug in die ethnische Community, also eine Abwendung von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft. Der offener Typus wird im Notfall Comedian. Aber im Ernst: Gerade Comedians mit Migrationshintergrund thematisieren die latenten Formen der Diskriminierung häufig sehr anschaulich.

ZEIT ONLINE: In dem Bericht werden Diversity- und Antidiskriminierungskonzepte gefordert. Was kann man sich darunter konkret vorstellen?

El-Mafaalani: Die Haltung und Sensibilität in der ganzen Gesellschaft muss sich weiter ändern. Im Grunde sind wir aber schon auf einem guten Weg. Es gibt Fortbildungen für Erzieher, Lehrer und Professoren. Firmen schreiben sich die Vielfalt in ihre Unternehmensstrategie. Auch das ist ein erster Schritt, um das Bewusstsein zu erweitern. Das werden zukünftig auch Schulen und Universitäten tun. Daraus folgt, dass strukturell Beschwerde- und Beratungsstellen eingeführt werden müssen, die jeder kennt und zu denen sich auch jeder zu gehen traut. So etwas gibt es bisher nur vereinzelt.

Viele Dinge wären leicht zu organisieren. Ein Lehrer bittet Achtklässler, Umfragen in der Klasse zu führen: Wer fühlt sich diskriminiert? Was kann man dagegen tun? Anschließend kann er gemeinsam mit den Schülern Maßnahmen diskutieren. Gefordert werden mehr Lehrer mit Migrationshintergrund in den Schulen. Das ist sicher gut, aber dauert sehr lange. Wichtiger wäre zudem, dass sie überall zu finden sind, nicht nur als Experten für Salafismus oder muslimische Schüler, sondern auch in einem normalen Sachbearbeiterjob in der Finanzbehörde. Die Erfahrung zeigt, dass sich doppelt so viele Migranten auf eine Stelle bewerben, wenn in der Ausschreibung steht, dass Menschen mit Migrationshintergrund oder mit zwei Muttersprachen ausdrücklich erwünscht sind.

ZEIT ONLINE: Gibt es eine Tendenz?

El-Mafaalani: Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich in Bezug auf Diskriminierung Wesentliches verschlechtert hat, wohl aber hat sich die Anspruchshaltung und die Sensibilität vieler Akteure und Betroffener erhöht. Das ist ja ein allgemeiner Trend, wie wir heute auch im Kontext von Sexismus, Doping und Pädophilie feststellen.

Load-Date: August 14, 2013

Ein Grandhotel für Flüchtlinge; Für Gäste mit und ohne Asyl: In Augsburg gibt es eine Kreuzung aus Künstlerhaus, Asylbewerberheim, Bar und Hotel. Das funktioniert gut, doch fehlt das Geld.

ZEIT-online

Samstag 28. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 52

Length: 1231 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Ein Zimmer im Grandhotel für **Flüchtlinge** in Augsburg

© Karl-Josef Hildenbrand/dpa

"Wann fängt denn der Unterricht endlich an", fragt das Mädchen den Mann an der Hotelbar. "Ihr habt doch noch eine halbe Stunde Zeit", sagt der, während er Milch für einen Latte Macchiato schäumt. "Schau mal, es ist erst halb elf." Die Kleine nimmt ihren Ranzen ab und schaut etwas enttäuscht. "Na gut, dann spielen wir noch", sagt sie, ruft in einer fremden Sprache nach ihrem Bruder und verschwindet durch die Glastür neben der Theke.

"Gestern haben wir zusammen Mathe-Hausaufgaben gemacht, am Ende war Alija so gut, dass sie den Unterricht jetzt wohl kaum erwarten kann", sagt der Barkeeper lächelnd. Dann reicht er einem Gast den Kaffee und hebt das klingelnde Telefon ab: "Grandhotel Cosmopolis, mein Name ist Max. Was kann ich für Sie tun?"

Grandhotel Cosmopolis, das ist ein hinter den unscheinbaren Mauern eines ehemaligen Altenheims verborgenes Modellprojekt mitten in der Augsburger Innenstadt. Die Unterkunft liegt nur wenige Hundert Meter vom Dom entfernt. Dass dies kein gewöhnliches Quartier für Reisende ist, wird schnell klar - an der achtjährigen Alija, dem Flüchtlingsmädchen aus Mazedonien, das hier mit seinen Eltern lebt. Oder an den Uhren, die in der Lobby über ausrangierten Art-déco-Möbeln hängen. Sie zeigen nicht die deutsche Ortszeit, sondern die in Flüchtlingskrisenherden wie Gaza oder Lampedusa.

Das Cosmopolis vereint Hotel, Asylbewerberheim und Kulturraum. Hotelgäste können hier im täglichen Zusammenleben sehen, mit welchen Sorgen, Problemen und Vorgeschichten Flüchtlinge zu kämpfen haben. Die wiederum erfahren Hilfe, Respekt und Teilhabe an ihrem Alltag - etwas, was viele Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus sonst kaum erleben.

60 Asylbewerber und wenige Hotelgäste

Noch nicht lange gibt es das Grandhotel, viele der Zimmer für "normale Gäste" stehen bisher leer. Trotzdem gilt es bereits landesweit als Vorzeigeprojekt, hat sogar Preise erhalten. Das Cosmopolis war ein Produkt des Zufalls:

Ein Grandhotel für Flüchtlinge Für Gäste mit und ohne Asyl: In Augsburg gibt es eine Kreuzung aus Künstlerhaus, Asylbewerberheim, Bar und Hotel. Das funktioniert....

Eine Gruppe von Künstlern hatte 2011 auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten das leerstehende ehemalige Altenheim im Paul-Gerhardt-Haus entdeckt. Die Künstler wandten sich an den Besitzer - die Diakonie Augsburg - und erfuhren, dass das Haus bereits als Asylunterkunft vorgesehen war. Der Bezirk Schwaben brauchte neue Unterkünfte, denn zu den jetzt schon 8.000 Flüchtlingen in Augsburg kommen wöchentlich neue hinzu.

"Wir entwickelten die Idee, hier Kunstateliers, Bar, Bürgerrestaurant und Flüchtlingsheim zu vereinen", sagt Susa Gunzner. Die Klangkünstlerin renovierte das Haus gemeinsam mit etwa 20 anderen Helfern. Sie half, im Erdgeschoss die Bar einzubauen, informierte skeptische Nachbarn, stellte Förderanträge, organisierte gebrauchte Möbel, sorgte dafür, dass die Brandschutzbestimmungen gewährleistet sind. Mehr als 300.000 Euro offizielle Bau- und Spendengelder und etwa tausende freiwilliger Arbeitsstunden investierten Gunzner und viele freiwillige Mitstreiter in Voll- oder Teilzeit in das Projekt, bis es im Juli genehmigt wurde.

Nun leben Künstler und Flüchtlinge unter einem Dach. Auf den unteren Etagen befinden sich Ateliers, Foto- und Tonstudios und die Zweibettzimmer der Flüchtlinge. In den oberen Stockwerken können sich seit Oktober Hotelgäste in zwölf von Künstlern individuell eingerichteten Räumen sowie in den vier Mehrbettzimmern einmieten. Die Zimmer mit klingenden Namen wie Grand Dame, Leuchtturm oder Frauenzimmer sind zwar größer als die der Flüchtlinge. Doch Dusche und WC sind auf dem Flur, die Möbel sind gebraucht und stammen aus Spenden - wie auf den Etagen der 60 hier untergebrachten Asylbewerber.

Zu den Asylbewerbern gehören auch Snezana Janevska und ihr 32-jähriger Mann Oliver. Sie haben seit ihrer Ankunft in Deutschland vor zwei Jahren schon diverse andere Flüchtlingsunterkünfte erlebt. Hier bewohnen sie gemeinsam mit den drei und acht Jahre alten Töchtern zwei jeweils etwa 15 Quadratmeter große Zimmer. Zwei schlichte Betten, zwei Stühle, ein Schrank und ein Kühlschrank stehen im Zimmer der Eltern. Den Tisch zieren bunte Plastikblumen, die Wände schmücken Bilder, die Snezana gemalt hat. Eines zeigt zwei weiße Tauben, die auf den gelben Stern der mazedonischen Flagge zufliegen.

"Das hier ist ein richtiges Zuhause für uns", sagt Oliver. "In den anderen Flüchtlingsunterkünften lebten wir mit vier weiteren Menschen in einem vielleicht 25 Quadratmeter großen Raum. Bis auf das Stockbett aus Metall mussten wir alle Möbel mit anderen teilen. Es gab kaum Kontakt zur Außenwelt, keine Hilfe, wenn ein Kind wegen Zahnschmerzen zum Arzt musste", erinnert sich Snezana. Jetzt aber helfe immer jemand - bei Übersetzungen, Arztbesuchen, Hausaufgaben. "Die Atmosphäre ist freundlich", sagt Oliver. Jeder kenne jeden beim Namen. Begegnet man sich im Haus, entspinnen sich oft nette Gespräche. Auch untereinander seien die Flüchtlinge freundlich. "Im Gegensatz zu unseren früheren Erfahrungen herrschen hier nicht Frust und Distanziertheit vor", sagt Snezana.

Den Hoteliers fehlt das Geld

Grund zum Frust hätte auch sie: Die Angst, bald nach Hause zurück zu müssen, ist immer da. "In Mazedonien gab es ethnische Probleme, weil wir orthodox sind", sagt Oliver, der in der Heimat Polizist war und dort von Unbekannten zusammengeschlagen wurde. Als politisch verfolgt wird er von den deutschen Behörden nicht eingestuft - wie viele Flüchtlinge im Haus, die unter anderem aus dem Iran, Afghanistan, Mazedonien und Tschetschenien stammen.

Das Wort Flüchtling hört man hier selten. "Wir haben nur Hotelgäste mit und ohne Asyl", sagt etwa Saged Adi Bahrami, während er im Cafébereich der Lobby Zeichnungen macht. Der junge Mann, der vor vier Jahren aus Kabul floh und inzwischen einen Aufenthaltsstatus hat, ist eine Art Bindeglied zwischen der Welt der Asylbewerber und der Hoteliers. 2011 bekam Bahrami hier ein Gastatelier.

"Die Regierung Schwaben zahlt die Zimmermiete und liefert täglich die üblichen Essenspakete für Asylbewerber, aber trotz der Vorgaben der Behörden können die Flüchtlinge eine Art normalen Alltag leben", sagt Bahrami. Leicht sei das aber nicht, vor allem, weil die Menschen nicht arbeiten dürfen. Auch Bahrami, der in Afghanistan ein Kunststudium beendet hat, würde gerne noch einmal die Universität besuchen. Wer sein Abitur- und Universitätszeugnis nicht vorlegen kann, habe aber kaum Chancen, vor allem in Bayern, klagt er.

Ein Grandhotel für Flüchtlinge Für Gäste mit und ohne Asyl: In Augsburg gibt es eine Kreuzung aus Künstlerhaus, Asylbewerberheim, Bar und Hotel. Das funktioniert....

Leicht ist es im Grandhotel auch für die Hoteliers nicht. "Vor allem fehlt Geld", sagt Susa Gunzner. Inzwischen seien darum einige der rund 20 Betreiber Experten beim Stellen von Förderanträgen. Gunzner hat in den vergangenen zwei Jahren keine Zeit mehr für die Kunst gefunden - zu viel Buchhaltung, Pressearbeit, die Bar und die Terminkoordination. Zudem kämpften sie und ihre Gruppe von Anfang an gegen die Ausweisung einiger Flüchtlinge. "Hier hört man ja die oft so schlimmen Geschichten dieser Leute im Detail", sagt sie. "Tatenlos zuschauen kann man da nicht."

Doch trotz aller Sorgen: Das Grandhotel bleibt ein Ort der Hoffnung. Vergangenes Jahr wurde hier ein Kind geboren. Mehrmals täglich sieht man den jungen Vater aus dem Iran mit seinem Baby auf dem Arm stolz lächelnd durch das Haus spazieren. Und vor einigen Tagen bot die Stadt einer Flüchtlingsfamilie eine eigene Wohnung an, weil der Mann schwer krank ist. Doch der lehnte ab, erzählt er. "Weil wir uns hier zu Hause fühlen."

Load-Date: December 28, 2013

End of Document

Europa bleibt eine Festung; Die neue EU-Flüchtlingsverordnung "Dublin III" ändert nichts am Prinzip

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 17; Ausg. 24

Length: 354 words

Body

Der viel kritisierte Umgang Europas mit Asylbewerbern geht auf die Dublin-II-Verordnung zurück, die Ende 2002 von den EU-Innenministern verabschiedet wurde. Die Verordnung - für Deutschland von Otto Schily (SPD) unterschrieben - verschärfte die Regelung von 1997 und legt fest, dass jeder Flüchtling in der EU nur einen Asylantrag stellen darf - in der Regel in dem Land, in dem er erstmals einen Fuß auf europäischen Boden gesetzt hat.

Es waren starke Staaten in der Mitte Europas wie Deutschland und Frankreich, die diesen Grundsatz durchsetzten, denn er sollte sie für Flüchtlinge quasi unerreichbar machen. Länder wie Griechenland und Italien werden seither von Asylsuchenden überrannt und mit den Problemen weitgehend alleingelassen.

In Malta, Ungarn und Griechenland werden Flüchtlinge inhaftiert oder der Obdachlosigkeit ausgesetzt. Die Hilfsorganisation Pro Asyl kritisiert, in Italien würden sie gezwungen, auf der Straße oder in leer stehenden Gebäuden zu leben. Viele Asylbewerber versuchen angesichts solcher Lebensbedingungen in andere EU-Staaten zu gelangen. In der Regel werden sie jedoch in das Land ihrer Ankunft zurückgebracht. Für Tausende Menschen bedeutet diese Praxis laut Pro Asyl, dass sie über Jahre in der EU hin und her geschoben werden. Dabei werde auch in Kauf genommen, dass Familien auseinandergerissen werden.

Letzte Woche machten 300 Libyer Schlagzeilen, die in Hamburg gestrandet waren. Ursprünglich waren sie nach Italien geflohen, von den Behörden dort aber mit 500 Euro Reisegeld weitergeschickt worden. Italien musste versprechen, die Flüchtlinge wieder zurückzunehmen.

Die neue Dublin-III-Verordnung, über die nächste Woche beraten wird, soll die Rechte Minderjähriger und besonders Schutzbedürftiger - also auch Schwangerer - stärken. Doch das Prinzip bleibt dasselbe: Flüchtlinge werden an die Peripherie Europas zurückgeschickt. Familien und Schwangere sollten schon unter Dublin II geschützt werden - und mehr als eine Sollregelung wird es auch jetzt nicht geben. Durch die bisherigen Bestimmungen haben sich die Behörden nicht von ihrer Abschiebepaxis abbringen lassen. DZ

Load-Date: June 6, 2013

Europa bleibt eine Festung Die neue EU-Flüchtlingsverordnung "Dublin III" ändert nichts am Prinzip

End of Document

»Ich bin ein strategisches Signal«; Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; »Ich bin ein strategisches Signal«; S. 7; Ausg. 38

Length: 1106 words

Byline: Anna Kemper

Body

Christoph Purps hat eine historische Nachricht zu verkünden. Die muslimische Gemeinde in Hagen feiert die Eröffnung eines neuen Gotteshauses, von einer aufblasbaren Hüpfmoschee tönt Kindergeschrei herüber, die Besucher essen, trinken Tee, kaufen Tombola-Lose. Trotz seiner historischen Nachricht ist der Kreisvorsitzende der CDU nicht gerade Mittelpunkt des Geschehens. »Wir haben«, setzt Purps an, er klingt ein bisschen stolz, »die erste türkische, muslimische Bundestagskandidatin der CDU. Ich möchte sagen: Damit geht der Wahlkreis Hagen, Ennepe Ruhr Kreis I, in die Geschichte der CDU ein!«

Die Kandidatin heißt Cemile Giousouf, ist 35 Jahre alt, Referentin im Integrationsministerium von NRW und, wie sie selbst von sich sagt: ein politisch-strategisches Signal. Ein Signal in Richtung Migranten, zu den CDU-Stammwählern und tief hinein in die eigene Partei. In Hagen haben 40 Prozent einen Migrationshintergrund. In NRW fast 25 Prozent. Aber im Bundestag nur eine einzige CDU-Abgeordnete, Michaela Noll, iranischer Vater. Cemile Giousouf sagt: »Die CDU hat mich früher emotional nicht besonders angesprochen.«

Nun zeigt die CDU guten Willen. »Bald werde ich mit meiner Frau eine Bildungsreise nach Istanbul machen«, sagt Purps, »um Ihr Land näher kennenzulernen.« Ihr Land? An der Ansprache kann die Partei noch arbeiten.

Die Strategie, Einwanderer in die CDU zu holen, kommt von oben. »Wir haben sehr lange Migranten gegenüber ausgestrahlt: Wir mögen euch eigentlich nicht«, sagt Armin Laschet, CDU-Vorsitzender in NRW, »obwohl viele Zuwanderer konservative Werte richtig finden.« Ihr Wählerpotenzial wächst, die CDU will es nicht länger SPD und Grünen überlassen. 2010 beschloss der Landesvorstand, je eine Abgeordnete türkischer Herkunft in den Landtag und in den Bundestag zu bringen. Die Landtagskandidatin Serap Güler schaffte es 2012. Die Bundestagskandidatin ist Cemile Giousouf.

Giousoufs Eltern kamen vor mehr als 40 Jahren nach Leverkusen, sie arbeiteten in einer Fabrik für Bremsbeläge. Viele Freiheiten musste Giousouf sich erkämpfen. »Ein Mädchen, das studiert und nicht bei den Eltern lebt - das gab es in der Welt, aus der meine Eltern kommen, einfach nicht«, sagt sie. »Für mich war ganz klar, dass ich das machen würde, aber ich wollte meine Eltern auch nicht vor den Kopf stoßen.«

»Ich bin ein strategisches Signal« Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

Eine Muslimin in der CDU? Christoph Purps besprach sich mit dem Kreisvorstand. Was bedeutet uns das eigentlich? »Für mich steht es für das christliche Menschenbild«, sagt Purps, »und wenn ein Muslim sich zu dem bekennt, warum sollte er dann nicht für uns kandidieren?«

Nun sitzt er ein wenig steif mit seiner Kandidatin beim Moscheevorstand und nippt an seinem Tee. Ein junger Mann sitzt ihm gegenüber, auf den Knien den kleinen Sohn, mit dessen Hand er Purps zuwinkt und dem Kind dabei ins Ohr flüstert: »Sag mal doppelte Staatsbürgerschaft!« Ein Reizwort, die CDU ist dagegen. Aber wer sich öffnen will, muss auch seine Inhalte überdenken. Viele Migranten, auch Giousouf, wünschen sich von der CDU in dieser Frage eine andere Haltung. Im Grunde ist es mit ihrer Partei wie mit ihren Eltern: Sie will sie dazu bringen, ihr Weltbild zu erweitern, dazuzulernen. Aber ohne sie vor den Kopf zu stoßen.

Als muslimische Kandidatin ist sie eine Projektionsfläche: Für die Deutschtürken ist sie »eine von uns«, die es geschafft hat. Für die anderen ist sie die moderne Muslimin ohne Kopftuch. Das ist ihre Stärke: Sie hat sich von der Welt ihrer Eltern emanzipiert, ohne sich loszusagen. Heikle Themen wie das Fasten vermeidet sie. Sie weiß: Es gilt beiden Seiten als Gradmesser für Religiosität. Ob sie fastet oder nicht, eine Seite wird es gegen sie auslegen. Also schweigt sie dazu.

Ein Abend Ende Mai. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU hat in eine Hagener Kirchengemeinde eingeladen, Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, redet über Christenverfolgung. Nach ihm wird Markus Rode sprechen, der Leiter von Open Doors, einer Organisation, die sich für verfolgte Christen einsetzt. Der Saal ist voll, im Publikum die ältere Generation der CDU-Wähler. Kauder spricht von der fehlenden Religionsfreiheit in der Türkei und dem riesigen Abstand des Landes zur europäischen Wertegemeinschaft. Klatschen, Nicken, Auf-den-Tisch-Klopfen. Rode liest eine Sure vor, die zur Verfolgung Andersgläubiger aufruft und sagt, seine Organisation wolle »Muslime von dem Joch befreien, dass sie sich zum Beispiel in die Luft sprengen müssen«.

Bei der Fragerunde meldet sich Cemile Giousouf. Jedes Wort, das sie nun sagt, wird auf die Goldwaage gelegt werden. Ist sie nicht doch eine von »denen«? Sie sagt: »Für uns als Demokraten ist die Tatsache, dass jemand aufgrund seiner Religion verfolgt, gefoltert oder getötet wird, furchterregend. Mit der eigentlichen Botschaft der Buchreligionen, also des Judentums, des Christentums und des Islams, darüber sind wir uns als gläubige Menschen sicher einig, hat das nichts zu tun.« Jemand ruft streng dazwischen: »Stellen Sie bitte eine Frage!« Aber hinterher kommen auch einige, um ihr Mut zuzusprechen. Es ist ein sehr deutscher Widerspruch: Dem Islam gegenüber bleibt das Misstrauen. Aber unsere Kandidatin ist in Ordnung.

Vor allem am Anfang, sagt Giousouf, sind ihr Ängste begegnet. »Das war«, sagt sie, »manchmal auch offensiv.« Plötzlich gab es einen internen Gegenkandidaten. Doch die Kampfabstimmung gewann Giousouf, bei den Wahlen für die Landesliste schaffte sie es auf Platz 25. Beide Male stimmte eine klare Zweidrittelmehrheit für sie. Die Basis trägt das Projekt Migrant der CDU mit. Jüngere CDUler, das merkt man, wenn man mit ihr in Hagen unterwegs ist, sehen ihre Kandidatur als selbstverständlich an. Schaden kann sie ohnehin kaum: In Giousoufs Wahlkreis ist die CDU chancenlos, ihr Listenplatz ist gut, wenn auch keine Garantie für den Einzug in den Bundestag. Immerhin: So einen guten Platz hatte die Hagener CDU schon lange nicht mehr.

Die Wähler haben ohnehin andere Sorgen. Ein Tag Ende August, Giousouf war morgens in der Stadtbäckerei, hat Hausbesuche gemacht, in einer Moschee vorbeigeschaut, bei der Aidshilfe und dem Sommerfest des Schützenvereins. Sie ist auf vieles angesprochen worden, Steuerbetrüger, Schulhofrenovierungen oder das teure Schwimmbad, aber nicht auf ihren Migrationshintergrund. Wenn sie in der Fußgängerzone Flyer verteilt, fragen die Leute sie vor allem eins: ob sie Einkaufswagen-Chips mit CDU-Aufdruck dabei habe.

VON ANNA KEMPER

Kein Kopftuch, das ist wichtig. Für Migranten ist sie auch so »eine von uns«

Load-Date: March 25, 2022

»Ich bin ein strategisches Signal« Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

End of Document

Jobchancen für Migrantenkinder in Deutschland verbessert; Die OECD sieht Fortschritte bei der Integration von Migrantenkindern in Deutschland. Sie finden hierzulande eher einen Arbeitsplatz als in vielen anderen Ländern.

ZEIT-online

Montag 3. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: OECD-INTEGRATIONSBERICHT; Ausg. 49

Length: 284 words

Body

Kinder von Zuwanderern finden heutzutage leichter einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz als noch vor zehn Jahren. Das ergab die erste Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Integration von Zuwanderern.

Insgesamt sind in fast allen OECD-Ländern die Beschäftigungsraten für Migranten im vergangenen Jahrzehnt gestiegen. 2010 lagen sie im Schnitt bei 65 Prozent und damit nur noch 2,6 Prozentpunkte tiefer als für Menschen ohne Migrationshintergrund.

Besonders deutlich war der Anstieg in Deutschland. Hierzulande gehen mittlerweile 64 Prozent der Zuwanderer im Erwerbsalter einer Beschäftigung nach - im Vergleich zu 57 Prozent im Jahr 2000. "In vielen Bereichen gelingt es OECD-Ländern heute besser als noch vor zehn Jahren, Zuwanderer zu integrieren", heißt es im Integrationsbericht.

Unterschiede zu gleichaltrigen deutschen Kindern

Einerseits hatten es Kinder von Migranten in Deutschland mit Blick auf Arbeit und Ausbildung immer noch schwerer als ihre Altersgenossen mit deutschen Eltern. 2008 hatten in der Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen 13 Prozent weder eine Beschäftigung noch absolvierten sie eine Ausbildung. Bei Kindern von im Inland geborenen Eltern waren es etwas mehr als neun Prozent.

Andererseits war die Situation in Deutschland damit laut OECD aber insgesamt besser als im Schnitt aller ihrer Mitgliedstaaten, wo 16 Prozent der Zuwandererkinder und zwölf Prozent der Kinder inländischer Eltern arbeits- und ausbildungslos waren.

In der OECD sind 34 Industrie- und Schwellenländer vereint, darunter die europäischen Staaten, die USA, Australien, Japan, Südkorea und Mexiko. Die Organisation ist bekannt für ihre Ländervergleichsstudien.

Load-Date: December 4, 2012

Jobchancen für Migrantenkinder in Deutschland verbessert Die OECD sieht Fortschritte bei der Integration von Migrantenkindern in Deutschland. Sie finden hierzul....

End of Document

Kirchenasyl reicht nicht; Wir müssen die Gesetzeslage ändern

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

18. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GLAUBEN & ZWEIFELN; Kirchenasyl reicht nicht; S. 52; Ausg. 30

Length: 834 words

Byline: Mark Spörrle

Body

Zuerst klingt es paradox: Die 80 Männer aus Afrika, die in der Hamburger Kirche St. Pauli Zuflucht gefunden haben, kamen nicht als **Asylbewerber**, sondern reisten als Touristen ein. Im Gepäck eine Aufenthaltserlaubnis für Italien, die sie von den dortigen Behörden nach ihrer Flucht aus dem kriegsgeschüttelten Libyen erhalten hatten. Das Papier erklärt sie quasi zu Italienern auf Zeit. In Italien dürften die Männer ganz legal leben, arbeiten, ihr Glück suchen. Dass ihnen das zugleich unmöglich gemacht wurde und sie keinen anderen Ausweg sahen, als nun in Deutschland zu bleiben, und sei es illegal, zeigt wieder, wie menschenverachtend das europäische **Asylsystem** ist.

Daran konnten auch 30 Jahre Kirchenasyl in Deutschland, konnte all das couragierte Engagement einzelner Christengemeinden bisher nichts ändern. Es gibt immer noch kein faires Aufnahme-, Integrations- oder, besser: Einwanderungssystem für Menschen, die vor Mord, Folter und dem Hungertod zu uns fliehen. Die **Asylgesetze** haben sich längst in **Asylverhinderungsgesetze** verwandelt. Wer es schafft, vorbei an Schiffen, Hubschraubern und Stacheldraht nach Europa zu gelangen, ohne im Mittelmeer zu ertrinken, für dessen Schicksal ist heute der Einreiseweg wichtiger als der Grund der Flucht.

Schon in den achtziger Jahren rief der Umgang mit Flüchtlingen Kirchenmitglieder auf den Plan. Kirchenasyl in allen Formen, so wie jetzt die vorübergehende Aufnahme der Männer in der Kirche St. Pauli als »humanitäre Nothilfe«, ist uralte Christenpflicht. Asyl, vom griechischen *asylon*, bedeutet Zuflucht und ist das älteste Menschenrecht überhaupt. Lange vor Christi Geburt galt: Wer sich in Heiligtümer oder Tempel flüchtete, war vor Selbstjustiz sicher und hatte die Chance auf einen Prozess, später auch auf Milde oder Begnadigung. Im alten Rom war es auch für Nichtchristen ein Sakrileg, Flüchtlinge aus christlichen Gotteshäusern zu holen. Im Mittelalter wurde Kirchenasyl zum kaiserlich verbrieften Recht: Klöster durften Schutz vor weltlichen Verfolgern gewähren.

Seit 1983 beherbergen nun deutsche Kirchgemeinden, zumeist protestantische, erneut Menschen. Um sie vor ungerechtfertigter Abschiebung zu schützen, vor Menschenrechtsverletzungen, vor Gefahr für Leib und Leben. Rein rechtlich gesehen, könnte dies auch in jeder Privatwohnung oder im Elektroladen um die Ecke stattfinden: In unserem Staat sind sakrale Orte kein rechtsfreier Raum. Wird Kirchenasyl von Behörden und Politikern in der Regel respektiert, beruht dies auf der stillschweigenden Übereinkunft, dass es hässlich aussieht, wenn in den Medien Bilder von deutschen Uniformierten auftauchen, die Kirchentüren einrammen, Priester zur Seite drängen und schreiende Frauen und Kinder aus dem Gebetshaus zerrren.

Nicht nur die Basis muss helfen, ein Bewusstsein für Unrecht zu schaffen

Dass die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in 75 Prozent der Fälle eine Lösung vermelden kann, ist zweifellos ein großer Erfolg für Hunderte von Flüchtlingen. In der Sache aber konnte das kaum etwas ändern. Das europäische Asylsystem behandelt jeden Asylbewerber wie ein unerwünschtes Paket. Immer derjenige EU-Staat ist für ihn zuständig, den er als Erstes betreten hat. Aber die Asyl- und Sozialstandards in Italien, wie die Hamburger Flüchtlinge sie erlitten haben, sind so wenig vergleichbar mit dem, was wir darunter verstehen, dass schon einige deutsche Verwaltungsgerichte entschieden, es sei nicht zumutbar, Flüchtlinge dorthin zurückzubringen. »Unmenschliche und erniedrigende Behandlung« sowie Obdachlosigkeit drohten in den überfüllten italienischen Asylslagern, schrieben Richter aus Stuttgart.

Fast noch schlimmer aber sind die Bedingungen, unter denen man dort lebt, sobald man als Flüchtling anerkannt ist. Es gibt praktisch keine Integrationsmaßnahmen, keine Sprachkurse, keine Unterkunft und deshalb auch keine Arbeit. Tausende wohnen in Slums und Abbruchhäusern oder auf der Straße. Der Frankfurter Anwalt Dominik Bender, Autor eines Berichtes für Pro Asyl, drückte es so aus: »Die italienischen Behörden legen es regelrecht darauf an, die Menschen in andere Länder Europas zu drängen.«

Wie die 300 Flüchtlinge aus Afrika, die nach Hamburg kamen und von denen einige nun in der Kirche St. Pauli Zuflucht fanden. Durchaus möglich, dass zumindest sie zu den Happy Few gehören werden, denen engagierte Christen in Deutschland wieder einmal helfen können. Doch die politischen Verhältnisse zu ändern, durch die die Afrikaner erst in ihre ausweglose Lage gerieten, das geht, wenn überhaupt, nur durch ein öffentliches Bewusstsein für die Unhaltbarkeit des Asylsystems. Dieses Bewusstsein zu schaffen, dabei müssen die christlichen Kirchen helfen - entschieden, gemeinsam, machtvoll und nicht wieder nur an der Basis. Der Besuch des Papstes in Lampedusa könnte ein Anfang gewesen sein. Aber das war hoffentlich noch längst nicht alles.

VON MARK SPÖRRLE**Load-Date:** March 25, 2022

Lichterketten und SPD-Asylanten; Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik. Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit dem "Asylkompromiss": Der Artikel 16 des Grundgesetzes wurde eingeschränkt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 22; Ausg. 49

Length: 2910 words

Byline: Vera Gaserow

Body

Die Täter kamen in der Dunkelheit und rissen die Bewohner des **Flüchtlingsheims** im brandenburgischen Waßmannsdorf aus dem Schlaf. Ein Behälter mit brauner Flüssigkeit durchschlug das Fenster. An der Hausfassade prangten ein Hakenkreuz und die gekrakelte Drohung "Rostock ist überall". Hingeschmiert in der Nacht zum 9. Oktober 2012 - um zwanzig Jahre alte böse Erinnerungen zu wecken.

Drei Tage später titelt *Bild*: **Flüchtlingswelle** vom Balkan - **Asylanträge** steigen rasant. In den Dortmunder *Ruhr Nachrichten* schlägt CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach Alarm: "Viele Städte haben die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht." Auch für die *WAZ* in Essen ist das Thema Lokalaufmacher ("Der Zuzug von **Asylbewerbern** reißt nicht ab"). *Spiegel Online* warnt vor einem "Roma-Treck". Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) prangert **Asylmissbrauch** an. Wenige Stunden nach der Einweihung des Berliner Mahnmals für die von den Nazis ermordeten Roma und Sinti in Berlin droht er **Asylsuchenden** aus Serbien und Mazedonien, mehrheitlich Roma und Sinti, kurzen Prozess und Leistungskürzungen an.

Das alles sind Schlagzeilen und Stellungnahmen, in denen, vergleichsweise leise noch, das Echo einer der erbittertsten Debatten der bundesdeutschen Geschichte nachklingt. Sie lenken den Blick zurück auf den 6. Dezember 1992. Es war der Tag, an dem sich CDU/CSU, SPD und FDP nach jahrelangen Gefechten auf einen "Asylkompromiss" verständigten. Es war der Tag, an dem eine Allparteienkoalition das juristische und semantische Kunststück fertigbrachte, ein weltweit einzigartiges Grundrecht auf Asyl durch eine Verfassungsergänzung drastisch einzuengen.

Wenn Herbert Leuninger sich an jenen Nikolaustag erinnert, dann spricht er über ein Datum des eigenen Scheiterns. Leuninger, katholischer Pfarrer im Ruhestand, war damals Sprecher der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl und ein vehementer Gegner der Grundrechtsänderung. "Ich war tief enttäuscht, weil ich dieses Verfassungsrecht als vorbildlich für die Weltgemeinschaft betrachtet hatte", sagt Leuninger heute. "Ich fühlte mich damals verraten von den Kirchen und von der SPD, die dem Kompromiss zustimmten."

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Rudolf Seiters hingegen war einer derjenigen, denen man an jenem Dezemberabend so etwas wie Genugtuung ansah. Als Bundesinnenminister hatte der Christdemokrat mit seinem Amtsvorgänger und Parteikollegen Wolfgang Schäuble jahrelang für die Grundgesetzänderung gekämpft. 1992 war geschafft, was Seiters heute den "Durchbruch" nennt. Seiters, mittlerweile Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, ruft die Situation noch einmal in Erinnerung: Anstieg der Asylanträge auf 438000 im Jahr 1992, Verdoppelung der Ausgaben für Flüchtlinge auf umgerechnet über 2,5 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund, sagt Seiters, sei er "über den Asylkompromiss mit der SPD sehr erleichtert" gewesen: "Er war ein wichtiger Schritt zum inneren Frieden in Deutschland."

Innerer Frieden. In welchem Krieg? Wenn überhaupt, dann war es ein schleichender, gefühlter Krieg, den Deutschland sich da selbst erklärt hatte. Aus einem Zusammenspiel von realer Überforderung, bürokratischem Chaos und fremdenfeindlichen Ressentiments war Anfang der neunziger Jahre, kurz nach der Wiedervereinigung, mittels politischer Instrumentalisierung und medialer Skandalisierung ein explosives Gemisch entstanden.

Wie konnte es so weit kommen? An den Autoren des Grundgesetzes lag es nicht, die 1949 in den Artikel 16 Absatz 2 der neuen Verfassung einen knappen zweiten Satz geschrieben hatten: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Der Satz war die unmissverständliche Selbstverpflichtung, aus den Erfahrungen der NS-Zeit zu lernen. Und er sollte ein Signal an die Weltgemeinschaft sein. Die Verfassungsverfasser hatten sich dabei auf den großzügigsten gemeinsamen Nenner verständigt, wohl wissend, dass er ein Risiko barg. "Die Asylgewährung ist immer eine Frage der Generosität", argumentierte damals Carlo Schmid, SPD-Mitglied im Parlamentarischen Rat, "und wenn man generös sein will, muss man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben." Dass einmal Menschen aus wirtschaftlichen Gründen das Schutzrecht nutzen würden, lag angesichts des zerstörten Landes jenseits allen Vorstellungsvermögens.

Das sollte lange so bleiben. Erst Mitte der siebziger Jahre, vor allem als der Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte das Asylrecht zum einzig legalen Einwanderungsweg in die Bundesrepublik machte, wurde die Zahl der Asyl suchenden Menschen zu einer wahrnehmbaren Größe. 1980, im Jahr des Militärputsches in der Türkei, kletterte sie über die Grenze von 100000. Im selben Jahr tauchte auch das Wort "Asyl" erstmals mit dem Anhang "ant" im Duden auf - Asylant wie Simulant, Querulant, Denunziant. Bald stand ein "Schein" davor.

Im Zweijahresrhythmus brachte die Politik nun eilig Asylverfahrensänderungen auf den Weg. Mit teils schikanösen Auflagen für die Flüchtlinge versuchte man die Tür zu schließen. Klagen auf Anerkennung als politisch Verfolgter wurden eingeschränkt. Der Visumszwang für Länder, in denen ein Bürgerkrieg tobte, wie Sri Lanka und Afghanistan, sollte die Flüchtlinge fernhalten. Doch von 1986 an stieg die Zahl der Asylsuchenden weiter.

Und es passierte das, wovor SPD-Fraktionschef Herbert Wehner bereits 1982 gewarnt hatte: "Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefeht." Bis dahin hatte kaum ein Bundesbürger je einen Flüchtling zu Gesicht bekommen, aber Politik und Medien entdeckten nun das Thema.

CDU-Generalsekretär Volker Rühe macht mobil

1986, vor der Landtagswahl in Bayern, drängte die CSU, das "Asylantenproblem" aufzugreifen. Kanzler Helmut Kohl reagierte zunächst reserviert. Auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler warnte: Die "Geister", welche die CDU rief, würde sie "nicht mehr loswerden".

Aber diese Geister waren längst da. Zur Bundestagswahl 1987 machte die Union die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl doch noch zur Forderung. Die SPD zog auf ihre Weise mit. Ihr Kanzlerkandidat Johannes Rau rühmte sich im September 1986 in einem Flugblatt, nicht Helmut Kohl, sondern er habe das Honecker-Regime dazu gebracht, die Einreise vor allem tamilischer Flüchtlinge über den Flughafen Schönefeld nach West-Berlin zu stoppen: "SPD macht's möglich - DDR stoppt Asylanten-Transit".

Bald nach der Wiedervereinigung geht es weiter. 1991 haben die alten Bundesländer den Zuzug von 400000 Spätaussiedlern aus dem östlichen Europa und 300000 Übersiedlern aus der untergegangenen DDR zu verkraften. Zum öffentlichen Problem wird jedoch nur eine Gruppe: 256000 neue Asylbewerber, die durch den zerrissenen

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Eisernen Vorhang gen Westen ziehen. Kommunen, die zur Aufnahme der Flüchtlinge verpflichtet sind, müssen eilig Notunterkünfte schaffen. Bürgermeister ächzen unter den Kosten. Anwohner reagieren verunsichert bis offen aggressiv auf die fremden Nachbarn.

Im September 1991, kurz vor der Bürgerschaftswahl in Bremen, macht Geißlers Nachfolger im Amt des CDU-Generalsekretärs, Volker Rühle, mobil. In einem Rundschreiben fordert er seine Partei auf, die "besorgniserregende Entwicklung von Asylbewerberzahlen" in allen Stadträten, Kreistagen und Länderparlamenten zum Thema zu machen "und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt". Handreichungen, wie man dabei den Volkszorn schürt, liefert Rühle frei Haus: Musterentwürfe für Ratsbeschlüsse und Presseerklärungen. So sollen die CDU-Mandatsträger fragen, wie viele Kindergärten sich mit dem Geld für die Flüchtlingsversorgung finanzieren ließen oder wie viel Unterricht ausfiele, weil Notunterkünfte Schulen und Turnhallen blockierten. Wenn sich die SPD weiter gegen die Grundrechtsänderung sperre, tönt Rühle, sei jetzt jeder Asylant ein "SPD-Asylant".

Wenige Tage später setzt im sächsischen Hoyerswerda der Mob ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter in Brand. Bei den Landtagswahlen im April 1992 triumphiert Rechtsaußen: Die "Republikaner" kommen in Baden-Württemberg auf 10,9, in Schleswig-Holstein schafft die DVU 6,3 Prozent.

Die SPD gerät zunehmend unter Druck - vor allem den der eigenen Basis. Denn die Antragszahlen steigen weiter. Was aus Statistiken, Medien und Politik nicht an die Öffentlichkeit dringt: Zehntausende der Schutzsuchenden sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem auseinandergebrochenen Jugoslawien, die man ins Asylverfahren gedrängt hat. Auch ist ein Gutteil der praktischen Probleme am Ort qua Gesetz selbstverschuldet: Weil die Flüchtlinge verpflichtet sind, in Sammelunterkünften zu wohnen, sehen sich die Gemeinden oft gleich mit einigen Hundert Fremden konfrontiert. Und weil ein anderes Gesetz den Ankommenden verbietet, zu arbeiten, ächzen Länder und Kommunen unter den Versorgungskosten.

Für rationale Argumente bleibt bei gefühlter Überfremdung kein Raum. Immer alarmistischer wird die Debatte. *Bild* weiß: "Fast jede Minute ein neuer Asylant - die Flut steigt", und fragt: "Wann sinkt das Boot?" Auch andere Medien kennen nur noch "Wellen", "Fluten", "Ströme" und das "volle Boot" namens Deutschland. Ein *Spiegel*-Titel zeigt Tausende auf ein Boot drängen im "Krieg des dritten Jahrtausends".

Längst klagen auch SPD-Bürgermeister, sie hätten nicht einmal mehr Platz für eine Asyl suchende "afrikanische Ameise". In Umfragen wird das "Asylantenproblem" zur Sorge Nummer eins der Deutschen.

Die Debatte läuft völlig aus dem Ruder, und die Politik lässt sie laufen - teils bewusst kalkulierend, teils hilflos getrieben. Im August 1992 eskaliert die Lage. In Rostock-Lichtenhagen sammeln sich um die Zentrale Asylstelle von Mecklenburg-Vorpommern Hunderte Schaulustige und gewalttätige Aufwiegler, Pogromstimmung liegt in der Luft. Zur selben Zeit lädt SPD-Chef Björn Engholm die Spitzen seiner Partei auf den Petersberg bei Bonn. Überraschend für viele Genossen verkündet er einen Kurswechsel: Unter bestimmten Konditionen seien die Sozialdemokraten zu einer Änderung der Verfassung bereit. Wenige Stunden später können sich in Rostock-Lichtenhagen hundert Vietnamesen nur mit Glück vor dem brandstiftenden Mob retten. Innenminister Seitz zieht aus den Rostocker Nächten die Konsequenz: "Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts." Für Herbert Leuninger, den damaligen Pro-Asyl-Sprecher, ist das Ganze noch heute ein Symbol für "ein bizarres Zusammenspiel von Politik und gewalttätigem Mob".

Engholms Bereitschaft, das Asylrecht anzutasten, trifft die SPD in ihren Grundfesten. Die Parteilinke erzwingt einen Sonderparteitag. Als die 438 Delegierten am 16. November in der Bonner Beethovenhalle zusammenkommen, sind bereits einige Hunderttausend für ein "Hände weg vom Asylgrundrecht!" auf die Straße gegangen. Die 5000 Unterzeichner des *Hamburger Manifestes*, an der Spitze Günter Grass, Siegfried Lenz, Ralph Giordano, mahnen die Partei. "Wenn es so etwas wie eine Aura der Verfassung gibt, dann ist es das deutsche Asylrecht des Artikels 16 Grundgesetz, das einzige Grundrecht, das sich nach den weltweiten Verheerungen der Nazis an alle politisch verfolgten Weltbürger wendet." Diese Verfassungsnorm als Reaktion auf rechtsradikalen Terror zu opfern sei schändlich. Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, protestiert.

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Alles vergeblich. Zwei Tage lang debattiert die SPD. Am Ende ringt sich die Mehrheit zu einer Grundgesetzänderung durch. Im Gegenzug fordern die Sozialdemokraten ein umfangreiches Integrationspaket für Einwanderer.

Eine Woche später zünden in Mölln Rechtsradikale die Häuser zweier türkischer Familien an. Zwei Mädchen und eine Frau sterben, neun Menschen überleben schwer verletzt. Sie sind keine Asylbewerber.

Günter Grass schickt sein SPD-Parteibuch zurück

In diesem Klima der Gewalt kommen am Samstag, dem 5. Dezember, in Bonn die Unterhändler von SPD, CDU/CSU und FDP zu einer finalen Verhandlungsrunde zusammen. Um Mitternacht unterbricht man die Gespräche. Zu weit scheint die Kluft zwischen Unionshardlinern und SPD-Parteitagbschlüssen. Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, denkt gar an Abbruch. Doch am Sonntag verhandelt man weiter. Am Abend des 6. Dezember setzen in München fast 400000 Demonstranten mit einer Lichterkette ein eindrucksvolles Zeichen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Fast zur selben Zeit treten in Bonn die Verhandlungsführer von Union und SPD vor die Presse. Sichtlich erleichtert verkünden Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble und sein SPD-Kollege Hans-Ulrich Klose den Kompromiss. Beide sprechen von einem "Signal der Versöhnung".

Die Folgen sind gravierend: Deutschland hält zwar am Grundrecht auf Asyl fest. Aber der Artikel 16 wird deutlich eingeschränkt: Antragsteller, die über einen als sicher eingestuften Drittstaat eingereist sind, können kein Asyl mehr erhalten. Ein finanziell versüßtes Abkommen mit Polen und Tschechien, die damals noch nicht der EG (EU) angehören, soll garantieren, dass auch diese Nachbarn Flüchtlinge, die über ihre Grenzen nach Deutschland gelangt sind, zurücknehmen. Zugleich soll eine Liste von "verfolgungsfreien" Herkunftsstaaten die rasche Abschiebung ermöglichen. Bürgerkriegsflüchtlinge hingegen bekommen einen eigenen Aufenthaltsstatus, damit sie nicht mehr die Asylstatistiken belasten.

Noch am selben Tag müssen die SPD-Unterhändler einräumen, dass ihre Forderungen nach besserer Integration auf der Strecke geblieben sind: Doppelte Staatsbürgerschaft, Einwanderungsgesetz, kommunales Wahlrecht, Erhöhung der Entwicklungshilfe bleiben - teils bis heute - uneingelöste Versprechen.

Bei den Kritikern sorgt der Kompromiss für einen Sturm der Entrüstung. "Blanke Heuchelei", schreibt die *ZEITUNG*. In einem von lauter sicheren Drittstaaten umgebenen Deutschland könnten Asylbewerber künftig nur noch dann Schutz finden, wenn sie "mit dem Fallschirm über der Lüneburger Heide abspringen", wettet Pro-Asyl-Mann Leuninger. Günter Grass schickt wenig später sein SPD-Parteibuch zurück.

Am 26. Mai 1993 stimmt der Bundestag in letzter Lesung ab. Das Regierungsviertel in Bonn gleicht einer Festung. 10000 Demonstranten umzingeln das Bundeshaus. Viele Abgeordneten können den Plenarsaal nur per Hubschrauber oder Rheinschiff erreichen. Nach zwölfstündiger Debatte das Abstimmungsergebnis: 521 Ja-Stimmen, 132-mal Nein. Zwar sind fast die Hälfte der SPD-Abgeordneten bei ihrer Ablehnung geblieben, dazu die Parlamentarier der PDS und vom ostdeutschen Bündnis 90, und auch sieben Abgeordnete der mitregierenden FDP haben liberalen Kurs gehalten. Doch geholfen hat es nicht: Um 22.03 Uhr ist das uneingeschränkte Grundrecht auf politisches Asyl endgültig Geschichte.

Die Debatte, die das Land erregte und spaltete, findet damit ihr Ende. Aber der viel beschworene "innere Frieden" lässt auf sich warten. Drei Tage nach der Bonner Entscheidung zünden in Solingen Rechtsradikale, darunter der Sohn eines Arztes, das Haus der türkischstämmigen Familie Genç an. Fünf Menschen kommen in den Flammen um.

Was hat der Asylkompromiss gebracht? Heute sehen sich sowohl seine entschiedensten Gegner als auch seine Befürworter in ihrem damaligen Urteil bestätigt. "Richtig und notwendig" sei die Grundgesetzänderung gewesen - daran hält Ex-Innenminister Seitzers fest. "Es ist der Bundesrepublik gelungen, die eigene Abwehrpolitik auf die EU zu übertragen und dort noch zu verschärfen", bilanziert Pro-Asyl-Veteran Leuninger bitter. Auch Michael

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Lindenbauer, Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in Deutschland, kritisiert, unter Berufung auf den Asylkompromiss spiele die Bundesrepublik den Bremser bei allen Reformen des europäischen Flüchtlingsrechts.

Die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache: Vom Höchststand 1992 ist die Zahl der Antragsteller innerhalb weniger Jahre jäh gesunken - von knapp 440000 auf knapp 20000. Das war 2007 und markierte vorerst den Tiefststand. Wie viele Menschen seit 1992 illegal nach Deutschland kamen und hier rechtlos Schutz oder ein besseres Leben suchten, zählt keine Statistik. So wenig wie die Zahl derjenigen, die an den hohen Hürden des neuen Asylrechts verzweifelt sind oder gar bei ihrer Odyssee ums Leben kamen.

Nach 1992 wurde das Flüchtlingsproblem auf die Nachbarn in Ost- und Südeuropa abgeschoben. Dabei sind die flüchtenden Menschen selbst aus dem Blickfeld verdrängt. So konnte der Asylkompromiss tatsächlich befrieden - aber auf trügerische Weise und zum Nachteil vieler, die Schutz nötig hätten. Immerhin hat er der Republik eine innenpolitische Atempause verschafft. Die Gemüter sind abgekühlt, und vielleicht ist eine rationale Debatte über Einwanderung jetzt endlich möglich.

Vielleicht. Denn noch wirkt der monströse Streit von damals nach. Seit drei Jahren steigt die Zahl der Antragsteller wieder. Ende dieses Jahres wird sie über 50000 liegen. Umgerechnet auf seine Bevölkerungszahl, befindet sich Wirtschaftsprimus Deutschland damit gerade mal im europäischen Mittelfeld. Doch offenbar reicht schon diese Dimension, um die alte Panikmache zu beleben.

Die Déjà-vus jedenfalls mehren sich. Als das Verfassungsgericht in diesem Sommer die drastischen Sozialleistungskürzungen für Flüchtlinge - einst im Windschatten des Asylkompromisses beschlossen - als verfassungswidrig verwarf, war im Weblog von *Bild.de* die Hölle los. So hasserfüllt und hetzend waren die Leserkommentare, dass die Redaktion die Einträge kurzerhand löschte.

Die Autorin ist Journalistin und lebt in Berlin

Graphic

1992 demonstrierten auch in Hamburg Hunderttausende gegen den Fremdenhass

Load-Date: November 29, 2012

Asylbewerber sollen mehr Geld bekommen; Die Regierung reagiert auf ein Urteil des Verfassungsgerichts: Die Leistungen für Flüchtlinge sollen laut einem Gesetzentwurf angehoben werden - fast auf Hartz-IV-Niveau.

ZEIT-online

Freitag 30. November 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: FLÜCHTLINGE; Ausg. 49

Length: 265 words

Body

Zentralen Aufnahmeeinrichtung für **Asylbewerber** in Zirndorf (Bayern)

© Daniel Karmann/dpa

Erstmals seit fast 20 Jahren sollen **Asylbewerber** mehr Geld bekommen. Das geht aus dem Entwurf der Bundesregierung für ein neues **Asylbewerberleistungsgesetz** hervor, aus dem die *Süddeutsche Zeitung* zitiert.

Demnach sollen Flüchtlinge fast so viel Unterstützung erhalten wie Hartz-IV-Empfänger, allerdings soll die Hilfe möglichst als Sachleistung gewährt werden, etwa in Form von Essenspaketen. Zudem sollen die Asylsuchenden nach zwei Jahren in Deutschland ein Recht auf Sozialhilfe erhalten.

Die Änderungen gehen auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Juli zurück. Die Karlsruher Richter hatten darin die bisherige Hilfe für Asylbewerber als verfassungswidrig niedrig verworfen und eine sofortige Anhebung der Sätze angeordnet. Ähnlich wie bei der Festlegung der Hartz-IV-Sätze müsse die Höhe der Unterstützung nachvollziehbar ermittelt und der Preisentwicklung angepasst werden, urteilten die Richter.

Dem Bericht zufolge sollen einem alleinstehenden erwachsenen Asylbewerber künftig 336 Euro (Hartz IV: 374) zustehen und Kindern bis zum sechsten Geburtstag 202 Euro (Hartz IV: 219).

Asylbewerber aus Herkunftsländern, die nicht für politische Verfolgung bekannt sind, sollen allerdings eine geringere Unterstützung erhalten. Das sei nötig, um die Einreise aus "asylfremden, insbesondere aus wirtschaftlichen Motiven" zu bekämpfen, heißt es in der Begründung des Gesetzes. In den vergangenen Monaten war die Zahl von Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien stark gestiegen.

Load-Date: December 1, 2012

Ein Zwinkern den Rassisten; Keine Partei wagte es bisher, ihre rassistischen Wähler zu konfrontieren. Das werden sie aber tun müssen. Denn auch immer mehr Migranten dürfen wählen.

ZEIT-online

Donnerstag 11. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: WAHLKAMPF 2013; Ausg. 16

Length: 1371 words

Byline: Christian Bangel

Body

Eine Wählerin mit Kopftuch in Berlin

© Gero Breloer/dpa

Im Wahljahr 2009 veröffentlichte Grünen-Chef Cem Özdemir einen 54-sekündigen Video-Wahlauf Ruf an die Deutsch-Türken. Wenn sie für Mindestlohn, Gleichberechtigung von In- und Ausländern, bessere Bildung und die doppelte Staatsbürgerschaft seien, dann sollten sie grün wählen. Nichts Besonderes eigentlich. Bis auf eines: Özdemir sprach Türkisch.

Wütende Kommentare auf der grünen Seite waren die Folge. "Sind wir hier in Deutschland oder in der Türkei?", fragte einer. Der Werbespot sei ein "falsches Signal an die Deutschverweigerer", schimpfte ein anderer. Die Grünen stellten klar, dass das Deutschlernen natürlich wichtig sei. Unter dem YouTube-Clip sind bis heute die Kommentare abgeschaltet.

Keine Episode, die groß Aufsehen erregt hätte. Doch sie gibt einen Hinweis, wie gering der Spielraum der Politik ist, wenn es um Ausländer, Integration und Islam geht. Islamophobie und Rassismus sind nicht der NPD-Klientel vorbehalten, sondern finden sich unter den Wählern aller Parteien. Besonders für die Volksparteien bedeutet das bisher: Nur nicht am Stammtisch mit zu viel Multikulti-Gerede auffallen.

Doch zur Realität gehört es auch, dass immer mehr Wähler Einwanderer sind. Mittlerweile haben etwa zwanzig Prozent der Deutschen Migrationserfahrung oder sind in Migrantenfamilien groß geworden. Unter den Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009 stellten sie neun Prozent. Und ihre Zahl wächst. Etwa ein Drittel der Kinder bis zu zehn Jahren hat inzwischen einen Migrationshintergrund. Es deutet sich ein soziodemographischer Wandel an, den die Parteien nicht übersehen dürfen. Die Volkspartei der nächsten Jahrzehnte braucht unter diesen Wählern eine strukturelle Mehrheit, um erfolgreich sein zu können.

© ZEIT ONLINE

Ein Zwinkern den Rassisten Keine Partei wagte es bisher, ihre rassistischen Wähler zu konfrontieren. Das werden sie aber tun müssen. Denn auch immer mehr Migranten....

Wird sich die deutsche Politik also den Einwanderern anpassen müssen, so wie sich die amerikanischen Republikaner auf die wachsende Zahl der Hispanics einstellen müssen? Auf diese Frage gibt es mehrere Antworten.

Erstens zerfällt die Gruppe bei genauerer Betrachtung in viele völlig unterschiedliche Submilieus. Da gibt es etwa 2,6 Millionen wahlberechtigte Spätaussiedler, die in der Vergangenheit eher CDU und CSU wählten. Unter den übrigen Wählern mit Migrationshintergrund bildeten zur Wahl 2009 Polen mit etwa 750.000 und Deutschtürken mit etwa 500.000 Wahlberechtigten die größten Gruppen. Letztere galten bislang als Stammwählerschaft der SPD.

Weg von Volksparteien und nach links

Zweitens bewegen sich die Zugewanderten in den vergangenen Jahren weg von den Volksparteien und nach links. Spätaussiedler tendieren immer stärker zu linken Parteien, Deutschtürken wählen nicht mehr nur SPD, sondern verstärkt auch Linke und Grüne. Nur zehn Prozent kündigten in einer Umfrage 2009 an, die Union wählen zu wollen.

Dabei ist es die CDU, die den weitesten Weg in die Richtung deutscher Muslime zurückgelegt hat. Es waren Christian Wulff und zuvor Wolfgang Schäuble, die den Satz "Der Islam gehört zu Deutschland" aussprachen. Es war die Union, die 2006 den Integrationsgipfel ausrief.

Schon länger geistert der Gedanke durch die Partei, dass die Muslime mit ihrem Konservatismus ein lohnendes Wählerreservoir wären. Der Chef der Türkischen Gemeinde, das SPD-Mitglied Kenan Kolat, sagt sogar: "Die Union hat programmatisch eigentlich nur noch zwei Probleme mit den Deutschtürken: den EU-Beitritt der Türkei und die doppelte Staatsbürgerschaft."

Doch ist die Union weit davon entfernt, eine zugewandererfreundliche Partei zu sein. Es ist einer ihrer Glaubenssätze, dass sie auch deswegen immer bedeutend war, weil keine andere Partei sie erfolgreich rechts überholte. Dass der Islam nicht gleichrangig mit dem Christentum sei, ist in der Union deshalb keine Außenseitermeinung - so etwas sagt auch der Fraktionschef Volker Kauder. Manche in der Partei warnen vor einer Islamisierung des Landes. Man kann das politische Schizophrenie nennen oder die Meinungsvielfalt einer Volkspartei. Jedenfalls lebt die Union bisher ganz gut damit. Sieht man von den verheerenden Zustimmungsraten unter den Deutschtürken ab.

Hartnäckig hält sich in den Parteien die Hoffnung, die Zugewanderten mögen sich eher als Linke, Grüne, Sozialdemokraten, Konservative oder Liberale betrachten denn als Zugewanderte. Es wäre ein Zeichen der gelungenen Integration. Und es ist ziemlich unwahrscheinlich. Zwar sind die Einwanderer und ihre Nachfahren inzwischen so unterschiedlich wie das ganze Land. Doch die Enthüllung des NSU-Terrors und die Sarrazin-Debatte haben eine Selbstwahrnehmung belebt, die schon überwunden schien: Wir sind in diesem Land nicht gewollt.

Der Soziologe Heinz Bude hat Ähnliches unter den Ostdeutschen beobachtet. Bemerkungen wie die von Edmund Stoiber 2002, frustrierte Ostdeutsche dürften nicht die Wahl entscheiden, lösten trotz aller Unterschiede eine kollektive Solidarisierung aus. Egal ob neureicher FDP-Wähler, Ex-Stasimann oder arbeitsloser Ostalgiker: Die gemeinsame Abwehrhaltung des erniedrigten Ossi ist milieuübergeifend und äußerst leicht zu wecken. Bis heute hat es keine Partei außer der Linken vermocht, sich dauerhaft als Interessenvertreterin der Ostdeutschen zu etablieren.

Vor allem Symbolik

Um die Migranten werben die Parteien vor allem mit Symbolik, der abstrakten Forderung nach verbesserter Integration oder Mandatsträgern mit Migrationshintergrund. Selten ist dagegen zu beobachten, dass Politiker die Deutschen auffordern, toleranter mit den Einwanderern umzugehen. Viele Wähler schalteten ab, sobald das Wort Rassismus fiel, sagt ein Sozialdemokrat.

Die SPD hat das Thema lange vernachlässigt - im Glauben, die Stimmen der Migranten fielen ihr automatisch zu. Zuletzt hat sich das geändert. Parteichef Sigmar Gabriel hat die doppelte Staatsbürgerschaft zum Wahlkampfthema

Ein Zwinkern den Rassisten Keine Partei wagte es bisher, ihre rassistischen Wähler zu konfrontieren. Das werden sie aber tun müssen. Denn auch immer mehr Migran....

gemacht, trotz der immer noch schmerzhaften Erinnerung an die hessische CDU-Unterschriftenkampagne gegen den Doppelpass 1999.

Aber auch die Sozialdemokraten erlauben sich beim Thema Integration keine grenzenlose Bewegungsfreiheit. "Wir brauchen auch die Stimmen von Menschen mit rassistischen Einstellungen", soll ein Mitglied des Parteivorstands auf einer Vorstandssitzung vor wenigen Jahren unter zustimmendem Nicken gesagt haben. Trotz der jüngsten Versuche, unter den Einwanderern Stimmen zu gewinnen, heißen ihre prägnantesten Figuren der SPD zu dem Thema Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky.

Der Neuköllner Bezirksbürgermeister ist nicht wie Sarrazin. Seine Migrantenkritik ist nicht mit biologistischen Fantastereien begründet. Seine einseitige Fixierung auf die Versäumnisse der Migranten macht ihn auch aber für jene zum Helden, die die Deutschtürken ohnehin für grundsätzlich falsch in diesem Land halten. Das prägt das Bild der SPD-Integrationspolitik unter den Migranten mehr, als es der Parteispitze bewusst ist.

"Integrationsillusionisten"

Auch der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist auf diesem Feld kein Linker. Die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, bejaht er nicht ohne Weiteres. Im Jahr 2010 verteidigte er Buschkowsky: Was der sage, werde nicht dadurch falsch, "dass es mit der heilen Welt von Integrationsillusionisten und der Verharmlosungssprache politischer Korrektheit kollidiert."

Womöglich planen Gabriel und Steinbrück im Wahlkampf eine Arbeitsteilung: Der Parteichef als linker Kämpfer für die multikulturelle Vielfalt, Steinbrück mit der rotzigen Attitüde des Stammtisches. Dann wären SPD und Union wieder ganz nahe beieinander. Aus Angst vor den eigenen Wählern in der Illusion gefangen, man könne beide Milieus gleichzeitig bedienen: Zuwanderer und jene, die sie zum Teufel wünschen.

Die Parteien werden sich bald zwischen beiden Lagern entscheiden müssen. Zwar machen sich Volksparteien angreifbar, wenn sie im Zweifel auch eigene, xenophobe Wähler konfrontieren. Schließlich könnte eine rechtspopulistische Partei leicht die vielen verschmähten Stimmen in der Eckkneipe einsammeln.

Doch noch schlimmer als Islamhasser im Parlament wäre es, wenn sich unter den Einwanderern die Vorstellung festigt, sie hätten es mit einer rein weißen Demokratie zu tun.

Kenan Kolat sagte dazu kürzlich: "Es ist ganz einfach. Es müssen einfach mehr Migranten als Rechte wählen." Er wird nicht mehr allzu lange darauf warten müssen.

Load-Date: April 11, 2013

Deutsche Behörde horcht angeblich Asylbewerber aus; Die USA nutzen für Drohnenangriffe Angaben von Flüchtlingen in Deutschland, ausgewertet von der Hauptstelle für Befragungswesen. Einige Politiker nennen das illegal.

ZEIT-online

Mittwoch 20. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geheimdienste; Ausg. 47

Length: 521 words

Body

Ein **Asylbewerber** aus Pakistan in einer Unterkunft in Altglashütten, Baden-Württemberg

© Felix Kästle/dpa

Die USA greifen laut einem Medienbericht für Drohnenangriffe auch auf Informationen zurück, die von **Asylbewerbern** in Deutschland stammen. Solche Erkenntnisse fließen nach Angaben eines früheren hochrangigen Mitarbeiters im US-Verteidigungsministerium in das "Zielerfassungssystem" der US-Militärgeheimdienste ein, berichten die *Süddeutsche Zeitung* und der NDR. Deutsche Behörden versorgten die USA systematisch mit Hinweisen, die von **Flüchtlingen** etwa aus Somalia oder Syrien kommen. Dazu könnten zum Beispiel die Handydaten von Terrorverdächtigen zählen. Selbst scheinbar banale Informationen könnten manchmal reichen, "ein Ziel zu bestätigen und vielleicht auch dafür, einen Tötungsbefehl auszulösen", sagte der Informant.

Eine zentrale Rolle bei der Informationssammlung spielt dem Bericht zufolge die 1958 gegründete Hauptstelle für Befragungswesen, die dem Kanzleramt untersteht und dem Bundesnachrichtendienst zugeordnet ist. Sie führe Vorgespräche mit den Flüchtlingen und befrage einen Teil von ihnen auch intensiv.

Angaben der Asylbewerber zur Sicherheitslage in ihren Heimatländern und zu einzelnen Personen werden laut dem Bericht auch von Militärgeheimdiensten der USA und Großbritanniens ausgewertet. Es gebe Hinweise, dass amerikanische und britische Nachrichtendienste die Asylbewerber in Deutschland auch ohne deutsche Kollegen befragten.

Zusammenarbeit wird angeblich belohnt

Dolmetschern und Anwälten zufolge interessiert sich die Hauptstelle vor allem für Flüchtlinge, die Angaben über mutmaßliche islamistische Terrorgruppen machen könnten. Wer mit der Hauptstelle kooperiere, werde oft mit einer schnellen Anerkennung belohnt und dürfe in Deutschland bleiben, schreibt die *SZ*. Die Bundesregierung bestreite dies, die Befragungen seien zudem freiwillig.

Deutsche Behörde horcht angeblich Asylbewerber aus Die USA nutzen für Drohnenangriffe Angaben von Flüchtlingen in Deutschland, ausgewertet von der Hauptstelle f....

Eine Sprecherin der Bundesregierung habe bestätigt, dass knapp 40 Mitarbeiter der Hauptstelle Asylbewerber und Aussiedler befragten, die aus Krisenregionen kämen und aus Staaten, "denen besondere Bedeutung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zukommt".

Deutsche Menschenrechtler und Innenpolitiker halten die Praxis der Geheimdienste dem Bericht zufolge für rechtswidrig. Der Frankfurter Asylrechtsanwalt und Mitbegründer der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, Victor Pfaff, spricht von einem "Missbrauch des Asylverfahrens und einem Missbrauch des Vertrauens, welches man von dem Antragsteller erwartet". Die verdeckte Informationssammlung im Rahmen des Verfahrens verstößt nach Pfaffs Ansicht gegen deutsches und europäisches Asylrecht sowie gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Der innenpolitische Sprecher der SPD im Bundestag, Michael Hartmann, sagte NDR und SZ, "es wäre keinen Moment hinnehmbar, wenn auch nur indirekt gezielte Tötungen ermöglicht würden durch eine Befragung deutscher Sicherheitsbehörden". Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele bezeichnete deutsche Stellen als strafrechtlich möglicherweise "mitschuldig" an illegalen Tötungsaktionen der USA.

Load-Date: November 20, 2013

End of Document

»Zuwanderung tut uns gut«; Wir sollten über Ausländer so nüchtern debattieren wie über Staatsfinanzen - ein Gespräch mit Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; »Zuwanderung tut uns gut«; S. 13; Ausg. 7

Length: 1447 words

Byline: Matthias Daum

Peer Teuwsen

Body

Peer Teuwsen

Matthias Daum

DIE ZEIT: Herr Leimgruber, sind Sie ein echter Schweizer?

Walter Leimgruber: Nein. Ich komme aus dem Fricktal, einer Region, die bis 1799 österreichisch war. Meine Vorfahren sind dort irgendwann eingewandert. Noch meine Großmutter, die hundert Jahre später geboren wurde, sagte, wenn sie nach Aarau ging, sie gehe rüber in die Schweiz.

ZEIT: Gibt es überhaupt echte Schweizer?

Leimgruber: Mit dieser Kategorie kann man nicht arbeiten.

ZEIT: Aber sie wird wieder häufiger bemüht.

Leimgruber: Gerade Leute, die sich in der Gegenwart verunsichert fühlen, suchen Verankerungen. Und eine davon ist die Herkunft. Sie wollen sich beweisen, dass sie etwas sind, was die anderen nicht sind. Sie sagen: Ich bin ein echter Schweizer, weil ich seit soundso vielen Jahren...

ZEIT: ZEIT:...und dann beginnen sie zu rechnen - und bekommen Probleme.

Leimgruber: Bei ungefähr 40 Prozent der Leute in der Schweiz kommen mindestens ein Elternteil oder sie selber aus dem Ausland. Geht man noch etwas zurück, sind die meisten von uns »Ausländer«.

»Zuwanderung tut uns gut« Wir sollten über Ausländer so nüchtern debattieren wie über Staatsfinanzen - ein Gespräch mit Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenö....

ZEIT: Warum wird gerade in der Schweiz so intensiv wie sonst in kaum einem europäischen Land über das Fremde diskutiert?

Leimgruber: Die Personenfreizügigkeit hat in ganz Europa zu mehr Austausch und dadurch zu einem erhöhten Diskussionsbedarf geführt. Was in der Schweiz dazukommt, sind zwei Sachen: Wir fühlen uns politisch an die Wand gedrängt. Von der EU, von den USA, von den Nachbarstaaten, die nicht mehr unsere guten Freunde sind. Da spielt unser Abwehrreflex. Gleichzeitig kommen außerordentlich viele Leute in die Schweiz: über 70000 im Jahr. Da ist es verständlich, dass das Fragen aufwirft.

ZEIT: Dennoch überrascht uns immer wieder die Schärfe der Diskussion.

Leimgruber: Es gibt noch eine Erklärung. In unserem Bewusstsein haben wir ein Anrecht darauf, dass es mit der Schweiz nur aufwärtsgeht, schließlich geht es uns seit 150 Jahren immer besser. Das ist etwas anderes als die umliegenden Länder, die immer wieder von Katastrophen heimgesucht wurden. Für die Schweiz ist dieses Infragestellen einschneidender als für unsere Nachbarn, weil wir uns in den letzten 150 Jahren nie grundsätzlich infrage stellen mussten. Deshalb reagieren die Schweizer auch etwas erschreckter als alle anderen.

ZEIT: Ist es Zufall, dass wir vermehrt eine Abgrenzung über unsere Stammbäume konstruieren?

Leimgruber: Zufall ist es nicht, denn durch die sehr intensive Migration seit dem Zweiten Weltkrieg mussten wir einsehen, dass die klassische Unterteilung Schweizer/Ausländer nicht mehr funktioniert. Wer hat in seinem Umfeld keine Ausländer? Niemand. Beinahe die Hälfte aller Eheschließungen ist heute binational. Also sucht man nach neuen Merkmalen. Ist das ein unechter, ein halber oder ganzer Schweizer? Oder was für eine Hautfarbe hat er?

ZEIT: Trägt der Swissness-Trend der letzten Jahre eine Mitschuld an diesen neuen Unterschieden?

Leimgruber: Ich bin nicht sicher, wie ich die Swissness einschätzen soll. Allein dass der Begriff englisch ist, unterscheidet ihn von den traditionellen Kategorien. Er ist eher ein Business- und Lifestyle-Begriff. Die Swissness gleicht der Italianità. Statt Pizza, Pasta und Dolce Vita feiern wir nun Fondue, Wandern und Schwingen.

ZEIT: Durch die Kommerzialisierung erfährt der Begriff eine Entschärfung.

Leimgruber: Man kann die Swissness als Öffnung sehen, als ein Zeichen der Entkrampfung. Wer sagt, er sei Schweizer, muss sich nicht über die anderen stellen. Andererseits: Wird das Dazugehören akzentuiert, gehört auch immer irgendjemand nicht dazu.

ZEIT: Müssen Identitätsfragen in der Schweiz eigentlich so hitzig diskutiert werden, damit unser Zusammenleben überhaupt funktioniert?

Leimgruber: Ich weiß nicht, ob es eine Bedingung ist, dass man hitzig diskutiert, aber es ist eine Bedingung, dass man diskutiert. Die breite Diskussion ist sehr hilfreich und nützlich. Wenn wir sie nicht führen, dann werden viele Dinge unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgehandelt. Das wäre problematischer. Die direkte Demokratie zwingt alle, vom Stammtisch bis zur Politik, dass wir unsere Argumente dem Wettbewerb aussetzen. Und wenn wir die Ausländerabstimmungen seit den siebziger Jahren anschauen, können wir sagen: Angenommen wurden nur jene, bei denen es um nichts ging - etwa bei der Minarett-Initiative. Wenn man das Aufkochen der Diskussionen nicht zulässt, dann riskiert man ein Überkochen.

ZEIT: Trotzdem finden Sie es gut, dass man das Einbürgerungsprozedere in vielen Gemeinden den Behörden übertrug. Alles kann man dem Volk doch nicht zumuten.

Leimgruber: Ein Grundsatz jeder Demokratie ist die Rechtsstaatlichkeit, also der Ausschluss von Willkür. Und Volksabstimmungen können sehr zufällig sein. Das Volk hat nicht immer recht. Aber was sind die Alternativen? Die anderen europäischen Gesellschaften gehen mit ihren Fremden nicht besser um. Schauen Sie nach Italien, etwa in die Fußballstadien: Da tritt eine Form von Rassismus zutage, wie sie bei uns nicht mehr möglich wäre.

»Zuwanderung tut uns gut« Wir sollten über Ausländer so nüchtern debattieren wie über Staatsfinanzen - ein Gespräch mit Walter Leimgruber, Präsident der Eidgenö....

ZEIT: Warum ist Migration eigentlich wichtig für eine Gesellschaft?

Leimgruber: Der intensive Austausch zwischen Schweizern und Ausländern ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Erfolgs. Er zwingt uns dazu, uns immer wieder mit grundsätzlichen Dingen neu auseinanderzusetzen. Unsere Gesellschaft hätte wesentlich mehr Mühe, sich vorwärts zu bewegen, wenn da nicht immer wieder eine neue Einwandererwelle käme. Gerade der aktuelle Wechsel von der schlecht qualifizierten Migration zur überschichtenden Migration stellt wahnsinnig viel infrage. Und das tut uns gut.

ZEIT: Die Zuwanderung bewahrt uns also vor der Wohlstandsverwahrlosung?

Leimgruber: Die Leute, die zu uns kommen, kommen, weil sie etwas erreichen wollen. Die haben Energie und ein Ziel. Es ist egal, ob das jemand ist, der sich von unten nach oben kämpft, als Ungelernter ein Maurergeschäft eröffnet, oder ob das jemand ist, der von oben kommt und eine Uni-Karriere machen möchte. Die fordern uns. Und wenn wir etwas brauchen, dann sind es Leute, die uns fordern. Ich selber sehe das bei meinen Studierenden, die Schweizer unter ihnen geraten durch Konkurrenten aus Osteuropa gewaltig unter Druck. Letzteren ist klar: Ich muss hier Erfolg haben, damit ich mir ein Leben einrichten kann, das ich mir wünsche. Ich kann nicht einfach etwas studieren und dann schauen, was passiert. Vielleicht schaffe ich es, vielleicht nicht. Die meisten Schweizer können machen, was sie wollen: Sie finden immer einen Job. Bei ihnen sieht man daher eine Tendenz, dass sie auf Courant normal machen. Aber den Biss, diesen Willen, etwas zu erreichen, weil man etwas erreichen muss, den sehe ich eher bei ausländischen Studierenden. Erst wenn diese an ihnen vorbeisauseen, realisieren die Schweizer die Situation. Die Herausforderung ist gesund - aber natürlich auch hart.

ZEIT: Nun aber, sagen linke wie rechte Kreise, komme diese Herausforderung an ihre Grenzen.

Leimgruber: Auf welchen Grundlagen wollen wir diese Grenzen errechnen? In den sechziger Jahren waren die Voraussetzungen der Infrastruktur völlig andere als heute - und in zwanzig Jahren wird es wieder völlig anders sein. Absolute Zahlen sind Mumpitz. Aber es braucht natürlich einen gewissen gesellschaftlichen Konsens.

ZEIT: Wir werden auf die Frage, wie viele Ausländer das Land verträgt, nie eine Antwort finden?

Leimgruber: Nein. Wenn es der Wirtschaft wieder etwas schlechter geht, wird die Diskussion verschärft werden - oder die Ausländer gehen wieder zurück, weil es keine Jobs mehr gibt. Aus der Diskussion werden wir aber nie rauskommen. Das ist auch nicht schlimm.

ZEIT: Wann wird es denn schlimm?

Leimgruber: Nie, wenn wir endlich etwas begreifen: Wir sind eine Migrationsgesellschaft. Über das Budget diskutieren wir auch jedes Jahr. Genau so sollten wir über Migration diskutieren. Es fragt auch niemand: Wollen wir überhaupt eine Finanzpolitik? Da gibt es kein Ja und Nein. Bei der Migration aber ist es so, dass Migration als etwas Außergewöhnliches gilt, das man bekämpfen kann. Man macht daraus moralische Kategorien, richtig oder falsch. Wir behandeln Migration immer noch wie eine Naturkatastrophe, die über uns hereinbricht. Das Ziel müsste sein, dass Migrationspolitik so langweilig wird wie Finanzpolitik.

Walter Leimgruber, 53, ist Professor für Ethnologie an der Universität Basel

Sind das nun echte, halbe oder womöglich gar nur Viertel-Schweizer?

Load-Date: March 25, 2022

Die falsche, deutsche Einwanderungsdebatte; Viele Deutsche fürchten sich vor Sozialhilfetourismus und Zuwanderungswellen aus Rumänien. Die Sorge ist unbegründet - das Problem ist ein anderes.

ZEIT-online

Freitag 13. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 51

Length: 1203 words

Byline: Herbert Brücker

Body

Junger spanischer Einwanderer in Bad Homburg

© dpa

Eine Angst geht um in Europa. **Migranten** wandern in die reichen EU-Staaten ein und beantragen dort im großen Stil staatliche Sozialleistungen. Die öffentlichen Ausgaben steigen, die Haushalte geraten aus der Balance und die Politik unter Zugzwang. Aus Sorge, dass hohe Sozialtransfers noch mehr Leistungsbezieher anlocken, beginnt in Europa ein Wettlauf nach unten - überall wird das Leistungsniveau gekürzt, auch für die Einheimischen. Das ist das Angstscenario und jene, die es an die Wand malen, bieten auch eine Lösung an: Die Politik müsse dafür sorgen, dass Zuwanderer von Sozialleistungen ausgeschlossen werden.

Die Debatte ist nicht neu. Zwei Ereignisse haben sie wieder in den Mittelpunkt gerückt: Die Berichte über mehr Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, sowie die Rechtsprechung einiger Landessozialgerichte, die arbeitssuchenden Zuwanderern Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, besser bekannt als Hartz IV, zusprechen. Die Urteile werden jetzt vom Europäischen Gerichtshof geprüft. In der Sache hat sich im Prinzip bisher nichts geändert. Was also sind die Fakten?

Zuletzt haben 37.000 Bulgaren und Rumänen in Deutschland Hartz IV bezogen. Das entspricht einem Anteil von zehn Prozent aller hier lebenden Bürger aus diesen Ländern. Das ist etwas mehr als in Deutschland insgesamt (7,5 Prozent), aber weit weniger als bei allen Ausländern, die in Deutschland leben (16 Prozent). Der Anteil aller Bulgaren und Rumänen unter den Hartz-IV-Empfängern beträgt 0,6 Prozent. Selbst wenn sich dieser Anteil im kommenden Jahr verdoppeln würde - was nicht gut wäre - würde der deutsche Sozialstaat durch Einwanderer aus diesen Ländern nicht überfordert.

Die Jungen kommen - und sie stützen die Sozialsysteme

Richtig ist: Deutschland hat ein Integrationsproblem. Die Arbeitslosenquoten und der Anteil der Hartz-IV-Empfänger sind unter Migranten rund doppelt so hoch wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Doch wer die Zahl

Die falsche, deutsche Einwanderungsdebatte Viele Deutsche fürchten sich vor Sozialhilfetourismus und Zuwanderungswellen aus Rumänien. Die Sorge ist unbegründet

anführt, um gegen Migration zu argumentieren, begeht einen Fehler: Die deutschen Einwanderer der Gegenwart sind im Schnitt besser ausgebildet als die Deutschen selbst. Es sind die Einwanderer der Gastarbeitergeneration und ihre Nachkommen, die sich am Arbeitsmarkt weiter schwer tun - nicht die Neuankömmlinge.

Zumal es generell zu kurz gedacht ist, nur auf die Sozialtransfers zu schauen. Empirische Studien zeigen, dass Einwanderer in der Regel mehr zum Sozialstaat beitragen als sie an Leistungen beziehen. Hartz IV ist eben nur ein kleiner Teil des Sozialstaats. Um weit mehr Geld geht es bei Rente, Pflegegeld und Krankenversicherung. Wer in Deutschland jung ist, zahlt im Durchschnitt mit Steuern und Abgaben weit mehr in den Sozialstaat ein als die ältere Generation. Weil die deutsche Bevölkerung altert, werden die Jungen von Heute unter dem Strich am Ende weniger von den Sozialversicherungen ausbezahlt bekommen als sie eingezahlt haben.

Das gilt natürlich auch für Migranten. Das Durchschnittsalter eines Neuzuwanderers liegt momentan bei 28 Jahren. Die meisten bringen eine fertige Ausbildung mit, bezahlt vom Staat des Herkunftslandes. Selbst wenn die Einwanderer ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden, werden sie unter dem Strich die Sozialsysteme stützen und nicht belasten. Einwanderung ist also auch ein ökonomischer Gewinn.

Handelt der Staat also falsch, wenn er wie in Deutschland den Einwanderern direkt nach ihrer Einreise Sozialtransfers verweigert? Nein, es ist sogar richtig! Würde er allen sofort Sozialleistungen gewähren, würde er tatsächlich manchen Menschen einen Anreiz bieten, wegen der Transfers nach Deutschland zu kommen. Dass nun EU-Richter die deutschen Gesetze überprüfen, liegt daran, dass die Rechtslage kompliziert ist.

Das EU-Recht basiert auf dem Gleichbehandlungsgebot. Ein EU-Ausländer, der in einem Land Steuern und Abgaben bezahlt, soll die gleichen Rechte auf Sozialtransfers haben wie die Einheimischen. Schließlich ist er Teil der Solidargemeinschaft geworden. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Wer nicht als Erwerbstätiger einreist, hat diese Rechte nicht. Das gilt etwa für mitreisende Familienangehörige, Studenten oder - nach heute noch geltendem Recht - Arbeitsuchende. Das Zielland muss ihnen deshalb keine Sozialtransfers zahlen.

Das ist die Gesetzeslage in Deutschland, die nun in die Kritik gerät. Der Ökonom Hans-Werner Sinn hat das Gleichbehandlungsprinzip zuletzt in einem viel beachteten Beitrag infrage gestellt. Er fordert, es durch ein "Heimatlandprinzip" zu ersetzen. Demnach sollen arbeitslose Ausländer zwar beitragsfinanzierte Leistungen wie Arbeitslosengeld I, aber keine steuerfinanzierten Transfers wie Hartz IV erhalten. Diese sollen stattdessen von dem jeweiligen Heimatland bezahlt werden. Auch Ausländer, die Arbeit haben, würden dem Plan zufolge von einem Teil der steuerfinanzierten Transfers ausgeschlossen. Erst wenn die Einwanderer das deutsche Durchschnittseinkommen erreicht haben, sollen sie Teil der deutschen Solidargemeinschaft werden.

Ein solcher Plan hätte weitreichende Folgen. Um sie zu verstehen, stelle man sich einen deutschen Staatsbürger vor, der in der Schweiz wohnt. Er hat dort eine Weile gelebt und Steuern und Abgaben bezahlt. Dann wird er arbeitslos. Deutschland müsste ihm dann Sozialtransfers überweisen, obwohl er vorher Steuern in der Schweiz bezahlt hat. Das ist nicht nur ungerecht. Es verstößt auch gegen das volkswirtschaftliche Prinzip, dass Erträge und Kosten möglichst in derselben Gebietskörperschaft anfallen sollen.

Krisenstaaten bekämen noch mehr Probleme

Zudem brächte ein solcher Plan Staaten, die in der Krise stecken, in noch größere Probleme: Verlassen viele Menschen das Land, weil etwa die Arbeitslosigkeit hoch ist, wie etwa im Moment in Spanien, würden die Kosten für Sozialtransfers nicht wie bisher sinken. Sie würden sogar steigen, was die Regierung dazu veranlassen könnte, die Sozialtransfers zu senken. Das aber würde wiederum den Anreiz für schlecht qualifizierte Arbeitnehmer erhöhen, das Land zu verlassen. Die Sozialausgaben steigen weiter - ein Teufelskreis.

Zuletzt würde der Plan von Hans-Werner Sinn die Wanderunsanreize verzerren. Einwanderer würden zwar Steuern und Abgaben bezahlen, wären aber nicht mehr im gleichen Umfang berechtigt, Sozialleistungen zu beziehen. Da aber alle Studien dafür sprechen, dass Migranten im Durchschnitt dem Sozialstaat nutzen statt zu schaden, käme das einer Besteuerung von Migration gleich. Das kann keiner wollen. Deshalb sollte man das Gleichbehandlungsprinzip gegen die Kritiker verteidigen.

Die falsche, deutsche Einwanderungsdebatte Viele Deutsche fürchten sich vor Sozialhilfetourismus und Zuwanderungswellen aus Rumänien. Die Sorge ist unbegründet

Die Sozialsysteme in Europa werden sich noch eine ganze Weile stark voneinander unterscheiden. Und natürlich bedeutet das auch, dass es Migranten geben wird, die das Niveau der Sozialleistungen in ihr Kalkül mit einbeziehen. Das ist unvermeidlich und auch durch das Heimatlandprinzip nicht zu vermeiden. Deshalb ist auch die heutige Praxis richtig, jene Einwanderer, die nie in Deutschland gearbeitet haben, von der Solidargemeinschaft auszuschließen. Alles andere würde die Sozialstaaten in den Zielländern unverhältnismäßig belasten. Sollte der Europäische Gerichtshof diese Praxis kippen, wird die Politik das Europäische Recht tatsächlich anpassen müssen.

Load-Date: December 13, 2013

End of Document

Zu Fuß gegen die Asylpolitik; Zwei Wochen sind Flüchtlinge aus Protest durch Bayern gezogen. Nach einer Demonstration in München haben sie sich im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes verschanzt.

ZEIT-online

Mittwoch 4. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FLÜCHTLINGSPROTEST IN BAYERN; Ausg. 36

Length: 657 words

Byline: Anne Fromm

Body

In München haben gestern 750 Menschen für eine gerechtere **Asylpolitik** demonstriert.

© Tobias Hase/DPA

Ofih Campbell ist müde. Der 26-Jährige aus Sierra Leone spricht leise. Die letzten zwei Wochen waren anstrengend: Seit 20. August ist er mit etwa 50 anderen **Flüchtlingen** durch Bayern gelaufen, 300 Kilometer zu Fuß von Würzburg und Bayreuth nach München. Die Demonstration am Dienstagabend war kein gelungener Abschluss des Protestmarsches. Denn die Polizei löste den Zug auf, die **Asylsuchenden** flüchteten sich in das Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), wo nun auch Campbell fest sitzt.

Mit ihrem Marsch wollen Campbell und die andere Flüchtlingen ein besseres Leben für Flüchtlinge in Bayern erwirken: Sie wollen nicht mehr in überfüllten Flüchtlingsheimen leben, sondern selbst eine Wohnung suchen. Statt der vorgefertigten Essenspakete, die sie jede Woche bekommen, wollen sie selbst einkaufen. Sie fordern, dass die bayerische Landesregierung die Residenzpflicht abschafft. Sie regelt, dass ein Flüchtling sich nur in dem Landkreis aufhalten darf, in dem er gemeldet ist. Campbell, der in einem Heim in Wallersdorf in Niederbayern untergebracht ist, darf demnach also nicht nach München.

750 Menschen, so gab die Polizei bekannt, zogen ab 18 Uhr am Dienstagabend durch die Münchner Innenstadt, Flüchtlinge und ihre Unterstützer. Einige, die sich in den Wochen zuvor am Protestmarsch beteiligt hatten, blieben aus Erschöpfung oder aus Angst vor der Polizei im DGB-Haus, wo sie am Nachmittag eine Pause eingelegt hatten. Während der Demonstration kollabierte erst eine Frau und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Später am Abend mischten sich Neonazis unter den Zug. Um zu verhindern, dass es zu Schlägereien kommt, nahm die Polizei die Rechten fest und löste die Demonstration gegen 22 Uhr auf. Die Flüchtlinge verschanzten sich im Gewerkschaftshaus. Der DGB erlaubte ihnen, die Nacht dort zu verbringen.

Flüchtlinge wurden eingekesselt und festgenommen

Zu Fuß gegen die Asylpolitik Zwei Wochen sind Flüchtlinge aus Protest durch Bayern gezogen. Nach einer Demonstration in München haben sie sich im Haus des Deuts....

Während des Protestmarschs in den vergangenen zwei Wochen hatte die Polizei die Demonstranten immer wieder angehalten. Am vergangenen Wochenende sperrten Polizisten eine Autobahnbrücke und kesselten die Protestierenden dort ein. Mehrmals kam es zu Rangeleien, mehrere Flüchtlinge wurden verletzt und mussten ins Krankenhaus. Die meisten nahmen anschließend weiter am Protestmarsch teil. Manche wurden wegen Verstoß gegen die Residenzpflicht festgenommen.

Dafür drohen ihnen Geldstrafen. Häufen sich die Verstöße, können auch Haftstrafen verhängt werden. Wenn das geschieht, könne das sogar dazu führen, dass in laufenden Asylverfahren die Anträge abgelehnt werden, sagt Karl Kopp von Pro Asyl.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte dem Bayrischen Rundfunk, Ausländer hätten in Deutschland kein Grundrecht auf Demonstration und Versammlung. Das sei allein deutschen Staatsbürgern vorbehalten. Kopp widerspricht: Das Demonstrationsrecht gelte für jeden in Deutschland. "Dass die bayerische Polizei die Flüchtlinge wegen Residenzpflichtverstößen festgenommen hat, zeigt, wie sehr hier versucht wird, die Flüchtlinge zu kriminalisieren", sagt er.

Noch ist unklar, wie es mit den Flüchtlingen weitergeht. Das Haus des DGB wollen die Flüchtlinge nicht verlassen, aus Angst, die Polizei könnte sie festnehmen. Sie warten auf die Entscheidung des Gewerkschaftsbundes.

Campbell macht das Warten wütend. Zu lange schon muss er still halten. Er ist vor gut einem Jahr nach Deutschland gekommen, weil er als Schwuler in seinem Heimatland verfolgt und mit dem Tod bedroht wird. Seither wartet er, ob sein Asylantrag bewilligt wird. In Deutschland würde er frei leben können, hatte er gehofft. Er will raus aus seinem Flüchtlingsheim, wo es für 90 Menschen zwei Waschbecken und vier Toiletten gibt. Er will arbeiten dürfen, eine Wohnung mieten, selbst sein Essen einkaufen. Er will nach München fahren, Freunde treffen. Dafür ist er durch Bayern gelaufen.

Load-Date: September 4, 2013

Kirchenasyl reicht nicht; Wir müssen die Gesetzeslage ändern

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

18. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 52; Ausg. 30

Length: 817 words

Byline: Mark Spörrle

Body

Zuerst klingt es paradox: Die 80 Männer aus Afrika, die in der Hamburger Kirche St. Pauli Zuflucht gefunden haben, kamen nicht als Asylbewerber, sondern reisten als Touristen ein. Im Gepäck eine Aufenthaltserlaubnis für Italien, die sie von den dortigen Behörden nach ihrer Flucht aus dem kriegsgeschüttelten Libyen erhalten hatten. Das Papier erklärt sie quasi zu Italienern auf Zeit. In Italien dürften die Männer ganz legal leben, arbeiten, ihr Glück suchen. Dass ihnen das zugleich unmöglich gemacht wurde und sie keinen anderen Ausweg sahen, als nun in Deutschland zu bleiben, und sei es illegal, zeigt wieder, wie menschenverachtend das europäische Asylsystem ist.

Daran konnten auch 30 Jahre Kirchenasyl in Deutschland, konnte all das couragierte Engagement einzelner Christengemeinden bisher nichts ändern. Es gibt immer noch kein faires Aufnahme-, Integrations- oder, besser: Einwanderungssystem für Menschen, die vor Mord, Folter und dem Hungertod zu uns fliehen. Die Asylgesetze haben sich längst in Asylverhinderungsgesetze verwandelt. Wer es schafft, vorbei an Schiffen, Hubschraubern und Stacheldraht nach Europa zu gelangen, ohne im Mittelmeer zu ertrinken, für dessen Schicksal ist heute der Einreiseweg wichtiger als der Grund der Flucht.

Schon in den achtziger Jahren rief der Umgang mit Flüchtlingen Kirchenmitglieder auf den Plan. Kirchenasyl in allen Formen, so wie jetzt die vorübergehende Aufnahme der Männer in der Kirche St. Pauli als "humanitäre Nothilfe", ist uralte Christenpflicht. Asyl, vom griechischen *asylon*, bedeutet Zuflucht und ist das älteste Menschenrecht überhaupt. Lange vor Christi Geburt galt: Wer sich in Heiligtümer oder Tempel flüchtete, war vor Selbstjustiz sicher und hatte die Chance auf einen Prozess, später auch auf Milde oder Begnadigung. Im alten Rom war es auch für Nichtchristen ein Sakrileg, Flüchtlinge aus christlichen Gotteshäusern zu holen. Im Mittelalter wurde Kirchenasyl zum kaiserlich verbrieften Recht: Klöster durften Schutz vor weltlichen Verfolgern gewähren.

Seit 1983 beherbergen nun deutsche Kirchengemeinden, zumeist protestantische, erneut Menschen. Um sie vor ungerechtfertigter Abschiebung zu schützen, vor Menschenrechtsverletzungen, vor Gefahr für Leib und Leben. Rein rechtlich gesehen, könnte dies auch in jeder Privatwohnung oder im Elektroladen um die Ecke stattfinden: In unserem Staat sind sakrale Orte kein rechtsfreier Raum. Wird Kirchenasyl von Behörden und Politikern in der Regel respektiert, beruht dies auf der stillschweigenden Übereinkunft, dass es hässlich aussieht, wenn in den Medien Bilder von deutschen Uniformierten auftauchen, die Kirchentüren einrammen, Priester zur Seite drängen und schreiende Frauen und Kinder aus dem Gebetshaus zerren.

Nicht nur die Basis muss helfen, ein Bewusstsein für Unrecht zu schaffen

Dass die ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in 75 Prozent der Fälle eine Lösung vermelden kann, ist zweifellos ein großer Erfolg für Hunderte von Flüchtlingen. In der Sache aber konnte das kaum etwas ändern. Das europäische Asylsystem behandelt jeden Asylbewerber wie ein unerwünschtes Paket. Immer derjenige EU-Staat ist für ihn zuständig, den er als Erstes betreten hat. Aber die Asyl- und Sozialstandards in Italien, wie die Hamburger Flüchtlinge sie erlitten haben, sind so wenig vergleichbar mit dem, was wir darunter verstehen, dass schon einige deutsche Verwaltungsgerichte entschieden, es sei nicht zumutbar, Flüchtlinge dorthin zurückzubringen. "Unmenschliche und erniedrigende Behandlung" sowie Obdachlosigkeit drohten in den überfüllten italienischen Asyllagern, schrieben Richter aus Stuttgart.

Fast noch schlimmer aber sind die Bedingungen, unter denen man dort lebt, sobald man als Flüchtling anerkannt ist. Es gibt praktisch keine Integrationsmaßnahmen, keine Sprachkurse, keine Unterkunft und deshalb auch keine Arbeit. Tausende wohnen in Slums und Abbruchhäusern oder auf der Straße. Der Frankfurter Anwalt Dominik Bender, Autor eines Berichtes für Pro Asyl, drückte es so aus: "Die italienischen Behörden legen es regelrecht darauf an, die Menschen in andere Länder Europas zu drängen."

Wie die 300 Flüchtlinge aus Afrika, die nach Hamburg kamen und von denen einige nun in der Kirche St. Pauli Zuflucht fanden. Durchaus möglich, dass zumindest sie zu den Happy Few gehören werden, denen engagierte Christen in Deutschland wieder einmal helfen können. Doch die politischen Verhältnisse zu ändern, durch die die Afrikaner erst in ihre ausweglose Lage gerieten, das geht, wenn überhaupt, nur durch ein öffentliches Bewusstsein für die Unhaltbarkeit des Asylsystems. Dieses Bewusstsein zu schaffen, dabei müssen die christlichen Kirchen helfen - entschieden, gemeinsam, machtvoll und nicht wieder nur an der Basis. Der Besuch des Papstes in Lampedusa könnte ein Anfang gewesen sein. Aber das war hoffentlich noch längst nicht alles.

VON MARK SPÖRRLE**Load-Date:** July 18, 2013

Radikaler, lauter, aber kaum gehört; Hungerstreik, Protestmarsch, Platzbesetzungen - Flüchtlinge sind selbstbewusster und vernetzter als früher. Bisher haben sie jedoch nur kleine Erfolge.

ZEIT-online

Montag 9. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsbewegung in Deutschland; Ausg. 37

Length: 768 words

Byline: Anne Fromm

Body

Im Juni dieses Jahres traten **Flüchtlinge** in München in den trockenen Hungerstreik. Fünf Tage lang verweigerten sie Essen und Trinken, dann räumte die Polizei das Camp.

© Andreas Gebert/dpa

In München besetzen derzeit etwa 45 **Flüchtlinge** das Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Im Juni verweigerten **Flüchtlinge** mitten in der Münchner Innenstadt fünf Tage lang Essen und Trinken und auf Hamburger Straßen campierten im Sommer Afrikaner, die aus Lampedusa kamen. Nie zuvor gab es so viele **Flüchtlingsproteste** wie in den vergangenen eineinhalb Jahren. **Flüchtlinge** sind selbstbewusster geworden, radikaler, lauter. Erfolg haben sie damit kaum.

Wer den Hungerstreik auf dem Münchner Rindermarkt im Juni dieses Jahres beobachtet hat, sah, wie entschlossen die Protestierenden waren - hauptsächlich junge Männer zwischen 20 und 30, vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten. Die meisten von ihnen haben studiert, sprechen fließend Englisch und argumentierten selbstbewusst: "Wir sind hier, weil eure Regierungen die Diktatoren in unseren Ländern unterstützen. Weil wir in unseren Heimatländern mit Waffen bedroht werden, die eure Regierungen exportieren."

Mehr Elan durch neue Medien

Viele von ihnen waren in ihren Heimatländern politisch aktiv und haben eine genaue Vorstellung von Freiheit und Menschenrechten. Sie nennen sich Non-Citizens, "Nicht-Bürger", und fordern eine andere Asylpolitik: Sie wollen nicht mehr in Lagern leben müssen, wollen selbst entscheiden, was sie essen und keine fertigen Nahrungspakete mehr vorgesetzt bekommen. Sie wollen arbeiten und sich frei bewegen dürfen.

"Flüchtlingsproteste über verschiedene Nationalitäten hinweg sind nicht neu", sagt Karl Kopp von ProAsyl und nennt unter anderem die Protestmärsche Anfang der 1990er Jahre, als in Folge der Wiedervereinigung ein Teil der bundesrepublikanischen Flüchtlinge auf die neuen Bundesländer aufgeteilt werden sollten. Neu ist, sagt Kopp, dass die Demonstranten untereinander so stark vernetzt sind. "Durch das Internet können die Asylsuchenden sich heute

Radikaler, lauter, aber kaum gehört Hungerstreik, Protestmarsch, Platzbesetzungen - Flüchtlinge sind selbstbewusster und vernetzter als früher. Bisher haben sie....

leichter darüber austauschen, wie es ihnen geht und wie sie leben. Sie bloggen, verbreiten Videos über YouTube und kommen untereinander schneller in Kontakt. Das vereint sie und ermutigt sie, gegen ihr Leben hier zu rebellieren."

Auch die Flüchtlinge, die derzeit das Münchner DGB-Haus besetzen und zuvor zwei Wochen durch Bayern gelaufen sind, bloggen aktuell über ihre Situation. Regelmäßig verschicken sie Statements und Fotos über einen E-Mail-Verteiler. Die Flüchtlinge, die seit über einem Jahr den Oranienplatz in Kreuzberg besetzen, twittern mit eigenem Account.

Einigen hatten Twitter und Facebook in der Vergangenheit schon zur Rebellion genutzt: während den arabischen Revolutionen. Karl Kopp sieht auch darin einen Grund für das neue Selbstbewusstsein. "Wer in der arabischen Revolution für Freiheit gekämpft hat, ist höchst desillusioniert, wenn er das europäische Grenzregime kennenlernt." Zäune, Aufnahmelager und repressive Grenzwatchen - das hätten sich die Flüchtlinge aus Syrien, Ägypten und Libyen anders vorgestellt. "Daraus erwächst ihr Wille, gemeinsam für ein besseres Leben zu kämpfen", sagt Kopp.

Dass viele der Proteste in Bayern starten, liegt an der restriktiven Asylpolitik des Freistaats. Bayern ist neben Sachsen das einzige Bundesland, das die Residenzpflicht so kompromisslos durchsetzt. Die Residenzpflicht verbietet Flüchtlingen, den Landkreis zu verlassen, in dem sie gemeldet sind. Bayern ist das einzige Bundesland, in dem Flüchtlinge flächendeckend mit Essenspaketen versorgt werden, anstatt selbst einkaufen zu können. Die Zustände in den bayerischen Unterkünften sind oft katastrophal. Viele Zimmer sind überbelegt, Betten und Schränke kaputt. Es gibt nicht genug Toiletten, zu wenige Waschbecken, die Küchengeräte funktionieren nicht.

Kleiner Erfolg nach dem Hungerstreik

Der Hungerstreik im Juni hat in einigen Heimen dazu geführt, dass die Bewohner neue Möbel bekommen haben. Die Landesregierung hat außerdem einen Passus aus der Asyldurchführungsverordnung gestrichen, der bestimmte, dass Flüchtlinge in Bayern so unterzubringen seien, dass sie schnellstmöglich in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Residenzpflicht, Lagerunterbringung und Essenspakete sind den Flüchtlingen jedoch geblieben.

Karl Kopp sieht das nicht als endgültige Niederlage. "Auch in anderen Bundesländern gab es lange Proteste, bis die Residenzpflicht gelockert und die Essenspakete abgeschafft wurden." Politische Veränderung brauche eben Zeit. "Nur hoffentlich keine Hungerstreiks mehr."

Load-Date: September 10, 2013

**Da haben die Roma wohl Pech gehabt?; Mariam Lau: "Not gegen Not" ZEIT
NR. 44**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

8. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 93; Ausg. 46

Length: 389 words

Body

Zwei Kilometer vor meiner Haustüre findet "überflüssiges Theater" statt: Hier campieren **Flüchtlinge** im Hungerstreik, es regnet und wird gerade deutlich kälter, am Wochenende erwarten wir Minusgrade.

Ich lese: "Die (Roma) werden gehasst, diskriminiert und schikaniert. Sie brauchen dringend Hilfe. Aber sie werden nicht politisch verfolgt." Aha. Da haben sie wohl einfach Pech gehabt. Hätten Mazedonien und Serbien vom "Dritten Reich" gelernt und gäbe es eine systematische Verfolgung, wäre es wohl einfacher?

Das Mahnmal für die Sinti und Roma wird eingeweiht. Vor dem Brandenburger Tor beginnen die Flüchtlinge des Protestmarsches im Regen ihren Hungerstreik.

Wann werden wir in Deutschland verstehen, dass "unsere Verantwortung" im Kleinen anfängt?

Johanna Martin, Berlin

Sicherlich sind die Benachteiligungen von Natürlich ist das Boot Bundesrepublik nicht voll. Natürlich würden steigende Asylbewerberzahlen wieder entsprechende Ressentiments in unserer Gesellschaft verstärken. Natürlich sind die Verfahren in Deutschland zu langwierig.

Aber sind wir doch ehrlich: Die Asylbewerberzahlen sind nicht gesunken, weil die Welt besser geworden ist, sondern weil aufgrund von Schengen-Abkommen und Ähnlichem Deutschland für Asylbewerber praktisch unerreichbar geworden ist. Ein Syrer könnte Deutschland gar nicht auf direktem Wege erreichen. Der Weg über ein sicheres Drittland schließt die Gewährung von Asyl aber aus. Warum steht darüber nichts in Ihrem Artikel?

Wenn in Deutschland politisches Asyl wirklich gewollt wäre, sähen die Regelungen dazu anders aus.

Jochen Roddewig, Kuppenheim

Man fragt sich, in welchem schönen Land Mariam Lau eigentlich lebt, "das Flüchtlingen seine Türen öffnet, ihnen Obdach gibt" und "Verfolgten großzügig Asyl gewährt". Kaum zu glauben, aber dieses Menschenrechtsland ist ihrer Meinung nach jenes Deutschland, das mit seinem Modell vermeintlich sicherer Herkunfts- und Drittstaaten eine europäische Abschottungspolitik begründet hat, die Flüchtlinge schön am EU-Rand belässt und seit 1989 über

Da haben die Roma wohl Pech gehabt? Mariam Lau: "Not gegen Not" ZEIT NR. 44

18000 Menschen beim versuchten Grenzübertritt das Leben gekostet hat. Jenes Deutschland, das nächtliche Polizeikommandos ausschickt, um Roma-Familien mit Kindern, die hier geboren sind und seit Jahren zur Schule gehen, nach Serbien und ins Kosovo abzuschieben.

Das aber regt Mariam Lau nicht auf.

Jens Brinkmann, Berlin

Load-Date: November 8, 2012

End of Document

"Die Nachbarn sorgen sich um die Grundstückspreise"; In Berlin-Reinickendorf gibt es Protest gegen ein Asylbewerberheim. Anwohner ließen den Spielplatz für die Flüchtlingskinder sperren. Ein Gespräch mit dem Heimbetreiber

ZEIT-online

Mittwoch 31. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: ASYLBEWERBERHEIM; Ausg. 31

Length: 947 words

Byline: Elisabeth Gamperl

Body

Kinder klettern am Dienstag (02.08.2011) in K^{ln} im Sonnenschein auf einem Spielplatz. Mit Temperaturen von bis zu 30 Grad ist der Sommer nach NRW zurückgekehrt. Foto: Oliver Berg dpa/lnw +++(c) dpa - Bildfunk+++

© Oliver Berg/dpa

In Berlin-Reinickendorf wehren sich Anwohner juristisch gegen ein Asylbewerberheim in ihrer Nachbarschaft, das von der Arbeiterwohlfahrt (Awo) betrieben wird. Die Kinder der Asylbewerber dürfen nicht mehr am Spielplatz herumtoben. Manfred Nowak, Vorsitzender der Awo-Kreisverband Berlin-Mitte, spricht über den Trubel rund um das Heim.

ZEIT ONLINE: Streit um das Asylbewerberheim gibt es schon länger. Jetzt wurde sogar der benachbarte Spielplatz eingezäunt, um den Flüchtlingskindern das Spielen zu verwehren.

Manfred Nowak: Den Zaun um den Spielplatz gab es schon immer. Das wurde von einigen Zeitungen falsch übermittelt. Wir wurden aber jetzt über einen Anwalt aufgefordert, den Flüchtlingskindern das Spielen am Spielplatz zu verbieten. Das Anwaltsschreiben ist vor Kurzem eingetroffen und kommt von einer gegründeten Bürgerinitiative, die sich von Anfang an gegen das Heim wehrte.

ZEIT ONLINE: Die Anwohner behaupten, die Asylbewerber seien zu laut. Stimmt das? **\x{2028}Nowak:** Aus unserer Sicht nicht. Wir haben eine Hausordnung, und die Bewohner hier wissen, dass diese zu berücksichtigen ist. Einige in der Nachbarschaft haben das Ziel, die Einrichtung abzuschaffen. Sie suchen Argumente dafür, dass die Bewohner nicht zur Nachbarschaft passen. Deshalb wurde auch ein Rechtsanwalt beauftragt, um den Kindern das Spielen zu verbieten und um gegen die Umnutzung vorzugehen: Das Gebäude wurde von einem Pflegeheim in ein Flüchtlingsheim umgewidmet.

ZEIT ONLINE: Wann hat er der Widerstand gegen das Heim begonnen?

"Die Nachbarn sorgen sich um die Grundstückspreise" In Berlin-Reinickendorf gibt es Protest gegen ein Asylbewerberheim. Anwohner ließen den Spielplatz für die F....

\x{2028}\x{2028}Nowak: Von Anfang an. Das Altenpflegeheim musste aufgegeben werden, weil es nicht mehr rentabel war. Als klar wurde, es werden Asylbewerber in das Gebäude ziehen, begannen die Probleme. Die Anwohnerschaft gründete eine Bürgerinitiative, auch die Bezirksbehörde war nicht begeistert über die neue Nachbarschaft.

ZEIT ONLINE: Diese Bürgerinitiative hat auch Flugblätter verteilt.

Nowak: Zu Beginn protestierten sie vor dem Gebäude und brachten Flugblätter am Zaun an. Sie haben auch die anderen Nachbarn aufgefordert, ihren Unmut zu artikulieren. Leider haben auch Rechtsradikale die Situation genutzt, um ihre Parolen anzubringen. Ich muss aber fairerweise sagen, dass sich die Bürgerinitiative gegen die Instrumentalisierung durch Rechtsradikale und der NPD gewehrt hat.

Es gibt aber nicht nur die eine Seite. Es ist auch eine erfreuliche Solidarisierung erfolgt. Das Asylbewerberheim hat auch viel Zuspruch aus der Bevölkerung bekommen. Auch aus der Nachbarschaft. Uns wurde Spielzeug geschenkt. Es hat sich eine Netzwerkinitiative gegründet.

ZEIT ONLINE: Kommunizieren Sie mit den Heimgegnern jetzt eigentlich nur mehr per Anwalt?\x{2028}\x{2028}

Nowak: Wir haben uns von Anfang an um Transparenz bemüht. Ursprünglich wollten wir jeden Dienstag einen Offenen Tisch mit den Nachbarn organisieren. Das ist auch eine Zeit lang gut gegangen und es konnten Vorbehalte abgebaut werden. Aber dann kamen die Windpocken. Acht Kinder erkrankten, deswegen verfügte das zuständige Bezirksamt über das gesamte Haus eine Quarantäne. Wir haben dagegen Einspruch eingelegt und Recht bekommen. Bis diese Entscheidung vom Verwaltungsgericht vorlag, durfte kein Betroffener ins oder aus dem Haus. Dafür sorgte die Polizei. Das war Mitte Juni. Eine Begleitscheinung war, dass seitdem Gerüchte gestreut wurden. Etwa, dass sich Tuberkulose im Haus ausbreiten würde oder dass es zwei Todesfälle gäbe. Diese Dinge waren Unsinn und wurden offensichtlich gezielt eingebracht, um die Leute zu verunsichern.

ZEIT ONLINE: Warum haben die Anwohner eigentlich ein Problem mit den Asylbewerbern?

Nowak : Sie haben Angst, dass die Grundstückspreise sinken und damit der Wert ihrer Familien-Immobilie. Die Sorge ist, dass ein Asylbewerberheim mit erheblichen Belästigungen verbunden ist und Kriminalität entsteht, was aber nicht stimmt. \x{2028}

ZEIT ONLINE: Bekommen eigentlich die Asylbewerber den Trubel, der um sie gemacht wird, mit?

Nowak: Klar. Sie bekamen auch die Demonstrationen am Anfang mit. Es tauchen auch immer wieder Journalisten auf, die mit ihnen reden möchten. Wir haben mit den Beteiligten auch geredet und ihnen die Situation erklärt. Sie nehmen die Sache gelassen. Sie sind froh, dass sie hier leben dürfen.

ZEIT ONLINE: Welche Personen sind in diesem Heim untergebracht?\x{2028}\x{2028}

Nowak: Schutzbedürftige. Also Folteropfer, Menschen mit Behinderung, Frauen, die eine Vergewaltigung erlebt haben, Frauen, die alleine mit Kindern unterwegs sind.

ZEIT ONLINE: Laut einem Zeitungsbericht wären einige Nachbarn damit zufrieden, wenn die Belegung von 190 Flüchtlingen auf die Hälfte reduziert wird. Wäre das ein Kompromiss?

Nowak: Das kommt nicht infrage. In Berlin suchen über 6.000 Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf; viele sind in Notunterkünften untergebracht. Es fehlt an Plätzen. Wir dürfen aber auch den wirtschaftlichen Aspekt nicht vergessen. In einem Gebäude, wo man weniger Menschen unterbringt als möglich, würden sich die Kosten verdoppeln. Das kann man dem Steuerzahler nicht zumuten.

ZEIT ONLINE: Wie gehen Sie jetzt weiter vor?

"Die Nachbarn sorgen sich um die Grundstückspreise" In Berlin-Reinickendorf gibt es Protest gegen ein Asylbewerberheim. Anwohner ließen den Spielplatz für die F....

Nowak: Wir wollen den Kontakt suchen und die Befürchtungen der Anrainer abbauen. Wir wollen aber auch Hinweise von der Nachbarschaft ernst nehmen, falls es Auffälligkeiten gibt.

Und: Wir bauen jetzt auch einen Spielplatz. Dort dürfen alle Kinder der Umgebung spielen. Wir hoffen, dass dadurch eine Gemeinschaft entsteht.

Load-Date: July 31, 2013

End of Document

"Schickt mich zurück nach Somalia, aber nicht nach Italien!"; In Somalia war Mustaf Harun Journalist, bis er vor den Islamisten fliehen musste. Die wahre Hölle aber erlebte er erst als Flüchtling in Europa.

ZEIT-online

Dienstag 30. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FLÜCHTLINGE; Ausg. 44

Length: 1227 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Mustaf Harun vor dem Reichstag in Berlin

© Fabio Ghelli

"Können Sie bitte die Kamera für mich bedienen?", fragt Mustaf Harun und stellt sich lächelnd vor das Brandenburger Tor in Berlin. Mit professioneller Moderatorenmimik beginnt der junge Journalist, auf Somali etwas über die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen. Die kleine Amateur-Kamera folgt ihm.

Später wird er seinen Beitrag auf das Portal des somalischen Senders Universal TV hochladen. Tausende Somalier von Borama im Norden des Landes bis nach Kismayo im Süden werden seinen Film aus Deutschland sehen können. "Für mich ist Berlin ein Symbol des Wiederaufbaus", sagt Mustaf Harun. "Deshalb bin ich hier: Um meinen Mitbürgern zu zeigen, dass, ebenso wie Deutschland nach dem Krieg, auch Somalia neu aufgebaut werden kann."

Der Beitrag ist fertig. Doch die Kamera läuft noch. "Es war genau so eine kleine Kamera, die mein Leben für immer verändert hat", sagt Harun. Er kann sich an jenen Tag vor sechs Jahren noch sehr gut erinnern. Damals arbeitete er für den Fernsehsender Horn Afrik in Mogadischu. Die Lage in Somalia war äußerst angespannt, eben erst hatten die Islamisten der *Islamic Courts Union* (ICU) die Übergangsregierung gezwungen, die Hauptstadt zu verlassen. Doch Mustaf Harun war mit anderen Dingen beschäftigt: Seine Frau hatte kurz zuvor ihre zweite Tochter zur Welt gebracht.

Eines Tages, erzählt Harun, lief er mit einem Arbeitskollegen über den Bakara-Platz in Mogadischu. Plötzlich sehen die zwei jungen Journalisten, wie einige ICU-Milizionäre ein kleines Mädchen in eine Ruine zerren. Harun und der Kollege schleichen in das Gebäude und beobachten, dass die Milizionäre das Mädchen mehrmals vergewaltigen. "Wir waren wie versteinert", sagt Harun, "wir wollten etwas tun, aber die Männer waren schwer bewaffnet." Dann aber holt der Kollege eine kleine Videokamera hervor und beginnt zu filmen.

Als die Milizionäre endlich gehen, sehen sie, dass das Mädchen in einer Blutlache liegt. Sie bringen es zu einem naheliegenden Krankenhaus, doch es ist zu spät. Das Mädchen stirbt einige Stunden später. Das Video übergeben

"Schickt mich zurück nach Somalia , aber nicht nach Italien!" In Somalia war Mustaf Harun Journalist, bis er vor den Islamisten fliehen musste. Die wahre Hölle

sie der Nachrichtenredaktion. Es läuft in den 22-Uhr-Nachrichten. Wenige Minuten später gehen die ersten Drohanrufe ein.

Tag und Nacht in der Redaktion

Das ist der Moment, in dem Haruns Welt, wie er sie kannte, unwiederbringlich verschwindet. Ein paar Monate später ermorden Unbekannte den Direktor seines Senders. Während des darauf folgenden Trauerzuges sterben mehrere Mitarbeiter des Medienunternehmens durch eine Bombe. Die Redaktion verwandelt sich in eine Festung, in der die Journalisten Tag und Nacht verbringen.

Irgendwann im Jahr 2008 kann Harun nicht mehr. Er flieht zusammen mit seiner Frau aus dem Land. Die Kinder sollen bei den Großeltern bleiben, bis ein neues Zuhause gefunden ist. Harun wird sie nie wiedersehen.

Sie reisen nach Dschibuti, dann weiter in den Sudan. Mit einer Karawane erreichen sie Libyen, wo sie von der Polizei festgenommen und im Lager von Kufra eingesperrt wurden. "Wir kamen einfach von einer Hölle in die nächste", sagt Harun. In Kufra werden die Häftlinge, Flüchtlinge aus Somalia, Äthiopien oder Eritrea, täglich geschlagen und gedemütigt. Als eine Gruppe Eritreer die Flucht ergreift, klettern auch Mustaf Harun und seine Frau über den Zaun.

Einige Monate leben sie in der somalischen Botschaft in Tripolis, bis sie angezeigt werden. Wieder gelingt ihnen die Flucht: Mustaf Harun und seine Frau kommen auf einem Flüchtlingsboot nach Italien unter. "Als wir nach drei Tagen von der italienischen Küstenwache in der Nähe von Lampedusa abgefangen wurden, dachten wir, dass wir nun endlich in Sicherheit waren. Doch das Schlimmste sollte noch kommen."

Zwei Monate verbringen sie in einem Aufnahmelager auf Sizilien, bis sie eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis erhalten - und auf die Straße gesetzt werden. Ein paar Tage übernachteten sie in einer Kirche. Dann drückt der Pfarrer ihnen zwei Fahrkarten nach Rom in die Hand.

In der italienischen Hauptstadt schließen sie sich anderen Flüchtlingen an. Die Nächte verbringen sie in der Nähe des Bahnhofs oder in der Ruine der ehemaligen somalischen Botschaft, die Tage in den Suppenküchen der Caritas.

Das Paar, das den Bürgerkrieg in Somalia, Menschen schmuggler, Flüchtlingstrecks und die Überfahrt übers Mittelmeer überlebt hat, sieht sich nun, mitten in Europa, mit einer nicht gekannten Verelendung konfrontiert. "Als ich in Somalia war", erzählt Harun, "war das Leben hart. Doch ich hatte immer die Hoffnung, dass sich etwas ändern würde. In Italien war ich dagegen von einem einzigen Gedanken besessen: Wo werden wir schlafen? Werden wir morgen etwas zu essen haben?"

Um Nahrung und Kleidung zu finden, reist Harun durchs Land: Florenz, Turin, Mailand. Manchmal dauert es Tage, bis er zurückkommt. Oft mit leeren Händen. Die Ehe geht darüber in die Brüche.

Ein Gericht stoppt seine Abschiebung nach Italien

Harun will weg aus Italien. Er reist nach Holland, von dort weiter nach Deutschland, wo er in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im hessischen Gießen unterkommt. Doch gemäß der Dublin-Verordnung, die regelt, wer in Europa für Asylsuchende zuständig ist, muss Harun dorthin zurückgeschickt werden, wo er zuerst seinen Antrag gestellt hat. Also nach Italien.

In den folgenden zwei Jahren lebt Harun wie in einem Limbus. Zwar stoppt das Verwaltungsgericht in Gießen seine Abschiebung nach Italien, nachdem er die dortigen Lebensbedingungen geschildert hat. Doch wird diese Entscheidung später durch das Bundesamt für Migration widerrufen. Seitdem geht Harun jeden Abend ins Bett, ohne zu wissen, ob er am nächsten Tag noch in Deutschland bleiben darf. "Schickt mich zurück nach Somalia, aber bitte nicht nach Italien", sagte er dem Anwalt, der ihm half, gegen das Abschiebungsverfahren Widerspruch einzulegen.

"Schickt mich zurück nach Somalia , aber nicht nach Italien!" In Somalia war Mustaf Harun Journalist, bis er vor den Islamisten fliehen musste. Die wahre Hölle

Als er in Deutschland ankam, war sein Leben ein Scherbenhaufen. Kurz nach seiner Ankunft in Gießen hatte ihn die Nachricht erreicht, dass seine ganze Familie in Somalia bei einem Bombenanschlag getötet wurde. Trotzdem schafft er es, sich langsam ein neues Leben aufzubauen. Er nimmt mit Universal TV Kontakt auf, arbeitet wieder als Journalist. Er findet eine neue Lebenspartnerin, mit der er jetzt ein Kind hat.

Europa als Lebensmodell

Schließlich gründet er gemeinsam mit anderen somalischen Journalisten, die in Deutschland leben, den Verband der somalischen Journalisten im Exil. Ihr Ziel: den Menschen in Somalia einen hoffnungsvollen Blick in die Welt zu verschaffen. "Man kann den Einfluss der somalischen Al-Shabaab Milizen schwächen, wenn man den Somaliern zeigt, wie hier Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen friedlich miteinander leben", sagt Harun.

Die kleine Amateur-Kamera filmt noch immer das bunte Treiben vor dem Brandenburger Tor. Der junge Journalist zündet sich eine Zigarette an. Europa, dessen Lebensmodell er für sein somalisches Publikum propagiert, hat ihm oft übel mitgespielt. "Auf meiner Reise habe ich auch die Schattenseite Europas kennengelernt: die Diskriminierung, die Abgrenzung", sagt Harun. "Wenn man auf der Straße lebt", fährt er fort, "hat man oft das Gefühl, dass sich eine Mauer zwischen dir und dem Rest der Welt erhebt. Man versucht, so wenig wie möglich aufzufallen. Bei den Schaffnern im Zug, bei der Polizei auf der Straße. Wenn man überleben will, muss man ein Nichts werden."

Load-Date: November 1, 2012

Niedersachsens Ministerin für Vertrauensbildung; Aygül Özkan war die erste deutsch-türkische Landesministerin. Das ist bis heute wichtiger als das, was die CDU-Politikerin in Niedersachsen tatsächlich macht.

ZEIT-online

Samstag 19. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: AYGÜL ÖZKAN; Ausg. 4

Length: 1001 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan (CDU)

© Sebastian Kahnert/dpa

Der freundliche ältere Herr drückt die Hand von Aygül Özkan so lange und herzlich, man könnte meinen, sie kennen sich seit Jahren. "Masallah", sagt er immer wieder. "Gott sei mit dir, viel Glück." Stolz und Freude liegen im Gesicht von Erdogan Güven, als er an diesem eiskalten Tag in der Hannoveraner Innenstadt am Wahlkampfstand auf Özkan trifft, die niedersächsische Sozialministerin, wichtiger noch: die erste deutsch-türkische und muslimische Landesministerin überhaupt. Die 41-Jährige lächelt ihn routiniert an, sie kennt das schon, und drückt ihm zum Abschied einen Flyer mit Wahlargumenten für ihre Partei, die CDU, in die Hand.

Aygül Özkan ist keine normale Ministerin, sie ist ein Symbol. So war das von Anfang an geplant, damals im April 2010, als Ministerpräsident Christian Wulff sie aus Hamburg in sein niedersächsisches Kabinett holte. Der sogenannten deutsch-türkischen Community sollte sie zeigen, dass sie auch in der deutschen Politik Erfolg haben können und ernst genommen werden. Und der eigenen, konservativen Partei sollte ihre Berufung bei der Annäherung an die Migranten und ihre Kinder helfen: Wenn die so adrett, freundlich und kompromissbereit daherkommen wie die 41-jährige Anwältin Özkan, dann können die ja nicht so gefährlich sein.

Eigentlich macht Özkan bis heute nichts anderes, als dieses Symbol zu sein. Niemandem Angst machen. Beide Seiten aneinander gewöhnen.

Sie selbst weiß das am besten. Deshalb antwortet Özkan, wenn man sie in der Hannoveraner Fußgängerzone nach ihrer integrationspolitischen Bilanz fragt, nicht mit neuen Gesetzen oder Verordnungen, sondern mit sich selbst: "Mir ist es gelungen zu zeigen, dass es in Deutschland auch für Migranten lohnt, sich anzustrengen. Dafür bin ich das beste Beispiel."

Lieber nicht über Kruzifix und Kopftuch reden

Niedersachsens Ministerin für Vertrauensbildung Aygül Özkan war die erste deutsch-türkische Landesministerin. Das ist bis heute wichtiger als das, was die CDU-P....

Özkan muss als Scharnier zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft einiges aushalten. Es knirscht manchmal ganz schön. Hier im Straßenwahlkampf, wenn ein älterer Herr sich eine Rose für seine Gattin erbittet und dann im Weggehen noch grantelt: "Obwohl meine Frau in Saudi-Arabien Kopftuch tragen musste!" Als hätte Özkan, die in Hamburg geborene Tochter eines türkischen Gastarbeiters, irgendetwas mit der Politik der Scheichs zu tun. Oder damals, als sie sich gegen Kruzifixe (und auch Kopftücher) in Schulen ausgesprochen hatte und die erbosten Unionsfreunde aus der bayrischen CSU ihr nahelegten, sie solle sich doch vielleicht eine andere Partei suchen. Dabei hatten Gerichte und Parteien, auch die Union, zuvor jahrelang und offen über diese Frage gestritten.

Das Problem war nicht die Forderung selbst, sondern dass sie diesmal von einer Muslimin mit Macht kam. Das löste eine ganz andere Angst aus: Die Muslime wollen uns unsere Religion wegnehmen. Gegen solche Dinge müssen andere Minister nicht kämpfen. Spricht man Özkan heute darauf an, wird ihr Lächeln schlagartig eisig. "Das ist nun wirklich eine uralte Geschichte", bügelt sie den Streit ab. Es ist wohl Özkans wichtigste Eigenschaft, dass sie das aushält, dass sie hart genug ist für all die Konflikte, die nun stellvertretend an ihrer Person ausgetragen werden.

"Unsere Ministerin!"

Kompliziert ist auch ihr Verhältnis zur deutsch-türkischen Community selbst. Sie sind einerseits "sehr stolz darauf, mit einer Ministerin türkisch sprechen zu können", wie Özkan sagt. Andererseits darf sie sich von ihnen auch nicht zu sehr vereinnahmen lassen. Als sie zu Beginn ihrer Amtszeit einmal bei einem Empfang im Kanzleramt war, hielt ein wichtiger deutsch-türkischer Geistlicher lange glücklich ihre Hand und sagte, auf türkisch: "Unsere Ministerin!" So berichtet es zumindest einer, der dabei war.

Weil Özkan aber Ministerin aller sein will, grenzte sie sich gerade am Anfang eher ab.

Davon kann Ramazan Salman berichten. Der eloquente 52-Jährige ist Leiter des ethno-medizinischen Zentrums in Hannover und bestens vernetzt in Politik, Vereinen und Interessenverbänden, die sich um Integrationspolitik kümmern. "Sie hat anfangs ein paar Aufträge und Förderungen an Leute vergeben, die davon keine Ahnung haben, anstatt an Migrantenorganisationen", berichtet er. "Ich bin überzeugt, dass eine deutsche Ministerin das nicht getan hätte." Doch auf Gegenwehr sei sie damit kaum gestoßen. "Viele, ich auch, haben sich da auf die Zunge gebissen", sagt Salman. "Denn das wichtigste war erst einmal, dass sie nicht scheitert." Die Migranten-Community wollte ihr Aushängeschild nicht beschädigen.

So kommt es, dass die Frage, was Özkan in der Integrationspolitik sachpolitisch tatsächlich geleistet hat, kaum eine Rolle spielt. "Symbolisch war es ein wichtiger Schritt, inhaltlich ist leider nichts passiert", sagt Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion in Hannover. Ob doppelte Staatsbürgerschaft, Visapolitik oder Wahlrecht, "die wirklich wichtigen Themen ist sie nicht angegangen". In der Tat hat Özkan auch bei den spektakulären und umstrittenen Abschiebungen, mit denen Niedersachsen immer wieder Furore macht, ihren Kabinettskollegen, den Innenminister und Hardliner Uwe Schünemann, nicht aufgehalten.

Die CDU kann sich mit ihr schmücken

Für Polat kommt all das fast einem Verrat an der eigenen Community gleich, habe sie doch auf einen "Paradigmenwechsel" mit Özkan gehofft. "Sie scheint vor allem dafür da zu sein, dass sich die CDU als offene Partei darstellen kann", sagt sie.

In der Hannoveraner Innenstadt aber scheinen dass die vielen Deutsch-Türken, die zu Özkan an den Stand kommen und sich mit ihr fotografieren lassen, anders zu sehen. Es ist ein SPD-dominierte Wahlkreis, den sich die Sozialministerin ausgesucht hat - aber auch einer mit vielen Migranten. "Wenn jemand von der CDU hier gewinnen kann, dann sie", sagt einer von Özkans Wahlkampfhelfern.

Erdogan Güven, der stolze ältere Deutsch-Türke, wird auf jeden Fall bei Özkan sein Kreuzchen machen. "Eigentlich würde ich eher die Linken wählen", sagt Güven. "Aber wegen ihr wähle ich jetzt CDU."

Niedersachsens Ministerin für Vertrauensbildung Aygül Özkan war die erste deutsch-türkische Landesministerin. Das ist bis heute wichtiger als das, was die CDU-P....

Load-Date: January 21, 2013

End of Document

Europa bleibt eine Festung; Die neue EU-Flüchtlingsverordnung »Dublin III« ändert nichts am Prinzip

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: DOSSIER;Europa bleibt eine Festung; S. 17; Ausg. 24

Length: 360 words

Body

Der viel kritisierte Umgang Europas mit Asylbewerbern geht auf die Dublin-II-Verordnung zurück, die Ende 2002 von den EU-Innenministern verabschiedet wurde. Die Verordnung - für Deutschland von Otto Schily (SPD) unterschrieben - verschärfte die Regelung von 1997 und legt fest, dass jeder Flüchtling in der EU nur einen Asylantrag stellen darf - in der Regel in dem Land, in dem er erstmals einen Fuß auf europäischen Boden gesetzt hat.

Es waren starke Staaten in der Mitte Europas wie Deutschland und Frankreich, die diesen Grundsatz durchsetzten, denn er sollte sie für Flüchtlinge quasi unerschierbar machen. Länder wie Griechenland und Italien werden seither von Asylsuchenden überrannt und mit den Problemen weitgehend alleingelassen.

In Malta, Ungarn und Griechenland werden Flüchtlinge inhaftiert oder der Obdachlosigkeit ausgesetzt. Die Hilfsorganisation Pro Asyl kritisiert, in Italien würden sie gezwungen, auf der Straße oder in leer stehenden Gebäuden zu leben. Viele Asylbewerber versuchen angesichts solcher Lebensbedingungen in andere EU-Staaten zu gelangen. In der Regel werden sie jedoch in das Land ihrer Ankunft zurückgebracht. Für Tausende Menschen bedeutet diese Praxis laut Pro Asyl, dass sie über Jahre in der EU hin und her geschoben werden. Dabei werde auch in Kauf genommen, dass Familien auseinandergerissen werden.

Letzte Woche machten 300 Libyer Schlagzeilen, die in Hamburg gestrandet waren. Ursprünglich waren sie nach Italien geflohen, von den Behörden dort aber mit 500 Euro Reisegeld weitergeschickt worden. Italien musste versprechen, die Flüchtlinge wieder zurückzunehmen.

Die neue Dublin-III-Verordnung, über die nächste Woche beraten wird, soll die Rechte Minderjähriger und besonders Schutzbedürftiger - also auch Schwangerer - stärken. Doch das Prinzip bleibt dasselbe: Flüchtlinge werden an die Peripherie Europas zurückgeschickt. Familien und Schwangere sollten schon unter Dublin II geschützt werden - und mehr als eine Sollregelung wird es auch jetzt nicht geben. Durch die bisherigen Bestimmungen haben sich die Behörden nicht von ihrer Abschiebepaxis abbringen lassen. DZ

Load-Date: March 25, 2022

Europa bleibt eine Festung Die neue EU-Flüchtlingsverordnung »Dublin III« ändert nichts am Prinzip

End of Document

Die neue Einwanderer-Elite; Fast unbemerkt hat sich Deutschland zu einem Sehnsuchtsort für Hochqualifizierte aus aller Welt entwickelt. ZEIT ONLINE stellt sie in einer Serie vor.

ZEIT-online

Donnerstag 12. Januar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: MIGRATION; Ausg. 3

Length: 1027 words

Byline: Philip Faigle

Body

Türkische Ärztin in einem Lübecker Krankenhaus

© Kay Nietfeld/dpa

Herbert Brücker war skeptisch. "Ich dachte erst, da hat sich jemand verrechnet." Es war im April des vergangenen Jahres, als die Zahl des Statistischen Bundesamtes auf dem Schreibtisch des Nürnberger **Migrationsforschers** landete. Rund 40 Prozent - so hoch sei der Anteil der Hochqualifizierten an allen Einwanderern im Jahr 2009 gewesen, schätzten die Statistiker aus Wiesbaden. Dass das Bildungsniveau der Einwanderer langfristig steigen würde, hatte Brücker zwar vorher gesehen. 40 Prozent aber, sagt Brücker, das sei "ein enormer Sprung".

Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für ZEIT ONLINE zeigen, dass der Trend sich fortsetzt. Noch nie waren die neuen Einwanderer in Deutschland so gut ausgebildet wie den vergangenen zwei Jahren. Wenn in Deutschland von Einwanderern die Rede ist, denken viele noch immer an den Arbeiter aus Anatolien - nicht an den Ingenieur aus Spanien oder den Architekten aus Polen. Dabei ist die letzte Gruppe mittlerweile fast in der Mehrheit.

Rund 44 Prozent der Menschen, die im Krisenjahr 2010 ins Land kamen, hatten einen Hochschulabschluss - der Anteil lag damit fast doppelt so hoch als noch im Jahr 2000 (siehe Grafik). Fast die Hälfte der Einwanderer hat mittlerweile Abitur. Zum Anfang des Jahrhunderts lag die Quote noch unterhalb der 30-Prozent-Marke. Deutschland entwickle sich zu einem "Magnet für Hochqualifizierte", sagt Holger Kolb, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

Die Grafik zeigt den Anteil der Hochqualifizierten unter den neuen Einwanderern des jeweiligen Jahres. Der Anteil liegt heute rund doppelt so hoch wie noch vor einem Jahrzehnt. Um die Daten aussagekräftiger zu machen, haben die Statistiker alle Einwanderer über 25 Jahren erfasst, um sie dann vergleichbar zu machen. Nicht eingezeichnet ist der Anteil der Niedrigqualifizierten - er sinkt seit Jahren kontinuierlich.

© ZEIT ONLINE

Die neue Einwanderer-Elite Fast unbemerkt hat sich Deutschland zu einem Sehnsuchtsort für Hochqualifizierte aus aller Welt entwickelt. ZEIT ONLINE stellt sie in....

Wie ist der Trend zu erklären? Ein Grund lautet: Die Menschen kommen heute aus anderen Ländern nach Deutschland als früher. "Die Einwanderer kommen zunehmend aus Osteuropa, etwa aus Polen, Bulgarien oder Rumänien - weniger aus den bisherigen Zuwanderungsländern wie der Türkei", sagt Brücker. In vielen osteuropäischen Staaten ist das Bildungsniveau höher als in den alten Zuwanderungsländern. Und es sind vor allem die Akademiker, die in der Hoffnung auf höhere Löhne nach Deutschland kommen.

Hinzu kommt: Die Schuldenkrise in Staaten wie Spanien oder Griechenland treibt zunehmend Hochqualifizierte nach Deutschland. Während in Spanien die Arbeitslosigkeit bei mehr als 20 Prozent verharrt, fiel sie in Deutschland im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Das lockt vor allem gut Ausgebildete ins Land. Im ersten Halbjahr kamen rund 13.900 Italiener und 8.900 Griechen nach Deutschland - deutlich mehr als in den Vorjahren. Mittlerweile kommen im Schnitt mehr als die Hälfte der Zuwanderer aus dem EU-Ausland.

"Eine gute Nachricht", findet der Migrationsforscher Brücker. Zumal im ersten Halbjahr 2011 die Zuwanderung nach Deutschland erstmals wieder deutlich anstieg. In den ersten sechs Monaten kamen 135.000 Menschen mehr nach Deutschland als wegzogen, damit ist das Wanderungssaldo schon jetzt höher als im gesamten Vorjahr. Arbeitsmarktforschern macht das Hoffnung. Rund 200.000 Zuwanderer pro Jahr braucht es, um die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland in Zukunft konstant zu halten, schätzt die Bundesagentur für Arbeit.

Doch wird die positive Entwicklung so weitergehen? Oder ist sie schlicht eine Folge der stabilen deutschen Konjunktur? "Zu einem gewissen Teil mag das sein", sagt Kolb. "Aber der gestiegene Anteil der Hochqualifizierten lässt sich alleine damit nicht erklären." Der Migrationsforscher vermutet etwas Anderes: Zwar hat die Politik nur zögerlich für bessere Bedingungen für die Einwanderung gesorgt. Nun aber zeigten die Reformen Wirkung.

Ein Beispiel ist die Freizügigkeit nach Osteuropa, die seit dem Mai des vergangenen Jahres gilt. Seither können rund 73 Millionen Osteuropäer hierzulande jede Stelle annehmen. Zwar wanderten in den vergangenen Monaten viele Osteuropäer lieber nach Großbritannien statt nach Deutschland. Dennoch machen sich die neuen Regeln auch bei den deutschen Zuwanderungszahlen bemerkbar. "Das fällt langsam ins Gewicht", sagt Migrationsexperte Brücker.

Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung zudem die Blue-Card-Regelung der Europäischen Union umgesetzt. Seither gelten unter anderem niedrigere Einkommensgrenzen: Wer als Hochqualifizierter nach Deutschland einwandert, muss künftig nur noch mindestens 48.000 Euro verdienen, um bleiben zu dürfen - bislang waren es 68.000 Euro. Zudem sollen Akademiker bei der Einwanderung künftig bevorzugt behandelt werden.

Die deutsche Zuwanderungspolitik, urteilt Kolb, sei mittlerweile weniger restriktiv als in den meisten Industriestaaten. Allerdings habe der Staat zugleich dafür gesorgt, dass der "Zuzug von Niedrigqualifizierten gerade im Bereich des Familiennachzugs erschwert wurde". Das Ergebnis lässt sich ebenfalls in der Statistik nachlesen: Nur noch jeder fünfte Einwanderer in Deutschland hat mittlerweile keine Schulausbildung.

Das alles bedeutet nicht, dass sich die Integrationsprobleme des Landes über Nacht auflösen. Die Bundesregierung weist hierauf in ihrem jüngsten Integrationsbericht hin: Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland schlechter ausgebildet als der Rest der Bevölkerung, auch sind sie häufiger ohne Berufsabschluss. An deutschen Hochschulen hat nur jeder elfte Studierende einen ausländischen Pass. Steigt aber das Qualifikationsniveau der neuen Einwanderer weiter, könnte sich das Blatt wenden.

Das könnte auch den Diskurs über Zuwanderung grundsätzlich verändern. ZEIT ONLINE will die Debatte schon jetzt eröffnen. Ab dem heutigen Donnerstag porträtieren unsere Autoren sechs Einwanderer der neuen Migrantengeneration. In der ersten Folge beschreibt Anne-Sophie Lang, wie der Iraner Maziar Khosravi seinen Weg aus dem Iran über Kanada nach Deutschland machte - um heute bei Ford in Köln zu arbeiten.

Die neue Einwanderer-Elite Fast unbemerkt hat sich Deutschland zu einem Sehnsuchtsort für Hochqualifizierte aus aller Welt entwickelt. ZEIT ONLINE stellt sie in....

End of Document

Ich will Gauck!; Joachim Gauck ist auch für Einwanderer eine gute Wahl, findet Deniz Baspinar. Sie ärgert sich über die Einstellung vieler Migranten: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Februar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: MIGRANTEN UND GAUCK; Ausg. 8

Length: 597 words

Byline: Deniz Baspinar

Body

Joachim Gauck

© Jens Büttner / dpa

Neulich, während eines Essens mit Freunden, kamen auch der Rücktritt von Christian Wulff und die noch offene Nachfolgefrage auf den Tisch. Ich plädierte für Joachim Gauck, bis einer der Gäste warnte: "Aber Gauck findet Sarrazin gut!" Das brachte mich aus dem Konzept. Hatte ich irgendetwas nicht mitbekommen? War etwa auch mit dem Pastor Gauck nicht gut Döner essen?

Verunsichert machte ich mich noch am selben Abend an die Recherche und fand auch sehr schnell das inkriminierte SZ-Interview aus dem Jahr 2010. Ich las die betreffenden Passagen wiederholt durch, fand aber nichts Anstößiges. Gefragt, wie er das deutsche Integrationsproblem beschreiben würde, äußert sich Gauck folgendermaßen:

Ich war erleichtert und gleichzeitig verärgert über mich selbst. Denn ich war in die Falle gegangen; die Falle der Minderheiten-Paranoia: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Jede politische oder gesellschaftliche Äußerung wird danach bewertet, was sie vordergründig für die betreffende Minderheit zu bedeuten scheint. Wer sich in diese Falle begibt, läuft Gefahr, sehr schlicht in seinem Denken zu werden, und sehr berechenbar in seinen Reaktionen.

Welche Denkanstöße brachte Wulff denn zum Thema Integration ein?

Mich hatte schon während der end- und würdelosen Wulff-Agonie geärgert, dass sich Vertreter der migrantischen Community, wie der ehemalige FDP-Politiker Mehmet Daimagüler, hinter Wulff stellten, nur weil er den in diesem Land offenbar nicht selbstverständlichen Satz "Der Islam gehört zu Deutschland" von einem Redemanuskript abgelesen hatte. Genügt das, um jede Kritikfähigkeit über Bord zu werfen? Muss ich Wulff gut finden, weil er sich das Thema Integration auf die Fahnen geschrieben hatte? Welche Denkanstöße brachte er denn zu diesem Thema ein, außer diesen einen Satz? In dem ich mich übrigens gar nicht wiederfinde, weil er die Einwanderer über ihre Religion definiert.

Ich will Gauck! Joachim Gauck ist auch für Einwanderer eine gute Wahl, findet Deniz Baspinar. Sie ärgert sich über die Einstellung vieler Migranten: Wer nicht f....

Der Slogan von der "bunten Republik Deutschland" klang aus Wulffs Mund immer nur nach Nachbarschaftsfest, wo die Migranten für das Kulinarische und den Bauchtanz zuständig sind - also für die Exotik. Habe ich Grund zur Dankbarkeit, weil ein Bundespräsident die Aufgabe der Einwanderer darin sieht, den deutschen Alltag bunter zu machen?

Ich möchte keinen todlangweiligen Bundespräsidenten, der den Türken in diesem Land immer mal wieder lobend über den Kopf streichelt. Ich will auch nicht von türkischen Migranten vertreten werden, die nur reflexartig und völlig erwartbar reagieren. So wie Memet Kilic, der integrationspolitische Sprecher der Grünen jetzt erklärt, Gauck sei für ihn wegen seiner vermeintlichen Sarrazin-Äußerungen "nicht wählbar", oder so wie Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, der Gauck auffordert, beim Thema Integration die Linie Wulffs fortzuführen.

Gaucks anspruchsvoller Umgang mit Sprache zwingt seine Zuhörer und Leser differenziert nachzudenken, etwas das wir in unserer auf Skandalisierung angelegten kurzatmigen Diskussionskultur so gerne über Bord werfen. Statt hysterisch aufzuschreien, wenn jemand die Worte "Sarrazin" und "mutig" in einem Satz zusammenbringt, sollten wir uns unvoreingenommen die gesamte Aussage ansehen. Da steht dann auch:

Ich möchte Joachim Gauck zum Bundespräsidenten, weil ich mir von ihm erhoffe, dass er intellektuell mehr produzieren kann als Werbeagentur-Sprüche zum Thema Einwanderung. Er soll uns zum Denken anregen, in allen wichtigen und drängenden gesellschaftlichen Fragen. Denn mich als Bürgerin dieses Landes bewegen nicht nur die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft.

Load-Date: February 23, 2012

Die Schweiz fürchtet sich auf Vorrat; Verschärfte Asylpolitik, fremdenfeindlicher Aktionismus und eine starke Rechte: Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen?

ZEIT-online

Mittwoch 4. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ALLTAGSRASSISMUS; Ausg. 36

Length: 2640 words

Byline: Catalin Dorian Florescu

Body

Rechtsextreme protestieren 2010 gegen den Bau einer Moschee in der Nähe von Bern

© Michael Buholzer/Reuters

Die vergangenen 15 Jahre waren nicht die besten für die Schweiz. Wirtschaftlich geht es ihr gut wie eh und je, vieles aber ist ins Wanken geraten. Die Schweiz steht unter Druck von allen Seiten. Es haftet ihr - die mit der reinen Alpenluft Geld zu machen weiß - der sumpfige Geruch der unfairen Gewinnlerin, der Rosinenpickerin an und auch der der Fremdenfeindlichkeit.

Nun breitet sich eine Katerstimmung aus wie nach einem überlangen Fest. Ein Fest, das seit spätestens dem Zweiten Weltkrieg andauerte und von mehreren Mythen und nationalen Heiligtümern unterhalten wurde. Die Schweiz hat ihr Ansehen als Hort der Demokratie und Humanität natürlich nicht verloren, aber es war schon besser.

Die Entdeckung der sogenannten "nachrichtenlosen Konten" von Holocaust-Opfern Ende der neunziger Jahre hinterfragte die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und brachte die Schweizer Banken in Bedrängnis. Nur unter starkem amerikanischem und jüdischem Druck waren sie bereit einzulernen. Die eingesetzte Bergier-Kommission räumte mit dem Mythos auf, Hitler sei nicht in das kleine Land einmarschiert, weil er die wehrhafte Schweizer Armee fürchtete. Eine Armee, die im Notfall drei Viertel des Landes aufgeben und sich in den Alpen verschanzen wollte. Ihr standen 40 Jagdflugzeuge zur Verfügung.

Glaubwürdiger ist, dass Hitler Interesse an einem intakten Land hatte, mit dem er Geschäfte machen konnte. Die Schweizer Wirtschaft verkaufte zwei Drittel ihrer Erzeugnisse an die Achsenmächte, plombierte Züge fuhren durch die Schweiz zwischen Italien und Deutschland, und das Land war eine wichtige Drehscheibe für die Devisengeschäfte und den Verkauf von Raubgut des Reichs. Natürlich ist es einem kleinen Land bis zu einem gewissen Punkt nachzusehen, wenn es sich mit den Machtverhältnissen arrangiert. Und die Eidgenossen arrangierten sich gut. Viele ältere Schweizer, die damals Militärdienst leisteten, hielten lange daran fest, dass ein

Die Schweiz fürchtet sich auf Vorrat Verschärfte Asylpolitik, fremdenfeindlicher Aktionismus und eine starke Rechte: Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen?

tapferes, zu allem entschlossenes, moralisch einwandfreies Volk sich in höchster Not zu wehren wusste. Dieser Mythos ist verblichen.

Heute, und es wirkt wie eine historische Klammer, sieht sich die Schweiz mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Banken hätten Steuerhinterziehung begünstigt, ja aktiv gefördert. Das Schweizer Bankgeheimnis ist aufgeweicht und wird womöglich ganz fallen, allerdings erneut erst unter amerikanischem und europäischem Druck. Die Schweizer Banken - unter der Vermittlung der Politik - werden wohl einer Vereinbarung mit den USA zustimmen und hohe Strafen zahlen müssen.

Gibt es einen Rechtsruck?

Als Rosinenpickerin könnte die Schweiz gelten, weil sie in den Verhandlungen mit der EU nur die eigenen Vorteile sucht, ohne Verantwortung übernehmen zu wollen und diese Staatengemeinschaft mitzugestalten. Und da ist noch die humanitäre Situation: Eine ganze Reihe von Ereignissen scheint einen heftigen Rechtsruck zu bestätigen. Ausländerfeindliche Volksinitiativen, wie jene zum Verbot des Minarettbaus. Menschenverachtende Plakatwerbungen. Die erneute Verschärfung des Asylgesetzes, das nun zu den restriktivsten in Europa gehört. Und vor Kurzem das Verbot für Asylsuchende, sich in einigen Schweizer Provinzstädten in sogenannten sensiblen Zonen wie Schwimmbädern, Schul- und Sportarealen aufzuhalten.

Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen? Ja und nein, und letztlich nicht mehr oder weniger als um die meisten anderen europäischen Staaten. Sie sind fast alle in den Wirbel des Rechtspopulismus geraten. Die traurige Realität ist: In dieser Hinsicht ist die Schweiz ein europäischer Normalfall. Manches sogar, und das muss man ihr lassen, macht sie besser als ihre Nachbarn.

Es kann sein, dass die Schweiz zu lange und zu stark ihre Identität aus Dingen gespeist hat, die man, wäre das Land ein Mensch, eine Lebenslüge nennen müsste: die Armee, das Bankgeheimnis oder die Neutralität, die schnell zum opportunistischen Abseitsstehen verkommen kann. Richtig ist aber auch - und hier nehme ich meine Heimat unbedingt in Schutz -, dass bei einem hohen Ausländeranteil von 21 Prozent eine friedliche soziale Durchmischung vorhanden ist, keine Slums oder vernachlässigten Viertel existieren wie in Frankreich oder England, in denen Ausländer gettoisiert werden, ohne Integrationsangebote oder erfreuliche Zukunftsaussichten. Wo Gewalt und Unruhen entstehen können. Diese alltägliche europäische Realität gibt es hier nicht, wie auch nicht den deutschen oder griechischen Mob, der Ausländer hetzt, die deutschen Mordkommandos, die zehn Jahre lang Migranten töten. Keine menschenunwürdigen Asylbewerberunterkünfte wie in Griechenland. Oder Taten wie die des Norwegers Breivik, der zum Massenmörder wurde.

Auch sind die Arbeitsmigranten der ersten Stunde, jene Südländer, die ab den fünfziger Jahren die Schweizer Verkehrsinfrastruktur gebaut und somit den Wohlstand ermöglicht haben, bestens integriert. Spätestens ihre Kinder sind ganz einfach Schweizer, viele sehr erfolgreich. Sie bereichern auch die Schweizer Kultur. Dreimal hintereinander wurde der Schweizer Buchpreis an Autoren osteuropäischer Herkunft verliehen. Meine Romane werden von vielen Schweizern gelesen, und ich erfahre Begeisterung und Zuspruch. Offene Diskriminierung? Mir widerfuhr keine. Für die verborgenen Gedanken der Menschen verfüge ich Gott sei Dank über keinen siebten Sinn. Natürlich weiß ich, dass ich privilegiert bin, denn ich bin weiß, europäisch, falle nur durch einen kleinen Akzent auf und wohne in einer international geprägten Stadt, Zürich. In der Provinz sieht es wohl anders aus. Jedoch: Während in Deutschland seit 2005 jährlich zwischen 15.000 und 20.000 rassistisch motivierte Straftaten verübt werden, sind es in der Schweiz nur 34. Auch kennt die Schweiz eine Rassismus-Strafnorm.

Also gibt es einiges hier, was gut funktioniert, und was die Schweiz gut gemacht haben muss. Das darf nicht vergessen werden, auch nicht nach meinen weiteren Ausführungen. Und ich will nicht hoffen, dass es bloß der Wohlstand ist, der dieses Land zusammenhält. Denn es gibt ihn, den nicht allzu dünnen sozialen und politischen Humus für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das allein wäre nicht außergewöhnlich, der europäische Markt des Rechtspopulismus hat Demagogen und Volksverführer aller Kaliber im Angebot: von den Niederlanden und Frankreich bis Italien oder Norwegen.

Die Schweiz fürchtet sich auf Vorrat Verschärfte Asylpolitik, fremdenfeindlicher Aktionismus und eine starke Rechte: Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen?

Einzigartig ist die Schweiz aber aufgrund bestimmter eidgenössischer Eigenheiten des Rechtsrutsches. Seit nun 20 Jahren ist eine der profiliertesten rechtsnationalen Parteien, die SVP, im Aufwind. Zeitweise erreichte sie 29 Prozent der Wählerstimmen. Heute sind es einige Prozent weniger, aber sie bleibt die stärkste politische Kraft. Das muss man sich vergegenwärtigen: Fast ein Drittel dieses Landes stimmte stramm rechts. Und das in Zeiten des Wohlstandes und einer Arbeitslosigkeit von 3 bis 4 Prozent. Das ist eine der schweizerischen Eigenarten: Der Rechtsruck erfolgte ohne Not. Der Schweizer fürchtet sich auf Vorrat. Wir wollen nicht wissen, wozu diese Furcht fähig wäre, wenn hier griechische Verhältnisse herrschten. Und tatsächlich grenzt es für mich an ein Wunder, dass Taten wie jene in Norwegen hier trotz der zeitweise starken rechtsnationalen Propaganda ausbleiben.

Die zweite Eigenart ist, dass die SVP aus dem Zentrum der Gesellschaft operiert und nicht vom Rande her. Ihre Vertreter sitzen im Parlament und im Bundesrat, sind Landwirte, Groß- und Kleinunternehmer, Industrielle und genießen einen Ruf als ehrbare Schweizer. Sie wirken oft wie die Karikatur des Schweizertums: etwas bieder, aber solide und aufrichtig, sogar dann, wenn sie plumpe Vereinfachungen in die Welt setzen. Die Lichtgestalt unter ihnen ist der Unternehmer und Milliardär Christoph Blocher, dem das Herz des kleinen Mannes zufliegt. Wie jeder gute Populist hat auch er es geschafft, diesen kleinen Mann glauben zu lassen, dass er seine Ängste und Nöte kennt, die er erst einmal schürt. Im Wesentlichen sind es zwei Ängste: vor den "fremden Richtern" aus Brüssel und vor der Überfremdung. Mit praktisch nur diesen beiden Themen hat es die SVP - eine straff organisierte und bestens finanzierte Partei - an die Spitze der Politik geschafft.

Der Mensch zum Tier degradiert

Die SVP setzt oft die politische Agenda und hat in der Wochenzeitung *Weltwoche* für viele Themen eine willige Mitstreiterin gefunden. Die SVP startet fremdenfeindliche Initiativen im Namen eines Volkes, dessen Puls sie stets am besten kennt. Sie tapeziert den öffentlichen Raum mit Plakaten, auf denen Osteuropäer als Raben gezeigt werden - der Mensch zum Tier degradiert, da werden Erinnerungen in Nazi-Hetzpropaganda wach. Und sie versetzt dieses Land in einen Dauerwahlkampf. Immer ist da irgendetwas, das den Schweizer bedroht. Der populistische Rattenfänger weiß es: Er darf nie ruhen, die Ressentiments des kleinen Mannes wollen geschürt werden. Die SVP liefert ihm nicht nur die Themen, sondern auch das Vokabular dazu.

Aus der Mitte der Gesellschaft heraus und von durchaus respektablen Personen wird die Grenze des Machbaren und Sagbaren weiter nach rechts verschoben. Diese Bewegung ist verlässlich wie der stete Tropfen, der den Stein aushöhlt. Das ist wohl die dritte Schweizer Eigenart. Sie höhlt den sozialen Frieden aus und spaltet schließlich das Land. Dafür trägt die SVP allein die Verantwortung. Kaum wird ein Tabu gebrochen, erfolgt schon der nächste populistische Sturm. Und der Populist kann darauf zählen, dass sich die Empörung darüber schnell legt. Für so etwas geht der konsumwütige Bürger kaum noch auf die Straße.

Die SVP steckt seit zwei Jahren in einem kleinen Tief, aber sie bleibt gefährlich. Schon kündigt sie an, das Völkerrecht in der Schweiz zur Disposition zu stellen. Es solle nur noch das zwingende Völkerrecht gelten. Die bisherigen zehn Asylgesetzrevisionen, die die Lage der Flüchtlinge erheblich verschlechtert haben, rechtfertigt sie mit den hohen Kosten und den hohen Flüchtlingszahlen. Tatsächlich hat die Schweiz etwa doppelt so viele Asylsuchende wie die Niederlande, aber nur noch halb so viel wie 1999. Die Anerkennungsquote liegt bei bescheidenen 12 Prozent. Wegen der weltweiten Krisen werden dieses Jahr bis zu 30.000 Asylsuchende erwartet und Kosten um 1,4 Milliarden Franken (1,14 Milliarden Euro). Die Schweiz kauft aber Schweden Kampffjets im Wert von 3,1 Milliarden Franken ab.

Asylbewerber unter Generalverdacht

Bei jeder neuen gesetzlichen Verschärfung wird pflichtbewusst auf die humanitäre Tradition des Landes hingewiesen. Jedes Mal wirkt das ein wenig hohler und ohnmächtiger. Denn eigentlich werden Asylbewerber unter Generalverdacht gestellt: Allein ihre Zugehörigkeit zur Kategorie "Flüchtling" macht sie suspekt und potenziell gefährlich. In solch einem Misstrauensklima wollen dann eingeschüchterte Politiker die Ängste des

Die Schweiz fürchtet sich auf Vorrat Verschärfte Asylpolitik, fremdenfeindlicher Aktionismus und eine starke Rechte: Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen?

kleinen Mannes beschwichtigen. Sie sprechen Aufenthaltsverbote aus oder bauen einen Sichtschutz um die Asylbewerberheime, wie kürzlich geschehen. Immerhin erfolgte er noch, der Aufschrei der Zivilgesellschaft.

Die Schweiz ist entstanden aus vier Kulturen. Integration und Toleranz sind ihr höchstes Gut. Sie darf zu Recht als positives europäisches Modell gelten. Lateiner und Germanen, Katholiken und Protestanten, Städte und Regionen, die sich regelmäßig bekämpften und unter dem Druck der Nachbarn standen - Habsburg, Frankreich, Nazideutschland -, fanden allmählich zu einem einheitlichen Staat zusammen und blieben ein solcher, weil die Menschen trotz der Konflikte eine Kultur des Kompromisses und des Ausgleichs führten. Das schuf zuerst einmal nach innen einen sozialen und politischen Raum, in dem man Genfer, Basler oder Tessiner sein konnte und doch Schweizer. Kulturell anders und doch gleich. Das ganze politische System ist auf diese Ausbalancierung der Regionen und Kulturen ausgerichtet. Nur so konnte diese "Willensnation" entstehen.

Es stimmt aber auch, dass diese Kulturen allzumeist Rücken an Rücken leben, nebeneinander her, und sich vor allem nach Berlin, Paris oder Mailand orientieren. Die Literaten sowieso. Man spricht von einem "Röstigraben" zwischen der französischen und der deutschen Schweiz und meint damit die vielen Differenzen, mentalitätsbedingt oder politisch. Der Frust der französischen Schweizer ist groß, weil sie oft von den Innerschweizer bäuerlichen, deutschen Kantonen überstimmt werden. Zum Zusammenleben unter dem gemeinsamen Schweizer Dach gehört offenbar nicht nur die Toleranz, sondern auch ein Ignorieren des Anderen.

Die oft beschworene humanitäre Tradition der Schweiz ist eine widersprüchliche Geschichte: Das Land nahm während des Ungarnaufstandes und der Balkankriege viele Flüchtlinge auf. Es wirkt heute noch wie ein Magnet auf Ausländer, die sich hier in den vergangenen Jahren in hoher Zahl niedergelassen haben, nicht zuletzt Deutsche, die als Arbeitsmigranten kamen. Der Wohnraum ist knapp und teuer, die Städte platzen aus allen Nähten. Gerade die Ankunft der nördlichen Nachbarn verlief nicht ohne Friktionen. Manche Deutsche könnten ein Liedchen davon singen, manche sind deswegen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Und doch wurde auch diese moderne Völkerwanderung alles in allem gut absorbiert. Schade nur, dass diese Kohäsionsfähigkeit nach innen mit einer Tendenz zur Abschottung nach außen einhergeht.

Einst träumte Lenin in Zürich

Bis zum Ersten Weltkrieg genossen die Schweiz und Zürich einen guten Ruf bei den Flüchtlingen. Politisch Verfolgte wie Büchner oder Wagner suchten hier Schutz, Thomas Mann und seine Tochter Erika mit ihrem politischen Kabarett *Die Pfeffermühle* kamen hinzu, James Joyce, die Dadaisten. Selbst jemand wie Lenin träumte in Zürich davon, die Revolution von hier loszutreten. Das Bild aber änderte sich rasant mit dem Erstarken der Nationalsozialisten in Deutschland.

Deutschlandfreundliche Bundesräte wurden gewählt, manche von ihnen kokettierten offen mit autoritären Gedanken. Das J im Pass deutschjüdischer Bürger wurde von Schweizer Diplomaten in Berlin angeregt. Und es wiegt schwer, dass die Schweiz mit der Losung "Das Boot ist voll" mehr als 20.000 jüdische Menschen an ihren Grenzen abwies und sie dem sicheren Tod auslieferte. Das wurde möglich durch eine Mischung aus Anpassertum und vorauseilendem Gehorsam gegenüber Hitler wie auch durch die Sympathien mancher Beamter und Politiker für rassistische Ideen. Beim Internationalen Roten Kreuz vertrat ein solcher Mann, Philipp Etter, den Schweizer Bundesrat. Man nimmt an, dass sich auch deshalb das Hilfswerk nicht sehr nachdrücklich für die Menschen in den Konzentrationslagern einsetzte.

Insgesamt aber erwies sich das Schweizer Volk als immun gegenüber der Blut-und-Boden-Idee. Sie passt gar nicht zur Diversität, die diese Nation ausmacht. Es ist zu hoffen, dass dies auch künftig so bleibt, trotz des Narrativs der Rechten darüber, wie ein homogenes Volk inmitten Europas, gerecht und rein, sich gegen das Böse zur Wehr setzt. Solange diese Tendenzen so stark sind, muss man sich natürlich auch um die Schweiz Sorgen und Gedanken machen. Wenn aber die Mehrheit dieses Volkes, geführt von fähigen Politikern, die Bodenhaftung nicht verliert und den Anstand, auf den man hier so Stolz ist, müssen diese Sorgen nicht größer sein als jene um das übrige Europa.

Die Schweiz fürchtet sich auf Vorrat Verschärfte Asylpolitik, fremdenfeindlicher Aktionismus und eine starke Rechte: Muss man sich um die Schweiz Sorgen machen?

Load-Date: September 4, 2013

End of Document

Es gibt keine Ghettos!; Wie lassen sich Migranten am besten integrieren? Nicht durch naive Toleranzappelle, sondern durch Segregation

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

25. April 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 59; Ausg. 18

Length: 939 words

Byline: Walter Siebel

Body

VON WALTER SIEBEL

Bald jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik ist zugewandert oder stammt direkt von Zuwanderern ab. In Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Nürnberg haben in manchen Quartieren bis zu 40 Prozent der Bewohner einen **Migrationshintergrund**. Trotzdem gab es bisher keine schweren Konflikte. Und deshalb sollte man nicht nur nach den Problemen der Integration fragen, wie das sonst gern getan wird, sondern auch danach, was eine Gesellschaft dazu befähigt, erstaunlich gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen. Eine Antwort darauf lautet: Segregation.

Die deutsche Stadt- und Wohnungspolitik hat immer versucht, die Absonderung mancher sozialer Gruppen in bestimmten Vierteln zu vermeiden. Dafür gab es gute Gründe, solange diese Gruppen zur Segregation gezwungen waren, weil sie sich zum Beispiel das Wohnen in anderen Quartieren nicht leisten konnten. In Einwanderungsgesellschaften aber entstehen ethnische Kolonien auch deshalb, weil sie von den Zuwanderern erwünscht sind. Little Italy, Chinatown, auch die Deutschen sind in New York zunächst nach Little Germany gezogen. Diese räumlich getrennten kleinen Welten bilden einen Brückenkopf vertrauter Heimat in der Fremde. Zuwanderer sind besonders auf informelle Hilfsnetze angewiesen, und solche Netze bilden sich leichter unter Menschen mit ähnlichen Orientierungen. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten bietet Räume des Übergangs, die den Schock der **Migration** mildern.

Dennoch halten viele Segregation für gefährlich. Sie wollen die Durchmischung fördern, denn erst in der räumlichen Nähe, so das Argument, entstünden Kontakte, die zu mehr Wissen übereinander führten, was wiederum dazu beitragen könne, Vorurteile zu korrigieren und Toleranz zu fördern. Allerdings lässt sich auch das genaue Gegenteil behaupten: Enge Nachbarschaften von Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Sauberkeitsstandards, gegensätzlichen Auffassungen zur Rolle der Frau oder zur Kindererziehung schaffen viele Reibungsflächen. Soziale Mischung im Stadtquartier führt zu Konflikten, die sich durch Segregation vermeiden lassen. Hinzu kommt: Ethnische Kolonien erschweren nicht die Integration, und entsprechende Studien konnten auch keine negativen Effekte auf die Integrationsbereitschaft feststellen (mit Ausnahme des Spracherwerbs).

Es gibt keine Ghettos! Wie lassen sich Migranten am besten integrieren? Nicht durch naive Toleranzappelle, sondern durch Segregation

Wenn es doch zu negativen Entwicklungen kommt, dann sind sie nicht der Segregation, sondern vor allem der sozialen Lage geschuldet. Eine ethnische Gruppe, die sich diskriminiert fühlt, die unter Arbeitslosigkeit und Armut leidet, wird sich aus nachvollziehbaren Gründen in eine eigene, enge und abgeschottete Welt zurückziehen, was wiederum die Chancen vieler Migranten in der Aufnahmegesellschaft behindert. Am Ende stünde dauerhafte Ausgrenzung. Doch bislang ist die Rede von Ghettos oder Parallelgesellschaften in Deutschland eine empirisch unbegründete und obendrein gefährliche Dramatisierung: Unbegründet, denn in der international vergleichenden Forschung wird von einem ethnisch geprägten Viertel erst dann gesprochen, wenn dort der Anteil einer Ethnie an der Bevölkerung mindestens 40 Prozent beträgt. Das ist in keiner deutschen Stadt der Fall. Normalität sind in Deutschland ethnisch gemischte Viertel mit einer deutschen Mehrheit.

Die Rede von Ghettos kann obendrein eben das befördern, vor dem sie warnen will, denn solche Etiketten bleiben nicht folgenlos. Sie können Teufelskreiseffekte auslösen: Die deutsche Mittelschicht und die erfolgreichen Migranten ziehen aus derart stigmatisierten Vierteln fort. In der Folge sinkt die Kaufkraft, die Banken werden zurückhaltend bei der Kreditvergabe, das Gebiet verkommt auch äußerlich. Wenn dann noch in den Schulen der Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien steigt, veranlasst das weitere Haushalte, fortzuziehen. Am Ende stehen erzwungene Nachbarschaften der deutschen Verlierer mit den nicht integrierten Zuwanderern, eine höchst konfliktrichtige Mischung.

Es ist also wichtig, zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation zu unterscheiden, was nur in der Theorie, nicht aber in der Praxis einfach ist. Das aber rechtfertigt keineswegs, nun durch Stadt- und Wohnungspolitik jede Form der Segregation zu verhindern. Erzwungene Desegregation ist ebenso wenig integrationsfördernd wie erzwungene Segregation, da sie den Aufbau der informellen Netze behindert, auf die gerade neu Zugewanderte besonders angewiesen sind.

Zuwanderung verlangt daher eine Wanderung auf schmalen Grat: Freiwillige Segregation muss von der Stadtpolitik ermöglicht und erzwungene verhindert werden, etwa durch mehr erschwinglichen Wohnraum in allen Teilen der Stadt. Einwandererquartiere sollten als Dauerinstitution der Stadt akzeptiert werden, und zugleich muss alles darangesetzt werden, dass sie nicht zu Fallen werden, aus denen die Zuwanderer keinen Weg mehr in die Aufnahmegesellschaft finden.

Vor allem aber braucht gelingende Integration Zeit, mindestens die Zeit dreier Generationen, und sie beginnt mit jedem Zuwanderer aufs Neue. Sie braucht geschützte Räume des Übergangs, und sie braucht die Fähigkeit, mit den Schwierigkeiten und Konflikten der Migration halbwegs zivil umzugehen. Der Integration ist mit Dramatisierung so wenig gedient wie mit naiven Toleranzappellen. Das Hohe Lied der kulturellen Differenz, das so oft angestimmt wird, lässt schnell vergessen, wie leicht kulturelle Differenz in Konflikt umschlägt und wie hoch sie mit sozialer Ungleichheit korreliert.

Walter Siebel ist einer der bekanntesten deutschen Stadtsoziologen. Zusammen mit seinem Kollegen Hartmut Häußermann veröffentlichte er mehrere Standardwerke zur Stadtdiskussion

Graphic

Parallelgesellschaften? Mitunter können ethnische Kolonien, wie hier in Berlin, sinnvoll sein

Es gibt keine Ghettos! Wie lassen sich Migranten am besten integrieren? Nicht durch naive Toleranzappelle,
sondern durch Segregation

End of Document

Erwachtet!; Endlich kommt's raus: Der Euro ist ein gefährlicher Migrant

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: NEUES SARRAZIN-BUCH; S. 49; Ausg. 13

Length: 507 words

Byline: Adam Soboczynski

Body

Thilo Sarrazin, der ja immer das schreibt und sagt, was andere sich entweder nicht zu sagen trauen oder aber gar nicht sagen können, weil ihr Bewusstsein durch das verweichlichte Versöhnungsgeschwätz des Mainstreams vernebelt ist; jener Thilo Sarrazin, der die ängstliche, auf falsche Toleranz gegenüber Minderheiten gepolte Integrationsdebatte durch intelligenzgenetische Überlegungen in seinem Bestseller Deutschland schafft sich ab aufgerüttelt hat, jener mutige Tabubrecher, der den Problemverneinern und Wegsehern aufgezeigt hat, dass die fünf (!) Prozent Muslime an der Abschaffung Deutschlands durch fleißige Vermehrung arbeiten (sonst arbeiten sie ja leider nicht so viel), jener Thilo Sarrazin hat also endlich ein neues Buch geschrieben, das am 22. Mai erscheint. Seit Monaten wurde es gemunkelt und gesagt, jetzt ist es gewiss: Das Buch handelt vom Euro und heißt Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat. Der Ankündigung der DVA zufolge möchte der Autor die Euro-Debatte "vom Kopf auf die Füße" stellen. Es wurde aber auch Zeit.

Wagen wir in Unkenntnis des Buches einen kühnen Blick ins Werk: Der Euro, wir ahnten es schon, ist bei Sarrazin womöglich der neue Migrant. Der Euro ist schließlich eine Art wurzelloser Kosmopolit. Wenn uns der Migrant noch nicht ganz abgeschafft hat durch Vermehrung - der Euro, indem er sich partisanenhaft in allen Ländern einnistete, wird unseren Untergang besiegeln. Mit Stumpf und Stiel wird der Euro uns ausrotten, wenn wir nicht gegen ihn angehen und namentlich gegen jene, die ihn schützen, die Wegseher und Problemverneiner im eigenen Land, gegen die auf unsere Kosten faul vor sich hin lebenden Griechen, Portugiesen, Spanier und Italiener sowieso. Weg damit!

Europa braucht den Euro nicht ist ein plausibler Nachfolger von Deutschland schafft sich ab. Dem inneren Feind muss, damit das Bedrohungsszenario komplett ist, ein äußerer beigegeben werden. Der Migrant und der Euro sind nur zwei Seiten ein und derselben finsternen Medaille. Man braucht nur wenige Worte aus den bereits bekannten geflügelten Sarrazin-Sätzen auszutauschen, dann zeigt sich der Zusammenhang aufs Schönste. Über die Griechen könnte es heißen: "Ich muss niemanden anerkennen, der von der EU lebt, diese EU ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Euro-Mädchen produziert." Über die Italiener: "Nirgendwo schlurften so viele Menschen in Trainingsanzügen durch die Straßen wie in Neapel." Über Portugal: "Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen portugiesisch ist. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise nach Portugal buchen." Über die Spanier: "Alle Spanier teilen ein bestimmtes Gen, Deutsche haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden."

Erwachtet! Endlich kommt's raus: Der Euro ist ein gefährlicher Migrant

Oder lesen wir am Ende eine profunde Analyse der Euro-Krise? Auszuschließen ist es nicht. Thilo Sarrazin nämlich, was kaum jemand noch weiß, war, bevor seine Interessen sich ungut verlagerten, ein ordentlicher Volkswirt.

Load-Date: March 22, 2012

End of Document

Flüchtlinge vom Oranienplatz ziehen um; Über ein Jahr lebten sie in einem Protest-Zeltlager in Berlin-Kreuzberg, nun können etwa 60 Flüchtlinge in ein Wohnheim ziehen. Ihre Forderungen sind damit nicht erfüllt.

ZEIT-online

Freitag 22. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Berlin; Ausg. 48

Length: 240 words

Body

Das **Flüchtlings**-Camp am Oranienplatz (Archivbild)

© Laurin Schmid/dpa

Die protestierenden **Flüchtlinge** des Berliner Oranienplatzes bekommen eine Winterunterkunft. Die etwa 60 Menschen können von ihrem Camp im Stadtteil Kreuzberg vorübergehend in ein ehemaliges Caritas-Seniorenheim im Wedding umziehen, teilten Berliner Caritasverband, Senatssozialverwaltung und der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit. Sozialsenator Mario Czaja (CDU) sagte, er freue sich über diese "humanitäre Lösung".

Der Caritasverband stellt das Gebäude zur Verfügung und wird die Unterkunft auch betreiben, unterstützt von der Berliner Kältehilfe. Der Umzug soll in den kommenden Tagen stattfinden.

Seit mehr als einem Jahr hatten die Flüchtlinge in einem Protest-Zeltlager gelebt. Sie fordern bessere Bedingungen für Asylsuchende in Deutschland. Jeder Asylbewerber solle als politischer Flüchtling anerkannt, die Residenzpflicht abgeschafft und ein Arbeitsrecht eingeräumt werden.

Die Protestierenden wollen mit ihrem Protest-Camp nicht nur die Politiker, sondern auch die Bürger auf das Leben von Flüchtlingen in Deutschland aufmerksam machen. Im Laufe des Jahres ließ das Interesse der Bevölkerung nach, ebenso die Spendenbereitschaft.

Zuletzt hatte es Streit zwischen dem Senat und der Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Herrman gegeben, die sich gegenseitig Tatenlosigkeit vorwarfen.

In Berlin leben derzeit fast 8.000 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften.

Load-Date: November 22, 2013

Mehr Migranten sollen promovieren; Die Türkische Gemeinde in Deutschland lobt erstmals einen Dissertationspreis aus, um Forscher mit Migrationshintergrund zu fördern. Bewerben darf sich allerdings jeder.

ZEIT-online

Sonntag 21. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: FÖRDERPREIS

Length: 343 words

Byline: Sarah Schaschek

Body

Die Türkische Gemeinde in Deutschland will ihren wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Sie schreibt in diesem Jahr erstmals einen Preis für herausragende Dissertationen aus. Der Preis ist offen für alle, doch Forscher mit **Migrationshintergrund** werden besonders aufgefordert, sich zu bewerben. "Wir wollen zeigen, was **Migranten** in der Wissenschaft erreichen", sagte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Kenan Kolat, am Freitag in Berlin. "Dann denken mehr Studenten selbst über eine Doktorarbeit nach."

Der Preis wird in drei Kategorien vergeben und ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Die Arbeiten sollen sich mit multiethnischen Gesellschaften auseinandersetzen, wobei die Themenschwerpunkte variieren. Aus den Naturwissenschaften werden in diesem Jahr Dissertationen über erneuerbare Energien gesucht.

"Durch den Wirtschaftsboom haben wir schlimme Umweltprobleme in der Türkei", sagt Muharrem Satir, emeritierter Geochemiker der Universität Tübingen, der im Auswahlgremium sitzt. Deutschland sei bei der Umwelttechnik führend, er hoffe auf Forschungsimpulse für die Türkei.

Ähnlich ist es bei dem Thema Genderpolitik, das das Gremium wegen seiner aktuellen Brisanz für den Bereich Sozial- und Geisteswissenschaften gewählt hat. Gerade in Einwanderungsländern wie Deutschland sei bei der Geschlechtergerechtigkeit "viel zu tun", sagt Jürymitglied Süheyla Schröder, die den Berliner Campus der türkischen Bahcesehir-Universität leitet.

Laut Angaben der Türkischen Gemeinde hat Deutschland rund 30.000 türkische Studierende. Dazu kommen knapp 60 Professoren und 300 Postdocs mit türkischen Wurzeln. Genau ist das schwer zu beziffern, da viele einen deutschen Pass haben. Die Recherchen beruhten auf türkisch klingenden Namen, heißt es. Für die bessere Vernetzung legt die Türkische Gemeinde gerade eine Datenbank von türkischen Wissenschaftlern samt Forschungsthemen an.

Für den Wissenschaftspreis können Dissertationen, die in den letzten zwei Jahren an einer deutschen Hochschule entstanden sind, bis zum 15. Juli bei der Türkischen Gemeinde eingereicht werden.

Mehr Migranten sollen promovieren Die Türkische Gemeinde in Deutschland lobt erstmals einen
Dissertationspreis aus, um Forscher mit Migrationshintergrund zu för....

Load-Date: April 23, 2013

End of Document

**Schnell noch ein Erinnerungsfoto mit einem Hungernden; Am
Brandenburger Tor in Berlin protestieren Asylbewerber aus ganz
Deutschland gegen die Residenzpflicht. Trotz Kälte bleiben ihnen Decken
oder Matratzen verwehrt.**

ZEIT-online

Montag 29. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: PROTEST GEGEN ASYLRECHT; Ausg. 44

Length: 645 words

Body

Asylbewerber, die in Berlin im Hungerstreik sind.

© Kay Nietfeld/dpa

Ein Dutzend Männer und Frauen sitzt auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor, umringt von bunten Regenschirmen. Sie wärmen sich die Hände an heißem Tee. Es sind **Flüchtlinge**. Im Hintergrund strahlt die Sonne auf das Wahrzeichen Berlins. Touristen fotografieren erst das schmucke Tor, dann die hungernden Männer, die seit fünf Tagen keine Nahrung mehr zu sich nehmen.

Seit Anfang Oktober protestieren die Asylbewerber in Berlin gegen die Residenzpflicht, der sie gesetzlich unterworfen sind. Flüchtlinge dürfen sich nur in einer bestimmten, ihnen zugewiesenen Region aufhalten. Zudem fordern die Protestteilnehmer die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften und einen Abschiebestopp.

Im September waren 20 Demonstranten in Würzburg zu dem Protestmarsch in die Hauptstadt aufgebrochen. 28 Tage und fast 600 Kilometer waren sie unterwegs. Im Laufe des Marsches schlossen sich weitere Asylbewerber und Sympathisanten an.

Die Ehefrau zurückgelassen

Drei Wochen nach ihrer Ankunft in Berlin haben sie sich unter dem Namen Refugeecamp auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor zum Hungerstreik zusammengefunden. Seit sechs Tagen und Nächten protestieren die zwölf Männer gegen die Auflagen, denen sie sich als Asylsuchende in Deutschland fügen müssen. Auch der Wunsch, als politischer Flüchtling anerkannt zu werden, treibt einige von ihnen zum Protest.

Keyvan Shafice

© Juliane Leopold/ZEITONLINE

Keyvan Shafice sagt, dass er aus dem Iran fliehen musste, weil er sich kritisch über die Regierung und den Einfluss der islamischen Religion auf die Politik äußerte. Seine Ehefrau ließ er zurück, als er im Dezember 2011 nach

Schnell noch ein Erinnerungsfoto mit einem Hungernden Am Brandenburger Tor in Berlin protestieren Asylbewerber aus ganz Deutschland gegen die Residenzpflicht. T....

Deutschland kam. Aus Nürnberg lief er über Würzburg mit dem Marsch der Asylsuchenden nach Berlin. "Egal, was passiert. Das ist der letzte Punkt dieser Flucht", sagt er.

Was er sich erhofft? Politiker auf seine Lage und die aller Asylsuchenden aufmerksam zu machen, sagt er. Sein Sitznachbar Hamid Reza Mozadhi ergänzt: "Es ist wichtig, unsere Lage öffentlich zu machen. Wir wollen ein normales Leben."

Bewegungsfreiheit auf ein Bundesland beschränkt

Teil dieses normalen Lebens ist für die beiden, selbst entscheiden zu können, wo sie sich aufhalten. Die Residenzpflicht verhindert das. Seit 2010 ist die Residenzpflicht zwar gelockert. In Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg dürfen sich Asylsuchende im ganzen Land bewegen, ohne dafür eine Genehmigung zu brauchen.

Doch abgesehen von Berlin und Brandenburg, wo auch grenzübergreifendes Reisen erlaubt ist, bleiben die Asylsuchenden in ihrer Bewegungsfreiheit auf ein Bundesland beschränkt.

Zufrieden registrieren die Protestierenden, dass auch Berliner und andre Passanten sie hier am Brandenburger Tor unterstützen. Über Twitter werden Aufrufe verbreitet, den Protestierenden Decken und wärmende Getränke zu bringen. Zumindest von den Decken haben die Demonstrierenden wenig. Die Polizei sammelt sie ein, genau wie Isoliermatten, Schlafsäcke und Sitzunterlagen aus Pappe, denn die Veranstaltung ist als Mahnwache angemeldet. Das bedeutet, dass dort nichts benutzt werden darf, was dem Übernachten dient. Das ginge nur, wenn die Veranstaltung eine Sondernutzungserlaubnis hätte. Die hat das Bezirksamt Mitte aber nicht erteilt.

Für die Protestierenden bedeutet das, die Kälte der Nacht auf den blanken Steinen zu erleben. Derzeit herrscht Nachtfrost in Berlin. Aus Sicht der Polizei wird das Versammlungsrecht geschützt und nicht geschwächt, indem sie diese Auflagen durchsetzt. Anke Domscheit-Berg, die für die Piratenpartei 2013 in den Bundestag will, sieht das anders. Am Brandenburger Tor will sie Solidarität mit den Protestierenden zeigen. "Die Polizei nutzt ihren Ermessenspielraum nicht", sagt sie. "Das ist Schikane."

Load-Date: October 31, 2012

Australien nimmt keine Bootsflüchtlinge mehr auf; Wer mit dem Boot nach Australien flieht, wird künftig nach Papua-Neuguinea abgeschoben. Mit einem Abkommen will die Regierung Wirtschaftsflüchtlinge abschrecken.

ZEIT-online

Freitag 19. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYLRECHT; Ausg. 30

Length: 470 words

Body

Bootsflüchtlinge vor der australischen Weihnachtsinsel im Oktober 2012

© Scott Fisher/GettyImages

Australien will keine Bootsflüchtlinge mehr aufnehmen. "Von nun an wird kein **Asylsuchender**, der per Boot in Australien ankommt, eine Chance haben, in Australien als **Flüchtling** zu bleiben", sagte Premierminister Kevin Rudd. Bootsflüchtlinge würden gemäß einem mit Papua-Neuguineas Ministerpräsident Peter O'Neill unterzeichneten Abkommen künftig in dessen Land geschickt. Sollte dem **Asylantrag** dort stattgegeben werden, könnten sie in Papua-Neuguinea bleiben.

Das ab sofort geltende Abkommen soll zunächst zwölf Monate laufen und anschließend jährlich überprüft werden. Rudd will auf diese Weise Flüchtlinge aus Indonesien abschrecken, die nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen nach Australien kommen. Seit Beginn des Jahres kamen bereits 13.000 Flüchtlinge. Hunderte weitere starben bei der gefährlichen Überfahrt.

Australiens Außenminister Bob Carr hatte gesagt, dass die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge insbesondere aus dem Iran und Sri Lanka zugenommen habe. Indonesiens Regierung sagte kürzlich zu, die Visabestimmungen für Iraner zu verschärfen. Bisher brauchen sie kein Visum, um in das südostasiatische Land zu reisen.

Mit den Maßnahmen soll nach Angaben der Regierung auch der Menschen schmuggel zwischen Indonesien und der Australien vorgelagerten Weihnachtsinsel eingedämmt werden. "Die Hoffnungen, die sie ihren Kunden für die Zukunft machen, sind falsche Hoffnungen", sagte Rudd. Er habe auch mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon über die neue Regelung gesprochen.

Maßnahme auch gegen Menschen schmuggel

"Die Australier haben genug davon, Leute in den Gewässern nördlich von uns sterben zu sehen", sagte Rudd. "Unser Land hat genug von Menschen schmugglern, die Asylsuchende missbrauchen und sie auf hoher See ertrinken lassen." Im Gegenzug für die Hilfe bei der Aufnahme der Flüchtlinge will Australien das Bildungs-, Gesundheits- und Justizsystem Papua-Neuguineas unterstützen. So will die Regierung bei der Instandsetzung

Australien nimmt keine Bootsflüchtlinge mehr auf Wer mit dem Boot nach Australien flieht, wird künftig nach Papua -Neuguinea abgeschoben. Mit einem Abkommen wil....

und dem Unterhalt eines großen Krankenhauses in Lae helfen. Eine Summe der versprochenen Hilfen wurde nicht bekanntgegeben.

Der konservative Oppositionsführer Tony Abbott begrüßte den Plan, äußerte aber Zweifel, dass Papua-Neuguinea mit dem großen Zustrom an Flüchtlingen zurechtkommen werde. Die linke Grünen-Partei kritisierte das Abkommen dagegen als "skrupellos und abstoßend" und verwies auf die Armut, Rechtslosigkeit und Gewalt in Papua-Neuguinea sowie auf den Wohnungsmangel und die Verbreitung von Malaria. Amnesty International teilte mit, Australien wende den "verletzlichsten Menschen der Welt" den Rücken zu, "verschließt die Tür und wirft den Schlüssel fort".

Load-Date: July 19, 2013

End of Document

Flüchtlingsboot auf dem Weg nach Australien gekentert; Nördlich der Weihnachtsinsel ist ein Boot mit 133 Flüchtlingen verunglückt. Die meisten von ihnen kamen aus Afghanistan. Auch Frauen und Kinder sind unter den Geretteten.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYL; Ausg. 26

Length: 360 words

Body

Ein **Flüchtlingsboot** vor Australien

© MV Bison/Australian Maritime Safety Authority/Getty Images

Zum zweiten Mal binnen einer Woche ist ein vollbesetztes **Flüchtlingsboot** auf dem Weg nach Australien im Indischen Ozean gekentert. Nach ihren Informationen seien 123 Insassen gerettet worden, sagte Premierministerin Julia Gillard vor dem Parlament. An Bord waren demnach bis zu 133 Menschen.

Wie die für die Seenotrettung zuständige australische Behörde AMSA mitteilte, verunglückte das Schiff knapp 200 Kilometer nördlich der zu Australien gehörenden Weihnachtsinsel. Diese liegt mitten im Indischen Ozean, etwa 2.600 Kilometer vor der australischen und 300 Kilometer vor der indonesischen Küste. Drei Handelsschiffe sowie zwei Marineschiffe waren an der Bergung der Schiffbrüchigen beteiligt. Nach Informationen des australischen Fernsehens stammten die meisten Passagiere aus Afghanistan, unter ihnen waren mehrere Frauen und Kinder.

Erst am vergangenen Donnerstag war ein Schiff mit etwa 200 vorwiegend afghanischen Flüchtlingen an Bord etwa 220 Kilometer nördlich der Weihnachtsinsel gekentert. Die Bergungsmannschaften retteten 110 Überlebende, 17 Menschen konnten sie nur noch tot aus dem Wasser bergen, die Vermissten wurden nie gefunden.

Bootsflüchtlinge sind auch Wahlkampfthema

In den vergangenen Jahren machten sich immer wieder Flüchtlinge aus dem Iran, Irak oder Afghanistan in nur notdürftig ausgerüsteten Booten von Indonesien auf den Weg nach Australien, um dort Asyl zu beantragen. In jüngster Zeit kommen die Boote zunehmend auch aus Sri Lanka.

Die Bootsflüchtlinge sind in Australien ein sensibles Thema, es beherrschte auch die Wahlen vor zwei Jahren. Obwohl die Mehrheit der Politiker möchte, dass die Asylanträge nicht in Australien bearbeitet werden, können sich Opposition und Regierung nicht auf eine gemeinsame Lösung einigen: Während Premierministerin Gillard Bootsflüchtlinge nach Malaysia abschieben möchte, um dort über ihren Asylantrag entscheiden zu lassen, will der

Flüchtlingsboot auf dem Weg nach Australien gekentert Nördlich der Weihnachtsinsel ist ein Boot mit 133 Flüchtlingen verunglückt. Die meisten von ihnen kamen au....

konservative Oppositionsführer Tony Abbott sie während des Verfahrens auf der kleinen Pazifik-Insel Nauru internieren. Am Mittwoch lehnte er Gillards Vorschlag erneut ab.

Load-Date: June 28, 2012

End of Document

Es gibt keine Ghettos!; Wie lassen sich Migranten am besten integrieren? Nicht durch naive Toleranzappelle, sondern durch Segregation

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

25. April 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: FEUILLETON; Es gibt keine Ghettos!; S. 59; Ausg. 18

Length: 974 words

Byline: Walter Siebel

Body

VON WALTER SIEBEL

Bald jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik ist zugewandert oder stammt direkt von Zuwanderern ab. In Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Nürnberg haben in manchen Quartieren bis zu 40 Prozent der Bewohner einen **Migrationshintergrund**. Trotzdem gab es bisher keine schweren Konflikte. Und deshalb sollte man nicht nur nach den Problemen der Integration fragen, wie das sonst gern getan wird, sondern auch danach, was eine Gesellschaft dazu befähigt, erstaunlich gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen. Eine Antwort darauf lautet: Segregation.

Die deutsche Stadt- und Wohnungspolitik hat immer versucht, die Absonderung mancher sozialer Gruppen in bestimmten Vierteln zu vermeiden. Dafür gab es gute Gründe, solange diese Gruppen zur Segregation gezwungen waren, weil sie sich zum Beispiel das Wohnen in anderen Quartieren nicht leisten konnten. In Einwanderungsgesellschaften aber entstehen ethnische Kolonien auch deshalb, weil sie von den Zuwanderern erwünscht sind. Little Italy, Chinatown, auch die Deutschen sind in New York zunächst nach Little Germany gezogen. Diese räumlich getrennten kleinen Welten bilden einen Brückenkopf vertrauter Heimat in der Fremde. Zuwanderer sind besonders auf informelle Hilfsnetze angewiesen, und solche Netze bilden sich leichter unter Menschen mit ähnlichen Orientierungen. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten bietet Räume des Übergangs, die den Schock der **Migration** mildern.

Dennoch halten viele Segregation für gefährlich. Sie wollen die Durchmischung fördern, denn erst in der räumlichen Nähe, so das Argument, entstünden Kontakte, die zu mehr Wissen übereinander führten, was wiederum dazu beitragen könne, Vorurteile zu korrigieren und Toleranz zu fördern. Allerdings lässt sich auch das genaue Gegenteil behaupten: Enge Nachbarschaften von Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Sauberkeitsstandards, gegensätzlichen Auffassungen zur Rolle der Frau oder zur Kindererziehung schaffen viele Reibungsflächen. Soziale Mischung im Stadtquartier führt zu Konflikten, die sich durch Segregation vermeiden lassen. Hinzu kommt: Ethnische Kolonien erschweren nicht die Integration, und entsprechende Studien konnten auch keine negativen Effekte auf die Integrationsbereitschaft feststellen (mit Ausnahme des Spracherwerbs).

Es gibt keine Ghettos! Wie lassen sich Migranten am besten integrieren? Nicht durch naive Toleranzappelle, sondern durch Segregation

Wenn es doch zu negativen Entwicklungen kommt, dann sind sie nicht der Segregation, sondern vor allem der sozialen Lage geschuldet. Eine ethnische Gruppe, die sich diskriminiert fühlt, die unter Arbeitslosigkeit und Armut leidet, wird sich aus nachvollziehbaren Gründen in eine eigene, enge und abgeschottete Welt zurückziehen, was wiederum die Chancen vieler Migranten in der Aufnahmegesellschaft behindert. Am Ende stünde dauerhafte Ausgrenzung. Doch bislang ist die Rede von Ghettos oder Parallelgesellschaften in Deutschland eine empirisch unbegründete und obendrein gefährliche Dramatisierung: Unbegründet, denn in der international vergleichenden Forschung wird von einem ethnisch geprägten Viertel erst dann gesprochen, wenn dort der Anteil einer Ethnie an der Bevölkerung mindestens 40 Prozent beträgt. Das ist in keiner deutschen Stadt der Fall. Normalität sind in Deutschland ethnisch gemischte Viertel mit einer deutschen Mehrheit.

Die Rede von Ghettos kann obendrein eben das befördern, vor dem sie warnen will, denn solche Etiketten bleiben nicht folgenlos. Sie können Teufelskreiseffekte auslösen: Die deutsche Mittelschicht und die erfolgreichen Migranten ziehen aus derart stigmatisierten Vierteln fort. In der Folge sinkt die Kaufkraft, die Banken werden zurückhaltend bei der Kreditvergabe, das Gebiet verkommt auch äußerlich. Wenn dann noch in den Schulen der Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien steigt, veranlasst das weitere Haushalte, fortzuziehen. Am Ende stehen erzwungene Nachbarschaften der deutschen Verlierer mit den nicht integrierten Zuwanderern, eine höchst konfliktrichtige Mischung.

Es ist also wichtig, zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation zu unterscheiden, was nur in der Theorie, nicht aber in der Praxis einfach ist. Das aber rechtfertigt keineswegs, nun durch Stadt- und Wohnungspolitik jede Form der Segregation zu verhindern. Erzwungene Desegregation ist ebenso wenig integrationsfördernd wie erzwungene Segregation, da sie den Aufbau der informellen Netze behindert, auf die gerade neu Zugewanderte besonders angewiesen sind.

Zuwanderung verlangt daher eine Wanderung auf schmalen Grat: Freiwillige Segregation muss von der Stadtpolitik ermöglicht und erzwungene verhindert werden, etwa durch mehr erschwinglichen Wohnraum in allen Teilen der Stadt. Einwandererquartiere sollten als Dauerinstitution der Stadt akzeptiert werden, und zugleich muss alles darangesetzt werden, dass sie nicht zu Fallen werden, aus denen die Zuwanderer keinen Weg mehr in die Aufnahmegesellschaft finden.

Vor allem aber braucht gelingende Integration Zeit, mindestens die Zeit dreier Generationen, und sie beginnt mit jedem Zuwanderer aufs Neue. Sie braucht geschützte Räume des Übergangs, und sie braucht die Fähigkeit, mit den Schwierigkeiten und Konflikten der Migration halbwegs zivil umzugehen. Der Integration ist mit Dramatisierung so wenig gedient wie mit naiven Toleranzappellen. Das Hohe Lied der kulturellen Differenz, das so oft angestimmt wird, lässt schnell vergessen, wie leicht kulturelle Differenz in Konflikt umschlägt und wie hoch sie mit sozialer Ungleichheit korreliert.

Walter Siebel ist einer der bekanntesten deutschen Stadtsoziologen. Zusammen mit seinem Kollegen Hartmut Häußermann veröffentlichte er mehrere Standardwerke zur Stadtdiskussion

Parallelgesellschaften? Mitunter können ethnische Kolonien, wie hier in Berlin, sinnvoll sein

Load-Date: March 25, 2022

Wie weiß ist die Kunst?; Wer kulturelle Vielfalt will, muss über Quoten für Migranten reden. Ein Plädoyer

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Mai 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 7; Ausg. 22

Length: 1286 words

Byline: André Schmitz

Body

Eigentlich lag diese Entscheidung in der Luft. Und doch wird sie wohl einiges Überraschen auslösen: Die in der Türkei geborene und in Deutschland auch künstlerisch aufgewachsene Shermin Langhoff übernimmt 2013 die Intendanz des Berliner Maxim Gorki Theaters. Damit setzt Berlin kulturpolitisch ein deutliches Signal. Warum das? Weil nach allem, was wir wissen, für eine interkulturelle Öffnung von Kulturinstitutionen die drei "P" entscheidend sind: Publikum, Programm und (Leitungs-)Personal.

Wer wie ich die deutsche Einwanderungsgesellschaft nicht vorrangig als Problem sieht, sondern **Migration** als - auch kulturelle - Bereicherung begrüßt, der wird als Kulturpolitiker ziemlich schmallippig, wenn er feststellt, wie unterrepräsentiert die **migrantische** Bevölkerung in unseren Theatern, Opern, Konzerthäusern und Museen vertreten ist. Das gilt auch für Berlin; eine Stadt, die sich im In- und Ausland zu Recht den Ruf einer weltoffenen, internationalen Kulturmropole erworben hat. Wie passt das zusammen? Auf den ersten Blick gar nicht, auf den zweiten leider doch. Denn: Wenn wir von kultureller Vielfalt sprechen, dann sind damit nicht die vielen internationalen Künstler und Kreativen angesprochen, die nach Berlin ziehen. Der Fokus richtet sich vielmehr auf das gute Viertel der Berliner Bevölkerung, die einen anderen als den originär deutschen Hintergrund haben. In der jungen Generation liegt der Anteil noch weit darüber. Und es ist dieser Teil der Berlinerinnen und Berliner, den wir in unseren Kulturinstitutionen dramatisch unterrepräsentiert finden.

Warum sieht man die türkische Mittelschicht so selten im Theater?

Es gibt offenbar ein Teilhabe-Problem, das mehrere Dimensionen hat. Sicher gibt es Zugangsbarrieren, die ihre Ursache im Sozialen oder im Mangel an kultureller Bildung haben. Ich muss mir einen Theater- oder Museumsbesuch leisten können, und ich muss - vor allem als Kind und Jugendlicher - spezifische Erfahrungen mit Kunst und Kultur gesammelt haben, um kulturelle Bedürfnisse entwickeln zu können. Ohne die soziale Dimension kleinreden zu wollen, ist doch kaum vorstellbar, dass hierin die Hauptursache für die erwähnte Unterrepräsentanz liegt. Zum einen gibt es in Berlin zahlreiche Ermäßigungen und Programme wie das 3-Euro-Ticket, die einen Theater- oder Museumsbesuch auch für sozial Schwächere möglich machen. Zum anderen ist die migrantische Bevölkerung alles andere als sozial homogen. Und doch sieht man die türkisch- oder vietnamesischstämmige Mittelschicht in der Philharmonie oder im Deutschen Theater eher selten. Stärker schon dürften Defizite im Bereich

Wie weiß ist die Kunst? Wer kulturelle Vielfalt will, muss über Quoten für Migranten reden. Ein Plädoyer

der kulturellen Bildung ins Gewicht fallen. Aber auch dies ist ein Problem, das migrantische und nicht migrantische Kinder und Jugendliche gleichermaßen betrifft. In Berlin haben wir uns diesem Thema seit Jahren verstärkt zugewandt und ein Patenschaftsmodell entwickelt, das auf der Kooperation von Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen mit Künstlern und Kultureinrichtungen aller Couleur basiert. Interessant ist, dass wir nach wenigen Jahren feststellen konnten: Kulturelle Bildung ist in einer multikulturellen Stadt wie Berlin per Definition interkulturelle Bildung. Die von Kids und Künstlern gemeinsam entwickelten Projekte aller Art spiegeln die kulturelle Vielfalt der Stadt erstaunlich gut wider. Das zeigt: Es geht. Und wie es auch im "etablierten Kulturbetrieb" geht, lässt sich beim Besuch einer normalen Schülervorstellung in einem der Berliner Kindertheater beobachten.

Woran aber liegt es, dass bei den Kinder- und Jugendtheatern, aber auch bei der Werkstatt der Kulturen so viele Besucher mit afrikanischen, asiatischen oder nahöstlichen Wurzeln zu sehen sind, bei den hoch subventionierten Museen, Theater, Oper hingegen nicht? Die Antwort ist einfach: Diese Menschen werden erst dann auch in diese Häuser strömen, wenn dort in irgendeiner Weise ihre Geschichten, Erfahrungen und Erlebnisse bearbeitet werden. Wenn sie sich selbst auf den Bühnen der Stadt als handelnde Figuren wiederfinden und nicht als Fremde oder Exoten, Karikaturen oder Stereotypen, an denen die "echten" deutschen (Helden-)Figuren sich abarbeiten. Oder wenn sie ihre Migrationsgeschichte als selbstverständlichen Teil deutscher Geschichte in deutschen Museen entdecken. Viel, wenn nicht alles hängt bei dieser Frage von der interkulturellen Kompetenz des (Leitungs-)Personals der Kultureinrichtungen ab.

Wie aber schafft es Kulturpolitik, die interkulturelle Öffnung auch in den anderen, den großen Tankern zu befördern? Und mit welchen Instrumenten? Der Intendant der Komischen Oper, Barry Kosky, vertritt die interessante These, dass der geförderte Kulturbetrieb beim Thema kulturelle Vielfalt nicht Avantgarde, sondern Lernender sei. Ein Prozess zu mehr kultureller Vielfalt beginne an der Basis mit den Kultur- und Kunstformen Essen, Sprache, Musik und Film. Seine Empfehlung: Untertitel statt Synchronisation im deutschen Film und Fernsehen; Schluss mit der Fixierung aufs Hochdeutsche auf deutschen Bühnen und eine Rehabilitierung der Dialekte über das Komische hinaus. Ansonsten reiche es aus, kontinuierlich in die kulturell diversen, meist freien Kunstszenen zu investieren. Irgendwann werde die Botschaft dann zwangsläufig auch bei der Hochkultur ankommen. Also: Geld und einen langen Atem. So interessant Koskys Thesen auch sind: Ich glaube nicht, dass sich Kulturpolitik darauf beschränken kann. Warum sollten wir uns nicht jener Instrumente bedienen, die sich in vielen anderen Bereichen bewährt haben? Zum Beispiel Zielvereinbarungen mit Intendanten, die kulturelle Vielfalt als Teil ihres kulturpolitischen Auftrags festschreiben. Kulturpolitik muss vorangehen, indem sie darauf achtet, dass bei den vielen öffentlichen Mitteln, die durch Jurys vergeben werden, interkulturelle Kompetenz vertreten ist, um die Projekte und Anträge zu bewerten und auszuwählen. In Berlin ist dies schon so.

Vielleicht müssen wir sogar noch einen Schritt weiter gehen und über Quoten nachdenken. Ich weiß, dass dies sofort Kritik hervorruft. Aber muss eine solche Quote wirklich der befürchtete Eingriff in die künstlerische Freiheit sein? Nein, ebenso wenig wie eine verbindliche Frauenquote für die Führungsetagen deutscher DAX-Unternehmen ein Eingriff in deren wirtschaftliche Freiheit wäre. Da, wo sie durchgesetzt wurde, hat die Frauenquote unserer Gesellschaft nicht geschadet, sondern diese bereichert. Warum soll das bei einer Diversity-Quote für das Leitungspersonal unserer Kulturinstitutionen anders sein? Zumal dann, wenn wir die ungenügende kulturelle Teilhabe der migrantischen Bevölkerung auch als ein potenzielles Legitimationsproblem begreifen, das den gesamten öffentlich geförderten Kulturbetrieb betrifft. Und wenn wir wissen, dass Interkulturalität ebendiesen Kulturbetrieb thematisch, personell und auch künstlerisch-ästhetisch nur bereichern kann.

Berlin jedenfalls hat von den gehobenen Schätzen kultureller Vielfalt nur profitiert und mit Matthias Lilienthals HAU und Shermin Langhoffs Ballhaus in der Kreuzberger Naunynstraße programmatische Erfahrungen mit postmigrantischen Theaterformen gesammelt. Die Produktionsbedingungen dafür waren und sind nicht selten prekär. Sie werden mit dem Sprung ins Stadttheater für Shermin Langhoff und ihr Team besser. Aber ich weiß heute schon, dass sie übermorgen mit mir über den Unterschied zwischen besser und gut reden wollen. Und auch, dass wir erst am Anfang stehen. Doch damit muss Kulturpolitik rechnen, wenn sie Signale setzt und Experimente wagt. Über deren Erfolg entscheiden Macher und Publikum. Am Ende gilt's immer der Kunst!

Wie weiß ist die Kunst? Wer kulturelle Vielfalt will, muss über Quoten für Migranten reden. Ein Plädoyer

André Schmitz ist Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten in der Berliner Senatskanzlei

Graphic

Vor den Überresten der abendländischen Kultur: Besucherin im Berliner Pergamonmuseum

Load-Date: May 24, 2012

End of Document

"Ich bin ein strategisches Signal"; Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: "Ich bin ein strategisches Signal"; S. 7; Ausg. 38

Length: 1070 words

Byline: Anna Kemper

Body

Christoph Purps hat eine historische Nachricht zu verkünden. Die muslimische Gemeinde in Hagen feiert die Eröffnung eines neuen Gotteshauses, von einer aufblasbaren Hüpfmoschee tönt Kindergeschrei herüber, die Besucher essen, trinken Tee, kaufen Tombola-Lose. Trotz seiner historischen Nachricht ist der Kreisvorsitzende der CDU nicht gerade Mittelpunkt des Geschehens. "Wir haben", setzt Purps an, er klingt ein bisschen stolz, "die erste türkische, muslimische Bundestagskandidatin der CDU. Ich möchte sagen: Damit geht der Wahlkreis Hagen, Ennepe Ruhr Kreis I, in die Geschichte der CDU ein!"

Die Kandidatin heißt Cemile Giousouf, ist 35 Jahre alt, Referentin im Integrationsministerium von NRW und, wie sie selbst von sich sagt: ein politisch-strategisches Signal. Ein Signal in Richtung Migranten, zu den CDU-Stammwählern und tief hinein in die eigene Partei. In Hagen haben 40 Prozent einen Migrationshintergrund. In NRW fast 25 Prozent. Aber im Bundestag nur eine einzige CDU-Abgeordnete, Michaela Noll, iranischer Vater. Cemile Giousouf sagt: "Die CDU hat mich früher emotional nicht besonders angesprochen."

Nun zeigt die CDU guten Willen. "Bald werde ich mit meiner Frau eine Bildungsreise nach Istanbul machen", sagt Purps, "um Ihr Land näher kennenzulernen." Ihr Land? An der Ansprache kann die Partei noch arbeiten.

Die Strategie, Einwanderer in die CDU zu holen, kommt von oben. "Wir haben sehr lange Migranten gegenüber ausgestrahlt: Wir mögen euch eigentlich nicht", sagt Armin Laschet, CDU-Vorsitzender in NRW, "obwohl viele Zuwanderer konservative Werte richtig finden." Ihr Wählerpotenzial wächst, die CDU will es nicht länger SPD und Grünen überlassen. 2010 beschloss der Landesvorstand, je eine Abgeordnete türkischer Herkunft in den Landtag und in den Bundestag zu bringen. Die Landtagskandidatin Serap Güler schaffte es 2012. Die Bundestagskandidatin ist Cemile Giousouf.

Giousoufs Eltern kamen vor mehr als 40 Jahren nach Leverkusen, sie arbeiteten in einer Fabrik für Bremsbeläge. Viele Freiheiten musste Giousouf sich erkämpfen. "Ein Mädchen, das studiert und nicht bei den Eltern lebt - das gab es in der Welt, aus der meine Eltern kommen, einfach nicht", sagt sie. "Für mich war ganz klar, dass ich das machen würde, aber ich wollte meine Eltern auch nicht vor den Kopf stoßen."

"Ich bin ein strategisches Signal" Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

Eine Muslimin in der CDU? Christoph Purps besprach sich mit dem Kreisvorstand. Was bedeutet uns das eigentlich? "Für mich steht es für das christliche Menschenbild", sagt Purps, "und wenn ein Muslim sich zu dem bekennt, warum sollte er dann nicht für uns kandidieren?"

Nun sitzt er ein wenig steif mit seiner Kandidatin beim Moscheevorstand und nippt an seinem Tee. Ein junger Mann sitzt ihm gegenüber, auf den Knien den kleinen Sohn, mit dessen Hand er Purps zuwinkt und dem Kind dabei ins Ohr flüstert: "Sag mal doppelte Staatsbürgerschaft!" Ein Reizwort, die CDU ist dagegen. Aber wer sich öffnen will, muss auch seine Inhalte überdenken. Viele Migranten, auch Giousouf, wünschen sich von der CDU in dieser Frage eine andere Haltung. Im Grunde ist es mit ihrer Partei wie mit ihren Eltern: Sie will sie dazu bringen, ihr Weltbild zu erweitern, dazuzulernen. Aber ohne sie vor den Kopf zu stoßen.

Als muslimische Kandidatin ist sie eine Projektionsfläche: Für die Deutschtürken ist sie "eine von uns", die es geschafft hat. Für die anderen ist sie die moderne Muslimin ohne Kopftuch. Das ist ihre Stärke: Sie hat sich von der Welt ihrer Eltern emanzipiert, ohne sich loszusagen. Heikle Themen wie das Fasten vermeidet sie. Sie weiß: Es gilt beiden Seiten als Gradmesser für Religiosität. Ob sie fastet oder nicht, eine Seite wird es gegen sie auslegen. Also schweigt sie dazu.

Ein Abend Ende Mai. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU hat in eine Hagener Kirchengemeinde eingeladen, Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, redet über Christenverfolgung. Nach ihm wird Markus Rode sprechen, der Leiter von Open Doors, einer Organisation, die sich für verfolgte Christen einsetzt. Der Saal ist voll, im Publikum die ältere Generation der CDU-Wähler. Kauder spricht von der fehlenden Religionsfreiheit in der Türkei und dem riesigen Abstand des Landes zur europäischen Wertegemeinschaft. Klatschen, Nicken, Auf-den-Tisch-Klopfen. Rode liest eine Sure vor, die zur Verfolgung Andersgläubiger aufruft und sagt, seine Organisation wolle "Muslime von dem Joch befreien, dass sie sich zum Beispiel in die Luft sprengen müssen".

Bei der Fragerunde meldet sich Cemile Giousouf. Jedes Wort, das sie nun sagt, wird auf die Goldwaage gelegt werden. Ist sie nicht doch eine von "denen"? Sie sagt: "Für uns als Demokraten ist die Tatsache, dass jemand aufgrund seiner Religion verfolgt, gefoltert oder getötet wird, furchterregend. Mit der eigentlichen Botschaft der Buchreligionen, also des Judentums, des Christentums und des Islams, darüber sind wir uns als gläubige Menschen sicher einig, hat das nichts zu tun." Jemand ruft streng dazwischen: "Stellen Sie bitte eine Frage!" Aber hinterher kommen auch einige, um ihr Mut zuzusprechen. Es ist ein sehr deutscher Widerspruch: Dem Islam gegenüber bleibt das Misstrauen. Aber unsere Kandidatin ist in Ordnung.

Vor allem am Anfang, sagt Giousouf, sind ihr Ängste begegnet. "Das war", sagt sie, "manchmal auch offensiv." Plötzlich gab es einen internen Gegenkandidaten. Doch die Kampfabstimmung gewann Giousouf, bei den Wahlen für die Landesliste schaffte sie es auf Platz 25. Beide Male stimmte eine klare Zweidrittelmehrheit für sie. Die Basis trägt das Projekt Migrant der CDU mit. Jüngere CDUler, das merkt man, wenn man mit ihr in Hagen unterwegs ist, sehen ihre Kandidatur als selbstverständlich an. Schaden kann sie ohnehin kaum: In Giousoufs Wahlkreis ist die CDU chancenlos, ihr Listenplatz ist gut, wenn auch keine Garantie für den Einzug in den Bundestag. Immerhin: So einen guten Platz hatte die Hagener CDU schon lange nicht mehr.

Die Wähler haben ohnehin andere Sorgen. Ein Tag Ende August, Giousouf war morgens in der Stadtbäckerei, hat Hausbesuche gemacht, in einer Moschee vorbeigeschaut, bei der Aidshilfe und dem Sommerfest des Schützenvereins. Sie ist auf vieles angesprochen worden, Steuerbetrüger, Schulhofrenovierungen oder das teure Schwimmbad, aber nicht auf ihren Migrationshintergrund. Wenn sie in der Fußgängerzone Flyer verteilt, fragen die Leute sie vor allem eins: ob sie Einkaufswagen-Chips mit CDU-Aufdruck dabei habe.

VON ANNA KEMPER

Graphic

"Ich bin ein strategisches Signal" Die CDU braucht die Stimmen der Migranten - darum hat sie zum ersten Mal eine Muslimin für den Bundestag aufgestellt

Kein Kopftuch, das ist wichtig. Für Migranten ist sie auch so "eine von uns"

Load-Date: September 12, 2013

End of Document

Dreck, Krach und Hoffnungslosigkeit; Schon jetzt leben 100.000 Asylbewerber in oft heruntergekommenen Sammellagern - und ihre Zahl steigt. Die Unterbringung in Wohnungen wäre menschlicher und billiger.

ZEIT-online

Mittwoch 20. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FLÜCHTLINGSLAGER; Ausg. 25

Length: 1229 words

Byline: Frank Brunner

Body

Flüchtlingsunterkunft in Würzburg (Archivbild 27.04.2008)

© Daniel Karmann/dpa

Im bayerischen Augsburg wartet Akin Okoye* vor der Tür seines winzigen Zimmers. Er zeigt erst das mit Exkrementen beschmierte Klo gegenüber, dann auf die schimmlichen Wände im Duschraum, geht zu den vier verschmutzten Kochplatten, die sich die 30 Bewohner der Etage teilen müssen und sagt: "Ich habe eigentlich Glück gehabt". Er wohnt in einer Gemeinschaftsunterkunft für **Asylbewerber** in dem heruntergekommenen Backsteinbau in der Calmbergstraße; 130 Männer leben hier.

Okoye, 32, der vor vier Jahren aus Somalia geflohen ist, teilt sich ein winziges Zimmer mit einem Mitbewohner. Ein Privileg. Nebenan leben nämlich acht Männer auf 20 Quadratmetern. Okoye will nicht, dass sein richtiger Name bekannt wird.

Augsburg ist die letzte Station einer Reise in über zwanzig Gemeinschaftsunterkünften Thüringens und Bayerns. Die Proteste gegen diese Einrichtungen waren in den vergangenen Jahren hier besonders massiv. In Thüringen hatte die SPD vor der Landtagswahl 2009 versprochen, die Lage von Asylbewerbern zu verbessern und die bayerische FDP-Fraktion erklärte im selben Jahr: "Gemeinschaftsunterkünfte sind nach unserer Meinung keine menschliche Form der dauerhaften Unterbringung".

In Erfurt koalitiert die SPD seit über zwei Jahren mit der CDU. In Bayern ist die FDP mehr als drei Jahre in der Regierung. Trotzdem gibt es in Thüringen noch immer über 20 Gemeinschaftsunterkünfte, in Bayern sind es 124. Knapp tausend solcher Massenquartiere existieren bundesweit. Die Lager liegen in tristen Vorstädten, abgelegenen Industriegebieten, ehemaligen Feriencamps oder verlassenen Kasernen. Dort warten die Menschen darauf, dass die Behörden über ihre Asylanträge entscheiden. Rund 46.000 Menschen beantragten 2011 Asyl - elf Prozent mehr als 2010.

Auch Rashno Khadem* möchte seinen richtigen Namen nicht in den Medien sehen. "Es gibt Ärger mit der Heimleitung, wenn bekannt wird, dass ich mit Ihnen spreche", erklärt der 33-jährige Iraner. Khadem wohnt auf

Dreck, Krach und Hoffnungslosigkeit Schon jetzt leben 100.000 Asylbewerber in oft heruntergekommenen Sammellagern - und ihre Zahl steigt. Die Unterbringung in W....

einem früheren Kasernengelände am Rande von Würzburg. Etwa 500 Menschen, darunter viele Kinder, sind hinter Stacheldraht in alten Armeegebäuden untergebracht. Es ist das größte Flüchtlingslager in Bayern.

Die Gesundheit leidet

Khadem sitzt in einem Zimmer, dass er sich mit vier anderen Männern teilt. Es gibt einen Tisch, zwei Kühlschränke, fünf Feldbetten und für jeden einen schmalen Metallspind. Was es nicht gibt, ist ein Platz, um sich zurückzuziehen. Der Gesundheitszustand der Bewohner sei "wesentlich schlechter als es aufgrund der Altersstruktur zu erwarten wäre", so August Stich, Chefarzt der Missionsärztlichen Klinik Würzburg schon vor zwei Jahren. Notwendige medizinische Behandlungen würden nicht genehmigt; es entstehe der Eindruck, dass "systematisch gegen das Anliegen der Flüchtlinge entschieden wird", sagt der Mediziner.

Die Vorwürfe seien in der pauschalen Form nicht gerechtfertigt, erklärt eine Sprecherin des Sozialministeriums. Doch dass mit den Quartieren Asylbewerber abgeschreckt werden sollen, steht sogar im Bayerischen Asylgesetz. Die Unterbringung soll die "Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern", heißt es dort.

Für den Iraner Khadem ist das keine Option. "Im Iran wäre ich früher oder später im Gefängnis gelandet, hier muss ich von staatlichen Almosen leben, obwohl ich arbeiten kann", sagt der gelernte Mechatroniker. Doch statt Beschäftigung bekommt er monatlich 40 Euro Taschengeld und zweimal in der Woche ein Essenspaket.

Die Lebensmittel für die Gemeinschaftsunterkünfte in Bayern liefert die Drei König GmbH aus Schwäbisch Gmünd. Wer einen Blick in Khadems Kühlschrank wirft, dem vergeht der Appetit. Die Wurst besteht aus Separatorenfleisch und Hähnchenhaut. Nachfragen dazu sind unerwünscht. "Wir geben keinerlei Auskunft", erklärt eine Sprecherin des Unternehmens. "Unser Essenslieferant wurde durch Ausschreibung ermittelt, entscheidendes Kriterium für den Zuschlag war der günstigste Preis", teilt die Regierung der Oberpfalz mit.

Nach Berechnungen des Flüchtlingsrats werden in Bayern jährlich 13,6 Millionen Euro für die Unterbringung in Massenquartieren ausgegeben. Das bayerische Sozialministerium bestreitet das und verweist auf eine eigene Berechnung. Aber statt der Zahl der tatsächlichen Bewohner dient die theoretische Kapazität der Unterkünfte als Berechnungsgrundlage. Das Ergebnis: In die Rechnung fließen Asylbewerber ein, die gar nicht existieren; die Pro-Kopf-Ausgaben fallen so deutlich niedriger aus - offiziell sind es zwischen 180 und 330 Euro monatlich.

Überprüft man die Summe an einem Beispiel, geht die Rechnung nicht auf: 2011 hat die Bezirksregierung Unterfranken in Aschaffenburg 2.040.000 Euro für die Unterbringung von 364 Flüchtlingen in der Gemeinschaftsunterkunft ausgegeben. Macht monatlich 467 Euro für jeden Asylbewerber. Dazu kommen noch jährliche Renovierungsausgaben von 300.000 Euro. Wohnungen gibt es in Aschaffenburg schon ab 300 Euro. "Abgesehen von den überflüssigen Kosten wird es in einem Bundesland mit zwölf Millionen Einwohnern wohl möglich sein, 10.000 Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen", kritisiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Neue Massenquartiere statt Wohnungen

CSU und FDP hatten sich nach monatelangen Verhandlungen im März auf eine Änderung der Asylgesetze geeinigt. Neue Unterkünfte sollen mehr Platz bieten und Familien mit Kindern schneller in Wohnungen ziehen dürfen, wenn ihr Asylantrag entschieden wurde. Das kann indes immer noch bis zu drei Jahre dauern. Mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Lager konnte sich die FDP nicht durchsetzen. Im Gegenteil. Bayern will 2012 rund 500 neue Plätze in den Massenquartieren schaffen. Allein für Anmietung und Bauunterhalt aller Lager veranschlagt das Land 27 Millionen Euro.

Nicht viel anders ist die Lage in Thüringen. 2.429 Euro im Jahr kostete 2010 die Unterbringung eines Asylbewerbers in einem heruntergekommenen Haus im Industriegebiet von Zella-Mehlis. Zählt man dazu die Ausgaben für Wachschatz und die Krankheitskosten, die doppelt so hoch sind wie für die Flüchtlinge in Wohnungen, kommt man auf jährlich 4.273 Euro pro Person. Für eine Einzelunterbringung waren inklusive

Dreck, Krach und Hoffnungslosigkeit Schon jetzt leben 100.000 Asylbewerber in oft heruntergekommenen Sammellagern - und ihre Zahl steigt. Die Unterbringung in W....

Krankheitskosten 1.963 Euro fällig. Der Landkreis ließ sich also die Lagerunterbringung von 134 Menschen knapp 310.000 Euro zusätzlich kosten.

Dabei erklärt das Landratsamt auf Nachfrage selbst: "Grundsätzlich sehen wir in der Unterbringungsform 'Gemeinschaftsunterkunft' (desillusionierte Situation, Wohnen auf engem Raum, räumliche und gesellschaftliche Abgrenzung usw.) gerade im Hinblick auf die Psyche der Bewohner gewisse Erkrankungsrisiken, durch welche im Vergleich zu Einzelunterkünften eine Erhöhung der Krankheitskosten zu begründen ist". Zudem seien Familien, die in Wohnungen untergebracht sind, "bereits gut integriert", was den Betreuungsaufwand "wesentlich minimiere".

Das Landratsamt liefert also selbst die Argumente für eine Einzelunterbringung. Am System etwas ändern will man dennoch nicht. In anderen Landkreisen ist die Lage ähnlich. Das ergibt sich aus Aufstellungen des Thüringer Innenministeriums, die ZEIT ONLINE vorliegen. Für die Landtagsabgeordnete Sabine Berninger (Linke) ein Skandal. "Davon abgesehen", sagt Berninger, "wäre eine so menschenunwürdige Unterbringung auch nicht legitim, wenn sie kostengünstiger wäre".

** Namen von der Redaktion geändert*

Load-Date: June 21, 2012

Eingekesselt zwischen Fremdenhass und Begrüßungsplakaten; Neonazis haben erneut gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf protestiert und trafen auf ihre Gegner. Die Stadt will dort weitere Flüchtlinge unterbringen.

ZEIT-online

Dienstag 20. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: HELLERSDORFER ASYLBEWERBER; Ausg. 34

Length: 947 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Linke Demonstranten protestieren am 20.08. gegen eine Versammlung von NPD-Sympathisanten in Berlin-Hellersdorf

© Ole Spata/dpa

Durch den Hintereingang hatten sie ihr neues Zuhause am Vortag betreten müssen. Nun stehen einige der ersten Bewohner der neuen **Asyl**-Unterkunft in Berlin-Hellersdorf an ihren Fenstern, und lugen, halb verborgen, hinter zurückgeschobenen Vorhängen hervor. Die Fenster öffnet keiner von ihnen. Draußen bahnt sich eine zumeist schwarz gekleidete Menge aus Gegnern der rechtsextremen NPD die Straße entlang den Weg zum U-Bahnhof Hellersdorf - vorbei an eintönigen DDR-Plattenbauten und brachliegenden Wiesen. An den Straßenecken stehen einige Anwohner in Freizeit-Kleidung und schauen dem Zug mit regungsloser Mimik nach.

Marzahn-Hellersdorf - ein Problembezirk im Osten der Hauptstadt, wird künftig etwa 200, auf längere Sicht sogar 400 **Flüchtlingen** in einem neuen **Asylheim** vorübergehenden Unterschlupf bieten. Die ersten waren dort gestern unter Protesten von Anwohnern und Rechten eingezogen. Aus Angst vor Übergriffen waren diese 42 **Flüchtlinge** aus Syrien und Afghanistan, darunter sieben Kinder, gezwungen, durch die Hintertür einzuziehen.

Von Anfang an Ziel rechter Stimmungsmache

Seit klar ist, wofür das ehemalige Schulgebäude in der Carola-Neher-Straße zukünftig genutzt werden soll, regt sich unter Nachbarn und Anhängern rechter Vereinigungen Widerstand. Die rechtsextreme NPD hatte Mitte Juli bei einer Informationsveranstaltung gegen die neue Notunterkunft gehetzt. Die auf Facebook anonym agierende "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf", die auch von Rechten unterstützt wird, diffamiert seitdem im Internet die Flüchtlingsunterkunft.

Eingekesselt zwischen Fremdenhass und Begrüßungsplakaten Neonazis haben erneut gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf protestiert und trafen auf ihre

Erst Anfang August war es im Zuge eines Aufmarsches der "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" zu zwölf Festnahmen gekommen. Einer der Teilnehmer hatte dabei den verbotenen Hitler-Gruß gezeigt.

Dennoch hat die NPD auch für heute legal mehr Veranstaltungen anmelden können. Etwa 40 Anhänger der Partei haben sich an diesem Dienstagabend für eine Kundgebung gegen die Notunterkunft auf dem Alice-Salomon-Platz versammelt, direkt beim U-Bahnhof Hellersdorf. Etwa 600 Gegendemonstranten halten ihnen Transparente entgegen und skandieren gegen die Fremdenfeindlichkeit der NPD.

Polizei verspricht verstärkten Schutz

Der sichtbare Teil der NPD-Veranstaltung besteht aus drei bis fünf Männern und Frauen, die ein Transparent mit der Aufschrift "Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land" in die Höhe halten. Dahinter stehen unter jungen, welken Kastanienbäumen ein paar weitere Anhänger herum, flankiert von 250 Polizisten. Ein Straßenschild verweist auf die nur gute zwei Kilometer entfernten "Gärten der Welt" - ein Erholungsgebiet aus DDR-Zeiten, das internationale Gartenkunst präsentieren und damit auch zur Völkerverständigung beitragen soll.

Von Völkerverständigung aber halten die NPD-Anhänger wenig. Als von einer Laterne NPD-Plakate abgerissen werden, springt eine der NPD-Veranstalterinnen stolz lächelnd auf einige Polizeibeamte zu. Sie wolle Anzeige erstatten, sagt sie.

Viel mehr wird sie an diesem Abend nicht tun können. Ihre Rede, bestehend aus ins Mikro gebrüllter Empörung über das Asylantenheim, wird von der lauten Menge der Gegendemonstranten verschluckt. Schließlich gibt sie auf.

Sieben Gegendemonstranten werden von der Polizei im Laufe der Abends festgenommen, unter anderem wegen Landfriedensbruchs. Die Stimmung sei "emotional geprägt", sagt Polizeisprecher Stefan Redlich. Dennoch verteidigt er die Veranstaltung als legal: "Die Polizei schützt das Versammlungsrecht, nicht das Thema der Versammlung." Die Asylbewerber in der Unterkunft würden derweil "verstärkt geschützt". Was das genau bedeute, dürfe er aus Sicherheitsgründen nicht sagen.

Auch am Mittwoch soll es Demonstrationen von Rechten und Linken in Hellersdorf geben. Die Bürgerbewegung pro Deutschland sowie die SPD und die Linke wollen auf die Straßen gehen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB plant dort eine Protestaktion. Knapp 22.000 Menschen (Stand 20. August, 23 Uhr) haben eine Onlinepetition gegen rechte Stimmungsmache unterzeichnet und sich zu der geplanten Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf bekannt. Die Facebook-Seite "Hellersdorf hilft Asylbewerbern" setzt sich ebenfalls für die Flüchtlinge ein.

Das Heim gerät zum Wahlkampfthema

So gerät das Heim mit jedem Tag mehr zum Politikum, was teilweise willkommenen ist - sowohl den rechten als auch den linken Gruppen. "Das geht niemals gut mit dem Heim in dieser Gegend", sagt einer der Gegendemonstranten. Es sei tragisch, dass das Thema gerade so gut in den Wahlkampf passe und auf dem Rücken der Asylbewerber ausgetragen werde.

Die Unterkunft zu räumen, plant der Bezirk aber trotz des Risikos für ihre Bewohner nicht. Alle bestehenden 30 Unterkünfte seien restlos überfüllt, hatte das Landesamt für Gesundheit und Soziales Ende Juli mitgeteilt. Darum brauche die Stadt das Gebäude in Hellersdorf dringend.

"Wir belegen diese Einrichtung weiter", hatte Sozialsenator Mario Czaja (CDU) kürzlich bekräftigt. Es seien weniger die Anwohner als Rechtsextremisten, die gegen die Flüchtlinge Stimmung machten. Berlin dürfe sich "nicht von rechtsextremen Rattenfängern instrumentalisieren lassen".

Eingekesselt zwischen Fremdenhass und Begrüßungsplakaten Neonazis haben erneut gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf protestiert und trafen auf ihre

Die Bewohner der Unterkunft beruhigt das offenbar nicht. Nachdem am Montagabend fünf der 47 gerade erst eingezogenen Bewohner das Heim verlassen haben, soll sich am Dienstag eine Familie mit dem Wunsch nach Verlegung gemeldet haben.

Load-Date: August 22, 2013

End of Document

Als Ausländerin in den Medien; Sie wird beschimpft, bedroht, beleidigt, weil ihre Eltern aus einem muslimischen Land kommen. Aber auch Migranten begegnen der "taz"-Redakteurin Cigdem Akyol mit Vorurteilen.

ZEIT-online

Freitag 13. April 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: VORURTEILE; Ausg. 15

Length: 1006 words

Byline: Cigdem Akyol

Body

Lichtinstallation am Berliner Festival of Lights im Oktober 2011

© Thomas Peter/Reuters

Es war ein Tag wie jeder andere. Ich ging in die Redaktion, ich saß an meinem Schreibtisch, mein Telefon klingelte. Die Nummer wurde nicht angezeigt, ein Fremder hatte sich zu mir durchstellen lassen und sagte nur einen Satz: "Sind sie eigentlich die Nachfolgerin des Kinderfickers Mohammed?" Ich lachte, verneinte, wünschte alles Gute und legte auf. Und schon wieder war jemand mit mangelnder Selbstkontrolle zu mir durchgedrungen und wollte mir mal so richtig die Meinung sagen. Mir war eigentlich überhaupt nicht zum Lachen.

Wie meinem Namen und meinem Aussehen zu entnehmen ist, kommen meine Eltern aus einem muslimischen, fernen Land. Es ist die klassische Geschichte: Eigentlich wollten sie nur einige Jahre in Deutschland arbeiten. Daraus wurde ein ganzes Leben unter Tage und am Fließband. Dass wir "anders" sind, haben wir natürlich des Öfteren zu spüren bekommen. Rassistische Beschimpfungen im Speziellen und Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen sind mir vertraut. Doch wirklich zum Ausländer wurde ich erst gemacht, als ich mich für den Journalismus entschied. Ich studierte an der Uni Köln Völkerrecht und Russisch und war eine von Tausenden. In dem Massenbetrieb interessiert sich kaum jemand für einen. An der Journalistenschule dann wurde mein Hintergrund regelmäßig abgeklopft, doch mehr aus Neugier als aus Voyeurismus.

Aus meinem Namen wird ein Weltbild abgeleitet

Als ich dann 2005 als Redakteurin bei der *taz* anfang, fühlte ich mich plötzlich wie ein seltenes Tier in einem Zoo. Eine dunkle Frau, die sich mit Satzbau und Zeichensetzung auskennt, ist sehr selten in den hiesigen Redaktionen, noch dazu ein Arbeiterkind. Erst wenige Tage im Inlandsressort bekam ich einen Anruf einer ZDF-Redakteurin. Ob ich mich nicht zum Kopftuch äußern wolle. "Na ja", druckste ich herum. Ich stand gerade an der Supermarktkasse und hatte mir zuvor nicht viele Gedanken um dieses Stück Stoff gemacht. In meiner Lebenswelt ist es vorhanden und es hat mich nie gestört. Doch das reichte der Kollegin nicht. Ich müsse doch eine ausschweifende Meinung zu dem Thema haben, meinte sie. Ja, ich müsste doch kritisch sein. Ich konnte ihr nicht

Als Ausländerin in den Medien Sie wird beschimpft, bedroht, beleidigt, weil ihre Eltern aus einem muslimischen Land kommen. Aber auch Migranten begegnen der "ta....

bieten, was sie wollte. Sie hatte nur meinen Namen und einen Artikel von mir gelesen und daraus ein Weltbild abgeleitet - aber so einfach ist es halt nicht.

Seitdem werde ich wahlweise beschimpft, beleidigt, bedroht. Manche versuchen auch, mich zu instrumentalisieren oder mich als Sprachrohr anzuwerben. Der Ablauf ist überraschend überraschungsfrei, komponiert nach einem recht simplen Prinzip: Schreibe ich etwas Kritisches über Migranten, werde ich in Onlineforen gelobt als "Türkin, die endlich ihren Verstand benutzt hat". Wenn nicht, ziehen die Horden über mich her. Vulgäres ("Taz-Türkin wäscht sich untenrum nicht") wird in der Mittagspause rasch gemailt, Muslimbashing ("Cigdem Akyol soll sich endlich von ihrem Glauben abkehren") zwischen der Hauptspeise und dem Nachtisch.

Doch auch die andere Seite ist nicht immer fein in ihrer Wortwahl und beschimpft mich schon mal als "Vaterlandsverräterin". Es ist mir ein Rätsel, woher die Leute das Herkunftsland meines Vaters kennen und was genau ein Verrat für sie ausmacht und warum ausgerechnet ich diesen verüben soll. Nachdem ich einen Artikel über die gesundheitlichen Schäden von Kindern aus Verwandtenehen geschrieben hatte (ein Phänomen, das mehrheitlich in Migrantenfamilien vorkommt), wurden mir von Lesern mit nichtdeutschen Namen "geistige Brandstiftung", "Quotengeilheit" und "Perversität" unterstellt.

Interviewe ich Migranten, kommt es nicht selten vor, dass mir entweder von vornherein besonders misstraut oder besonders vertraut wird. Misstraut, weil die Menschen schon schlechte Erfahrungen mit anderen Kollegen gemacht haben. Es gibt leider einige Journalisten, die ihren Migrationshintergrund vermarkten und sich von manchen Redaktionen als Feigenblatt für unsachliche Geschichten ausnutzen lassen, die durch saubere Recherchen nicht zu belegen sind.

Ich bin nicht die PR-Beraterin einer Community

Wenn Migranten mir jedoch besonders vertrauen, geht das oft mit dem Versuch einher, mich zu instrumentalisieren. "Sie sind doch eine von uns", sagte mir ein NRW-Landtagsabgeordneter nichtdeutscher Herkunft und schob hinterher: "Deswegen werden sie doch nichts Böses schreiben?" Auch wenn er grinste, er meinte es ernst. Das ich nicht die PR-Beraterin einer Community bin, muss ich immer wieder klarmachen.

Mit Anbiederung und Kritik muss ich natürlich umgehen können, sie ist Teil meiner Arbeit. Doch es geht mir um die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit ihren Einwanderern umgeht. Es geht mir darum, was denen, die wie ich einen öffentlichen Job haben, unterstellt wird - sowohl von der Mehrheitsgesellschaft als auch von Seiten der Einwanderer. Denn ich werde gerne von beiden Seiten als Stellvertreterin für Migranten, Muslime oder gleich beides wahrgenommen. Meine politischen Ansichten werden unverhohlen abgefragt, meine Gesinnung getestet.

Selbstverständlich habe ich spezielle Sprach- und Landeskenntnisse, und es ist richtig, wenn mir mehr Wissen über die muslimische Community zugesprochen wird als einer deutschstämmigen Journalistin. Meine Prägung spiegelt sich auch in meinen Themen wieder. Doch mich stört die unangenehme Nebenwirkung: Kompetenzen, die ich mir hart erarbeiten musste, werden gerne übersehen. Denn ich bin kein Berufsausländer, sondern Journalistin, ich habe keine Mission für oder gegen bestimmte Gruppen.

Kürzlich war wieder so ein normaler Tag in der Redaktion. Ich hatte einen Kommentar zu den NSU-Morden geschrieben und die These aufgestellt, es werde sich trotz der Taten nichts in Deutschland ändern. Eine Fremde wurde zu mir durchgestellt, sie war sehr aufgeregt. "Ihre Landsleute sind auch nicht ohne", sagte sie in den Hörer und Hitler sei ja auch kein Deutscher gewesen. Ich habe nicht mehr so diplomatisch reagiert wie bei dem Kinderschänder-Anrufer. Meine Toleranzzone wurde überstrapaziert.

Load-Date: April 14, 2012

Russlands Regierung ignoriert die Ausländerprobleme; Moskaus Wirtschaft lebt von ihren billigen Gastarbeitern. Doch die Bewohner der Stadt verachten die Migranten. Und die Politik tut nichts dagegen - im Gegenteil.

ZEIT-online

Montag 14. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Fremdenfeindlichkeit; Ausg. 42

Length: 1162 words

Byline: Johannes Voswinkel

Body

Pöbelnde Demonstranten im Moskauer Stadtteil Birjuljowo (Sonntag, 14. Oktober 2013)

© Vasily Maximov/AFP/Getty Images

Es war ein Appell an die aggressive Menge. Xenia hatte vor drei Tagen ihren 25-jährigen Freund Jegor verloren. Nun sagt sie mit gefasster Stimme im Moskauer Fernsehen: "Ich bin gegen diese Demonstrationen. Ich weiß, dass alle verschieden sind und dass unsere Polizei ihre Aufgabe meistern wird."

"Alle" - das sind die Ausländer in Moskau. Vor drei Tagen, als sie mit ihrem Freund von einer Geburtstagsfeier nachts nach Hause zurückkehrte, pöbelte ein Mann die beiden auf der Straße an. Es kam zum Streit, ein Messer blitzte auf, und Xenias Freund fiel tödlich getroffen zu Boden. Eine Überwachungskamera filmte den flüchtigen Messerstecher. Er sieht aus wie ein Kaukasier.

Xenias Worte halfen nichts. Am Sonntag versammelten sich mehrere Hundert Menschen auf dem Parkplatz, auf dem Jegor gestorben war. Die Ruhigeren hatten formulierte Forderungen: Die Polizei möge den Mörder finden und den nahegelegenen Gemüsemarkt, auf dem vor allem Ausländer arbeiten, schließen. Andere beklagten, dass nach Mitternacht in Birjuljowo kein "Mensch mit slawischem Aussehen" mehr auf der Straße anzutreffen sei und schoben die Übel der Schlafstadt nahe der Stadtautobahn auf die "Schwarzen", wie der Schimpfname der Ausländer und Kaukasier lautet. Der Rest wollte Pogrome.

Steine und Flaschen gegen die Polizei

Bekannte Nationalisten reisten an, um den "Genozid der Russen im eigenen Land" zu beklagen und sich am Feuerchen der wütenden Bürger zu wärmen. Erstes Ziel der Menge, die auf mehrere Tausend angeschwollen war, war das Einkaufszentrum, in dem viele Migranten arbeiten. Glas splitterte, und eine Rauchbombe flog in den Eingang. Wer sich auf die Straße rettete, geriet in Gefahr, verprügelt zu werden. Auch mancher russische Kunde musste sich danach mit Knochenbrüchen oder Platzwunden ins Krankenhaus bringen lassen. Die nationalistisch gestimmten Randalierer nahmen das in Kauf.

Russlands Regierung ignoriert die Ausländerprobleme Moskaus Wirtschaft lebt von ihren billigen Gastarbeitern.
Doch die Bewohner der Stadt verachten die Migranten....

Die Wachleute des Einkaufszentrums konnten Schlimmeres verhindern. Doch auf der Straße tobte der Mob weiter, warf mit viel Mühe einen Lieferwagen um und stürmte dann den verlassenen Gemüsemarkt. Auf die Sonderpolizisten, die sich in den Weg stellten, gingen Steine, Flaschen und Papierkörbe nieder. Erst in der Nacht gelang es der Polizei, die krawallwütige Menge auseinanderzujagen. Knapp 400 Menschen wurden festgenommen. In den sozialen Netzwerken dominiert seither das Thema Migranten und Fremdenfeindlichkeit. Manche Blogger warnten und andere frohlockten, Birjuljowo sei nur eine Generalprobe gewesen.

Denn die Ausschreitungen haben gezeigt, welche Brisanz das Ausländerthema in Moskau erreicht hat. Zwar hat die Zwölf-Millionen-Stadt seit Jahren eine offizielle Quote von nur 200.000 Gastarbeitern. Aber die Wahrheit jenseits der beschwichtigenden Behördenangaben sieht anders aus: Manche schätzen die Zahl der Migranten in der Stadt auf zwei Millionen. Genau weiß es keiner, denn ein großer Teil der Zugezogenen lebt illegal in der Stadt. Die Mehrzahl der Zuwanderer kommt aus den früheren sowjetischen Republiken im muslimischen Zentralasien oder aus dem Kaukasus. Moskaus Reichtum lockt sie aus der heimischen Armut an.

Die Stadt lebt von der billigen Arbeit der Gastarbeiter - und verachtet sie zugleich. Die Angst vor einer schleichenden Islamisierung ist für viele Moskauer laut Umfragen noch vor den chronischen Staus zum Aufregerthema geworden. Bürgerinitiativen kämpfen gegen neue Moscheen in der Nachbarschaft. Gewaltverbrechen der Zugereisten oder brutale Nationalistenrazzias in den Massenwohnheimen der Arbeiter gehören fast zur Routineware auf den Nachrichten-Websites.

Sogar seriöse Politiker verbreiten die Kunde vom Ende der Geduld mit dem Drogenhandel oder mit den um sich schießenden Hochzeitsgesellschaften aus Tschetschenien und erzählen Gräueltgeschichten vom HIV-kranken tadschikischen Gastarbeiter, der russische Mädchen im Stadtpark vergewaltigt habe, um sie bewusst anzustecken. Auch der Bürgermeisterwahlkampf im September stand im Zeichen der Migrationspolitik. Amtsinhaber Sergej Sobjanin verkündete martialisch, Moskau sei eine russische Stadt und solle es auch bleiben.

Selbst der oppositionelle Gegenkandidat und Blogger Alexej Nawalny befürwortete den Visumszwang für alle Zentralasiaten und versprach, russische Straßenkehrer- und Hausmeisterbrigaden zu schaffen. Schon vor Jahren hatte Nawalny in einem Videospot sarkastisch empfohlen, man müsse die Migranten ja nicht schlagen. Es reiche schon, sie zu deportieren.

Populistische Gesten ersetzen politische Führung

Das Unruhepotenzial, das im Ausländerthema steckt, ist also bekannt. Aber viele nutzen dessen Emotionen für sich, und kaum einer sucht eine Lösung. Die Regierung drückt sich um die unpopuläre Wahrheit herum, dass Russland in seiner demografischen Krise auf Zuwanderung angewiesen ist. Über den radikalisierten Islam aus den Kaukasusrepubliken, die der Kreml mit Gewalt, aber vor allem mit viel Geld am Leben und im russischen Staatsverband hält, schweigt sie lieber. Denn er erinnert daran, dass die gewaltigen Probleme dort, trotz aller Propaganda über die Befriedung des Nordkaukasus, keineswegs gelöst sind.

Vielmehr ersetzen populistische Gesten in dieser Frage politische Führung: Als vor knapp drei Jahren ein russischer Fußballfan in Moskau von Kaukasiern ermordet wurde, pilgerte Wladimir Putin zum Grab und legte einen Kranz nieder. Den Dutzenden von Gastarbeitern, die zuvor von Skinhead-Gruppen als Zufallsopfer auf Moskaus Straßen erstochen oder zu Tode geprügelt worden waren, zollte er weit weniger Aufmerksamkeit. Auch zu den Unruhen in Birjuljowo schwieg der Präsident vorerst. Am Sonntag gratulierte er dem Modemacher Walentin Judaschkin zum 50. Geburtstag.

Und so drängten nach den Ausschreitungen anstatt besonnener Politiker die Schnellschuss-Problemlöser in den Vordergrund: Ein Vertreter der Gesellschaftskammer schlug den Einsatz von nächtlichen Bürgerwehrstreifen vor. Die Polizei verkündete stolz, sie habe im Gemüsemarkt am Morgen 1.200 Ausländer in Gewahrsam genommen und drei Luftpistolen gefunden. Die zuständige Behörde schloss später den Markt "für immer". Und die orthodoxe Kirche forderte eine besonders "harte, unumkehrbare und demonstrative" Strafe für den flüchtigen Messerstecher.

Russlands Regierung ignoriert die Ausländerprobleme Moskaus Wirtschaft lebt von ihren billigen Gastarbeitern.
Doch die Bewohner der Stadt verachten die Migrante....

Das Problem aber bleibt: Der Staat versagt, die Bürger fühlen sich ungeschützt, und die Polizei kassiert lieber im Geheimen Schmiergelder bei den Migranten, statt dem Gesetz zu dienen. Auf seinen Wahlkampfveranstaltungen hatte der Oppositionelle Nawalny gewarnt, dass es in Moskau ohne eine geänderte Ausländerpolitik in zehn Jahren Unruhen wie in den Pariser Vorstädten geben könne. Birjuljowo zeigt, dass es auch schneller so weit sein kann.

Load-Date: October 14, 2013

End of Document

Foltern für Geld; Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert der Menschenhandel

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Foltern für Geld; S. 12-13; Ausg. 13

Length: 2763 words

Byline: Fritz Schaap

Body

VON FRITZ SCHAAP

Es ist gut hier im Gefängnis«, sagt der Häftling.« Er hockt auf dem Boden der Zelle auf einer dünnen, dreckigen Matratze. Seinen vollen Namen will er nicht sagen. »Nenn mich Kidane.« Eigentlich darf er mit niemandem über die Zustände hier sprechen - auch nicht über die Umstände, die ihn hierhergebracht haben. Er ist Anfang 30, ein hagerer Mann mit dem Gesicht eines Jungen. Sein Rücken gleicht einer Kraterlandschaft von Narben, manche sind noch nicht verheilt.

Seit fast sechs Monaten sitzt er mit elf anderen Männern in dieser Zelle. Es riecht nach Exkrementen und eiternden Wunden. An den Wänden sieht man Heiligenbilder und Wappen großer europäischer Fußballclubs, die sie akkurat mit Bleistift gezeichnet haben. Zeugen leerer Tage. Kidane und die anderen stammen aus Eritrea, sie sind vor der Armut dort, vor allem aber vor dem Militärdienst geflohen - einer modernen Form von Zwangsarbeit, ohne Lohn, mit Folter und Misshandlungen. Alle wollten in den Sudan, die meisten nach Khartoum. Doch sie landeten im Sinai. Man hat sie hierher verkauft.

Viele der Flüchtlingsgeschichten aus Ostafrika enden hier in El-Arisch, einer staubigen, ägyptischen Küstenstadt am Mittelmeer. Auf dem Friedhof oder im Gefängnis. Auf dem Dach der Haftanstalt befindet sich ein Maschinengewehrnest. Nervöse Polizisten hocken hinter frisch gefüllten Sandsäcken. Vor dem Gefängnistor stehen gepanzerte Fahrzeuge. Früher fürchteten die Bewohner hier den Staat, seit dem Sturz des Mubarak-Regimes fürchtet der Staat die Bewohner, die Beduinen. Das letzte *drive-by shooting* auf das Gefängnis liegt zwei Tage zurück. Die Haftanstalt ist in den Augen der Einheimischen eine Provokation.

Als der israelische Ministerpräsident Menachem Begin den Sinai im Rahmen des Camp-David-Abkommens 1982 den Ägyptern zurückgab, tat er dieses für den Frieden mit Ägypten, mehr aber noch, um eine Pufferzone zum Schutz Israels zu schaffen. Das Abkommen beschränkt massiv die ägyptische Militärpräsenz auf der Halbinsel und sieht zudem einen demilitarisierten Streifen im Osten vor, der von UN-Truppen überwacht werden soll. Diese verlassen ihre Stützpunkte allerdings kaum. So ist über die Jahrzehnte ein Machtvakuum entstanden, verschärft

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

durch den Umstand, dass die Beduinen des Sinai unter dem Mubarak-Regime kollektiv aus dem Staatswesen ausgeschlossen wurden. Ihr Land wurde an Gefolgsleute des Präsidenten verteilt. Doch die Beduinen gingen nicht weg. Sie begannen das Machtvakuum zu füllen: Die Stämme entwickelten sich zu hochgerüsteten Milizen, die sich in einem zunehmend rechtsfreien Raum das Schmuggelgeschäft aufteilen. Geschmuggelt wird alles: Waren für die Palästinenser im Gazastreifen, Drogen, Waffen. Und Flüchtlinge. Die illegalen Geschäfte haben einige Beduinenfamilien sehr reich gemacht. Aber in ihren Augen nicht reich genug.

In den 1990ern und frühen 2000ern brachten die Beduinen russische Zwangsprostituierte über den Sinai nach Israel. Um 2006 suchten immer mehr afrikanische Flüchtlinge den Weg nach Europa über den Sinai. Erst kamen Sudanesen, dann Eritreer. Sudanesen trafen in Kairo auf Kontaktmänner, die sie in den Sinai schmuggelten, wo verschiedene Beduinenclans sie an unbewachte Abschnitte der israelischen Grenze brachten, die erst seit einigen Jahren, allerdings im Eiltempo, befestigt wird. Der massive Zaun wurde im Januar fertiggestellt. Flüchtlinge aus Eritrea ließen sich erst in den Sudan von dort in den Sinai schmuggeln, wo sie von lokalen Schleusergruppen übernommen wurden. Um die 2000 Dollar musste ein Flüchtling zahlen. Das waren die billigen Zeiten.

Vor rund vier Jahren begannen die Schmugglerclans die Preise zu erhöhen. Aus 2000 wurden 4000, dann 5000 Dollar, dann 10000. Keiner der Flüchtlinge besitzt, was die Menschenhändler fordern - manche haben noch nie in ihrem Leben eine Dollarnote gesehen. Doch es gibt ein dichtes weltumspannendes Netzwerk von Exil-Eritreern, in dem das Geld für Flüchtlinge zusammengetragen wird. Keine andere afrikanische Exilgemeinschaft ist ähnlich gut organisiert. Das weiß man auch im Sinai. Irgendwann erkannten einige Clans, dass sie mit eritreischen Geiseln mehr Geld machen können als mit eritreischen Migranten. Sie nahmen die Flüchtlinge gefangen und forderten von deren Familien Lösegeld. 10000 Dollar. Dann 20000, inzwischen sind es 40000 Dollar. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, foltern sie ihre Gefangenen so, dass ihre Angehörigen es hören können.

In Ruhe und ausführlich mit Kidane zu reden ist nicht möglich. Journalisten dürfen offiziell gar nicht mit den Flüchtlingen reden. Es bedarf Tarnung und Geld, um in das Gefängnis zu kommen.

In der kurzen Zeit des Gefängnisbesuches erzählt er immerhin so viel: dass er drei Monate in einem Haus der Menschenhändler nahe der Grenze zu Israel gefangen war. Dass die Männer im Keller aneinandergekettet, die Frauen und Kinder im Erdgeschoss eingesperrt gewesen sind. Dass man ihm ein Telefon in die Hand gab, ihn seine Familie anrufen ließ, dann Strom an die Ketten legte. Dass er schrie, bevor er die Lösegeldforderung durchgeben musste: 35000 Dollar.

Er habe, sagt Kidane, täglich gehört, wie die Frauen vergewaltigt wurden. Bis das Geld in Israel die Kontaktmänner erreichte, wurde weiter gefoltert. Ihm goss man geschmolzenes Plastik über den Rücken, daher die Narben. Dann ließen ihn die Beduinen nahe der israelischen Grenze frei. Ägyptische Grenzsoldaten nahmen ihn prompt fest und steckten ihn ins Gefängnis von El-Arisch. Dort sitzt er jetzt, ohne zu wissen, wie es weitergeht, aber in der Hoffnung, dem Schlimmsten entkommen zu sein. »Es ist gut hier«, sagt er immer wieder.

Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass sich derzeit zwischen 500 und 1000 Flüchtlinge auf dem Sinai in der Gewalt von Schleppern befinden. 800 weitere, so wird vermutet, sitzen wie Kidane in Gefängnissen auf der Halbinsel. Genau weiß es niemand, denn UNHCR hat keinen Zugang. Asyl beantragen kann hier niemand.

Selbst wenn es Kidane über die Grenze nach Israel geschafft hätte, wäre er vermutlich nicht weit gekommen. Seit Juni 2012 ist in Israel das New Anti-Infiltration Law in Kraft. Es erlaubt, Flüchtlinge bis zu drei Jahren ohne Anhörung oder Verfahren einzusperren. Flüchtlinge aus Feindstaaten wie dem Sudan können zeitlich unbegrenzt inhaftiert werden. Vorsorglich hat man bereits Lager mit 9000 Plätzen nahe der Grenze errichtet.

Im Jargon der Regierung heißen die Flüchtlinge »Infiltratoren«. Nachdem der Grenzzaun auf dem Sinai verstärkt worden war, verkündete Premierminister Benjamin Netanjahu im Dezember 2012, der Weg aus Afrika nach Israel sei nun blockiert. Nun beginne Phase 2, »die Rückführung der Infiltratoren«, die schon im Lande sind. Grenzsoldaten führen auch seit Längerem schon sogenannte *hot returns* durch: Aufgegriffene Flüchtlinge werden direkt in den Sinai zurückgeschickt oder noch auf ägyptischem Gebiet abgefangen und an dortige Sicherheitskräfte übergeben. Offiziell heißt es, man habe diese Praxis eingestellt, Berichte darüber reißen aber

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

nicht ab. Flüchtlinge, die schwer krank sind oder sichtbare Folterspuren aufweisen, werden manchmal noch nach Israel durchgelassen. Noch bis Mitte 2012 kamen über 1000 Flüchtlinge monatlich. Im Dezember vergangenen Jahres erreichten gerade mal 40 israelischen Boden. Man muss davon ausgehen, dass viele mehr nach Ägypten zurückgeschickt wurden. Das stellt eine klare Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention dar, denn Ägypten schiebt, wie man auch in Israel weiß, Menschen in den Sudan und nach Eritrea ab, wo ihnen politische Verfolgung droht.

Es dauert Tage und erfordert unzählige Telefonate, bis sich einer der Beduinenführer zum Gespräch bereit erklärt. Sheich Ibrahim Elmenei gibt als Treffpunkt ein kleines Haus am Rand von Al-Mahdia an, einem verstaubten Schmugglernest südlich von Raffah. Die Inneneinrichtung besteht aus Sitzpolstern, einem Fernseher und einem Silbertablett. Wo er wirklich wohnt, will er nicht sagen. Sheich Ibrahim, ein Mann in den Fünfigern mit ergrautem Dreitagebart und weißer Galabia, ist einer der Führer des Sawarka-Stammes, eines der mächtigsten im Sinai.

»Fast jeder Stamm ist irgendwie auch in den Menschenhandel involviert«, erklärt er, während ihm ein Bediensteter unaufhörlich Tee nachschenkt. Als illegal möchte er das nicht bezeichnen. Hier gälten, sagt er, nun mal eigene, andere Gesetze. Trotzdem möchte er den Menschenhandel in Zukunft unterbinden. Die Ambitionen des Sheichs sind politisch, er träumt von einer Sezession, einem unabhängigen Sinai. Schlagzeilen über Schlepper und Folterkeller schaden der Sache. »Aber das geht nur Schritt für Schritt«, erklärt er. Wer zu rabiat gegen den Schmuggel mit Menschen vorgehe, riskiere Blutvergießen - selbst innerhalb des eigenen Stammes. 25 Familien aus verschiedenen Stämmen sollen letztes Jahr noch in den Menschenhandel involviert gewesen sein, sechs seien nach wie vor im Geschäft.

»Das Lösegeldgewerbe existiert so bereits seit drei Jahren«, erklärt er, als lege er die Branchen eines Großkonzerns dar. Dann kam das Geschäft plötzlich ins Stocken. Die Horrormeldungen über gefangene und gefolterte Flüchtlinge und die neue israelische Abschottungspolitik zeigten abschreckende Wirkung. Immer weniger Afrikaner wagten sich aus den Camps im Sudan über die Grenze nach Ägypten. Die Beduinenclans aber, deren Anführer sich mittlerweile Luxusvillen mit Pagodendächern und teure SUVs angeschafft hatten, wollten nicht auf ihre Profite verzichten.

Mit dem Raschaida-Stamm, der im Grenzgebiet zwischen Sudan und Eritrea sowie auch in Südagypen ansässig ist, wurde eine neue Vorgehensweise entwickelt. Beduinen begannen, die Flüchtlinge, die freiwillig nicht mehr kommen wollten, zu kidnappen.

Der Raschaida-Stamm kooperiert dabei mit dem sudanesischen Militär und lokalen Sicherheitskräften, die vom UNHCR in den sudanesischen Camps beschäftigt werden. Die Flüchtlinge werden entweder direkt aus den Lagern entführt oder von sudanesischen Soldaten an der Grenze zu Eritrea aufgegriffen und an die Kidnapper verkauft. Laut Amnesty International wurden 95 Prozent der Flüchtlinge, die in den letzten sechs Monaten aus den Foltercamps nach Israel kamen, vorher entführt. Im Januar dieses Jahres dokumentierte der UNHCR wieder mehrere Kidnappingfälle aus einem der sudanesischen Camps. Man arbeite mit der sudanesischen Regierung zusammen, um die Sicherheit in den Flüchtlingslagern zu verbessern.

Die Kidnapper schreckt das bislang nicht ab. Sie unterhalten eigene Camps im nordsudanesischen Niemandsland, in denen sie ihre Geiseln sammeln. Siedlungen aus kleinen Häusern, kalter Boden, eine kleine Schale Reis pro Tag und, bereits hier schon, Vergewaltigungen. So beschreibt es Kidane in seiner Zelle in

El-Arisch. In Trupps von bis zu 80 Menschen werden sie dann in den Sinai geschafft und an den nächsten Familienclan weiterverkauft. Für 4000 Dollar pro Geisel. So erzählt es Sheich Ibrahim in Al-Mahdia.

Bis zu drei Wochen seien die Trecks unterwegs. In gleißender Sonne, auf abgelegenen Pisten. Die Flüchtlinge würden teils in Wassertransportern untergebracht, manchmal in Hohlräumen, die man unter Düngerladungen auf Lkw geschaffen hat. Manchmal auch einfach nur unter einer Plane auf der Ladefläche eines Lasters. Die Ersten sterben schon auf diesem Streckenabschnitt. An diesem Teil des Geschäfts verdienen offenbar auch korrupte ägyptische Polizisten und Soldaten mit. General Samih Baschadi, der Chef der ägyptischen Sicherheitskräfte im

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

Nordsinai, bestreitet das auf Nachfrage energisch als böswillige Unterstellung der Beduinen. Nie würden seine Kräfte mit Menschenhändlern zusammenarbeiten. Sheikh Ibrahim lächelt dazu und schüttelt den Kopf.

Amnesty International und die israelische NGO Hotline for Migrant Workers haben Hunderte Flüchtlinge interviewt, die von Bestechung an Checkpoints und teilweise sogar von Polizei- oder Militäreskorten in den Sinai sprechen.

Das grausame Geschäft mit dem Elend der Afrikaner ist Familiensache. Die Routen und Geschäftsbereiche sind genau aufgeteilt, manchmal kommt es zu Konkurrenzkriegen, Drohungen werden ausgesprochen, Auftragskiller bestellt. Fragt man nach dem aktuell mächtigsten Clan im Schmuggelgeschäft, fallen immer die Namen mehrerer Brüder der Sinaja-Familie. »Der Kopf der Schlange«, so nennt sie ein Informant, der selber Führer eines anderen großen Stammes ist. Der Ermilad-Stamm, zu dem die Sinaja-Familie gehört, hat bereits eine riesige Geldquelle: Er kontrolliert die Tunnel, durch die Waren und Waffen in den Gazastreifen geschmuggelt werden. Jetzt sollen sie auch das Kidnappinggeschäft beherrschen. Ihre Mitglieder sind berüchtigt für Folter. Die Familie, so heißt es, habe ein Kaffeehaus in El-Arisch, dort könne man Kontakt aufnehmen.

Natürlich sind die Sinaja-Brüder dort nicht anzutreffen, aber nach längerer Verhandlung ist man im Café bereit, den Chef anzurufen. Es wird eine kurze Unterhaltung. Am Telefon dementiert Suleiman Sinaja, dass seine Familie irgendetwas mit Menschenhandel oder Entführungen zu tun habe. Damit konfrontiert, dass gefolterte Flüchtlinge immer wieder den Namen seiner Familie nennen und sogar sein Haus als eines der Geiselerstecke identifiziert haben, beendet er das Gespräch.

Der Friedhof von El-Arisch liegt am Rand der Stadt. Hunde scharren vor der Mauer im Sand nach Knochen. Kinder jagen sie ihnen ab und graben sie wieder ein. Sie bekommen etwas Geld dafür von dem, der dieses Massengrab angelegt hat. Hamdi al-Azazi bestattet seit Jahren die toten Flüchtlinge, um die 500, sagt er, seien es bislang, die meisten stammten aus dem Sudan und Eritrea und seien in den Händen der Schlepper und Entführer gestorben. An Folter, an Hunger, Durst oder Krankheit. Andere, behauptet Al-Azazi, weil man ihnen Organe entnommen habe.

Al-Azazi, ein kleiner gedrungener Mann, arbeitete 2006 in einem Krankenhaus auf dem Sinai, als ihm dort zwei Patienten, Flüchtlinge aus dem Sudan, vom Schleusergeschäft erzählten. Al-Azazi weiß, was Flucht bedeutet, seine Familie selbst musste im Sechstagekrieg fliehen. Deswegen, sagt er, helfe er. Andere sagen, er helfe, weil es über seine NGO Geld in seine Taschen spüle.

Al-Azazi bekommt Morddrohungen - nicht nur weil er die Beduinenclans des Menschenhandels und der Folter beschuldigt, sondern weil er ihnen auch vorwirft, mit den Organen von Flüchtlingen zu handeln. Auf seinem Computer hat er Fotos gespeichert, die Leichen mit aufgesägten, leeren Brustkörben zeigen. Den Opfern würden in mobilen Kliniken die Organe entfernt, behauptet Al-Azazi, und dann nach Kairo oder Israel gebracht. Allerdings ist er der Einzige, der diese Kliniken gesehen haben will.

Al-Azazi ist von seinen Beschuldigungen nicht abgerückt. Auch nicht, als die Beduinenclans ihre Drohungen auf seine Familie ausweiteten. Vor vier Monaten wurde sein Sohn von einem Jeep überfahren. Ein Anschlag, sagt Al-Azazi. Der Junge überlebte schwer verletzt.

Auch Angehörige der ägyptischen Sicherheitskräfte bestätigen Al-Azazis Vorwürfe, nur will sich keiner mit Namen nennen lassen. Nach ihren Angaben zählen nicht nur afrikanische Flüchtlinge zu den Opfern, sondern auch entführte Ägypter, der Hauptumschlagplatz sei auch nicht der Sinai, sondern Kairo, wo auch der Großteil der Operationen durchgeführt werde. Bei den Empfängern handele es sich um wohlhabende Ägypter und Patienten aus den Golfstaaten.

Kidane, der Eritreer im Gefängnis von El-Arisch, erzählt, man habe ihm angedroht, seine Nieren zu verkaufen, wenn seine Familie und das Netzwerk der Exil-Eritreer das Lösegeld von 35000 Dollar nicht auftreiben würden. Seine Mitgefangenen berichten von ähnlichen Drohungen. Deswegen mögen sie nicht viel Schlechtes sagen über die stinkenden, überfüllten Zellen von El-Arisch. Hier sind sie wenigstens sicher. Jetzt warten sie wieder einmal, bis irgendwo anders Geld übergeben wird. Diesmal für einen Rückflug nach Eritrea, vor dessen Regime

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

sie geflohen sind. Denn Ägypten will sie zwar abschieben, doch den Flug, sagt Kidane, müssten die Flüchtlinge selbst bezahlen.

Ein Mann des Raschaida-Stammes am Roten Meer; Schmugglercafé in El-Arisch

Ein bewaffneter Schmuggler nicht weit von der israelischen Grenze; Straße durch die Weiße Wüste des Sinai

Sheich Ibrahim Elmenei in El-Arisch

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Frauen und Migranten profitieren von anonymen Bewerbungen; Bei Bewerbungen ohne Foto, Alter und Namen haben Migranten und Frauen bessere Chancen. Das zeigt die Auswertung des Pilotprojekts für anonyme Bewerbungen.

ZEIT-online

Dienstag 17. April 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: CHANCENGLEICHHEIT; Ausg. 16

Length: 810 words

Byline: Tina Groll

Body

Serpil Klukon und Steffen Müller haben bei der Stadt Celle neue Jobs gefunden. Die Ökonomin hatte durch ihren türkischen Namen Schwierigkeiten bei der Jobsuche. Auch Müller, der mit Mitte 40 nach einer Erkrankung beruflich noch einmal neu durchstarten musste, machte Diskriminierungserfahrungen. Heute ist Klukon Referatsleiterin, der Facharbeiter wurde als Verwaltungsfachangestellter eingestellt. Beide kamen durch eine anonyme Bewerbung zum Zug.

Die Stadt Celle beteiligte sich am Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Statt umfangreicher Unterlagen füllten Klukon und Müller einen standardisierten Bogen aus. Die Personalverantwortlichen erhielten im ersten Schritt nur Informationen über die beruflichen Qualifikationen der Bewerber, nicht aber über deren Geschlecht, Alter, Namen, Herkunft oder Familienstand. Erst im Vorstellungsgespräch erfuhren die Personalverantwortlichen, mit wem sie es zu tun hatten.

Insgesamt wurden 246 Stellen in acht Verwaltungen und Unternehmen - darunter die Deutsche Post, die Deutsche Telekom, das Kosmetikunternehmen L'Oréal und das Bundesfamilienministerium - durch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren besetzt. Dabei seien mehr Frauen und Migranten berücksichtigt worden, sagt Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle. "Anonymisierung wirkt. Sie stellt Chancengleichheit her und macht Bewerbungsverfahren fairer."

Anonymität hilft vor allem jüngeren Frauen

Das Pilotprojekt war im Herbst 2010 gestartet. Mehr als 8.550 Jobsuchende hatten sich bei den acht Arbeitgebern anonymisiert beworben. Wissenschaftlich ausgewertet wurde der Modellversuch vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) aus Bonn und der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt.

Frauen und Migranten profitieren von anonymen Bewerbungen Bei Bewerbungen ohne Foto, Alter und Namen haben Migranten und Frauen bessere Chancen. Das zeigt die A....

Besonders jüngeren Frauen, die sich auf Jobs bewarben, die sich an Personen mit einer gewissen Berufserfahrung richteten, wurden im anonymisierten Verfahren stärker berücksichtigt. Die Forscher schlossen daraus, dass diesen Bewerberinnen im konventionellen Recruiting ein Kinderwunsch unterstellt würde und sie deshalb schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Auch Migranten wurden deutlich häufiger zum Vorstellungsgespräch eingeladen. Für ältere Bewerber konnten die Forscher keine Aussagen treffen, weil im Modellversuch zu wenig Ältere unter den Bewerbern waren.

Auch die Personalverantwortlichen berichteten von positiven Erfahrungen: Das Bewerbermanagement koste beim standardisierten Verfahren weniger Zeit. Auch müssten nicht mehr Kandidaten eingeladen werden.

IZA-Direktor Klaus Zimmermann betont, dass die Ergebnisse insgesamt nicht repräsentativ seien. Die Zahl der besetzten Stellen sei mit 246 zu gering. Dennoch hält er die Tendenzen auf Basis des Modellversuchs für aussagekräftig.

So würden allein durch eine Teilanonymisierung insgesamt Verbesserungen bei der Einstellungspraxis erreicht. Fotos, Namen und Altersangaben lösten bei Personalern oft unbewusst Vorurteile aus. Die anonyme Bewerbung lenke beim ersten Sortieren das Augenmerk allein auf die Qualifikation. Auf diese Weise hätten zumindest im ersten Schritt alle Bewerber die gleichen Chancen.

Lüders wertet die Ergebnisse als Erfolg. "Es ist eine Diskussion über die Rekrutierungspraxis in Gang gekommen. Uns erreichen viele Rückfragen von Unternehmen zu dem Verfahren." Deshalb bietet die Antidiskriminierungsstelle Schulungen für Arbeitgeber an. Auch wollten die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eigene Modellversuche starten. Und auch Softwarehersteller für Online-Bewerbermanagement hätten bereits signalisiert, das anonymisierte Verfahren aufzugreifen. Teuer sei die Umstellung nicht. Kleinere und mittlere Unternehmen, die noch kein Onlinesystem eingeführt hätten, könnten einfach den standardisierten Bewerberbogen bei der Antidiskriminierungsstelle herunterladen und ihren Bedürfnissen anpassen. Insgesamt dürften Unternehmen von dem anonymisierten Verfahren deutlich profitieren, erwartet Lüders.

Vielfalt bringt Erfolg

Zimmermann weist auf den volkswirtschaftlichen Schaden hin, der durch Diskriminierung von Bewerbern entstehe. Zuletzt hatte eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger festgestellt, dass Unternehmen, die auf Diversity setzten, bessere Ergebnisse erzielen. "Es gibt handfeste ökonomische Gründe, für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen", sagt der Arbeitsmarktforscher.

Eine gesetzliche Regelung soll es nach Meinung Lüders erst einmal nicht geben. Sie setzt weiterhin auf die freiwillige Teilnahme von Unternehmen. Vier Arbeitgeber wollen das anonyme Verfahren weiterhin fortsetzen. Auch Stadt Celle will künftig nur noch anonym rekrutieren. Aus anfänglicher Skepsis sei deutliche Überzeugung geworden, sagt Dirk-Ulrich Mende, Oberbürgermeister der Stadt. "Das Verfahren sorgt für mehr Transparenz. Wir werden auch noch andere von unserem Weg überzeugen."

Load-Date: April 18, 2012

Klimaflüchtlinge haben Anspruch auf unsere Hilfe; Der Klimawandel macht viele zu Flüchtlingen, doch das internationale Recht erkennt sie nicht als solche an. Wir müssen einsehen, dass wir verantwortlich sind.

ZEIT-online

Samstag 16. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Klimawandel; Ausg. 47

Length: 707 words

Byline: Marcus O. Hedahl

Body

Winderosion am Strand einer Insel des Archipels von Kiribati. Im Hintergrund ein Fischer auf dem Weg zu seinen Netzen (Aufnahme vom 25. Mai 2013)

© David Gray/Reuters

Ioane Teitiota, ein Bürger des winzigen Insel-Archipels Kiribati, will nicht in seine Heimat zurück. Er will der erste juristisch anerkannte Klimaflüchtling der Welt werden. Neuseeland möchte ihn abschieben. Teitiota hat im Oktober vor Gericht Berufung dagegen eingelegt. "Wir haben keine Zukunft, wenn wir zurückkehren", sagte er dem Gericht. Auf Kiribati wartet eine ganz konkrete Bedrohung auf ihn: Die Korallenriffe der Insel erodieren, die Flutwellen werden immer öfter und höher und - das Schlimmste - der Meeresspiegel steigt und steigt.

Der Fall von Teitiota sorgt international für Aufmerksamkeit. Sie könnte zunehmen, wenn sich der oberste Gerichtshof in Neuseeland oder die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen mit dem Fall beschäftigen. Sicher, man kann über den Ausgang des Verfahrens spekulieren. Aber der Fall ist unabhängig davon richtungsweisend. Denn Teitiota ist der erste **Flüchtling**, der sich auf den Klimawandel beruft, und er wird nicht der letzte sein. Die Zahl der Menschen, die wegen des Klimawandels Schutz in anderen Ländern suchen und dort zu Fremden werden, wird zunehmen.

Das Problem ist, dass die Internationale Flüchtlingskonvention solche Klimaflüchtlinge nicht kennt. Sie bietet nur solchen Menschen Schutz, die etwa wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit verfolgt werden oder die vor Krieg und Gewalt fliehen. Sie bezieht sich aber nicht auf Menschen, die unter den geballten Kräften des von uns verursachten Klimawandels leiden.

Meerwasser in der Trinkwasserversorgung

Viele Fachleute beziehen sich daher auf Teitiota, um klarzumachen, dass unsere juristische Definition eines Flüchtlings dringend überarbeitet werden muss. Die Zeit drängt. Auf den Pazifikinseln spülen große Flutwellen durch die Hafenstädte, Meereswasser gelangt in die Trinkwasserversorgung. Der jüngste Bericht des

Klimaflüchtlinge haben Anspruch auf unsere Hilfe Der Klimawandel macht viele zu Flüchtlingen, doch das internationale Recht erkennt sie nicht als solche an. Wir....

Intergovernmental Panel on Climate Change warnt, dass selbst die ehrgeizigsten Maßnahmen kaum mehr ausreichen könnten, das Verschwinden einiger Städte zu verhindern.

Doch auch wenn der Fall Teitiota so anschaulich ist, verschleiert er einen entscheidenden Punkt: Die Zahl der Flüchtlinge durch den Klimawandel wird zunehmen. Der UN-Flüchtlingsbeauftragte sagte erst kürzlich: "Wir stellen fest, dass immer mehr Menschen fliehen, weil ihnen der Zugang zu Wasser, Lebensmitteln fehlt und weil sie in extremer Armut leben. Der Klimawandel verschärft die Lage noch." Das Problem wird nicht einfacher, denn wie soll man es schaffen, einen einzelnen Umweltfaktor als Grund für Migration zu isolieren?

Wie komplex die Lage ist, zeigt der Taifun Haiyan auf den Philippinen. Mehr als 10.000 Menschen starben, mehr als 600.000 sind auf der Flucht. Aber jeden Tag, und das ist genauso wichtig, bedroht der Klimawandel die Philippinen - das registriert die internationale Gemeinschaft nur nicht. Im August standen 80 Prozent der 20-Millionen Einwohner-Metropole Manilas unter Wasser. Teilweise erreichte der Wasserpegel eine Höhe von zwei Metern. 30 Stürme ziehen im Jahr über die Stadt hinweg. Sicher, der Klimawandel ist nicht der einzige Grund, warum Menschen flüchten. Aber wer diese Zusammenhänge leugnet, hat wenig verstanden.

Es reicht nicht aus, dass wir einfach unser Rechtssystem anpassen. Wie die Juristin und Fachfrau für Menschenrechte, Anna Greawill, argumentiert, müssen wir an die Strukturen heran, die zu dieser weltweiten Ungleichheit führen: Die Staaten, die am wenigsten den Klimawandel mitverschulden, sind am stärksten von ihm betroffen. Und die, die ihn verschärfen und vertiefen, leiden am wenigsten unter seinen Folgen.

Wir brauchen mehr als ein Bekenntnis zur Nächstenliebe. Es ist eben nicht so, dass wir unschuldige Samariter sind, die auf Fremde treffen, die unsere Hilfe benötigen. Viel eher ist jeder einzelne von uns mehr Räuber als Samariter. Es sind unsere eigenen Klimagas-Emissionen, die diese reale Bedrohung verursachen und schreckliches Leid verursachen. Umso mehr müssen wir unsere Haltung gegenüber Menschen wie Ioane Teitiota ändern, die unter den Folgen unseres Handels zu leiden haben.

Load-Date: November 16, 2013

Not gegen Not; Bei allem Mitleid für die Nöte der Roma: Das Recht auf Asyl haben nur politisch Verfolgte - Syrer zum Beispiel

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

25. Oktober 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ASYLBEWERBER; S. 1; Ausg. 44

Length: 863 words

Byline: Mariam Lau

Body

Politisches **Asyl** in Deutschland ist für Populisten beider Lager immer ein Lieblingsthema gewesen. "Das Boot ist voll", sagten die einen, "Rassisten", schallte es zurück. Jetzt kommt die Debatte, die lange wegen drastisch sinkender Bewerberzahlen verstummt war, wieder auf. Allein im September suchten mehr als doppelt so viele Menschen in Deutschland Zuflucht wie im Jahr zuvor. Je schneller sich die Fakten herumsprechen, mit denen wir es diesmal zu tun haben, desto besser stehen die Chancen, nicht wieder in den fruchtlosen Schlagabtausch der neunziger Jahre zurückzufallen.

Die meisten der neuen **Asylbewerber** kommen nicht aus Syrien, wie man denken könnte. Auch nicht aus dem Irak, aus Mali oder Pakistan, wo Mädchen in den Kopf geschossen wird, wenn sie in die Schule gehen wollen. Die 7000 Erstanträge kommen vor allem aus Serbien und Mazedonien - beides Beitrittskandidaten der EU. Die Antragsteller sind zu über 90 Prozent Roma. Ihre Chancen, in Deutschland politisches **Asyl** zu bekommen, sind gleich null: Sie leben zwar im Elend, sie werden gehasst, diskriminiert und schikaniert. Sie brauchen dringend Hilfe. Aber sie werden nicht politisch verfolgt.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat deshalb recht, wenn er vor einem Missbrauch des Asylrechts warnt. Seine Konsequenz jedoch ist fatal: Dem Asylmissbrauch will er mit der Abschaffung der Visafreizügigkeit für die westlichen Balkanländer beikommen. Aber diese Freizügigkeit war und ist eine Erfolgsgeschichte, und zwar dreifach: für die EU, für Serbien/Mazedonien und für deren Bürger. Denn im Gegenzug zur Visafreiheit haben die beiden Balkanstaaten Schleuserbanden bekämpft, Korruption vermindert und damit die Außengrenzen der EU besser gesichert. Seitdem können sich Serbiens Bürger in der EU frei bewegen und müssen sich nicht länger als Parias der Geschichte fühlen. Aber die Idee, serbische Grenzer sollten aus den Bussen einfach alle Roma herausholen, verbietet sich schon bei der bildlichen Vorstellung der Szene.

Nicht Serbien muss den Zugang der Roma zu unserem Asylsystem verhindern, sondern wir. Roma gehen nicht nach Frankreich, wo es gerade einmal zwölf Tage dauert, bis der Antrag abgelehnt wird. Sie "überschwemmen" nicht "die" EU, sondern sie gehen in drei Länder: nach Belgien, Schweden und Deutschland, weil sich dort der Bearbeitungsprozess von Asylanträgen über Monate, manchmal über Jahre erstreckt. In dieser Zeit zahlt der Staat Unterhalt für die Bewerber, am Ende eines erfolglosen Asylantrags steht nicht selten eine Prämie für die freiwillige

Not gegen Not Bei allem Mitleid für die Nöte der Roma: Das Recht auf Asyl haben nur politisch Verfolgte - Syrer zum Beispiel

Rückkehr. Für viele verzweifelte Roma-Familien ist diese Zeitspanne in Deutschland eine Auszeit vom Elend. Dass die Betroffenen diese Möglichkeit wahrnehmen, ist nur allzu verständlich. Aber das Asylverfahren ist kein legitimer Weg, ihre Not zu lindern.

Die Bundesrepublik muss das Asylverfahren radikal beschleunigen. Und die EU muss von den beiden Beitrittskandidaten verlangen, dass Roma bei ihnen besseren Zugang zu Jobs, Bildung und Gesundheitsversorgung bekommen. Die Lösung für die Roma liegt nicht in einem hoffnungslosen Antragsverfahren in Deutschland, sondern in einem besseren Leben in Serbien oder Mazedonien.

Nach der Asylreform haben die politischen Kontrahenten von einst rhetorisch abgerüstet

Politisches Asyl brauchen andere im Moment viel dringender. Die Großzügigkeit der Türkei und Jordaniens bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem kriegsgeschüttelten Syrien ist bewundernswert. Nicht nur die beiden Regierungen helfen, vor allem sind es einfache Leute, Bauern in den Grenzregionen, die ihre Hand ausstrecken, obwohl sie selbst nicht viel haben. Auch Deutschland nimmt Flüchtlinge aus Syrien auf und schiebt die bereits hier Gestrandeten nicht mehr ab. In den kommenden Monaten wird da unsere Hilfe vermutlich noch viel mehr gebraucht werden. Wir sollten sie nicht verweigern. Aber die Bereitschaft, den politisch Verfolgten großzügig Asyl zu gewähren, hängt auch davon ab, ob wir Missbrauch verhindern und ob diejenigen, die hier bereits Hilfe gefunden haben, unsere Aufnahmebereitschaft zu schätzen wissen.

Deshalb ist nichts ärgerlicher als der Tonfall bei den jüngsten Protesten gegen die Residenzpflicht, die es Asylbewerbern und Flüchtlingen verbietet, eine bestimmte Region zu verlassen. Darin mag neben der notwendigen Kontrolle auch ein Moment bürokratischer Zwiebeleie liegen. Aber ausgerechnet dem Land, das den Flüchtlingen seine Türen öffnet, ihnen Obdach gibt, vorzuwerfen, es trete die Menschenrechte mit Füßen, ist arrogant, ziemlich unverschämt und dumm. Je weniger überflüssiges Theater aufgeführt wird, desto rationaler lässt sich über das ressentimentanfällige Thema Asyl beraten.

In den zwei Jahrzehnten, die seit der Reform des Asylrechts in Deutschland vergangen sind, haben die politischen Kontrahenten von einst rhetorisch abgerüstet. So respektvoll wie heute hat die Union noch nie vom Asylrecht gesprochen. Umgekehrt haben sich auch die Grünen von der Ideologie offener Grenzen verabschiedet. Ebenso fordert die ehemalige Ausländerbeauftragte Marieluise Beck, den Roma in ihren Heimatländern zu helfen. Beste Voraussetzungen also, jetzt denen politisches Asyl zu gewähren, die es wirklich brauchen.

Load-Date: October 25, 2012

Männerfreundschaft mit Migrationshintergrund; Das Drama "Ummah - Unter Freunden" spielt in Neukölln und mit Vorurteilen gegen Muslime. Das gelingt szenenweise prächtig. Manchmal mutet der Film uns aber zu wenig zu.

ZEIT-online

Mittwoch 11. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Drama "Ummah"; Ausg. 37

Length: 664 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Mit dem Kauf eines gebrauchten Fernsehers beginnt die Männerfreundschaft zwischen Daniel (Frederick Lau) und Abbas (Kida Khodr Ramadan).

© Senator Filmverleih

Abbas trägt Vollbart und klatscht sich gerne auf den dicken Bauch. Er und der schmale Jamal mit dem Zöpfchen auf dem Kopf und dem coolen Migrationshintergrundjargon hocken gemütlich in ihrem blinkenden, vollgekrampften Elektroladen in Berlin-Neukölln. Ab und zu kommen die Kinder vorbei und manchmal auch ein Kunde. Daniel zum Beispiel. Abbas dreht ihm einen riesigen Röhrenfernseher für 50 Euro an: "Ey, du bist mir sympathisch. Kriegst zwölf Monate Garantie." Natürlich ohne Quittung.

Abbas und Jamal müssen ja nicht gleich Terroristen oder Ehrenmörder sein - aber dass der billige Riesenkasten nicht funktioniert, als Daniel ihn endlich in seine Wohnung geschleppt hat, ist irgendwie klar, oder? Ist es dann doch nicht, denn nicht der Fernseher, sondern Daniels Kabel ist kaputt. Im Film *Ummah - Unter Freunden* von Cüneyt Kaya sind die arabischstämmigen Muslime die Guten.

Der Filmemacher Kaya ist selbst im Wedding als Deutschtürke aufgewachsen und es gelingt ihm in seinem Film, den Zuschauer hinter die Ladentheke der Jamals und Abbas' zu ziehen, die wir irgendwie schon zu kennen glauben. Kida Khodr Ramadan in der Rolle des Abbas und Burak Yigit als Jamal geben uns das Gefühl, diesen fremden und doch vertrauten Nachbarn richtig nahe zu kommen. Sie mobilisieren zunächst unsere Vorurteile, nur damit wir sie später so richtig gerne haben dürfen. Wir schauen in ihr Wohnzimmer mit Wasserpfeife und plüschiger Riesencouchgarnitur, gehen mit auf eine alkoholfreie Hochzeit und zum Koranunterricht mit dem jungen, vorsichtigen Lehrer. Wir sind auch dabei, als sture Berliner Polizisten, einfach mal auf Verdacht, Abbas und dessen Freund Hasan mitnehmen.

Denn viel mehr als eine lustige Menschen-mit-Migrationshintergrund-Komödie ist *Ummah* ein brutaler, politisch aufgeladener Krimi. Daniel (Frederick Lau) ist nicht nur der wortkarge, neue Nachbar in Neukölln, sondern ein traumatisierter verdeckter Ermittler vom Verfassungsschutz, der gerade zwei mutmaßliche Rechtsradikale

Männerfreundschaft mit Migrationshintergrund Das Drama "Ummah - Unter Freunden" spielt in Neukölln und mit Vorurteilen gegen Muslime. Das gelingt szenenweise pr....

erschossen hat, selbst verwundet wurde und sich nun eine Auszeit nimmt. Er trägt ein Neonazi-Tattoo auf dem Rücken und gehörte einst selbst zur Welt der Bösen.

Nun will Daniel gut werden, will "etwas richtig machen". "Wie geht das?", fragt er das Aufnahmegerät in seiner vermüllten, nur halb renovierten Neuköllner Wohnung. Abbas zeigt es ihm, indem er Daniel beibringt, was echte Freundschaft ist - schließlich war auch er mal auf der schiefen Bahn.

Zwischentöne werden in die Nebenfiguren verbannt

Gut und Böse werden in *Ummah* klar identifiziert. Zu klar. Daniels Boss vom Verfassungsschutz ist skrupellos und korrupt, die Polizisten sind stumpf und voller Vorurteile. Zwar gibt es unter den Neuköllner Migranten den unbelehrbaren Drogenhändler und einen alten Herrn aus der Gemeinde, der die Ungläubigen mit Misstrauen bäugt. Abbas hingegen ist durch und durch gut. Zwischentöne treten hier lediglich als Nebenfiguren auf, kaum in den Protagonisten selbst.

Das gilt auch für die schöne Afghanin Dina, die einzige Frauenfigur. *Ummah*, die Gemeinschaft der Muslime, bleibt den Männern vorbehalten, und Dina wirkt, als hätte der Regisseur sie nur um des hübschen Verliebtsein willens erfunden. Der Konflikt, der durch sie in die Handlung hineingetragen wird, verliert sich ungelöst: Dina hält das Kopftuch für Unterdrückung. Daniel, der sich zu ihr hingezogen fühlt, will davon nichts hören, denn die Solidarität mit seinen neuen Freunden, deren Frauen Kopftuch tragen, geht ihm vor. Daniels Entwicklung ist selbst ein Männerklischee. Aus dem einsamen Wolf, der versucht, alleine mit seinem Trauma fertig zu werden, wird ein Held, der sich für seine Freunde opfert.

Schade. Denn so eindrücklich etliche Szenen in *Ummah* gelungen sind, etwas brüchigere Charaktere hätten den Film interessanter gemacht.

Load-Date: September 12, 2013

**Zypern rüstet sich für die Armut; In der Krise rücken die Zyprer zusammen.
Kirchen und Freiwillige kümmern sich um die Armen. Migranten aber
geraten in Not.**

ZEIT-online

Donnerstag 4. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: WIRTSCHAFTSKRISE; Ausg. 15

Length: 960 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Passanten vor geschlossenen Läden in der Altstadt von Nikosia

© Patrick Baz/AFP/Getty Images

Es ist ein einziges, riesiges Durcheinander in der Markthalle in der Innenstadt von Nikosia: Wacklige Türme aus kleinen und großen Kisten, "Pasta" hat einer ungelenk mit Filzstift darauf geschrieben. Daneben Tüten voller Dosensuppen, Saftpackungen, Reis. Auf einem wackeligen Tapeziertisch drängen sich Putzmittel und Shampoo-Flaschen. Zwischen all dem springt Panayiotis Larkou herum, klebt Kisten zu, trägt sie hin und her. Ständig klingelt sein Handy, keine Sekunde steht Larkou still. "Das ist alles so überwältigend!", sagt er aufgedreht, er ruft es fast. Aus einer kleinen, spontanen Idee, die der junge Regisseur und vier andere zyprische Künstler vor gerade einmal elf Tagen hatten, ist eine der größten Veranstaltungen geworden, die es jemals auf Zypern gab - und ein beeindruckendes Zeichen dafür, wie die Zyprer im Angesicht der Krise zusammenrücken.

Larkou, modisch getrimmter Bart, große schwarze Brille, Ohrringe, Latz-Arbeitshose, ist einer der Organisatoren von Cyprus Aid, eines Benefizkonzerts, das am Montagabend in Nikosia stattfand. Als Eintrittspreis erbat er Lebensmittel Spenden für die Armen, für diejenigen, die die Krise am härtesten trifft. 50 Künstler aus Zypern und Griechenland haben sie zusammengetrommelt, keinen einzigen Euro haben sie bezahlt, nicht für die Gagen, nicht für die riesige Bühne und die Technik, und schon gar nicht für die am Ende fast 600 freiwilligen Helfer. Am Ende wurde ein achtstündiges Konzert am Rande der Altstadt daraus.

"Wir hatten mit vielleicht 3.500 Besuchern gerechnet", erzählt Larkou. Gekommen sind dann über 20.000 Menschen. Jetzt gehen die Organisatoren unter in den Spenden, sechs Lagerhäuser in der ganzen Stadt sind voll damit. Noch immer ist nicht alles sortiert und schon gar nichts verteilt an die Bedürftigen. "Wir können noch nicht mal sagen, wie viel es überhaupt ist", sagt Larkou.

In der Krise beginnen die Zyprer, einander verstärkt zu helfen. Für viele beginnt die Not erst jetzt, nach der Einigung über die Hilfe aus Brüssel. Und die Zyprer wissen, was auf sie zukommt. Um 20 bis 25 Prozent werde die

Zypern rüstet sich für die Armut In der Krise rücken die Zyprer zusammen. Kirchen und Freiwillige kümmern sich um die Armen. Migranten aber geraten in Not.

Wirtschaft in den kommenden sechs Monaten einbrechen, schätzt der zyprische Unternehmerverband. Das bedeutet: Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, steigende Armut.

Die Kirche versorgt 2.000 Familien

Die schlechten Prognosen haben auch die orthodoxe Kirche wachgerüttelt, die vielleicht mächtigste Institution auf der Insel. 200 Meter entfernt von der Lagerhalle, in der Larkou und seine Mitstreiter Spenden sortieren, hat der Erzbischof seinen Sitz. Hier kümmert sich Panayiotis Panayotou seit vergangenem Juni darum, dass arme zyprische Familien nicht hungern müssen. In zwei Räumen lagert er Lebensmittel, gerade kommt eine neue Ladung H-Milch an. Anfangs hat die Kirche 600 Familien einmal im Monat mit dem Nötigsten versorgt, mittlerweile sind es 2.000. "Und sehr bald könnten es doppelt so viele sein", sagt Panayiotou.

Über 50.000 Euro gibt die Kirche dafür jeden Monat aus. Peanuts einerseits für das reiche Erzbistum, dem ein Viertel der bisher drittgrößten zyprischen Bank gehört und das auch an der großen Bank of Cyprus Anteile hält. Andererseits: Viel sind die Anteile seit der Bankenkrise nicht mehr wert. Zur Not will die Kirche jetzt ihre Immobilien beleihen, um der wachsenden Zahl der Bedürftigen weiter helfen zu können, berichtet die Zeitung *Cyprus Mail*.

Keine Hilfe erfahren werden aber wohl die vielen Migranten auf der Insel. Dabei ist ihre Lage jetzt schon dramatisch, und die Krise dürfte sie verschlimmern.

Allein 40.000 Einwanderer, die meisten aus Vietnam, den Philippinen und Sri Lanka, arbeiten in zyprischen Haushalten, berichtet Doros Polykarpou. Er ist Vorsitzender von KISA, einer Nichtregierungsorganisation, die Migranten zu helfen versucht. Sein Büro liegt am anderen Ende der Altstadt in einem renovierungsbedürftigen, alten Haus. Polykarpou sagt, dass die meisten Haushaltshilfen in Zypern nur 350 Euro im Monat verdienen. So viel schreibt der Staat vor. Die privaten Agenturen, die ihnen die Einreise und den Job vermitteln, verlangten dafür eine einmalige Gebühr von 4.000 Euro. "Sie arbeiten also ein faktisch ein Jahr umsonst", sagt Polykarpou.

Der Einsatz der Migranten ist gesetzlich auf einige wenige Branchen beschränkt, sie können also kaum aufsteigen. Und nach vier Jahren müssen sie das Land wieder verlassen. Entlässt ihr Arbeitgeber sie früher, werden sie sofort abgeschoben. "Zypern will kein Einwanderungsland sein, obwohl es längst eines ist. Das müssen die Migranten ausbaden", sagt der KISA-Chef.

Der Patriotismus erstarkt

Jetzt, in der Krise, verschärft sich der politische Ton den Einwanderern gegenüber. Am vergangenen Wochenende hat Präsident Nicos Anastasiades Arbeitgeber und Gewerkschaften dazu aufgerufen, dafür zu sorgen, dass 70 Prozent der Beschäftigten Einheimische sind. Mit dem Freizügigkeitsgrundsatz der EU ist so eine Regelung juristisch nicht vereinbar, also wird es wohl informelle Absprachen geben. Immer wieder gibt es in diesen Tagen auch Aufrufe, in Zukunft nur noch zyprische Produkte zu kaufen.

Das ist die Stimmung auf der Insel, kurz vor dem absehbaren wirtschaftlichen Absturz: Wir müssen jetzt zusammenhalten. Wir müssen der Welt und den allzu strengen Politikern in Brüssel beweisen, dass wir vernünftig sind, fleißig und solidarisch.

In gewisser Weise hat Panayiotis Larkou den überwältigenden Erfolg seines Benefizkonzerts diesem erstarkten Patriotismus zu verdanken. Die Lagerhallen voller Lebensmittel sind dessen positive Seite. Man muss hoffen für Zypern, dass die negative Seite, also eine nationale Abschottung und noch mehr Härte gegenüber Migranten, nicht bald ebenso eindruckliche Bilder liefert.

Load-Date: April 4, 2013

Foltern für Geld; Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert der Menschenhandel

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 12-13; Ausg. 13

Length: 2669 words

Byline: Fritz Schaap

Body

VON FRITZ SCHAAP

Es ist gut hier im Gefängnis", sagt der Häftling." Er hockt auf dem Boden der Zelle auf einer dünnen, dreckigen Matratze. Seinen vollen Namen will er nicht sagen. "Nenn mich Kidane." Eigentlich darf er mit niemandem über die Zustände hier sprechen - auch nicht über die Umstände, die ihn hierhergebracht haben. Er ist Anfang 30, ein hagerer Mann mit dem Gesicht eines Jungen. Sein Rücken gleicht einer Kraterlandschaft von Narben, manche sind noch nicht verheilt.

Seit fast sechs Monaten sitzt er mit elf anderen Männern in dieser Zelle. Es riecht nach Exkrementen und eiternden Wunden. An den Wänden sieht man Heiligenbilder und Wappen großer europäischer Fußballclubs, die sie akkurat mit Bleistift gezeichnet haben. Zeugen leerer Tage. Kidane und die anderen stammen aus Eritrea, sie sind vor der Armut dort, vor allem aber vor dem Militärdienst geflohen - einer modernen Form von Zwangsarbeit, ohne Lohn, mit Folter und Misshandlungen. Alle wollten in den Sudan, die meisten nach Khartoum. Doch sie landeten im Sinai. Man hat sie hierher verkauft.

Viele der Flüchtlingsgeschichten aus Ostafrika enden hier in El-Arisch, einer staubigen, ägyptischen Küstenstadt am Mittelmeer. Auf dem Friedhof oder im Gefängnis. Auf dem Dach der Haftanstalt befindet sich ein Maschinengewehrnest. Nervöse Polizisten hocken hinter frisch gefüllten Sandsäcken. Vor dem Gefängnistor stehen gepanzerte Fahrzeuge. Früher fürchteten die Bewohner hier den Staat, seit dem Sturz des Mubarak-Regimes fürchtet der Staat die Bewohner, die Beduinen. Das letzte *drive-by shooting* auf das Gefängnis liegt zwei Tage zurück. Die Haftanstalt ist in den Augen der Einheimischen eine Provokation.

Als der israelische Ministerpräsident Menachem Begin den Sinai im Rahmen des Camp-David-Abkommens 1982 den Ägyptern zurückgab, tat er dieses für den Frieden mit Ägypten, mehr aber noch, um eine Pufferzone zum Schutz Israels zu schaffen. Das Abkommen beschränkt massiv die ägyptische Militärpräsenz auf der Halbinsel und sieht zudem einen demilitarisierten Streifen im Osten vor, der von UN-Truppen überwacht werden soll. Diese verlassen ihre Stützpunkte allerdings kaum. So ist über die Jahrzehnte ein Machtvakuum entstanden, verschärft

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

durch den Umstand, dass die Beduinen des Sinai unter dem Mubarak-Regime kollektiv aus dem Staatswesen ausgeschlossen wurden. Ihr Land wurde an Gefolgsleute des Präsidenten verteilt. Doch die Beduinen gingen nicht weg. Sie begannen das Machtvakuum zu füllen: Die Stämme entwickelten sich zu hochgerüsteten Milizen, die sich in einem zunehmend rechtsfreien Raum das Schmuggelgeschäft aufteilen. Geschmuggelt wird alles: Waren für die Palästinenser im Gazastreifen, Drogen, Waffen. Und Flüchtlinge. Die illegalen Geschäfte haben einige Beduinenfamilien sehr reich gemacht. Aber in ihren Augen nicht reich genug.

In den 1990ern und frühen 2000ern brachten die Beduinen russische Zwangsprostituierte über den Sinai nach Israel. Um 2006 suchten immer mehr afrikanische Flüchtlinge den Weg nach Europa über den Sinai. Erst kamen Sudanesen, dann Eritreer. Sudanesen trafen in Kairo auf Kontaktmänner, die sie in den Sinai schmuggelten, wo verschiedene Beduinenclans sie an unbewachte Abschnitte der israelischen Grenze brachten, die erst seit einigen Jahren, allerdings im Eiltempo, befestigt wird. Der massive Zaun wurde im Januar fertiggestellt. Flüchtlinge aus Eritrea ließen sich erst in den Sudan von dort in den Sinai schmuggeln, wo sie von lokalen Schleusergruppen übernommen wurden. Um die 2000 Dollar musste ein Flüchtling zahlen. Das waren die billigen Zeiten.

Vor rund vier Jahren begannen die Schmugglerclans die Preise zu erhöhen. Aus 2000 wurden 4000, dann 5000 Dollar, dann 10000. Keiner der Flüchtlinge besitzt, was die Menschenhändler fordern - manche haben noch nie in ihrem Leben eine Dollarnote gesehen. Doch es gibt ein dichtes weltumspannendes Netzwerk von Exil-Eritreern, in dem das Geld für Flüchtlinge zusammengetragen wird. Keine andere afrikanische Exilgemeinschaft ist ähnlich gut organisiert. Das weiß man auch im Sinai. Irgendwann erkannten einige Clans, dass sie mit eritreischen Geiseln mehr Geld machen können als mit eritreischen Migranten. Sie nahmen die Flüchtlinge gefangen und forderten von deren Familien Lösegeld. 10000 Dollar. Dann 20000, inzwischen sind es 40000 Dollar. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, foltern sie ihre Gefangenen so, dass ihre Angehörigen es hören können.

In Ruhe und ausführlich mit Kidane zu reden ist nicht möglich. Journalisten dürfen offiziell gar nicht mit den Flüchtlingen reden. Es bedarf Tarnung und Geld, um in das Gefängnis zu kommen.

In der kurzen Zeit des Gefängnisbesuches erzählt er immerhin so viel: dass er drei Monate in einem Haus der Menschenhändler nahe der Grenze zu Israel gefangen war. Dass die Männer im Keller aneinandergekettet, die Frauen und Kinder im Erdgeschoss eingesperrt gewesen sind. Dass man ihm ein Telefon in die Hand gab, ihn seine Familie anrufen ließ, dann Strom an die Ketten legte. Dass er schrie, bevor er die Lösegeldforderung durchgeben musste: 35000 Dollar.

Er habe, sagt Kidane, täglich gehört, wie die Frauen vergewaltigt wurden. Bis das Geld in Israel die Kontaktmänner erreichte, wurde weiter gefoltert. Ihm goss man geschmolzenes Plastik über den Rücken, daher die Narben. Dann ließen ihn die Beduinen nahe der israelischen Grenze frei. Ägyptische Grenzsoldaten nahmen ihn prompt fest und steckten ihn ins Gefängnis von El-Arisch. Dort sitzt er jetzt, ohne zu wissen, wie es weitergeht, aber in der Hoffnung, dem Schlimmsten entkommen zu sein. "Es ist gut hier", sagt er immer wieder.

Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass sich derzeit zwischen 500 und 1000 Flüchtlinge auf dem Sinai in der Gewalt von Schleppern befinden. 800 weitere, so wird vermutet, sitzen wie Kidane in Gefängnissen auf der Halbinsel. Genau weiß es niemand, denn UNHCR hat keinen Zugang. Asyl beantragen kann hier niemand.

Selbst wenn es Kidane über die Grenze nach Israel geschafft hätte, wäre er vermutlich nicht weit gekommen. Seit Juni 2012 ist in Israel das New Anti-Infiltration Law in Kraft. Es erlaubt, Flüchtlinge bis zu drei Jahren ohne Anhörung oder Verfahren einzusperren. Flüchtlinge aus Feindstaaten wie dem Sudan können zeitlich unbegrenzt inhaftiert werden. Vorsorglich hat man bereits Lager mit 9000 Plätzen nahe der Grenze errichtet.

Im Jargon der Regierung heißen die Flüchtlinge "Infiltratoren". Nachdem der Grenzzaun auf dem Sinai verstärkt worden war, verkündete Premierminister Benjamin Netanjahu im Dezember 2012, der Weg aus Afrika nach Israel sei nun blockiert. Nun beginne Phase 2, "die Rückführung der Infiltratoren", die schon im Lande sind. Grenzsoldaten führen auch seit Längerem schon sogenannte *hot returns* durch: Aufgegriffene Flüchtlinge werden direkt in den Sinai zurückgeschickt oder noch auf ägyptischem Gebiet abgefangen und an dortige Sicherheitskräfte übergeben. Offiziell heißt es, man habe diese Praxis eingestellt, Berichte darüber reißen aber

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

nicht ab. Flüchtlinge, die schwer krank sind oder sichtbare Folterspuren aufweisen, werden manchmal noch nach Israel durchgelassen. Noch bis Mitte 2012 kamen über 1000 Flüchtlinge monatlich. Im Dezember vergangenen Jahres erreichten gerade mal 40 israelischen Boden. Man muss davon ausgehen, dass viele mehr nach Ägypten zurückgeschickt wurden. Das stellt eine klare Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention dar, denn Ägypten schiebt, wie man auch in Israel weiß, Menschen in den Sudan und nach Eritrea ab, wo ihnen politische Verfolgung droht.

Es dauert Tage und erfordert unzählige Telefonate, bis sich einer der Beduinenführer zum Gespräch bereit erklärt. Sheich Ibrahim Elmenei gibt als Treffpunkt ein kleines Haus am Rand von Al-Mahdia an, einem verstaubten Schmugglernest südlich von Raffah. Die Inneneinrichtung besteht aus Sitzpolstern, einem Fernseher und einem Silbertablett. Wo er wirklich wohnt, will er nicht sagen. Sheich Ibrahim, ein Mann in den Fünfigern mit ergrautem Dreitagebart und weißer Galabia, ist einer der Führer des Sawarka-Stammes, eines der mächtigsten im Sinai.

"Fast jeder Stamm ist irgendwie auch in den Menschenhandel involviert", erklärt er, während ihm ein Bediensteter unaufhörlich Tee nachschenkt. Als illegal möchte er das nicht bezeichnen. Hier gälten, sagt er, nun mal eigene, andere Gesetze. Trotzdem möchte er den Menschenhandel in Zukunft unterbinden. Die Ambitionen des Sheichs sind politisch, er träumt von einer Sezession, einem unabhängigen Sinai. Schlagzeilen über Schlepper und Folterkeller schaden der Sache. "Aber das geht nur Schritt für Schritt", erklärt er. Wer zu rabiät gegen den Schmuggel mit Menschen vorgehe, riskiere Blutvergießen - selbst innerhalb des eigenen Stammes. 25 Familien aus verschiedenen Stämmen sollen letztes Jahr noch in den Menschenhandel involviert gewesen sein, sechs seien nach wie vor im Geschäft.

"Das Lösegeldgewerbe existiert so bereits seit drei Jahren", erklärt er, als lege er die Branchen eines Großkonzerns dar. Dann kam das Geschäft plötzlich ins Stocken. Die Horrormeldungen über gefangene und gefolterte Flüchtlinge und die neue israelische Abschottungspolitik zeigten abschreckende Wirkung. Immer weniger Afrikaner wagten sich aus den Camps im Sudan über die Grenze nach Ägypten. Die Beduinenclans aber, deren Anführer sich mittlerweile Luxusvillen mit Pagodendächern und teure SUVs angeschafft hatten, wollten nicht auf ihre Profite verzichten.

Mit dem Raschaida-Stamm, der im Grenzgebiet zwischen Sudan und Eritrea sowie auch in Südagypen ansässig ist, wurde eine neue Vorgehensweise entwickelt. Beduinen begannen, die Flüchtlinge, die freiwillig nicht mehr kommen wollten, zu kidnappen.

Der Raschaida-Stamm kooperiert dabei mit dem sudanesischen Militär und lokalen Sicherheitskräften, die vom UNHCR in den sudanesischen Camps beschäftigt werden. Die Flüchtlinge werden entweder direkt aus den Lagern entführt oder von sudanesischen Soldaten an der Grenze zu Eritrea aufgegriffen und an die Kidnapper verkauft. Laut Amnesty International wurden 95 Prozent der Flüchtlinge, die in den letzten sechs Monaten aus den Foltercamps nach Israel kamen, vorher entführt. Im Januar dieses Jahres dokumentierte der UNHCR wieder mehrere Kidnappingfälle aus einem der sudanesischen Camps. Man arbeite mit der sudanesischen Regierung zusammen, um die Sicherheit in den Flüchtlingslagern zu verbessern.

Die Kidnapper schreckt das bislang nicht ab. Sie unterhalten eigene Camps im nordsudanesischen Niemandsland, in denen sie ihre Geiseln sammeln. Siedlungen aus kleinen Häusern, kalter Boden, eine kleine Schale Reis pro Tag und, bereits hier schon, Vergewaltigungen. So beschreibt es Kidane in seiner Zelle in

El-Arisch. In Trupps von bis zu 80 Menschen werden sie dann in den Sinai geschafft und an den nächsten Familienclan weiterverkauft. Für 4000 Dollar pro Geisel. So erzählt es Sheich Ibrahim in Al-Mahdia.

Bis zu drei Wochen seien die Trecks unterwegs. In gleißender Sonne, auf abgelegenen Pisten. Die Flüchtlinge würden teils in Wassertransportern untergebracht, manchmal in Hohlräumen, die man unter Düngerladungen auf Lkw geschaffen hat. Manchmal auch einfach nur unter einer Plane auf der Ladefläche eines Lasters. Die Ersten sterben schon auf diesem Streckenabschnitt. An diesem Teil des Geschäfts verdienen offenbar auch korrupte ägyptische Polizisten und Soldaten mit. General Samih Baschadi, der Chef der ägyptischen Sicherheitskräfte im

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

Nordsinai, bestreitet das auf Nachfrage energisch als böswillige Unterstellung der Beduinen. Nie würden seine Kräfte mit Menschenhändlern zusammenarbeiten. Sheich Ibrahim lächelt dazu und schüttelt den Kopf.

Amnesty International und die israelische NGO Hotline for Migrant Workers haben Hunderte Flüchtlinge interviewt, die von Bestechung an Checkpoints und teilweise sogar von Polizei- oder Militäreskorten in den Sinai sprechen.

Das grausame Geschäft mit dem Elend der Afrikaner ist Familiensache. Die Routen und Geschäftsbereiche sind genau aufgeteilt, manchmal kommt es zu Konkurrenzkriegen, Drohungen werden ausgesprochen, Auftragskiller bestellt. Fragt man nach dem aktuell mächtigsten Clan im Schmuggelgeschäft, fallen immer die Namen mehrerer Brüder der Sinaja-Familie. "Der Kopf der Schlange", so nennt sie ein Informant, der selber Führer eines anderen großen Stammes ist. Der Ermilad-Stamm, zu dem die Sinaja-Familie gehört, hat bereits eine riesige Geldquelle: Er kontrolliert die Tunnel, durch die Waren und Waffen in den Gazastreifen geschmuggelt werden. Jetzt sollen sie auch das Kidnappinggeschäft beherrschen. Ihre Mitglieder sind berüchtigt für Folter. Die Familie, so heißt es, habe ein Kaffeehaus in El-Arisch, dort könne man Kontakt aufnehmen.

Natürlich sind die Sinaja-Brüder dort nicht anzutreffen, aber nach längerer Verhandlung ist man im Café bereit, den Chef anzurufen. Es wird eine kurze Unterhaltung. Am Telefon dementiert Suleiman Sinaja, dass seine Familie irgendetwas mit Menschenhandel oder Entführungen zu tun habe. Damit konfrontiert, dass gefolterte Flüchtlinge immer wieder den Namen seiner Familie nennen und sogar sein Haus als eines der Geiseln verstecke identifiziert haben, beendet er das Gespräch.

Der Friedhof von El-Arisch liegt am Rand der Stadt. Hunde scharren vor der Mauer im Sand nach Knochen. Kinder jagen sie ihnen ab und graben sie wieder ein. Sie bekommen etwas Geld dafür von dem, der dieses Massengrab angelegt hat. Hamdi al-Azazi bestattet seit Jahren die toten Flüchtlinge, um die 500, sagt er, seien es bislang, die meisten stammten aus dem Sudan und Eritrea und seien in den Händen der Schlepper und Entführer gestorben. An Folter, an Hunger, Durst oder Krankheit. Andere, behauptet Al-Azazi, weil man ihnen Organe entnommen habe.

Al-Azazi, ein kleiner gedrungener Mann, arbeitete 2006 in einem Krankenhaus auf dem Sinai, als ihm dort zwei Patienten, Flüchtlinge aus dem Sudan, vom Schleusergeschäft erzählten. Al-Azazi weiß, was Flucht bedeutet, seine Familie selbst musste im Sechstagekrieg fliehen. Deswegen, sagt er, helfe er. Andere sagen, er helfe, weil es über seine NGO Geld in seine Taschen spüle.

Al-Azazi bekommt Morddrohungen - nicht nur weil er die Beduinenclans des Menschenhandels und der Folter beschuldigt, sondern weil er ihnen auch vorwirft, mit den Organen von Flüchtlingen zu handeln. Auf seinem Computer hat er Fotos gespeichert, die Leichen mit aufgesägten, leeren Brustkörben zeigen. Den Opfern würden in mobilen Kliniken die Organe entfernt, behauptet Al-Azazi, und dann nach Kairo oder Israel gebracht. Allerdings ist er der Einzige, der diese Kliniken gesehen haben will.

Al-Azazi ist von seinen Beschuldigungen nicht abgerückt. Auch nicht, als die Beduinenclans ihre Drohungen auf seine Familie ausweiteten. Vor vier Monaten wurde sein Sohn von einem Jeep überfahren. Ein Anschlag, sagt Al-Azazi. Der Junge überlebte schwer verletzt.

Auch Angehörige der ägyptischen Sicherheitskräfte bestätigen Al-Azazis Vorwürfe, nur will sich keiner mit Namen nennen lassen. Nach ihren Angaben zählen nicht nur afrikanische Flüchtlinge zu den Opfern, sondern auch entführte Ägypter, der Hauptumschlagplatz sei auch nicht der Sinai, sondern Kairo, wo auch der Großteil der Operationen durchgeführt werde. Bei den Empfängern handele es sich um wohlhabende Ägypter und Patienten aus den Golfstaaten.

Kidane, der Eritreer im Gefängnis von El-Arisch, erzählt, man habe ihm angedroht, seine Nieren zu verkaufen, wenn seine Familie und das Netzwerk der Exil-Eritreer das Lösegeld von 35000 Dollar nicht auftreiben würden. Seine Mitgefangenen berichten von ähnlichen Drohungen. Deswegen mögen sie nicht viel Schlechtes sagen über die stinkenden, überfüllten Zellen von El-Arisch. Hier sind sie wenigstens sicher. Jetzt warten sie wieder einmal, bis irgendwo anders Geld übergeben wird. Diesmal für einen Rückflug nach Eritrea, vor dessen Regime sie geflohen sind. Denn Ägypten will sie zwar abschieben, doch den Flug, sagt Kidane, müssten die Flüchtlinge selbst bezahlen.

Foltern für Geld Beduinenstämme des Sinai entführen Flüchtlinge und erpressen ihre Angehörigen. Seit dem Zusammenbruch des Mubarak-Regimes in Ägypten floriert d....

Graphic

Ein Mann des Raschaida-Stammes am Roten Meer; Schmugglercafé in El-Arisch

Ein bewaffneter Schmuggler nicht weit von der israelischen Grenze; Straße durch die Weiße Wüste des Sinai

Sheich Ibrahim Elmenei in El-Arisch

Load-Date: March 21, 2013

End of Document

**Ihre Stimme zählt nicht; Sie leben in Deutschland, dürfen aber nicht wählen.
Sie sind zu jung oder laut Pass Ausländer. ZEIT ONLINE gibt Nichtwählern
im Wahlkampf eine Stimme. Vier Porträts**

ZEIT-online

Freitag 16. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: SERIE WAHLBEOBACHTER; Ausg. 29

Length: 1105 words

Byline: Elisabeth Gamperl

Body

© Andreas Prost

Eine Schülerin, eine spanische Journalistin, ein Unternehmer mit **Flüchtlingspass** und ein Kioskbesitzer aus der Türkei: Vier Menschen, die in Deutschland leben, aber bei der Bundestagswahl am 22. September nicht abstimmen dürfen. Um ihre Stimmen kämpft keine Partei. Weil sie zu jung sind oder keinen deutschen Pass haben. ZEIT ONLINE befragt in der neuen Serie Wahlbeobachter regelmäßig Menschen, die von der Bundespolitik ausgeschlossen sind, wie sie über den laufenden Wahlkampf denken.

Bülent Kilic, 34 Jahre, Kioskbesitzer

©Andreas Prost

Bülent Kilic lebt schon seit fast einem Jahrzehnt in Deutschland, zahlt hier seine Steuern und schafft als Unternehmer eines Kiosks in Berlin-Neukölln Arbeitsplätze. Über die Verwendung der Steuern darf er trotzdem nicht entscheiden. "Hätte ich keinen ausländischen Pass, würde ich wählen, denn dort, wo ich lebe und arbeite, möchte ich auch etwas zu sagen haben", sagt der 34-Jährige.

Kilic ist in der Türkei geboren und hat dort Volkswirtschaftslehre studiert. 2004 zog es ihn in die Bundesrepublik, weil er in einem innovativen, freien Land leben wollte, wie er sagt. Er wollte hier ein Masterstudium beginnen. Da sein Grundstudium nicht angerechnet wurde, begann er nochmal von vorne. Ausländer lebten in diesem Land ständig unter Druck, sagt er: "Was passiert, wenn ich mich scheiden lasse oder krank werde? Mir bereitet das Kopfzerbrechen."

Von der Politik wünscht er sich ein neues Aufenthaltsgesetz und Wahlrecht auch für Ausländer. "Es sollte möglich sein, nach zehn Jahren in Deutschland hier auch wählen zu dürfen."

Politik ist für Kilic ein ständiger "Ausgleich zwischen den Kräften". Er würde Peer Steinbrück wählen, da nach einer konservativen eine sozialdemokratische Legislaturperiode sinnvoll sei: "Wir haben lange gespart, jetzt kommen

Ihre Stimme zählt nicht Sie leben in Deutschland, dürfen aber nicht wählen. Sie sind zu jung oder laut Pass
Ausländer. ZEIT ONLINE gibt Nichtwählern im Wahlkampf....

wieder die Menschen dran." Außerdem ist Steinbrück Finanzexperte. So jemand wie er wisse also, wie mit einer Finanzkrise umzugehen sei.

Was würde er Bundeskanzlerin Merkel fragen, wenn er mit ihr sprechen dürfte? "Viele Menschen mit Migrationshintergrund wählen die SPD, nicht die CDU. Mich würde interessieren, wie sie sich das erklärt."

María Prieto-Vázquez, 28 Jahre, Journalistin

©Andreas Prost

Wahlbeobachtung ist der Job der Spanierin María Prieto-Vázquez. Als Journalistin berichtet sie seit drei Jahren für einen spanischen Privatradiosender über deutsche Politik, also hauptsächlich über "Frau Merkel", wie die 28-Jährige sie nennt.

"Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Bundestagswahl für die Spanier wichtiger ist als für die Deutschen", sagt Prieto-Vázquez, die in Berlin lebt. Spanien stehe, so wie der Rest Europas, still, im Stand-by-Modus, und warte gespannt auf das Ergebnis der Wahl in Berlin. Obwohl sich laut Prieto-Vázquez jeder Spanier einen Machtwechsel wünscht, kennt niemand den Gegenkandidaten Peer Steinbrück. "Es ist auch nicht leicht, einen Unterschied zwischen Merkels CDU und der SPD zu erkennen." Das wäre auch ihre Frage an Steinbrück: Warum spielt die Sozialdemokratie in Deutschland und Europa keine Rolle?

Was würde sie Merkel sagen, wenn sie die Möglichkeit hätte, mit ihr zu sprechen? "Sie spricht immer von Wettbewerbsfähigkeit. Aber das ist für uns mit weniger Gehalt und Rechten für die Mitarbeiter verbunden." Merkel ist bei ihren Landsleuten sehr unbeliebt, sie selbst mag die Bundeskanzlerin. Sie sei sehr nett und hätte Charisma.

Und Steinbrück? "Er sieht den Menschen nicht in die Augen. Er ist vielleicht ein guter Politiker, aber keine Führungsperson." Würde die Spanierin Merkel am 22.September auch wählen? "Eigentlich nicht. Sie kann ein Land zwar führen, aber politisch bin ich eher links und bin für Gleichberechtigung und pro Homo-Ehe."

Charlotte Bartels, 17 Jahre, Schülerin

©Andreas Prost

Sie ist wohl die Einzige, die in der Runde der ZEIT-ONLINE-Wahlbeobachter froh ist, nicht wählen zu können. Charlotte Bartels ist eine 17-jährige Schülerin aus Berlin-Schmargendorf. Sie wird erst in einem Jahr 18 Jahre alt. Zum Glück, sagt die Einserschülerin, denn: "Es ist für mich schwierig, einen Politiker zu finden, der das Programm durchzieht, was er sich vornimmt. Ich würde mich deshalb mit einer Entscheidung noch überfordert fühlen."

Bartels macht nächstes Jahr Abitur, ist Chefredakteurin der Onlineschülerzeitung, engagiert sich ehrenamtlich bei einem Kinder- und Jugendverein und hat in diesem Jahr zum zweiten Mal den Berliner Debattierwettbewerb für Schüler gewonnen. Wahrscheinlich wird sie Politik studieren, ganz sicher ist sie sich aber noch nicht. Mit den beiden Spitzenkandidaten würde sie über Bildung sprechen.

Am 22. September wird sie mit ihren Eltern und ihrem großen Bruder die Berichterstattung verfolgen. Wen würde sie wählen, wenn sie könnte? "Das kann ich nicht sagen. Ich würde mich aber nicht von Sympathien leiten lassen. Es geht hier um Kompetenz."

Amir Tehrani, 32 Jahre, Unternehmensberater

©Andreas Prost

Amir Tehrani ist unglücklich, dass er nur zuschauen darf bei der deutschen Politik. Vor fast drei Jahrzehnten, als Sechsjähriger, ist der gebürtige Iraner alleine in einem Münchner Flüchtlingsheim gestrandet, seitdem lebt er

Ihre Stimme zählt nicht Sie leben in Deutschland, dürfen aber nicht wählen. Sie sind zu jung oder laut Pass
Ausländer. ZEIT ONLINE gibt Nichtwählern im Wahlkamp....

mit blauem Flüchtlingspass in der Bundesrepublik. Da ihm der Iran, wie es im Fachjargon heißt, die Entlassung der Staatsbürgerschaft verweigert, kann der 32-Jährige nicht eingebürgert werden. Alle sechs Monate muss er deswegen seinen Ausweis bei der Berliner Ausländerbehörde verlängern lassen.

"Die doppelte Staatsbürgerschaft würde mit einem Schlag eine Vielzahl meiner Probleme lösen, aber seit Schwarz-Gelb regiert, bedeutet Politik Stillstand", sagt Tehrani, der als selbstständiger Unternehmensberater zwölf Mitarbeiter beschäftigt.

Laut Tehrani haben die deutschen Politiker keinen Bezug zur Realität der in Deutschland lebenden Bürger: "Sie haben keine Ahnung von den Problemen in diesem Land. Außerdem wissen sie nicht, wie es Menschen mit Migrationshintergrund geht." Diese Ignoranz der Politiker ist seiner Meinung nach auch der Grund, warum sich immer mehr Deutsche von der Politik abwenden. Ein Fehler, findet Tehrani. "Die Deutschen sollten mehr meckern und sich mehr über Politik informieren. Viele haben vergessen, wie wichtig die Wahl für die Demokratie ist." Tehrani würde Kanzlerkandidat Peer Steinbrück wählen, denn "das würden wir im täglichen Leben und in der Geldbörse spüren." Und was würde er Steinbrück in einem persönlichen Gespräch sagen? "Er muss rhetorisch an sich arbeiten, weniger Fremdwörter benutzen. Denn sonst versteht ihn niemand."

Load-Date: August 16, 2013

End of Document

"Mich hat das angestachelt"; Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 73-74; Ausg. 10

Length: 2010 words

Byline: Jeannette Otto, Arnfrid Schenk

Body

DIE ZEIT: In einem halben Jahr wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Sie alle haben eine Einwanderungsgeschichte und sind politisch aktiv. Sind Sie zufrieden mit der Integrationspolitik der Regierung?

Agnieszka Brugger: Nein. Weil ich nicht das Gefühl habe, dass jeder unabhängig von seinem Geschlecht oder seiner Herkunft die gleichen Chancen hat. Das gilt natürlich vor allem auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Politik könnte noch viel mehr tun, um mehr Chancengleichheit herzustellen. Der entscheidende Hebel ist dabei die Bildung.

Taner Ünalgan: Ich habe den Eindruck, dass es niemanden in dieser Regierung gibt, der wirklich hinter dem Thema steht und es entsprechend ernst nimmt.

Younes Ouaqasse: Ich glaube schon, dass sich sehr viel in Sachen Integrationspolitik getan hat, gerade unter der Kanzlerin Angela Merkel, es gab Integrationsgipfel und Islamkonferenzen.

ZEIT: Nervt Sie eigentlich der Begriff Migrationshintergrund?

Ouaqasse: Ich benutze den Begriff nicht gern. Seit meinem 16. Lebensjahr sage ich: Ich bin ein deutscher Europäer mit marokkanischen Wurzeln. Ich bin Deutscher, beherrsche die deutsche Sprache besser als die arabische, aber meine Wurzeln liegen in Marokko, und es ist immer gut zu wissen, wo die Wurzeln sind.

Brugger: Mich stört das gar nicht so. "Menschen mit Migrationshintergrund", das klingt doch auch nach Vielfalt, nach Bereicherung. So empfinde ich auch die beiden kulturellen Hintergründe, die ich habe. Den Großteil meines Lebens habe ich in Deutschland verbracht, und das hat mich geprägt. Ich spreche viel besser Deutsch als Polnisch. Ich fühle mich als Europäerin, in der sich das Polnische und das Deutsche treffen. Das finde ich sehr schön.

Ünalgan: Ehrlich gesagt, mich nervt das total. Und auch, dass es selbst in der SPD Leute gibt, und ich meine nicht die Sarrazins, die mich fragen, ob ich denn jetzt unter die Islamisten gegangen sei, nur weil mein Bart etwas gewachsen ist.

"Mich hat das angestachelt" Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

ZEIT: Wenn in Deutschland über Integration und Chancengerechtigkeit gesprochen wird, geht es meist um die sogenannten Bildungsverlierer, junge Menschen, die die Hauptschule ohne Perspektive verlassen. Bei Ihnen war es anders, Sie alle haben Abitur. Was könnte man aus Ihren Geschichten lernen?

Ouaqasse: Bei mir gab es einen Moment auf der Hauptschule, da hat es plötzlich klick gemacht. Ich war in der neunten Klasse, hatte mein Halbjahreszeugnis mit einem Schnitt von 3,7 in der Hand und habe mich auf einmal gefragt: Was machst du denn eigentlich in einem halben Jahr, wenn du hier raus bist?

ZEIT: Und dann?

Ouaqasse: Dann habe ich mich hingeworfen, jeden Nachmittag, jeden Abend gelernt, alles nachgeholt. Weil mir plötzlich klar war: Ich muss die Abschlussprüfung der Hauptschule wenigstens so gut bestehen, dass ich danach noch auf die Realschule kann.

ZEIT: War nach der Grundschule die Hauptschule die einzige Option?

Ouaqasse: Meine Lehrer gaben mir eine Empfehlung für die Hauptschule, und dann war das damals eben so.

Ünalgan: Meine Grundschullehrerin sagte auch, ich solle auf die Hauptschule gehen, aber in Nordrhein-Westfalen durften damals auch die Eltern mitentscheiden. Und die sagten: Unser Sohn kommt aufs Gymnasium. Noch heute frage ich mich, woher sie diese Energie hatten, sich so durchzusetzen und auch mir immer wieder klarzumachen, worauf es ankommt. Vor 30 Jahren kamen sie aus der Türkei. Mein Vater spricht noch heute kein besonders gutes Deutsch. Immer standen sie hinter mir und haben darauf bestanden, dass ich deutsche Bücher lese, deutsche Freunde finde.

ZEIT: Frau Brugger, wie sind Ihre Erfahrungen?

Brugger: Ich habe mich nie total ausgeschlossen und diskriminiert gefühlt. Das mag aber auch daran liegen, dass ich vier Jahre alt war, als ich nach Deutschland kam und die Sprache noch wie meine Muttersprache lernen konnte. Irgendwann sieht und hört es dann keiner mehr, dass man einen Migrationshintergrund hat.

ZEIT: Wie ging es nach der Grundschule weiter?

Brugger: Ich bin aufs Gymnasium gekommen. Aber wenn sich meine Eltern nicht so intensiv um meine schulische Entwicklung gekümmert hätten, weiß ich nicht, ob ich am Ende der vierten Klasse eine Gymnasialempfehlung bekommen hätte. Ich glaube, eher nicht. Ich weiß noch, wie meine Lehrerin beim ersten Zeugnis sagte: "In Deutsch eine Zwei, das ist ja schon sehr gut, aber für eine Eins wird es wahrscheinlich nie reichen." Das war als Lob gemeint, aber es hat mich unheimlich getroffen. Mich haben solche Sachen angestachelt. Im Abitur hatte ich 15 Punkte in Deutsch. Meine Eltern haben mir sehr früh gesagt: Du wirst es oft schwerer haben als andere, weil du nicht von hier bist, du wirst dich immer etwas mehr anstrengen müssen.

Ouaqasse: Ich habe das früher ständig gehört in der Schule in Mannheim. Die Lehrer haben oft zu uns gesagt: "Schwierig, was später mal aus euch werden soll. Einfach schwierig." Da fühlt man sich definitiv benachteiligt.

ZEIT: Was halten Sie nach Ihren Erfahrungen vom deutschen Schulsystem?

Ouaqasse: Ich habe das mehrgliedrige Schulsystem so erlebt, dass es Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten eröffnet aufzusteigen. Übrigens: Selbst der amerikanische Präsident Barack Obama hat das deutsche Schulsystem als vorbildlich gelobt.

ZEIT: Bildungsstatistiken sagen etwas anderes.

Brugger: Sozialer Hintergrund hat einen unheimlichen Einfluss auf Bildungserfolg.

Ouaqasse: Aber gerade Sie haben doch eine andere Erfahrung gemacht. Und sind aufs Gymnasium gekommen.

"Mich hat das angestachelt" Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Brugger: Nur weil meine Eltern hinterher waren.

Ouaqasse: Aber dann muss man eben die Eltern in die Verantwortung nehmen und nicht am Bildungssystem herumschrauben.

Brugger: Nein, nicht alle Eltern sind in der Lage, sich so sehr darum zu kümmern. Unabhängig vom Geld oder akademischen Hintergrund sollte jedes Kind die gleiche Chance bekommen. Ich habe das Gefühl, dass im jetzigen Schulsystem nicht genug darauf geachtet wird: Wo hat das Kind Talente, wo muss es gefördert werden? Deshalb bin ich eine große Anhängerin vom Ende der Dreigliedrigkeit und auf jeden Fall für eine Gemeinschaftsschule, die geprägt ist von individueller Förderung. Wichtig ist mir außerdem die Stärkung von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit.

Ouaqasse: Aber es ist doch nicht jeder gleich. Nicht jeder ist ein Typ fürs Studium.

Ünalgan: Es geht darum, dass alle die gleichen Chancen haben, etwas zu werden, und sich dann selber entscheiden. Bisher ist es leider so: Für ein Kind aus einem Akademikerhaushalt ist es leichter zu studieren als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Deshalb dürfen wir nicht an der Dreigliedrigkeit festhalten.

ZEIT: Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ünalgan: Mit 15 habe ich mir immer mehr Gedanken über soziale Gerechtigkeit gemacht. Ich komme aus einer Familie, der es finanziell nie besonders gut ging. Für mich ist es einfach unverständlich, dass wir in einem so reichen Land leben, es aber so viele Arme gibt. Außerdem wollte ich mich antifaschistisch engagieren. Mich faszinieren die Werte der SPD: Freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit oder heute Solidarität. Das ist das, woran ich glaube und wofür ich kämpfen möchte.

Ouaqasse: Ich hatte kein konkretes Thema. Ich fand Politik faszinierend, Wahlkampf ist spannend, mitzureden, etwas zu gestalten. Mit 16 bin ich in die CDU eingetreten.

ZEIT: Warum die CDU?

Ouaqasse: Ich habe mir im Internet die Programme verschiedener Parteien angeschaut und fand die CDU am überzeugendsten, weil sie ihre Politik auf einem religiösen Fundament aufbaut. Das finde ich als gläubiger Muslim gut.

ZEIT: Da hat nichts geknirscht, Sie als Muslim in einer christlichen Partei?

Ouaqasse: Außerhalb der Partei haben mir viele Leute gesagt: Wie kannst du denn als Muslim in einer christlichen Partei sein? Dabei steht der Islam geschichtlich in enger Verbindung zum Christentum. Der Islam baut auf Juden- und Christentum auf. Die Zehn Gebote finde ich im Koran wieder. In der Partei selbst habe ich solche Kommentare aber nicht gehört.

Brugger: Ich habe mich als Jugendliche unglaublich viel über "die Politiker" geärgert, irgendwann aber festgestellt, dass ich mit diesem ständigen Schimpfen nur meinen Freunden auf den Wecker gehe und nichts davon besser wird. 2004 bin ich bei den Grünen eingetreten. Eine andere Partei wäre für mich nie infrage gekommen, weil für mich Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, aber auch die Organisation einer Partei wichtig waren: lebendige Debattenkultur, Basisdemokratie.

ZEIT: In Deutschland haben rund zwanzig Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund; von den Abgeordneten in Bundestag und Länderparlamenten nur drei Prozent. Brauchen wir eine Migrantenquote in den Parteien?

Ouaqasse: Nein.

ZEIT: Warum nicht?

"Mich hat das angestachelt" Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Ouaqasse: Man sollte für Politik niemanden zwangsbegeistern. Die Leute müssen von sich aus den Antrieb haben, sie müssen es selbst wollen. Und wenn sie es wollen, dann geht es auch.

Brugger: Von einer Migrantenquote bin ich nicht so recht überzeugt. Die Parteien müssen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigen. Es braucht Mentoring-Programme und Netzwerke.

Ünalgan: Ich wünschte, wir würden schon jetzt keine Quoten brauchen, aber wenn es ohne nicht geht, dann erst mal mit. Wenn ich an Gelsenkirchen denke, hoher Migrantenanteil und im Stadtrat sitzen kaum Einwanderer, genauso wie in anderen Gremien. Da muss man was tun.

ZEIT: Was?

Ünalgan: Das Wort Willkommenskultur ist abgedroschen, aber das braucht es. In den Parteien, in der Gesellschaft, man muss an der Atmosphäre arbeiten. Es kann ja nicht sein, dass außer den knapp drei Prozent in den Parlamenten keiner der Einwanderer Lust hat, sich zu engagieren. Abgesehen davon: Ich glaube, das eigentliche Problem ist: Wie kommen sie nach oben? Es braucht einen Masterplan für Integration, der neue Antworten gibt, mit moderner Bildung.

Ouaqasse: Ich glaube nicht, dass jemand, der langfristig Politik machen will, etwas geschenkt bekommen will. Keiner will den Stempel "Ich bin nur da, weil ich Migrationshintergrund habe". Also ich will nicht darauf reduziert werden.

Brugger: Politiker müssen in ihren Wahlkreisen in entsprechende Vereine und Begegnungszentren gehen, mit den Leuten diskutieren, zeigen: Wir wollen eure Meinung hören, wollen, dass ihr euch beteiligt.

ZEIT: Die doppelte Staatsbürgerschaft wird Wahlkampfthema. Wie stehen Sie dazu?

Ouaqasse: Ich bin nicht für die doppelte Staatsbürgerschaft. Es ist wichtig, dass man sich für dieses Land entscheidet. Denn Deutschland braucht seine Einwanderer. Und sie brauchen Deutschland. Ich selbst habe die deutsche Staatsbürgerschaft, und ich bin darauf auch stolz.

Brugger: Ich finde es schrecklich, dass wir Menschen dazu zwingen, sich entweder für das eine oder für das andere zu entscheiden. Das ist unmodern. Man kann doch nicht einen Teil von sich ausradieren. Mit Einwanderungsgeschichte hat man immer zwei Identitäten.

Ünalgan: Genau. Ich halte die doppelte Staatsbürgerschaft auch für absolut richtig. Ich habe mich jetzt für die deutsche entschieden, möchte aber auch die türkische haben. Nach der Wahl im September können wir die doppelte ja dann wieder einführen.

Grüne Agnieszka Brugger wurde 1985 in Legnica, Polen, geboren. Mit vier Jahren kam sie nach Dortmund. Nach dem Abitur studierte sie in Tübingen Politik. Seit 2009 ist sie für die Grünen im Bundestag

CDU Younes Ouaqasse, 24, kommt aus Mannheim, er hat marokkanische Eltern. Nach der Hauptschule holte er mittlere Reife und Abitur nach. Er ist im Bundesvorstand der CDU und Vorsitzender des RCDS Thüringen

"Mich hat das angestachelt" Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Juso Taner Ünalgan ist 20. Er wurde in Gelsenkirchen geboren, seine Eltern kommen aus der Türkei. Er studiert in Bochum Philosophie und Islamwissenschaft. Bei den Jusos ist er Experte für Bildung

Graphic

Taner Ünalgan (l.) Agnieszka Brugger und Younes Ouqasse im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

Load-Date: February 28, 2013

End of Document

Experten beklagen Regel-Chaos bei der Integration; Experten haben den Föderalismus als Hemmnis für Integration ausgemacht. Statt eines "Wildwuchses an Einzelmaßnahmen" fordern sie einen gut koordinierten Masterplan.

ZEIT-online

Dienstag 8. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: MIGRATIONSBAROMETER; Ausg. 19

Length: 481 words

Body

Männer-Cafè in Berlin-Kreuzberg

© Sean Gallup/Getty Images

Bei der Integrationspolitik in Deutschland gibt es nach Ansicht von Experten erhebliche Defizite in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Eine "bessere Koordination, Kooperation und Vernetzung" sei "dringend erforderlich", urteilt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration** (SVR) in seinem Jahresgutachten 2012. Es gebe zahlreiche sich überschneidende und sogar konkurrierende Zuständigkeiten, die "eine effektive Bündelung integrationspolitischer Maßnahmen erschweren", heißt es in dem Gutachten.

Die Autoren werfen der Politik Versäumnisse bei der Integration vor: "An der Schnittstelle von Föderalismus und Integrationspolitik fehlt ein Masterplan", kritisierte der scheidende SVR-Vorsitzende Klaus Bade. Die verschiedenen Akteure verfolgten je nach politischer Ausrichtung unterschiedliche Agenden. Deren fehlende Koordination ziehe einen "Wildwuchs integrationspolitischer Einzelmaßnahmen" nach sich. Etliche Konzepte seien zwar erfolgreich, doch daneben gebe es zu viel "konzeptloses Durchwursteln".

In den Kommunen finde "pragmatische Integrationspolitik" statt, urteilen die Verfasser. Sie loben vor allem die vorschulische Bildung, Bildung überhaupt, die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau. "Bei der Erfüllung integrationspolitischer Aufgaben werden die Kommunen jedoch bislang oft allein gelassen", heißt es in dem Gutachten weiter. Mehr Unterstützung und bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen "könnte in vielen Bereichen zu Synergie-Effekten führen".

Trotz Polemik keine Spaltung

Nichtdeutsche und Einwanderer fügen sich aus Sicht der Experten aber zunehmend besser in die Gesellschaft ein. Das erstmals 2009 gemessene "verhalten positive Integrationsklima" in Deutschland hat sich demnach "im Alltag der Einwanderungsgesellschaft mehrheitlich verfestigt". Nach dem sogenannten Integrationsbarometer, für das mehr als 9.200 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt wurden, hat trotz der "teils polemisch

Experten beklagen Regel-Chaos bei der Integration Experten haben den Föderalismus als Hemmnis für Integration ausgemacht. Statt eines "Wildwuchses an Einzelmaßn....

geführten Integrationsdebatte" bislang keine Spaltung der Einwanderungsgesellschaft stattgefunden. Das eigene Verantwortungsgefühl für das Gelingen von Integration stieg der Befragung nach in der Gesellschaft von 17 Prozent auf 84 Prozent.

Allerdings sind sich die Befragten einig, dass die öffentliche Debatte über Integration eine "negative Schlagseite" habe. Mehr als 50 Prozent der Befragten beklagten demnach, dass "eher" oder "viel" zu negativ über Integration debattiert werde. Dasselbe gelte für das Thema Islam.

Der Sachverständigenrat geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören acht weitere Stiftungen an: Die Bertelsmann Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Gemeinnützige Hertie-Stiftung, die Körber-Stiftung, die Vodafone Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Load-Date: May 9, 2012

**Es sind auch unsere Flüchtlinge; Italien schickt Libyer zu uns? Schön wär's!
Deutschland drückt sich dank Drittstaaten-Regelung vor der Verantwortung
für Flüchtlinge. Eine Schande, meint L. Jacobsen.**

ZEIT-online

Donnerstag 30. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYLPOLITIK; Ausg. 23

Length: 898 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Flüchtlinge warten in Athen auf Aufenthaltsgenehmigungen.

©Alexandros Vlachos/dpa

Jetzt sind also die Italiener die Bösen. Haben die doch einfach ein paar libyschen **Flüchtlingen** 500 Euro in die Hand gedrückt und nach Deutschland geschickt. Nun lebt ein Haufen Versprengter ohne Obdach auf den Straßen Hamburgs und bringt die Behörden der Stadt gehörig durcheinander. Wo sollen die denn jetzt nur wohnen? In Zelten? In den überfüllten Notunterkünften? Wer bezahlt das? Und vor allem: Wie wird man die schnell wieder los? Denn, selbstverständlich: "Die Rückreise ist die einzige Option", wie sich Sozialsenator Detlef Scheele zu versichern beeilte.

Wir sollten den bösen Italienern und den armen Libyern dankbar sein für ihren Einzug in Hamburg. Es ist ein Realitätsschock, den wir verdient haben. Denn die deutsche **Flüchtlingspolitik**, oder besser gesagt die fast völlige Abwesenheit einer echten **Flüchtlingspolitik**, ist eine Schande.

Nicht nur Hamburg, ganz Deutschland macht es sich viel zu bequem. So angenehm weit weg sind wir von den humanitären Dramen dieser Welt, so beruhigend viele Grenzen liegen dazwischen, dass wir sie wunderbar aus der Ferne schaudernd bestaunen oder gleich ganz ignorieren können. Die halb ertrunkenen Nordafrikaner an den italienischen Stränden, die ausgehungerten Afghanen an der griechisch-türkischen Grenze, die Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei, im Libanon, in Jordanien: Schreckliche Schicksale! Aber Hauptsache, sie schaffen es nicht bis zu uns.

Länder am Meer haben halt Pech gehabt

Jetzt stehen ein paar von ihnen lebendig und für alle sichtbar auf unserem Rathausplatz, ihren spärlichen Besitz in Müllsäcke gestopft, und wollen unsere Hilfe. Sie lassen sich nicht mehr verdrängen.

Seit Jahrzehnten schon verschanzt sich Deutschland, verschanzen sich die Länder in der geographischen Mitte Europas, hinter der sogenannten Drittstaaten-Regelung. Ein juristisch einwandfreies, aber moralisch verwerfliches

Es sind auch unsere Flüchtlinge Italien schickt Libyer zu uns? Schön wär's! Deutschland drückt sich dank Drittstaaten-Regelung vor der Verantwortung für Flüchtl....

und perfides Gebilde. Wer als Flüchtling in einem solchen sicheren Drittstaat landet - das sind alle Mitglieder der EU und viele ihrer Nachbarländer, darf nicht mehr weiter. Deutschland muss von solchen Personen keine Asylanträge annehmen, denn sie sind ja schon in Sicherheit. In der Praxis führt das dazu, dass die Länder, die zufällig das Pech haben, am Rande von Krisengebieten zu liegen oder an einem Meer, das die Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung zu überwinden versuchen, mit dem Problem alleingelassen werden. Sollen sie halt zusehen, wie sie damit fertig werden!

Dabei landen die Libyer und all die anderen doch nicht in Italien, weil sie es dort so besonders toll finden. Sie landen dort, weil es ganz einfach das am leichtesten zu erreichende europäische Land ist. Europa ist ihr Ziel. Deshalb muss sich auch ganz Europa gemeinsam um sie kümmern.

Immer wieder beklagen sich Italien und Griechenland verzweifelt darüber, mehr als ein paar eher symbolische Euro aber bekommen sie nicht von der EU. Das rechtfertigt nicht, dass italienische Beamte die Libyer mit ein paar Hundert Euro auf den Weg nach Deutschland geschickt haben. Aber es erklärt vielleicht ihren Frust.

Eine faire Lastenverteilung sei das Ziel, heißt es in den EU-Dokumenten, tatsächlich aber geht es den meisten Ländern um Lastenabschiebung. Die europäische Flüchtlingspolitik ist ein Verrat an den eigenen Idealen. Von gemeinsamer Verantwortung und einem humanistischen Auftrag ist da nichts zu sehen. Die Behörden in Brüssel, allen voran die Grenzschutz-Agentur Frontex, arbeiten vor allem daran, die Flüchtlinge noch weiter weg zu drängen, die Grenzen der Festung Europa immer weiter nach außen zu verschieben. Sie bezahlen Grenzzäune und Abschiebezentren in der Türkei, damit das Problem schon erledigt ist, bevor es die eigenen Mitgliedstaaten überhaupt erreicht.

Handverlesen in Flüchtlingscamps

Und was macht Europa, was macht Deutschland angesichts der gigantischen Flüchtlingskatastrophe in Syrien? So gut wie nichts. Innenminister Hans-Peter Friedrich weigerte sich eineinhalb Jahre lang, überhaupt Syrer aufzunehmen. Stattdessen freute er sich über einen "großen Erfolg", als ein Sondereinsatzkommando im Februar Schleuser festnahm, die Syrern nach Deutschland geholfen hatten.

Erst nach unermüdlichem Protest des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning (FDP) und des CDU-Außenpolitikers Ruprecht Polenz ließ sich Friedrich im Frühjahr dazu herab, 5.000 Flüchtlinge ins Land zu lassen - aber frühestens im Juni und auch eigentlich nur Waisenkinder oder solche mit Verwandten in Deutschland, am liebsten Christen. Die paar Glücklichen werden jetzt in syrischen Flüchtlingscamps handverlesen. Hunderttausende bleiben zurück.

Ein makabrer, beschämender Fehler

Natürlich wäre es keine Lösung, alle Flüchtlinge der Welt plötzlich nach Hamburg einzuladen. Doch es gibt einen Weg zwischen grenzenloser Öffnung und der jetzigen Abschottung.

Die Drittstaaten-Regelung geht übrigens zurück auf den sogenannten deutschen Asylkompromiss von 1992, den Menschenrechtler bis heute kritisieren. Auch die SPD trug die Entscheidung damals mit. Zeitgleich zu den Verhandlungen brannten damals Asylbewerberheime in Deutschland. Ausländer starben durch deutschen Fremdenhass, die Politik schottete das Land gegen Flüchtlinge ab: Das ist bis heute ein makaberer, beschämender Fehler. Es wird Zeit, ihn zu korrigieren.

Load-Date: May 30, 2013

Frau Boateng interessiert das Betreuungsgeld nicht; März 2012: Der Streit ums Betreuungsgeld eskaliert. Kritiker sagen: Es hält Migranten davon ab, ihre Kinder in die Krippe zu schicken. Nachgefragt bei Afriye Akua Boateng

ZEIT-online

Mittwoch 26. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: JAHRESRÜCKBLICK 2012; Ausg. 51

Length: 490 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

"Betreuungsgeld? Meinen Sie das Elterngeld?" Unter Betreuungsgeld kann sich Afriye Akua Boateng erst einmal gar nichts vorstellen. Sie weiß nicht, wie leidenschaftlich die Deutschen über die 100 Euro diskutiert haben, die Eltern ab August 2013 bekommen sollen, die ihre kleinen Kinder nicht in die Krippe schicken. Frau Boateng hat auch nicht verfolgt, dass im März 23 CDU-Abgeordnete gegen das Betreuungsgeld aufbegehrten, und dass es im November aller Widerstände zum Trotz beschossen wurde. In ihrem Wohnzimmer hängen große Familienfotos an den Wänden; auf dem großen Flachbildfernseher läuft CNN. Nachrichten schaut sie lieber auf Englisch, sagt die Ghanaerin, das fällt ihr leichter.

Wie das deutsche Schulsystem, wie Krippen und Kindergärten funktionieren, weiß Afriye Akua Boateng allerdings genau. Nicht nur, weil sie selbst drei Kinder hat: Alberteene, die älteste, ist sechs und geht zur Schule, der vierjährige Albert in den Kindergarten und der kleinste, Adelbert, ist zwei und spielt seit Oktober in der Krippe um die Ecke. Sie weiß es auch deshalb, weil sie vor Kurzem eine Ausbildung zur Stadtteilmutter gemacht hat. Ab Januar will sie anwenden, was sie gelernt hat und anderen Familien aus Ghana erklären, wie das läuft mit der Anmeldung im Kindergarten, den Untersuchungen beim Kinderarzt oder dem Antrag auf Elterngeld. Sie weiß auch, wo sich Mütter und Väter Hilfe holen können, deren Kinder sich schlecht ernähren, die diskriminiert werden oder Drogen nehmen.

2001, als sie mit ihrem Mann, einem Pastor, nach Deutschland kam, sprach sie noch kein Wort Deutsch. Peinlich fand sie das, sagt sie. Immer musste ihr jemand helfen. Seit sie den Integrationskurs bestanden hat, fühlt sie sich viel wohler hier. Als nächstes möchte sie sich um einen Ausbildungsplatz bewerben: vielleicht als Erzieherin, vielleicht auch beim Zollamt.

In der Debatte ums Betreuungsgeld ging es auch um Leute wie sie. Zu Hause sprechen die Boatengs Twi, ihre Sprache aus Ghana. Sie haben nicht viel Geld, leben zu fünft in zweieinhalb Zimmern in Hamburg-Altona an der Grenze zu St. Pauli, wo viele Migranten leben. Politiker, Arbeitgeber, auch viele CDU-Frauen befürchten, dass das Betreuungsgeld zum einen arme und ungebildete Menschen, zum anderen Migranten wie die Boatengs davon abhalten könnte, ihre Kinder in die Krippe zu schicken. Die würden dann von früher Bildung und vom Deutschlernen

Frau Boateng interessiert das Betreuungsgeld nicht März 2012: Der Streit ums Betreuungsgeld eskaliert.
Kritiker sagen: Es hält Migranten davon ab, ihre Kinder i....

abgehalten werden. Sie fürchten auch, dass gut ausgebildete Frauen nicht arbeiten gehen, obwohl sie gebraucht werden.

Wäre das Betreuungsgeld also etwas für sie? Afriye Akua Boateng muss gar nicht darüber nachdenken. "Nein", sagt sie, "ich will, dass meine Kinder im Kindergarten Deutsch lernen." Es gefällt ihr auch gut, dass sie dort Musik machen und dass Adelbert gerade alle Farben lernt. Und außerdem: "Wenn ich immer nur zu Hause bin, ist mir das zu langweilig. Ich will auch etwas anderes tun. Danach freue ich mich wieder viel mehr auf meine Kinder."

Load-Date: December 30, 2012

End of Document

**Da haben die Roma wohl Pech gehabt?; Mariam Lau: »Not gegen Not« ZEIT
NR. 44**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

8. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Da haben die Roma wohl Pech gehabt?; S. 93; Ausg. 46

Length: 398 words

Body

Zwei Kilometer vor meiner Haustüre findet »überflüssiges Theater« statt: Hier campieren **Flüchtlinge** im Hungerstreik, es regnet und wird gerade deutlich kälter, am Wochenende erwarten wir Minusgrade.

Ich lese: »Die (Roma) werden gehasst, diskriminiert und schikaniert. Sie brauchen dringend Hilfe. Aber sie werden nicht politisch verfolgt.« Aha. Da haben sie wohl einfach Pech gehabt. Hätten Mazedonien und Serbien vom »Dritten Reich« gelernt und gäbe es eine systematische Verfolgung, wäre es wohl einfacher?

Das Mahnmal für die Sinti und Roma wird eingeweiht. Vor dem Brandenburger Tor beginnen die Flüchtlinge des Protestmarsches im Regen ihren Hungerstreik.

Wann werden wir in Deutschland verstehen, dass »unsere Verantwortung« im Kleinen anfängt?

Johanna Martin, Berlin

Sicherlich sind die Benachteiligungen von Natürlich ist das Boot Bundesrepublik nicht voll. Natürlich würden steigende Asylbewerberzahlen wieder entsprechende Ressentiments in unserer Gesellschaft verstärken. Natürlich sind die Verfahren in Deutschland zu langwierig.

Aber sind wir doch ehrlich: Die Asylbewerberzahlen sind nicht gesunken, weil die Welt besser geworden ist, sondern weil aufgrund von Schengen-Abkommen und Ähnlichem Deutschland für Asylbewerber praktisch unerreichbar geworden ist. Ein Syrer könnte Deutschland gar nicht auf direktem Wege erreichen. Der Weg über ein sicheres Drittland schließt die Gewährung von Asyl aber aus. Warum steht darüber nichts in Ihrem Artikel?

Wenn in Deutschland politisches Asyl wirklich gewollt wäre, sähen die Regelungen dazu anders aus.

Jochen Roddewig, Kuppenheim

Man fragt sich, in welchem schönen Land Mariam Lau eigentlich lebt, »das Flüchtlingen seine Türen öffnet, ihnen Obdach gibt« und »Verfolgten großzügig Asyl gewährt«. Kaum zu glauben, aber dieses Menschenrechtsland ist ihrer Meinung nach jenes Deutschland, das mit seinem Modell vermeintlich sicherer Herkunfts- und Drittstaaten eine europäische Abschottungspolitik begründet hat, die Flüchtlinge schön am EU-Rand belässt und seit 1989

Da haben die Roma wohl Pech gehabt? Mariam Lau: »Not gegen Not« ZEIT NR. 44

über 18000 Menschen beim versuchten Grenzübertritt das Leben gekostet hat. Jenes Deutschland, das nächtliche Polizeikommandos ausschickt, um Roma-Familien mit Kindern, die hier geboren sind und seit Jahren zur Schule gehen, nach Serbien und ins Kosovo abzuschieben.

Das aber regt Mariam Lau nicht auf.

Jens Brinkmann, Berlin

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Migranten-Nation überdenkt ihre Regeln; Wie Millionen andere Einwanderer mussten sich die Boston-Attentäter den Fragen der Sicherheitsbehörden stellen. Erfolglos. Die USA diskutiert nun: Was müssen wir ändern?

ZEIT-online

Freitag 26. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: US-EINWANDERUNGSPOLITIK; Ausg. 17

Length: 713 words

Byline: Till Schwarze

Body

Einwanderer halten die US-Fahne während einer Einbürgerungszeremonie in Los Angeles in den Händen.

© Mario Anzuoni/Reuters

Einwanderer sind Teil der US-DNA. "Ich möchte Sie daran erinnern, dass alle von uns, Sie und ich vor allem, von Einwanderern oder Revolutionären abstammen", zitiert das Portal *The Civil Society* den früheren Präsidenten Franklin D. Roosevelt. "Wir definieren uns selbst als eine Nation von Einwanderern", hatte Barack Obama nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten gesagt.

Dieses Selbstverständnis wird durch den Anschlag von Boston ein Stück weit erschüttert. Dass die mutmaßlichen Attentäter von Boston ganz legal in den USA lebten, lässt das Land über den Grad an Offenheit ihrer Gesellschaft debattieren.

Die Debatte ist nicht neu: Sie bestimmte bereits den Präsidentschaftswahlkampf, als Obama das Schicksal der illegalen Immigranten zum Thema gemacht und damit bei der wachsenden Gruppe von US-Bürgern lateinamerikanischer Herkunft gepunktet hatte. Der Sicherheitsaspekt, der die Debatte in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 dominiert hatte, trat in den Hintergrund. Wichtiger war es, den rund elf Millionen Illegalen im Land endlich eine Perspektive aufzuzeigen.

Mit dieser Haltung gingen auch viele Kongressabgeordnete in die Verhandlungen über ein neues Einwanderungsgesetz. Seit den Bomben von Boston hat sich das wieder geändert: Terrorabwehr und der Schutz Amerikas sind erneut in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt.

Als Kinder in die USA

Ausschlaggebend ist dabei die Herkunft der beiden Attentäter. Tamerlan Zarnajew und sein jüngerer Bruder Dschochar kamen aus dem Kaukasus in die USA und bekamen erst Asyl, dann eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und Dschochar schließlich die US-Staatsbürgerschaft. So wie viele Millionen Einwanderer erlebten sie dabei etliche Überprüfungen durch die Sicherheitsbehörden. Nun wird in den USA diskutiert, ob die

Migranten-Nation überdenkt ihre Regeln Wie Millionen andere Einwanderer mussten sich die Boston-Attentäter den Fragen der Sicherheitsbehörden stellen. Erfolglos....

Offiziellen bei den Zarnajews etwas übersehen haben? Wurde den Terroristen zu schnell eine neue Heimat gegeben?

Die Zarnajew-Brüder kamen 2002 in die USA. Tamerlan war 15, Dschochar acht Jahre alt. Ihre Eltern beantragten politisches Asyl als Bürgerkriegsflüchtlinge, was ihnen aufgrund ihrer tschetschenischen Herkunft gewährt wurde. Und das, obwohl seit den Anschlägen 2001 die Bedingungen für einen solchen Asylantrag verschärft wurden. Das gesamte Vorleben der Antragssteller wird seither durchleuchtet. Bei der Familie Zarnajew konnten die Sicherheitsbehörden keine Alarmzeichen entdecken, weder beim Vater, erst recht nicht bei seinen minderjährigen Söhnen und Töchtern.

Tamerlan blieb Pass verwehrt

Auch beim nächsten Schritt, der Beantragung der Greencard, fiel den Behörden nichts Ungewöhnliches auf. Die Zarnajews bestanden auch diese Bewährungsprobe und haben seit spätestens 2007 das Recht, dauerhaft in den USA zu leben und zu arbeiten. Tamerlan und Dschochar durften Schule und Universität besuchen, zur Armee gehen - und sich nach fünf Jahren für die amerikanische Staatsbürgerschaft bewerben.

Beide Brüder taten dies auch, diesmal konnten sie aber die Behörden erstmals nicht mehr gleichsam von ihrer Redlichkeit überzeugen. Während der jüngere Zarnajew - ausgerechnet - am 11. September 2011 vor einem Richter seinen Schwur als Staatsbürger der USA leistete, wurde dem älteren, Tamerlan, trotz amerikanischer Ehefrau der Pass verwehrt.

Restrisiko für jede Demokratie

Die Einwanderungsbeamten hatten offenbar "Zweifel an seiner moralischen Festigkeit". Wie die *New York Times* berichtet, störten sie sich an einen Vorfall von häuslicher Gewalt, in dem Tamerlan verwickelt gewesen sein soll. Auch bei einer Befragung durch das FBI im Jahr 2011 fiel der damals 24-Jährige offenbar negativ auf. Es ist diese Vernehmung auf Bitten Russland, die nun für hitzige Diskussionen und dem FBI den Vorwurf einbringt, versagt zu haben.

Das Attentat von Boston zeigte den Amerikanern einmal mehr, dass trotz der besten Terrorabwehr keine hundertprozentige Sicherheit zu gewährleisten ist. "Man kann nicht zukünftiges Verhalten vorhersagen", zitierte *The Atlantic Wire* den auf Einwanderungsrecht spezialisierten Anwalt David Leopold. Jedes demokratische Land, das Teil der internationalen Gemeinschaft sein wolle, müsse mit einem gewissen Restrisiko leben.

Load-Date: April 26, 2013

Buschkowsky, ein willkommener Provokateur; Die SPD-Spitze lädt den umstrittenen Heinz Buschkowsky in ihre Parteizentrale. Die meisten jubeln ihm zu, doch bei Migrationspolitikern wächst die Wut.

ZEIT-online

Dienstag 16. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: SPD-ZENTRALE; Ausg. 42

Length: 1142 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Ein Neuköllner im Willy-Brandt-Haus: SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky

© Paul Zinken/dapd

Heinz Buschkowsky muss den Namen gar nicht aussprechen, es weiß auch so jeder, wen er meint. Warum er das Buch überhaupt geschrieben habe, lautet die erste Frage der Moderatorin, und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, der gerade mit seinem Werk *Neukölln ist überall* Furore macht, antwortet: "Die Motivation war, die Integrationsdebatte wieder zu befeuern. Wir hatten ja eine sehr verunglückte Debatte aus Anlass eines anderen Buches."

Nein, Heinz Buschkowsky ist kein zweiter Thilo Sarrazin. Er hat sich mit jahrelanger Arbeit in seinem Bezirk den Ruf verdient, beim Thema Integrationspolitik wirklich zu wissen, wovon er spricht. Buschkowsky aber übernimmt mittlerweile für seine Partei in abgemilderter Form eine ähnliche Rolle wie einst Sarrazin für die Gesamtgesellschaft: Die des willkommenen Provokateurs. Als solchen hat ihn die Parteispitze für eine Lesung und anschließende Diskussion ins Willy-Brandt-Haus geladen, die Parteizentrale der Bundes-SPD, die Schatzmeisterin der Partei, Barbara Hendricks, moderiert seine Thesen wohlwollend an: "Eine Provokation zum Denken und Handeln."

Seine Provokationen sind die Zahlen und Statistiken, die er auswendig auf die Zuschauer abfeuert, und seine Alltagserfahrungen in Neukölln. "79 Prozent der Schüler in Nord-Neukölln haben Eltern, die nicht arbeiten!" ruft Buschkowsky, und ein halb empörtes, halb wohliges Raunen geht durch den Raum. Er liest den Brief einer Schulleiterin vor, die über zu wenig Akzeptanz für deutsche Regeln und Gesetze in den Familien klagt, und sehr viele im Publikum nicken.

Buschkowsky sagt, natürlich gebe es unzählige gelungene Integrationsbeispiele, aber um die gehe es in diesem Buch eben nicht. "Wenn wir uns um die Verkehrssicherheit an einer Straßenkreuzung kümmern müssen, zählen und beobachten wir dann die Unfälle, oder erfreuen wir uns an den Fahrzeugen, die die Kreuzung unfallfrei passiert

Buschkowsky, ein willkommener Provokateur Die SPD-Spitze lädt den umstrittenen Heinz Buschkowsky in ihre Parteizentrale. Die meisten jubeln ihm zu, doch bei Mig....

haben?" Mit diesem einfachen Leitmotiv rechtfertigt er es, von nun an nur noch die Defizite und Fehler zu beschreiben. Der Migrant als chronischer Unfallfahrer.

Buschkowsky vergault die Migranten in der SPD

Aziz Bozkurt ist einer, der sauber über Buschkowskys "Kreuzung" gekommen ist, und sich diffamiert fühlt. Er steht am Rande des Saals, die Arme verschränkt, und lauscht dem Bezirksbürgermeister. Auch Bozkurt ist SPD-Mitglied, er ist Vorsitzender der Berliner Arbeitsgemeinschaft Migration. "Seine Aussagen sind rassistisch", sagt er. "Er definiert eine Gruppe von Menschen als das Nicht-Deutsche, als das Andere, und diffamiert sie dann." Buschkowsky, so empfindet das sein Parteifreund, "bürgert permanent Menschen aus".

Das ist das Problem der SPD mit ihrem Provokateur Buschkowsky: So nützlich er ist, um tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse der Integrationspolitik zu thematisieren und den Ärger und auch die Ressentiments vieler Wähler darüber einzufangen - so schädlich ist er für die Bindung der Sozialdemokraten in der Migranten-Community an die Partei. Dass er sogar in der Parteizentrale reden darf, direkt neben der Statue des sozialdemokratischen Idols und Ex-Exilanten Willy Brandt, ist für viele von ihnen eine Schande.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat angesichts des Auftritts extra eine Erklärung veröffentlicht. Die SPD-Führung biete einem populistischen Politiker die Bühne, der in einer kulturalisierenden und stigmatisierenden Weise mit eindeutigen Feindbildern arbeite, heißt es darin. Unter türkischstämmigen Wählern werde das sehr genau beobachtet, "die SPD muss sich zwischen Populismus und Solidarität entscheiden."

Missverständnis beim Thema Zweisprachigkeit

An diesem Abend entscheidet sich das Publikum eher für den Populismus. Bei der Podiumsdiskussion zwischen Hendricks, Buschkowsky und der integrationspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion, Aydan Özoguz, sind die Sympathien klar verteilt. Als Buschkowsky sich über Familien erregt, in denen kein Deutsch gesprochen wird, gibt sie zurück: "Ich bin meinen Eltern unendlich dankbar, dass wir zu Hause immer Türkisch gesprochen haben, denn dadurch bin ich zweisprachig aufgewachsen." Natürlich müsse man Deutsch können, "aber das bedeutet nicht, dass andere Sprachen schlechter sind", sagt Özoguz. Buhrufe und Pfiffe im Publikum, so etwas wollen hier viele nicht hören.

Für Özoguz, eine eigentlich im Ton sehr sanfte Politikerin, ist Buschkowsky ein Problem. Er bedroht mit seiner öffentlichen Strahlkraft ihren Themenbereich, wenn er für die Integrationspolitik der SPD steht, dann kann sie es nicht mehr.

Dabei liegen sie in den konkreten politischen Vorschlägen gar nicht so weit auseinander: Chancengleichheit, Bildung als Schlüssel, die alten sozialdemokratischen Rezepte. Nur ihr Ton ist ein anderer, und wegen des Tons hat Buschkowsky so viele Fans. Er redet auch heute Abend kaum über politische Rezepte, sondern schmückt stattdessen sein Bild von der gescheiterten Integration immer weiter aus. Da geht es um Essengerüche, die sich im Hausflur vermischen, um Verachtung für deutsche Gesetze und um überkommene patriarchale Familienstrukturen. "Ich wollte eine Diskussion führen darüber, was wir tun müssen, um von diesem schrecklichen Ergebnissen wegzukommen", hatte Buschkowsky zu Beginn gesagt. Doch dann sagt er dazu selbst fast nichts.

Welche Position vertritt die Parteispitze ?

Es ist aber nicht nur Buschkowskys Art selbst, die vor allem migrantische SPD-Anhänger so erregt, es ist auch die Bühne, die die Parteispitze ihm bereitet. Anfang des Monats ging ein Einladungsschreiben für die Veranstaltung über die E-Mail-Verteiler der Partei, unterzeichnet von Sigmar Gabriel. "Er redet Klartext, sagt, was sich in Deutschland dringend ändern muss", hieß es darin über Buschkowskys Buch. "Buschkowsky weiß, wo der Schuh drückt, und er hat den Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen." Die Einladung liest sich, als würde der Parteivorsitzende den Thesen zustimmen, ihn als Kämpfer gegen vermeintliche Tabus feiern.

Buschkowsky, ein willkommener Provokateur Die SPD-Spitze lädt den umstrittenen Heinz Buschkowsky in ihre Parteizentrale. Die meisten jubeln ihm zu, doch bei Mig....

Ein Sprecher des Vorstandes erklärte ZEIT ONLINE nun, dies seien nicht die Aussagen Gabriels: "Durch ein technisches Versehen wurde im Text der Mail der Klappentext des Buschkowsky-Buches so verwendet, dass der Eindruck entstehen konnte, es handele ich um ein Gabriel-Zitat". Allein, der Schaden ist angerichtet.

Gabriel selbst wollte eigentlich auch auf dem Podium mitdiskutieren, hat aber wegen Krankheit abgesagt. Aziz Bozkurt, der Berliner Integrationspolitiker, will das nicht so richtig glauben: "Das passt einfach zu gut ins Bild bei einem, der sein Fähnchen gerne in den Wind hängt", sagt er. So richtig vertraut er seiner Partei und ihrem Chef offenbar nicht mehr. Das ist auch eine Konsequenz aus den lauten, umjubelten Buschkowsky-Auftritten. Sie dürfte die SPD noch länger beschäftigen als das Buch selbst.

Load-Date: October 17, 2012

End of Document

Syrische Flüchtlinge scheitern an deutscher Bürokratie; Syrische Flüchtlinge erhalten in Deutschland Asyl. Ihre Familienangehörigen nachzuholen, ist oft schwierig - auch weil sich die deutsche Botschaft in Beirut sperrt.

ZEIT-online

Donnerstag 25. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYLBEWERBER; Ausg. 29

Length: 971 words

Byline: Annelie Kaufmann

Body

Eine syrische Familie vor einem **Asylwohnheim** in Brandenburg (Archiv)

© Patrick Pleul/dpa

"In diesem Zeitraum sind alle Termine belegt." Wer mit der deutschen Botschaft in Beirut einen Termin vereinbaren will, um ein Einreisevisum zu beantragen, liest diesen Hinweis auf der Website. Im Juli, im August, im September, egal wann. "Unsere Mitarbeiter überprüfen die Internetseite täglich mehrfach, aber wir bekommen einfach keine Termine für unsere Klienten", sagt Katharina Vogt, Referentin für **Flüchtlingspolitik** vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (Awo). Der Verein unterhält Beratungsstellen für **Flüchtlinge** und ihre Angehörigen.

Zu den Klienten der Awo gehört eine Ärztin aus Aleppo, die mit ihren drei Töchtern aus dem syrischen Bürgerkrieg in den angrenzenden Libanon geflohen ist. Ihr Mann ist Wissenschaftler und lebt bereits in Berlin. Aber er macht sich Sorgen um seine Familie.

Ein Einzelfall ist das offenbar nicht. "Wir wissen von Beratungsstellen aus ganz Deutschland, dass alle vor diesem Problem stehen", sagt Vogt. Seit die deutsche Botschaft in Damaskus geschlossen wurde, ist die Botschaft in Beirut für alle Visa-Anträge von Angehörigen syrischer Flüchtlinge zuständig.

Die Termine müssen im Internet gebucht werden, die telefonische Terminvergabe wurde schon vor Monaten eingestellt. Die Probleme sind der Botschaft bekannt. In einem Schreiben der Botschaft, das ZEIT ONLINE vorliegt, heißt es allerdings lediglich, man empfehle, regelmäßig zu prüfen, ob neue Termine verfügbar sind. Die Nachfrage sei hoch, die personellen und räumlichen Kapazitäten begrenzt. Durch "Stornierungen und Kapazitätsverschiebungen" könnten sich jedoch neue Termine ergeben.

Bei der Awo sieht man das anders. Die Berater berichten, die Antragstellung werde faktisch verhindert, es sei unmöglich, einen Termin zu buchen.

Syrische Flüchtlinge scheitern an deutscher Bürokratie Syrische Flüchtlinge erhalten in Deutschland Asyl. Ihre Familienangehörigen nachzuholen, ist oft schwieri....

Anerkannte Flüchtlinge haben das Recht, die Familie nachzuholen

Die Terminvergabe ist nicht die einzige Hürde für die Familien, die nach Deutschland kommen wollen. Wer hier bereits als Flüchtling anerkannt ist, hat zwar grundsätzlich das Recht seine Familie nachzuholen. Dabei gilt jedoch das Verfahren zum Familiennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz - und das ist langwierig und kompliziert.

Die Angehörigen müssen zahlreiche Dokumente vorlegen, um zu bestätigen, dass sie Verwandte sind: Die Heiratsurkunde, eine Urkunde über die Eintragung der Eheschließung im syrischen Zivilregister, für minderjährige Kinder außerdem die Geburtsurkunde. "Für Kriegsflüchtlinge ist es natürlich immer schwierig, Dokumente beizubringen. Auf der Flucht hat man das nicht unbedingt alles dabei", sagt Stefan Telöken, Sprecher des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR. Zudem verlangt die Botschaft, dass die Dokumente "vorlegalisiert" werden. Das heißt, das syrische Außenministerium muss bestätigen, dass die Dokumente echt sind.

Doch dort sitzen nach wie vor die Beamten der Assad-Regierung - und damit jene, vor denen die Betroffenen geflohen sind. "Es gibt Fälle, in denen Betroffene nach Syrien zurückreisen mussten, um bei den Behörden vorzusprechen", sagt Telöken. "Für manche ist das sicher möglich, aber es kann auch sehr problematisch sein."

Wer nicht selbst nach Damaskus reisen will oder kann, muss Verwandte in Syrien beauftragen, Rechtsanwälte oder Mittelsmänner einschalten. Vogt sagt: "Viele Flüchtlinge machen sich große Sorgen. Es gefährdet die Angehörigen, die sich an die Behörden wenden, und es gefährdet womöglich auch Familienmitglieder, die in Syrien inhaftiert sind. Wenn die Behörden erfahren, dass Verwandte ausreisen und andere Verwandte in Deutschland Asyl bekommen haben, müssen Gefangene mit Prügel und Folter rechnen."

Kann man Angehörigen von Flüchtlingen zumuten, sich an die Behörden des Staates zu wenden, der sie verfolgt? Offiziell heißt es beim Auswärtigen Amt dazu: "Wir stehen in ständigem Kontakt mit der Botschaft Beirut und bemühen uns in enger Zusammenarbeit um Lösungen im Interesse der Antragsteller." In einem weiteren ZEIT ONLINE bekannten Schreiben hatte die Botschaft zumindest im April dieses Jahres jedoch noch erklärt, das Legalisationsverfahren sei nach wie vor durchführbar und werde angesichts funktionierender öffentlicher Einrichtungen in Syrien weiterhin betrieben.

Vogt berichtet, in Gesprächen mit der Awo habe das Auswärtige Amt das Legalisationsverfahren auch als unproblematisch dargestellt. "Man geht davon aus, das sei ganz unkompliziert und auch nicht teuer, die Vorlegalisierung koste vielleicht 2 bis 20 Euro. Wir haben aber ganz andere Zahlen gehört", sagt Vogt. "Beim Grenzübertritt müssen Bestechungsgelder gezahlt werden und in den Behörden selbst ebenfalls. Der Grenzübertritt kann wegen der Kontrollen sehr gefährlich sein, daher gehen viele mit teuren Führern über die grüne Grenze. Außerdem werden oft Agenten eingeschaltet, die den Kontakt zu den Behörden herstellen - die verlangen dafür bis zu 2.000 Euro."

Im Aufnahmeprogramm gibt es zu wenige Plätze

Die Awo fordert deshalb, das Verfahren für Angehörige von anerkannten Flüchtlingen zu erleichtern und ihnen die Einreise schneller zu ermöglichen. Bis dahin bleibt den Betroffenen nur, sich für das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung zu bewerben, mit dem zusätzlich 5.000 syrische Flüchtlinge aus dem Libanon nach Deutschland kommen sollen.

Sie werden anhand verschiedener Kriterien ausgewählt, eines davon sind familiäre Beziehungen nach Deutschland. In diesen Fällen gelten nach Angaben des UNHCR weniger strenge Anforderungen für die Vorlage von Dokumenten als beim Familiennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz.

UNHCR unterstützt syrische Flüchtlinge in Deutschland, die ihre Angehörigen nachholen wollen und begrüßt das Programm ausdrücklich. Klar ist aber: Es gibt viel mehr Flüchtlinge als Plätze. Sie werden weiterhin in Beirut warten - und hoffen, dass irgendwann ein Termin in der Botschaft frei wird.

Syrische Flüchtlinge scheitern an deutscher Bürokratie Syrische Flüchtlinge erhalten in Deutschland Asyl. Ihre Familienangehörigen nachzuholen, ist oft schwieri....

Load-Date: July 25, 2013

End of Document

Mutige Passagiere; Unmenschliche Gesetze? Man kann sich ihnen widersetzen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MEINUNG ZEITGEIST; Mutige Passagiere; S. 12; Ausg. 28

Length: 620 words

Byline: Evelyn Finger

Body

Die im Dunkeln sieht man nicht. Und die auf den billigen Plätzen, in der letzten Reihe der Ferienflieger, fallen nicht weiter auf. Das hoffen jedenfalls die deutschen Asylbehörden, wenn sie sich auf dem Luftweg und ohne Aufsehen einiger unbequemer Flüchtlinge zu entledigen versuchen. Immer wieder gibt es unglückliche Menschen, die es zwar geschafft haben, aus Ländern wie dem Iran oder Pakistan zu entkommen. Aber leider geraten sie auf ihrer Flucht vor Diskriminierung, vor politischer Haft, vor Folter in die Fallstricke des europäischen Asylrechts.

Die entsprechende EU-Verordnung heißt Dublin III, und ihr Kern ist die Drittstaatenklausel. Die besagt, dass ein Flüchtling in jenem EU-Land seinen Asylantrag stellen muss, das er zuerst betreten hat. Landet er in Ungarn, Griechenland oder Italien, wo die Regierungen überfordert und die Lebensbedingungen für Flüchtlinge oft unerträglich sind, und macht sich dann weiter auf den Weg nach Deutschland, hat er hier kein Recht auf Zuflucht. Die deutschen Behörden sind nicht zuständig. Sie schicken ihn zurück, eben nach Ungarn, Italien oder Griechenland. Die Drittstaatenklausel ist also eine K.-o.-Klausel. Heribert Prantl hat sie in der *Süddeutschen Zeitung* als »schärfste rechtspolitische Waffe seit der Erfindung der Guillotine« bezeichnet. Das klingt ein bisschen sehr blutig. Doch in der Tat: Es nützt einem Flüchtling nichts, zu Hause gefoltert worden zu sein, es nützt ihm nichts, wenn die akute Todesgefahr für den Fall seiner Abschiebung erwiesen ist - allein sein Weg interessiert die Behörden. Wenn er auf der Flucht falsch ausgestiegen ist, wird er bei uns keine Aufnahme finden.

Das ist brutal. Das ist Gesetz. Und dass Gesetze brutal sein können, wusste schon Friedrich Hegel, einer der geistigen Väter unseres freiheitlichen Rechtsstaates, der erklärt hat, dass im Prozess der Verrechtlichung auch Unrecht geschehen kann. Das heißt: Einzelne Menschen können in den Zustand vollkommener Schutzlosigkeit geraten. Sie sind dann Ausgestoßene. Im römischen Strafrecht hieß dieser Status »Homo sacer«. Hegel sagt, solches Unrecht lässt sich nicht ausschließen. Aber er sagt nicht, wir müssen uns damit abfinden. Denn außer dem Recht und der Realität gibt es auch noch das Gewissen.

Deshalb klappt die Abschiebung von Flüchtlingen manchmal doch nicht. Auch wenn sie ganz hinten, in der allerletzten Reihe der Ferienflieger sitzen, fallen sie manchmal jemandem auf. Man kann nämlich als Tourist buchstäblich gegen die europäische Abschiebep Praxis aufstehen. Man stellt sich einfach hin, dann darf das

Mutige Passagiere Unmenschliche Gesetze? Man kann sich ihnen widersetzen

Flugzeug nicht starten. So ist es in Deutschland jetzt mehrfach geschehen. Die Website *No Deportation* verzeichnet zwischen dem 20. und 26. Juni drei Fälle von zivilem Ungehorsam. Politische Aktivisten hatten auf den Flughäfen Zettel verteilt und die Passagiere über die Abschiebungen informiert. So wurde in München, Berlin und Hamburg verhindert, dass ein Afghane, ein Pakistaner und ein Iraner ausgeflogen wurden, bloß weil das Gesetz es hergibt. Was heißt das? Dass Gesetze Makulatur sind? Nein. Aber Gesetze können so eklatante Makel haben, dass es richtig ist, sich ihnen zu widersetzen.

Man nennt das auch den Aufstand des Gewissens. Er erfordert immer noch Mut. Denn wer einen solchen Flug verhindert, kann mit Geldbußen bis zu 25000 Euro bestraft werden. Trotzdem fanden sich in Deutschland Menschen, die das riskierten. Dabei wollten sie nur in den Urlaub. Aber dann haben sie entschieden, sich umzudrehen und den, nun ja: den Opfern unseres Asylrechts ins Auge zu sehen.

VON EVELYN FINGER

Evelyn Finger leitet das ZEIT-Ressort Glauben & Zweifeln

Load-Date: March 25, 2022

Draußen vor der Tür; Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen. Es gibt zu viele verschiedene Regelungen und zu wenige Lehrer. Einer, der es geschafft hat, ist Eghbal Nabizadeh

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Draußen vor der Tür; S. 68; Ausg. 52

Length: 1386 words

Byline: Anika Kreller

Body

Endlich Chemie studieren können! Es gibt kaum etwas, was sich Eghbal Nabizadeh sehnlicher wünscht. Ein bescheidener Traum für einen 18-jährigen Deutschen. Ein kaum erreichbares Ziel für einen 18-jährigen **Flüchtling** in Deutschland. "Es ist ein bisschen schwierig", sagt Eghbal, der in einem winzigen Zimmer in einem **Asylbewerberheim** in Sachsen-Anhalt wohnt. Er stammt aus Afghanistan und wuchs im Iran auf. Dort sei er als Ausländer diskriminiert worden, sagt er, er hätte später nicht studieren und kein Auto kaufen dürfen. Dabei musste er nach dem Tod des Vaters für seine Mutter und seine Schwester sorgen. Vor zweieinhalb Jahren floh er nach Deutschland. Sein Ziel: eine gute Ausbildung machen, um genug Geld für seine Familie verdienen zu können. Doch in Deutschland ist Bildung für einen **Flüchtling** nicht leicht zu bekommen.

Eghbal kam erst nach Hamburg, dann nach Bayern, schließlich landete der damals 16-Jährige in einem **Flüchtlingsheim** in Burg in Sachsen-Anhalt. Hier konnte er endlich zur Schule gehen - bis die Ausländerbehörde nach mehr als einem halben Jahr merkte, dass Eghbal als unbegleiteter minderjähriger **Flüchtling** lebte, und ihn an eine spezielle Einrichtung im 30 Kilometer entfernten Magdeburg überwies. Weil es mitten im Schuljahr war, nahm ihn dort keine Schule auf. Auch die Fahrtkosten hätten weder Ausländerbehörde noch Sozialamt übernehmen wollen - ein Dreivierteljahr konnte Eghbal nicht zur Schule gehen.

Grundsätzlich hat jedes Kind in Deutschland das Recht auf Bildung, Deutschland hat 1992 die Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Doch jedes Bundesland entscheidet selbst, wie dieses Recht in der Praxis umgesetzt wird: Lange Zeit galt vielerorts für Flüchtlingskinder statt der Schulpflicht nur ein Schulrecht. Das hieß, dass die Eltern extra einen Antrag stellen mussten, wenn ihr Kind lernen sollte. Oft scheiterte das an mangelnden Deutschkenntnissen. Und weil Flüchtlingskinder keine Schulpflicht haben, mussten die Behörden auch nichts unternehmen, wenn das Kind nicht in der Schule auftauchte.

Langsam setzt ein Umdenken ein. Die meisten Bundesländer haben inzwischen die Schulpflicht auf Kinder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus ausgeweitet. Doch auch das garantiert häufig noch nicht, dass der Schulbesuch

Draußen vor der Tür Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen.

auch wirklich ermöglicht wird. In Berlin zum Beispiel werden immer wieder Flüchtlingskinder abgelehnt, weil es nicht genügend Plätze in den speziellen Klassen gibt, in denen sie Deutsch lernen sollen.

Wie im Fall von Eghbal geht das Schulrecht für Flüchtlinge immer wieder unter in einem Wirrwarr aus undurchsichtigen Regelungen und Zuständigkeiten. Dass der Schulbesuch an scheinbar banalen Dingen wie zu hohen Fahrtkosten scheitert, ist keine Seltenheit. Vor allem in ländlichen Gebieten liegen die Unterkünfte für Asylbewerber meist viele Kilometer weit entfernt von der nächsten Schule.

Weil die Wirtschaft Fachkräfte braucht, werden Flüchtlingskinder besser gefördert

Eindeutige Regeln wären allerdings dringend nötig: Seit 2007 steigt die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland wieder. Allein im September 2013 wurden mehr als 13 700 Anträge gestellt. Auch wenn unsicher ist, ob sie bleiben dürfen, sollten ihre Kinder sowie jugendliche Flüchtlinge zur Schule gehen dürfen. Denn alles, was sie als junge Menschen nicht lernen können, ist später nur schwer nachzuholen. Für Jugendliche wie Eghbal aber ist der Schulzugang besonders unsicher, da je nach Bundesland die Schulpflicht mit 16 oder 18 Jahren endet. Schulen können die Aufnahme und Ämter die Kostenübernahme dann leichter ablehnen.

"Wenn die Situation nicht so düster wäre, gäbe es uns nicht", sagt Michael Stenger. Er gründete vor 13 Jahren die Schlau-Schule in München, in der jugendliche Flüchtlinge ihren Schulabschluss nachholen können. Dort lernen die Schüler in kleinen Klassen. Wer Hilfe beim Deutschlernen braucht, bekommt sie. Es geht nicht nur um die reine Wissensvermittlung, sondern auch darum, den Jugendlichen Selbstvertrauen und Ziele zu vermitteln. Ein Konzept, das Erfolg hat. "Wir wollen zeigen, dass es für unsere Gesellschaft ein extremer Gewinn ist, in die Bildung von Flüchtlingen zu investieren", sagt Stenger. "Mein Ziel ist, dass wir die Schlau-Schule irgendwann nicht mehr brauchen, weil der Staat seiner Aufgabe nachkommt. Aber ich kann meine Angestellten beruhigen: Das braucht noch viel Zeit."

Doch immerhin beobachtet Stenger, dass sich die Dinge allmählich bessern. "Mein bester Partner ist der Fachkräftemangel. Wenn die Wirtschaft Arbeitskräfte braucht, sind Flüchtlinge willkommen." Tatsächlich hat Bayern vor Kurzem ein Berufsintegrationsjahr eingeführt, in dem Jugendliche durch Sprachförderung und sozialpädagogische Betreuung fit gemacht werden für eine Ausbildung. Zudem gilt in Deutschland seit Juli eine geänderte Beschäftigungsverordnung, nach der deutsche Jugendliche nicht mehr vorrangig eingestellt werden müssen.

Wenn die Kinder es tatsächlich in die deutschen Schulen schaffen, gibt es dort meist weitere Probleme. Die Sprache ist der erste und wichtigste Schritt für den Zugang zu Bildung. Doch nicht immer ist klar geregelt, ob und unter welchen Umständen die Flüchtlingskinder Deutsch lernen. Denn Gesetze zu ändern ist das eine - eine sinnvolle Umsetzung in der Praxis das andere. "Ich fühle mich oft überfordert", sagt eine Lehrerin der 100. Grundschule in Leipzig. Sie ist seit diesem Schuljahr eingeteilt für den DaZ-Unterricht. DaZ heißt Deutsch als Zweitsprache. "Wir suchen den Radiergummi und malen ihn gelb aus", sagt sie langsam. Vor ihr sitzen vier Kinder der 1a an zwei zusammengeschobenen Schulbänken. Ihre Zeigefinger kreisen über einem Arbeitsblatt und suchen das richtige Bildchen. Die Kinder kommen aus Serbien, Rumänien, dem Irak. Einmal am Tag haben sie DaZ, danach mit dem Rest ihrer Klasse Musik, Kunst und Sport. Von den 142 Schülern der Grundschule in einem Plattenbauviertel am Rand der Stadt spricht knapp ein Drittel wenig oder kein Deutsch. Aber es gibt nur zwei DaZ-Lehrerinnen. "Wie sollen wir den Kindern da gerecht werden?", fragt die Schulleiterin Franziska Horn. Viele leben in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber nur ein paar Hundert Meter entfernt. "Manche müssen erst mal lernen, wie Schule funktioniert. Dass man still sitzt, sich meldet. Andere haben Konzentrations- oder Lernschwierigkeiten."

Die Schulen helfen mit Arbeitsmaterial, aber es fehlt Geld für Deutschlehrer

Das Team der 100. Grundschule ist engagiert. Wenn morgens ein Schüler fehlt, ruft die Sekretärin im Flüchtlingsheim an. Es gibt einen Schrank mit übrig gebliebenem Schulmaterial, damit niemand ohne Schulheft ist. Die Sportlehrerin sammelt in ihrem Handballverein Turnschuhe. Aber die Mitarbeiter stoßen immer wieder an ihre

Draußen vor der Tür Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen.

Grenzen. Viele der Kinder brauchten mehr als nur Sprachunterricht. "Eine sozialpädagogische Hilfe wäre toll", sagt Horn. Die hat sie auch beantragt. Doch ob sie kommt und wann - die Schulleiterin zuckt mit den Schultern.

Bislang lassen Bund und Länder die Schulen oft allein mit ihren Problemen. Die Schulpflicht auf alle Kinder auszudehnen könnte ein erster Schritt sein. Dann müssten mehr Mittel fließen. Experten fordern jedoch, mehr Lehrkräfte auszubilden, die die rechtliche und soziale Situation von Asylbewerbern besser verstehen und sozialpädagogische Hilfe anbieten können. In einer Petition rief unlängst der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband den Landtag auf, zusätzliches Geld für die Übergangsklassen bereitzustellen, in denen die Flüchtlingskinder Deutsch lernen sollen. Die Klassenstärke solle auf 16 Schüler begrenzt und das Angebot an Schulsozialarbeit ausgebaut werden.

Wo es keine Angebote wie die Schlau-Schule in München gibt, bleibt der Weg zum Schulabschluss für viele Flüchtlingskinder ein Hindernislauf. Als Eghbal Nabizadeh aus dem Iran 18 wurde, konnte er zwar wieder nach Burg zurück, aber nicht an seine alte Schule. Mit der Volljährigkeit endet die Schulpflicht. Eine Beschulung sei nun nicht mehr möglich, sagte man ihm. Weil die Integrationshilfe Sachsen-Anhalt sich für ihn einsetzte, kann er jetzt seinen Hauptschulabschluss an einer Berufsschule machen. Ein weiterer Haken, den er auf dem Weg zu seinem Ziel schlagen muss.

Die Hoffnung auf ein Studium hat Eghbal trotz allem noch nicht aufgegeben. "Ich mache einfach immer weiter", sagt er.

VON ANIKA KRELLER

Graphic

Eghbal Nabizadeh kam als Flüchtling nach Deutschland. Er macht jetzt seinen Hauptschulabschluss. Später will er Chemie studieren

Load-Date: December 19, 2013

Deutschland blockiert Änderung der Flüchtlingspolitik; Die EU-Regeln im Umgang mit Flüchtlingen werden nicht geändert. Verantwortlich dafür sind große Länder wie Deutschland. Stattdessen soll der Grenzschutz verstärkt werden.

ZEIT-online

Dienstag 8. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Innenminister; Ausg. 41

Length: 486 words

Body

Flüchtlinge auf Lampedusa

© Franco Lannino/EPA/dpa

Die geforderte Neuausrichtung der EU-**Flüchtlingspolitik** scheitert am Widerstand mehrerer Staaten - darunter Deutschland. Beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg gab es keine Mehrheit für eine Änderung der umstrittenen Vorschriften. Derzeit ist in der sogenannten Regelung Dublin II festgelegt, dass für die Unterbringung und das **Asylverfahren** für einen **Flüchtling** jeweils das Land zuständig ist, in dem dieser die EU erreicht hat.

Die Staaten seien nicht bereit, bestehende Regelungen zu ändern, sagte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström: "Ich glaube nicht, dass heute der Tag dafür ist." Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte: "Dublin II bleibt unverändert, selbstverständlich."

Die Rاندländer Europas wie Italien, aber auch Griechenland und Spanien fühlen sich von dem Flüchtlingsandrang aus Afrika über das Mittelmeer seit Jahren überfordert. Das Thema steht wieder auf der Agenda, seitdem am Donnerstag vor der italienischen Insel Lampedusa ein Flüchtlingsboot gesunken war und mehr als 230 Menschen ums Leben kamen. Auch die Armutseinwanderung von Wirtschaftsflüchtlings aus Bulgarien und Rumänien war ein Thema des Treffens.

Hilfe beim Grenzschutz

Um Italien besser zu unterstützen, stellte die EU mehr Hilfe beim Grenzschutz und der Rettung von Flüchtlingen aus Seenot in Aussicht. Die Kommission schlug den Staaten einen Großeinsatz durch europäische Grenzschützer von Frontex vor, die das gesamte Mittelmeer von Zypern bis Spanien umfasst. Malmström sagte: "Ich werde um politische Unterstützung und die notwendigen Ressourcen bitten, um mehr Leben zu retten."

In Luxemburg verteidigte Friedrich die deutsche Politik der vergangenen Jahre: "Deutschland ist das Land, das die meisten Flüchtlinge in Europa aufnimmt." Kritik wie die des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz bewiese "mangelnde Sachkenntnis".

Deutschland blockiert Änderung der Flüchtlingspolitik Die EU-Regeln im Umgang mit Flüchtlingen werden nicht geändert. Verantwortlich dafür sind große Länder wie....

EU-Länder müssen Verantwortung besser aufteilen

Friedrich verwies auf Zahlen der Statistikbehörde Eurostat, wonach in Deutschland 2012 rund 945 Asylbewerber pro eine Million Einwohner kamen, in Italien dagegen nur 260. "Das zeigt, dass die Erzählungen, dass Italien überlastet ist mit Flüchtlingen, nicht stimmen", sagte der Minister. In dieser Statistik liegen aber andere Länder wie etwa Schweden oder Österreich mit weitem Abstand vorne.

EU-Kommissarin Malmström appellierte an die EU-Staaten, die Verantwortung besser aufzuteilen. Derzeit entfalle fast die gesamte Last auf sechs oder sieben der 28 Staaten. "Viele können mehr tun", sagte Malmström. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sagte: "Ich halte sehr viel davon, ein System zu finden, das einfach mehr die Verantwortung gerecht aufteilt."

Innenminister Friedrich schlug als Reaktion auf die Ereignisse von Lampedusa vor, die Seenotrettung sowie die Lage in den Heimatländern von Flüchtlingen zu verbessern und gegen Schleuser härter vorzugehen.

Load-Date: October 8, 2013

End of Document

"Wir wollen unsichtbar sein"; Rassistisch motivierte Gewalt in Griechenland nimmt zu, die Stimmung ist gespannt. Viele Ausländer wollen fort, können es sich aber nicht leisten.

ZEIT-online

Mittwoch 8. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: GRIECHENLAND; Ausg. 32

Length: 1161 words

Byline: Ferry Batzoglou

Body

Ein Polizist überprüft die Papiere eines Migranten in Athen.

© LOUISA GOULIAMAKI/AFP/Getty Images

"Du bist doch ein Afghane!" Eine Handvoll Halbstarke stoppt den verblüfften Mann im Athener Ausgehviertel Gazi. Bevor der Mittdreißiger flüchten kann, attackieren ihn die jungen Männer, erst mit Pfefferspray, dann minutenlang mit Faustschlägen. Sie tun das solange, bis das hilflose Opfer in Ohnmacht fällt. Die Angreifer steigen auf ihre Mofas und verschwinden, Passanten finden den Bewusstlosen auf der Straße.

"Er wurde vor wenigen Tagen eingeliefert und hatte Verletzungen am ganzen Körper, man hat ihm Zähne ausgeschlagen, eine Kopfwunde blutete stark", sagt Nikitas Kanakis. Er leitet die griechische Abteilung der Nichtregierungsorganisation Ärzte der Welt. Sie betreibt unweit des zentralen Athener Omonia-Platzes eine Klinik und ist Anlaufstelle vor allem von Einwanderern, die ohne gültige Papiere in der Vier-Millionen-Metropole Athen leben.

Hat er Strafanzeige gestellt? Kanakis lächelt: "Nein. Er hat keine Aufenthaltserlaubnis. Da bekommt er nur Ärger, wenn er das tut. Außerdem kostet das 160 Euro Gebühren. Das Geld haben diese Menschen nicht."

Angst vor den "weißen Männern"

Seit Ende vorigen Jahres erfasst ein Netzwerk von 18 NGOs, darunter auch Ärzte der Welt, Fälle von rassistischer Gewalt in Griechenland. 63 wurden im letzten Quartal 2011 dokumentiert - Tendenz steigend. "Die Ergebnisse sind außerordentlich besorgniserregend", stellte das Netzwerk im März dazu fest. Auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat sich mit dem Problem befasst. "Hass auf der Straße. Ausländerfeindliche Gewalt in Griechenland" lautete der Titel eines Anfang Juli veröffentlichten 92-seitigen Berichts. Grundlage waren Interviews mit 59 Opfern, die im Zeitraum von August 2009 bis Mai 2012 Angriffen ausgesetzt waren. Der Tenor: Die Angreifer agieren in Gruppen, operieren mitunter mit Messern und Schlagstöcken und tragen zur Verummung Kopftücher und Motorradhelme. Eines wollen die Täter offenbar bewusst nicht: Töten.

"Wir wollen unsichtbar sein" Rassistisch motivierte Gewalt in Griechenland nimmt zu, die Stimmung ist gespannt. Viele Ausländer wollen fort, können es sich aber....

"Sie wollen Angst verbreiten. Die Botschaft an uns ist klar: Ihr seid hier unerwünscht! Verschwindet!", sagt Salmy Pashtun in fließendem Griechisch. Der Afghane hat zu dem Gespräch in die Büros der Union der Immigranten Griechenlands (EME) in der Athener Acharnon-Straße gebeten. Hier, im 6. Athener Stadtbezirk, prägen Einwanderer aus Afrika und Asien das Straßenbild. Die wenigen Griechen, die hier noch wohnen, sind in diesen brütend heißen Tagen ohnehin im Sommerurlaub. Zurück bleiben die Immigranten. Sie palavern am helllichten Tage in Grüppchen. Doch wenn die Sonne untergeht, sagt Pashtun, zögen sie sich in ihre Wohnungen zurück - aus Angst vor den Attacken der "weißen Männer".

Er selbst lebe seit mehr als zehn Jahren in Griechenland, mittlerweile betreibe er ein Reisebüro. "Die Krise hat alles schlimmer gemacht. Die Mehrheit der Griechen will keine Ausländer hier." In Griechenland bleiben wolle allerdings auch kaum einer, erst recht nicht nach Ausbruch der verheerenden Wirtschaftskrise. Die Mehrheit möchte weiter nach Deutschland, Frankreich oder Skandinavien. "Dafür braucht man aber Geld. 5.000 Euro oder mehr. Das haben viele nicht", sagt Pashtun. So bleiben sie ungewollt in Griechenland. Und die Angst ist ihr ständiger Begleiter. Pashtun: "Wir wollen unsichtbar sein."

Wer aber steckt hinter den Attacken gegen die Einwanderer? Ist es die ultrarechte Parlamentspartei Chrysi Avgi ("Goldene Morgenröte"), wie oftmals kolportiert wird? Kanakis ist da betont vorsichtig. "Die Chrysi Avgi bietet die ideologische Grundlage für solche Angriffe. Wer aber das Problem auf Chrysi Avgi fokussiert, der irrt." Das Phänomen habe größere Dimensionen. "Sogar in den Schulen haben sich schon rechtsextreme, rassistische Strukturen gebildet." Das habe, so Kanakis, sehr viel mit der in Griechenland grassierenden Xenophobie und Islamophobie zu tun.

"Der Fremde wird dämonisiert. Wie in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung." EME-Vertreter Pashtun geht indes noch einen Schritt weiter. "Die Rassisten sehen uns als Sündenböcke. Aber auch die Anti-Faschisten sind schuld. Die Linke benutzt uns für ihre Parolen. Wir sind zwar Zielscheibe, stehen aber auch zugleich zwischen den Fronten." Hunderte Migranten wurden gejagt.

Dass das zehn Millionen Einwohner zählende Griechenland ein Problem mit Flüchtlingen hat, bestreitet kaum jemand. Zwischen 2006 und 2011 kamen mehr als 700.000 Menschen illegal ins Land. Rund die Hälfte stammt aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesch, die meisten kommen über die Festlandgrenze zur Türkei. In diesen Tagen führt die griechische Polizei im Athener Zentrum wieder groß angelegte Razzien durch. Bereits die erste im April schlug hohe Wellen. Bei der jüngsten Aktion unter dem Codenamen "Xenios Zeus" sind offiziellen Angaben zufolge 4.500 Polizisten in Athen und der Grenzregion Evros im Einsatz. Ziel der Razzien sei es, Einwanderer ohne gültige Papiere "in ihre Herkunftsländer zurückzubringen, die Grenzen zu schließen und Athen wieder zu einer rechtsstaatlichen Metropole mit Lebensqualität zu machen", heißt es bei der Polizei.

Hatz auf Migranten

Doch die Stimmung bleibt aufgeladen durch Verbrechen wie jüngst auf der Insel Paros. Der 21-jährige Pakistani Ali M. arbeitete ohne gültige Papiere in einer örtlichen Touristikanlage als Gärtner. Am 21. Juli überfiel er eine 15-jährige Griechin am Strand, das Mädchen machte mit ihrer Mutter und Schwester Ferien auf der Insel. Als es sich weigerte, ihm ihr Smartphone zu geben, schlug er den Kopf des Mädchens auf einen Felsen und vergewaltigte das bewusstlose Opfer. Das Mädchen liegt noch immer auf der Intensivstation des Athener Krankenhauses Attikon. Als der junge Pakistani am Wochenende auf die Insel Syros gebracht wurde, um dem Staatsanwalt vorgeführt zu werden, soll ein Dutzend Einheimische versucht haben, ihn zu lynchen. Beobachter befürchten bereits Vergeltungsattacken gegen illegale Einwanderer.

Die Sorge hat gute Gründe: Im Mai 2011 hatten im Athener Zentrum Unbekannte, laut Augenzeugen allesamt Südasiaten, den 44-jährigen Griechen Manolis Kadaris im Morgengrauen mit mehreren Messerstichen getötet. Tatmotiv war offenbar der Umstand, dass Kadaris eine Videokamera bei sich hatte, die die Täter stehlen wollten. Kadaris war auf dem Weg zur Geburtsklinik, um dort mit der Videokamera die Geburt seines zweiten Kindes zu filmen. Bereits auf dem Begräbnis von Kadaris schworen etliche Trauergäste Rache. Und in der Tat: Es folgten in

"Wir wollen unsichtbar sein" Rassistisch motivierte Gewalt in Griechenland nimmt zu, die Stimmung ist gespannt. Viele Ausländer wollen fort, können es sich aber....

der Athener Innenstadt tagelang regelrechte Pogrome gegen Einwanderer. Etliche Geschäfte von Einwanderern wurden zum Teil erheblich beschädigt. Die Polizei bekam die Lage nur mit Mühe unter Kontrolle.

Auch der Arzt Nikitas Kanakis ist mittlerweile vorsichtig. Ganz so, als sei er selbst ein illegaler Einwanderer. In bestimmte Straßen im Athener Zentrum traue er sich nicht mehr - schon gar nicht alleine und zu Fuß: "Das lasse ich lieber. Ich bin da bekannt wie ein bunter Hund."

Load-Date: August 9, 2012

End of Document

Wer kluge Eltern hat, steigt auf; Der Bildungsforscher Heinz-Elmar Tenorth prognostiziert Mittelschichtskindern eine leuchtende Zukunft. Migranten aber drohe leicht der Absturz, sagt er im Interview.

ZEIT-online

Mittwoch 22. Februar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: GEBOREN 2012; Ausg. 7

Length: 493 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

ZEIT ONLINE: Herr Tenorth, Sie blicken aus einer historischen Perspektive auf das Bildungssystem. Wie wird es sich in den kommenden vierzig Jahren verändern?

Heinz-Elmar Tenorth: Das Bildungssystem verändert sich kontinuierlich über lange Zeiträume. Es ist höchst lernfähig, leidet aber darunter, dass weder die Bürger noch die Politik ihm zutrauen, dass es reformierbar ist.

ZEIT ONLINE: Werden die Schüler der Zukunft völlig anders lernen als wir es heute kennen?

Tenorth: Die Schule, die die bekannten basalen kulturellen Kompetenzen vermittelt wie Lesen, Schreiben oder Rechnen, wird auch in Zukunft die dominante Lebenserfahrung sein, die Menschen bis zu ihrem 16. Lebensjahr machen. Danach allerdings wird sich das Leben der Kinder stark verzweigen. Wir beobachten, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft zunimmt. Je nachdem, welcher sozialen Schicht ein Kind angehört, hat es vermutlich sehr unterschiedliche Bildungskarrieren zu erwarten.

ZEIT ONLINE: Welche unterschiedlichen Entwicklungen sehen Sie?

Tenorth: Mittelschichtskinder werden auch in Zukunft einen geraden Weg nehmen. Die meisten von ihnen werden Abitur machen, sehr viele werden studieren, vielleicht sogar promovieren. Eine stabile Verankerung in einem akademischen oder höhergebildeten Milieu wird den größten Teil dieser Kinder über alle Klippen hinwegtragen.

ZEIT ONLINE: Wie wird es Kindern aus ärmeren Familien ergehen?

Tenorth: Ganz anders jedenfalls als den Mittelschichtskindern, vor allem, wenn es sich um Migranten handelt. Hier kann man sich zwei Entwicklungen vorstellen: Wenn die Lehrer gut sind und das Kind sehr motiviert ist, wird es ebenfalls Abitur machen, vielleicht nicht auf einem Gymnasium, sondern auf etwas verschlungeneren Wegen über andere weiterführende Schulen. In Gegenden, wo die Migrantenquote sehr hoch sein wird, vielleicht bei mehr als der Hälfte der Einwohner, ist die Gefahr hingegen recht groß, dass viele Kinder scheitern. Und wer in der

Wer kluge Eltern hat, steigt auf. Der Bildungsforscher Heinz-Elmar Tenorth prognostiziert Mittelschichtskindern eine leuchtende Zukunft. Migranten aber drohe lei....

Schule nicht mitkommt, der lernt viele soziale Kompetenzen nicht, die er später braucht, um einen sicheren Beruf zu finden.

ZEIT ONLINE: Wie stehen die Chancen für die Schüler der Zukunft, einen guten Job zu bekommen?

Wie werden wir morgen leben? Bitte klicken Sie auf das Bild, um zum Schwerpunkt Zukunftsforschung zu gelangen.

© Michael Danner

Tenorth: Eigentlich sollten sie sehr gut stehen. Die Gesellschaft altert, es kommen weniger Arbeitskräfte nach. Da liegt es nahe, stärker in Bildung zu investieren und mehr Schüler in höherwertige Berufe zu bringen. Allerdings könnte es sein, dass diese Investitionen sehr unterschiedlich verteilt werden. Weil die Bevölkerung auf dem Land eher kleiner werden wird und mehr Menschen in die Ballungsräume ziehen werden, könnten viele Schulen auf dem Land geschlossen und zu größeren Einheiten zusammengeführt werden. Dann könnte der Druck auf die Städte weiter wachsen, ihre Bildungsangebote auszubauen - und die müssen bezahlt werden.

Load-Date: February 23, 2012

Draußen vor der Tür; Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen. Es gibt zu viele verschiedene Regelungen und zu wenige Lehrer. Einer, der es geschafft hat, ist Eghbal Nabizadeh

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN SCHULE; Draußen vor der Tür; S. 68; Ausg. 52

Length: 1438 words

Byline: Anika Kreller

Body

Endlich Chemie studieren können! Es gibt kaum etwas, was sich Eghbal Nabizadeh sehnlicher wünscht. Ein bescheidener Traum für einen 18-jährigen Deutschen. Ein kaum erreichbares Ziel für einen 18-jährigen **Flüchtling** in Deutschland. »Es ist ein bisschen schwierig«, sagt Eghbal, der in einem winzigen Zimmer in einem **Asylbewerberheim** in Sachsen-Anhalt wohnt. Er stammt aus Afghanistan und wuchs im Iran auf. Dort sei er als Ausländer diskriminiert worden, sagt er, er hätte später nicht studieren und kein Auto kaufen dürfen. Dabei musste er nach dem Tod des Vaters für seine Mutter und seine Schwester sorgen. Vor zweieinhalb Jahren floh er nach Deutschland. Sein Ziel: eine gute Ausbildung machen, um genug Geld für seine Familie verdienen zu können. Doch in Deutschland ist Bildung für einen **Flüchtling** nicht leicht zu bekommen.

Eghbal kam erst nach Hamburg, dann nach Bayern, schließlich landete der damals 16-Jährige in einem **Flüchtlingsheim** in Burg in Sachsen-Anhalt. Hier konnte er endlich zur Schule gehen - bis die Ausländerbehörde nach mehr als einem halben Jahr merkte, dass Eghbal als unbegleiteter minderjähriger **Flüchtling** lebte, und ihn an eine spezielle Einrichtung im 30 Kilometer entfernten Magdeburg überwies. Weil es mitten im Schuljahr war, nahm ihn dort keine Schule auf. Auch die Fahrtkosten hätten weder Ausländerbehörde noch Sozialamt übernehmen wollen - ein Dreivierteljahr konnte Eghbal nicht zur Schule gehen.

Grundsätzlich hat jedes Kind in Deutschland das Recht auf Bildung, Deutschland hat 1992 die Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Doch jedes Bundesland entscheidet selbst, wie dieses Recht in der Praxis umgesetzt wird: Lange Zeit galt vielerorts für Flüchtlingskinder statt der Schulpflicht nur ein Schulrecht. Das hieß, dass die Eltern extra einen Antrag stellen mussten, wenn ihr Kind lernen sollte. Oft scheiterte das an mangelnden Deutschkenntnissen. Und weil Flüchtlingskinder keine Schulpflicht haben, mussten die Behörden auch nichts unternehmen, wenn das Kind nicht in der Schule auftauchte.

Langsam setzt ein Umdenken ein. Die meisten Bundesländer haben inzwischen die Schulpflicht auf Kinder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus ausgeweitet. Doch auch das garantiert häufig noch nicht, dass der Schulbesuch

Draußen vor der Tür Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen.

auch wirklich ermöglicht wird. In Berlin zum Beispiel werden immer wieder Flüchtlingskinder abgelehnt, weil es nicht genügend Plätze in den speziellen Klassen gibt, in denen sie Deutsch lernen sollen.

Wie im Fall von Eghbal geht das Schulrecht für Flüchtlinge immer wieder unter in einem Wirrwarr aus undurchsichtigen Regelungen und Zuständigkeiten. Dass der Schulbesuch an scheinbar banalen Dingen wie zu hohen Fahrtkosten scheitert, ist keine Seltenheit. Vor allem in ländlichen Gebieten liegen die Unterkünfte für Asylbewerber meist viele Kilometer weit entfernt von der nächsten Schule.

Weil die Wirtschaft Fachkräfte braucht, werden Flüchtlingskinder besser gefördert

Eindeutige Regeln wären allerdings dringend nötig: Seit 2007 steigt die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland wieder. Allein im September 2013 wurden mehr als 13 700 Anträge gestellt. Auch wenn unsicher ist, ob sie bleiben dürfen, sollten ihre Kinder sowie jugendliche Flüchtlinge zur Schule gehen dürfen. Denn alles, was sie als junge Menschen nicht lernen können, ist später nur schwer nachzuholen. Für Jugendliche wie Eghbal aber ist der Schulzugang besonders unsicher, da je nach Bundesland die Schulpflicht mit 16 oder 18 Jahren endet. Schulen können die Aufnahme und Ämter die Kostenübernahme dann leichter ablehnen.

»Wenn die Situation nicht so düster wäre, gäbe es uns nicht«, sagt Michael Stenger. Er gründete vor 13 Jahren die Schlau-Schule in München, in der jugendliche Flüchtlinge ihren Schulabschluss nachholen können. Dort lernen die Schüler in kleinen Klassen. Wer Hilfe beim Deutschlernen braucht, bekommt sie. Es geht nicht nur um die reine Wissensvermittlung, sondern auch darum, den Jugendlichen Selbstvertrauen und Ziele zu vermitteln. Ein Konzept, das Erfolg hat. »Wir wollen zeigen, dass es für unsere Gesellschaft ein extremer Gewinn ist, in die Bildung von Flüchtlingen zu investieren«, sagt Stenger. »Mein Ziel ist, dass wir die Schlau-Schule irgendwann nicht mehr brauchen, weil der Staat seiner Aufgabe nachkommt. Aber ich kann meine Angestellten beruhigen: Das braucht noch viel Zeit.«

Doch immerhin beobachtet Stenger, dass sich die Dinge allmählich bessern. »Mein bester Partner ist der Fachkräftemangel. Wenn die Wirtschaft Arbeitskräfte braucht, sind Flüchtlinge willkommen.« Tatsächlich hat Bayern vor Kurzem ein Berufsintegrationsjahr eingeführt, in dem Jugendliche durch Sprachförderung und sozialpädagogische Betreuung fit gemacht werden für eine Ausbildung. Zudem gilt in Deutschland seit Juli eine geänderte Beschäftigungsverordnung, nach der deutsche Jugendliche nicht mehr vorrangig eingestellt werden müssen.

Wenn die Kinder es tatsächlich in die deutschen Schulen schaffen, gibt es dort meist weitere Probleme. Die Sprache ist der erste und wichtigste Schritt für den Zugang zu Bildung. Doch nicht immer ist klar geregelt, ob und unter welchen Umständen die Flüchtlingskinder Deutsch lernen. Denn Gesetze zu ändern ist das eine - eine sinnvolle Umsetzung in der Praxis das andere. »Ich fühle mich oft überfordert«, sagt eine Lehrerin der 100. Grundschule in Leipzig. Sie ist seit diesem Schuljahr eingeteilt für den DaZ-Unterricht. DaZ heißt Deutsch als Zweitsprache. »Wir suchen den Radiergummi und malen ihn gelb aus«, sagt sie langsam. Vor ihr sitzen vier Kinder der 1a an zwei zusammengeschobenen Schulbänken. Ihre Zeigefinger kreisen über einem Arbeitsblatt und suchen das richtige Bildchen. Die Kinder kommen aus Serbien, Rumänien, dem Irak. Einmal am Tag haben sie DaZ, danach mit dem Rest ihrer Klasse Musik, Kunst und Sport. Von den 142 Schülern der Grundschule in einem Plattenbauviertel am Rand der Stadt spricht knapp ein Drittel wenig oder kein Deutsch. Aber es gibt nur zwei DaZ-Lehrerinnen. »Wie sollen wir den Kindern da gerecht werden?«, fragt die Schulleiterin Franziska Horn. Viele leben in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber nur ein paar Hundert Meter entfernt. »Manche müssen erst mal lernen, wie Schule funktioniert. Dass man still sitzt, sich meldet. Andere haben Konzentrations- oder Lernschwierigkeiten.«

Die Schulen helfen mit Arbeitsmaterial, aber es fehlt Geld für Deutschlehrer

Das Team der 100. Grundschule ist engagiert. Wenn morgens ein Schüler fehlt, ruft die Sekretärin im Flüchtlingsheim an. Es gibt einen Schrank mit übrig gebliebenem Schulmaterial, damit niemand ohne Schulheft ist. Die Sportlehrerin sammelt in ihrem Handballverein Turnschuhe. Aber die Mitarbeiter stoßen immer wieder an ihre Grenzen. Viele der Kinder brauchten mehr als nur Sprachunterricht. »Eine sozialpädagogische Hilfe wäre

Draußen vor der Tür Sie kommen als Flüchtlinge nach Deutschland und hoffen auf eine bessere Zukunft. Doch nicht überall dürfen ihre Kinder die Schule besuchen.

toll«, sagt Horn. Die hat sie auch beantragt. Doch ob sie kommt und wann - die Schulleiterin zuckt mit den Schultern.

Bislang lassen Bund und Länder die Schulen oft allein mit ihren Problemen. Die Schulpflicht auf alle Kinder auszudehnen könnte ein erster Schritt sein. Dann müssten mehr Mittel fließen. Experten fordern jedoch, mehr Lehrkräfte auszubilden, die die rechtliche und soziale Situation von Asylbewerbern besser verstehen und sozialpädagogische Hilfe anbieten können. In einer Petition rief unlängst der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband den Landtag auf, zusätzliches Geld für die Übergangsklassen bereitzustellen, in denen die Flüchtlingskinder Deutsch lernen sollen. Die Klassenstärke solle auf 16 Schüler begrenzt und das Angebot an Schulsozialarbeit ausgebaut werden.

Wo es keine Angebote wie die Schlau-Schule in München gibt, bleibt der Weg zum Schulabschluss für viele Flüchtlingskinder ein Hindernislauf. Als Eghbal Nabizadeh aus dem Iran 18 wurde, konnte er zwar wieder nach Burg zurück, aber nicht an seine alte Schule. Mit der Volljährigkeit endet die Schulpflicht. Eine Beschulung sei nun nicht mehr möglich, sagte man ihm. Weil die Integrationshilfe Sachsen-Anhalt sich für ihn einsetzte, kann er jetzt seinen Hauptschulabschluss an einer Berufsschule machen. Ein weiterer Haken, den er auf dem Weg zu seinem Ziel schlagen muss.

Die Hoffnung auf ein Studium hat Eghbal trotz allem noch nicht aufgegeben. »Ich mache einfach immer weiter«, sagt er.

VON ANIKA KRELLER

Eghbal Nabizadeh kam als Flüchtling nach Deutschland. Er macht jetzt seinen Hauptschulabschluss. Später will er Chemie studieren

Load-Date: March 25, 2022

Wenn die Botschaft zur Bedrohung wird; Wie Deutschland mit syrischen Flüchtlingen umgeht

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

9. Februar 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 4; Ausg. 7

Length: 747 words

Byline: Özlem Topcu

Body

Die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag hat gerade in Sachen Arabischer Frühling zwei bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Sie lehnte Anträge der Oppositionsparteien ab, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, einen Abschiebestopp für syrische **Flüchtlinge** zu beschließen. Sie lehnte es auch ab, das Rückführungsabkommen zwischen Deutschland und Syrien fristlos zu kündigen, das 2009 unterzeichnet wurde und die Abschiebung sowie Ausweisung illegaler Einwanderer regelt.

Diese Entscheidung ist umso erstaunlicher, wenn man sich die Solidaritätsbekundungen von Abgeordneten vor Augen führt, wie sie in einer Aktuellen Stunde im Bundestag etwa eine Woche vorher dargebracht wurden: Da lobte die CDU den "übermenschlichen Mut" der Syrer, die sich gegen ihr "Mörderregime" stellten, und man sagte, jetzt müsse man ein "klares Bekenntnis gegen das syrische Regime" aussprechen; da hob die FDP heraus, dass das syrische Volk fest entschlossen sei, Menschenrechte und Demokratie einzufordern.

Seit etwa einem Jahr schiebt Deutschland zwar keine syrischen Staatsbürger mehr in ihr Heimatland ab; bis zur "Klärung der Verhältnisse", so das Bundesinnenministerium, habe man den Länderkollegen geraten, keine Abschiebungen vorzunehmen. Was aber passiert mit Syrern, die es hierher geschafft haben, gerade erst als Flüchtlinge, oder die seit geraumer Zeit hier sind, etwa mit einer begrenzten Aufenthaltserlaubnis? Die "ausreisepflichtig" sind, aber nun hierbleiben wollen, solange die Regierung in Syrien auf die eigene Bevölkerung schießen lässt?

Die "Empfehlung" des Bundesinnenministeriums bedeutet nicht, dass nicht in andere europäische Länder abgeschoben wird. Gerade erst sind vier syrische Flüchtlinge (unter ihnen zwei desertierte Soldaten) aus München nach Ungarn ausgewiesen worden - nach europäischem Recht ist immer das Land für den Asylantrag zuständig, in dem Flüchtlinge zuerst ankommen. Der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen bezeichnete die Situation von Flüchtlingen in Ungarn als besorgniserregend; Mitte Januar stoppte der Europäische Gerichtshof sogar die Rückführung eines Sudanese von Österreich nach Ungarn.

Dass Syrien ein dramatischer Sonderfall des Arabischen Frühlings ist, spiegelt der Anstieg der Asylbewerberzahlen wider: Beantragten seit Beginn der Aufstände vor etwa einem Jahr rund 800 Menschen aus Tunesien, Ägypten und Libyen Asyl in Deutschland, waren es 2634 aus Syrien (2010: 1490).

Wenn die Botschaft zur Bedrohung wird Wie Deutschland mit syrischen Flüchtlingen umgeht

In vielen Landes- und Kommunalbehörden scheint zumindest der Ernst der Lage nicht angekommen zu sein. Zum Beispiel forderte die Ausländerbehörde in Magdeburg Anfang November mehrere syrische Staatsangehörige dazu auf, sich bei der Botschaft ihres Heimatlandes in Berlin zu melden - exterritoriales Gebiet, auf dem der deutsche Staat keine Befugnisse hat. Ihre Identitäten sollten geklärt werden.

Eine Tortur für die Betroffenen, die auch in Deutschland, wie ein aktueller Bericht von Amnesty International (ai) über die Lage von Exilsyrern zeigt, von Geheimdienst und syrischen Botschaftsbeamten verfolgt und bedrängt werden. Werden ihre Daten in der Botschaft festgestellt, können die Informationen auch in die Hände des Geheimdienstes gelangen - der ist offenbar auch in Deutschland recht aktiv, wie die Verhaftung zweier mutmaßlicher syrischer Spione am Dienstag in Berlin zeigt. Der syrische Geheimdienst bedrohe Landsleute, so der ai-Bericht, sodass ein Auslandsaufenthalt oder gar ein Asylantrag sie zu Staatsfeinden mache und zudem Repressionen gegen ihre Familien in Syrien zur Folge haben könnte.

In Magdeburg verhinderten erst Eilanträge an das Verwaltungsgericht den Gang zur Botschaft - vorerst. Flüchtlingsorganisationen haben weitere solcher Fälle dokumentiert.

Dies hat offensichtlich auch das Auswärtige Amt beschäftigt. In einem Schreiben an eine Anwaltskanzlei in Göttingen, die syrische Flüchtlinge vertritt, heißt es Mitte Dezember aus dem Ministerium: "In diesem Zusammenhang können die Personalien auch den syrischen Sicherheitsdiensten bekannt werden. Ob dies zu einer Gefährdung der betreffenden Personen oder etwaiger in Syrien lebender Verwandter führen kann, kann nicht abschließend beurteilt werden, ist aber auch nicht auszuschließen."

Da es nicht so aussieht, als würde sich die Situation in Syrien in nächster Zeit verbessern, gibt es Gelegenheit, die politische Haltung zur Lage der Syrer in Deutschland zu überdenken. Dann könnten die Syrer auch den vielen Solidaritätsbekundungen für ihre Sache Glauben schenken.

Load-Date: February 9, 2012

Migranten, Heimweh, Raubkopien; Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: XANTEN; S. 16; Ausg. 32

Length: 1566 words

Byline: Alexander Bätz

Body

Die Nibelungensage ist ein Pfund, mit dem sich touristisch wuchern lässt. In Worms hat man das erkannt und auch in Xanten am Niederrhein, der Heimat Siegfrieds, wo es inzwischen ein Nibelungenmuseum gibt. Doch viel wichtiger ist hier ein weiteres Erbe: das antike. Denn im Gegensatz zu anderen bedeutenden Römerstädten wie Köln oder Mainz wurde die Fläche der Stadt Colonia Ulpia Traiana, des heutigen Xanten, weder im Mittelalter noch in der Neuzeit überbaut - eine in Deutschland einmalige Situation. Der Umstand ist umso glücklicher, da Xanten zwischen etwa 100 und 275 nach Christus zu den wichtigsten römischen Städten nördlich der Alpen zählte und neben Köln, der Hauptstadt, als einziges Gemeinwesen der Provinz Germania Inferior den spezifischen Status einer Colonia innehatte. Hinter der Verleihung dieses besonderen Stadtrechts stand im Falle Xantens Kaiser Trajan (98 bis 117), der sich von diesem Schritt wohl eine zusätzliche Stabilisierung der unsicheren Rheingrenze erhoffte.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur zivilen Siedlung existierte bereits seit augusteischer Zeit ein Legionslager, dessen enge Symbiose mit der Stadt bis ins späte 3. Jahrhundert währte. Zur Blütezeit lebten in Xanten auf einer Fläche von 73 Hektar rund 10000 Menschen. Es gab alles, was den Komfort einer römischen Großstadt ausmachte: von planvoll angelegten Straßenzügen über ausladende Thermen bis hin zum prächtigen Amphitheater. Um 275 zerstörten fränkische Horden, Vorboten der rund hundert Jahre später losbrechenden Völkerwanderung, Garnison und Stadt, womit eine neue Entwicklungsphase des Ortes begann. Das neue, das christliche Xanten indes entstand nicht auf, sondern neben der alten Römerstadt.

Um die Rekonstruktion der Colonia Ulpia Traiana kümmert sich die Kommune seit bald dreißig Jahren. In einem ersten Schritt ließ man fast das gesamte Areal zum Bodendenkmal erklären und wandelte die bis dahin meist landwirtschaftlich genutzte Fläche sukzessive in einen Archäologischen Park um. Mit über 600000 Besuchern im Jahr zählt er heute zu den populärsten Museen in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen das riesige Freigelände mit originalgetreuen Nachbauten römischer Gebäude sowie ein Haus, das die römisch-germanische Geschichte der Stadt und ihrer Umgebung vermittelt.

Immer wieder macht das Museum mit ungewöhnlichen Ausstellungen auf sich aufmerksam. Dabei geht es stets um besondere Facetten der antiken Lebenswirklichkeit und gleichzeitig um Universalien des menschlichen Zusammenlebens. Die aktuelle Schau, entstanden in Kooperation mit dem Aargauer Vindonissa-Museum, dem

Migranten, Heimweh, Raubkopien Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

archäologischen Museum in Konstanz und dem Archäologischen Park Carnuntum bei Wien, trägt den Titel *Überall zu Hause und doch fremd. Römer unterwegs*. Erneut ein akutes Thema: Mobilität, Migration, Heimat. Den räumlichen und zeitlichen Rahmen bilden die germanischen Provinzen während der hohen römischen Kaiserzeit.

Dass die Antike eine "mobile Epoche" war, ist nicht nur für Altertumswissenschaftler mittlerweile eine Binsenweisheit. Ob ominöse Seevölker in der späten Bronzezeit, griechische Stadtgründungen in Unteritalien und auf Sizilien oder phönizische Kaufleute in Nordafrika - es gab viel Bewegung rund ums Mittelmeer. Häufig waren großräumige Wanderungs- und Migrationsprozesse ausschlaggebend für historische Zäsuren. Die römische Geschichte selbst verdankt ihren Beginn - dem Mythos nach - einer Migration: Aeneas, ein gebeutelter Kriegsflüchtling aus Troja, und ein umherziehender Halbstarker aus den Hügeln Latiums namens Romulus werden seit Jahrtausenden mit der Gründung der Stadt in Verbindung gebracht.

Auch das kaiserzeitliche Reich funktionierte über einen Zeitraum von mehreren Hundert Jahren als konsolidierter Verbund verschiedener Kulturen und Völker, die sich zeitweise von Britannien bis zum Euphrat in einem riesigen wirtschaftlichen Binnenraum bewegten. Ein ausgebautes Straßennetz, Schiffe im Linienverkehr, weitverzweigte Handelsbeziehungen, Latein und Griechisch als gemeinsame Verwaltungssprachen und nicht zuletzt die über die Jahrhunderte ansteigende Vergabe des einheitlichen römischen Bürgerrechts im gesamten Reich ermöglichten eine erstaunliche Mobilität.

Den Kuratoren in Xanten geht es freilich nicht um eine Aufbereitung infrastruktureller Besonderheiten. Im Mittelpunkt stehen beispielhafte Lebensläufe, menschliche Schicksale. Dazu gehören die Viten von Händlern und Soldaten, aber auch von Sklaven - so ziemlich jede soziale Schicht ist vertreten.

Auf eine übertriebene digitale Begleitung wird verzichtet. Stattdessen will man die Objekte für sich sprechen lassen, sie seien die Medien, erklärt Charlotte Schreiter, die Direktorin des Museums. Diese Haltung tut der Schau gut, verblasen doch gegen die emotionale Kraft eines antiken Briefes die buntesten digitalen Bilder.

Bereits ein erstes, für den flüchtigen Blick eher unscheinbares Schaustück ist von bemerkenswerter Aktualität. Wir sehen einen bronzenen Beschlag für das Futteral eines Messers. Das etwa 13 Zentimeter lange Objekt trägt den Namen des Herstellers, des Metallhandwerkers Gemellianus aus dem heutigen Baden im Kanton Aargau. Wie die entsprechende Fundverbreitung zeigt, erfreuten sich die Produkte des Gemellianus offenbar im gesamten Gebiet nördlich der Alpen großer Beliebtheit. Gemellianus war eine Marke, und der in Durchbruchtechnik auffällig angebrachte Name war das Logo. Kurioserweise existierte weit entfernt vom Produktionsort in der Schweiz, in der Nähe von Passau, augenscheinlich eine Werkstatt, die sich vielleicht im großen Stil, definitiv jedoch im Falle der Produkte des Gemellianus, auf die Herstellung von Raubkopien spezialisiert hatte.

Vom homogenen Handelsraum des Imperium Romanum profitierte noch ein weiterer Schweizer, dem wir in Xanten begegnen: der Weinhändler Marcellus. Aus Dankbarkeit für gute Geschäfte in der Fremde errichtete er an der festländischen Küste des Ärmelkanals der Göttin Nehalennia einen Weihstein; sie galt in der Region als Schutzgöttin der Seefahrer.

Auch ein aus heutiger Sicht eher finsterner Geselle, der Sklavenhändler Carassounus, war viel unterwegs. Er nahm eine geglückte Alpenüberquerung zum Anlass, dem "Iuppiter vom Großen St. Bernhard" eine Weihgabe mit einer Votivtafel darzubringen.

Der wichtigste Faktor für die kulturelle Durchmischung des Imperium blieb die Armee. An die Rekrutierung in der Heimatprovinz schloss sich die Verlegung von Abertausenden Soldaten vor allem in die Grenzgebiete des Reiches an, wo die Männer oft jahrelang stationiert blieben. Aus diesem Zusammenhang stammt eins der schönsten Objekte der Ausstellung: ein Zaumzeugbeschlag aus versilberter Bronze, der sich der Reitereinheit des Älteren Plinius zuweisen lässt. Plinius, Verfasser der monumentalen *Naturgeschichte* und prominentes Opfer der Vesuv-Katastrophe von 79 nach Christus, die zum Untergang Pompejis führte, agierte Mitte des 1. Jahrhunderts als Präfekt eines Kavalleriekontingents in Germania Inferior.

Migranten, Heimweh, Raubkopien Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

Erheblich persönlicher wird es bei der Grabstele der Griechin Demo. Der Inschrift zufolge hatte das Schicksal sie nicht nur mit einem Eunuchen zusammenleben lassen, sondern, was offenbar erheblich schwerer wog, darüber hinaus in den nebligen Norden, nach Bonn, verschlagen. Der in ihrer Muttersprache verfasste Text zeigt, dass Demo ihre griechische Identität niemals aufgegeben hat.

Ebenso eindrücklich endet die Grabinschrift eines hohen römischen Offiziers aus Nordafrika, der während seiner Dienstzeit in Niedergermanien verstarb: "Ihn hat mauretanische Erde geboren, fremde Erde bedeckt ihn nun." Ein ähnliches Gefühl der Fremdheit mag auch die Frau eines britannischen Soldaten gequält haben, die ihrem Mann an dessen neuen Standort nach Worms gefolgt war. Die Grabbeigaben zeigen, dass die Integration offensichtlich nicht ganz gelingen wollte: Die Britannierin in Germanien kleidete sich weiterhin in der Tracht ihrer Heimat.

Heimat- und Heimwehgefühle kannten schon damals viele Spielarten. Eine besondere Form deutet der Brief eines Soldaten an, der sich während seines Urlaubs bei den Kameraden nach deren Befinden in der Garnison erkundigt. Die engen Bindungen, die der üblicherweise 25 Jahre dauernde Militärdienst in der Fremde unter den Soldaten schaffen konnte, ließ hier ganz offensichtlich das Militär zur Heimat werden.

Es sind Exponate wie diese, die den besonderen Charakter der Ausstellung ausmachen: Migration und Mobilität werden im Spiegel der persönlichen Erfahrung lebendig. Heimweh, Fremde, Heimat - all das zeigt sich als eine uralte Konstante der menschlichen Existenz. "Niemand", sagt der römische Philosoph Seneca, "liebt sein Vaterland, weil es bedeutsam, sondern weil es das seine ist."

Am Ende dieser fabelhaften Schau steht eine überlebensgroße Statue von Trajan, dem ersten römischen Kaiser, der nicht aus den Kreisen der stadtrömischen oder italischen Eliten stammte. Passender geht es nicht: Trajans Geburtsort liegt in der römischen Provinz Baetica, die in ihrem größten Teil dem heutigen Andalusien entsprach. So wird der Gründer der Römerstadt Xanten die letzte "Inkarnation" des Ausstellungsthemas: als Kaiser mit Migrationshintergrund, als spanischer Römer auf dem Thron.

VON ALEXANDER BÄTZ

"Überall zu Hause und doch fremd. Römer unterwegs", bis zum 3. November; RömerMuseum, Xanten, Trajanstraße 4, Tel. 02801/7120. Anschließend ist die Ausstellung im Dominikanermuseum in Rottweil zu sehen

Graphic

Bekenntnis zum Judentum: Ring mit Menora, gefunden 2001 in Kaiseraugst am Oberrhein

In der Schweiz geboren, unter Spaniern gelebt, in Germanien gestorben: Rekonstruierte Grabstele eines Reitersoldaten

Münzen aus dem fernen Südosten des Reiches, die man in Xanten entdeckte

Load-Date: August 1, 2013

Endlich frei!; Wann erkennen wir den wahren Wert der Personenfreizügigkeit? Sie emanzipiert den Bürger vom Staat

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ;Endlich frei!; S. 12; Ausg. 1

Length: 1370 words

Byline: Johan Rochel

Stefan Schlegel

Body

Johan Rochel,Stefan Schlegel

Es ist seltsam: Die große Mehrheit der politischen Kräfte in der Schweiz will die Personenfreizügigkeit (PFZ) verteidigen. Und trotzdem fehlt in der Debatte eine positive Bewertung der Personenfreizügigkeit fast vollständig. Von ihren Befürwortern wird die PFZ in der Regel als ein notwendiges Übel dargestellt: unverzichtbar für den bilateralen Weg, den die Wirtschaft braucht. Dabei ist die Freizügigkeit zwischen den EU/Efta-Staaten und der Schweiz - aber auch innerhalb der EU - in erster Linie ein Projekt der Emanzipation der Bürger vom Staat. Alle Europäer haben das Recht, ihr Leben aus eigener Kraft und eigenem Antrieb zu verbessern - an dem Ort, von dem sie sich die besten Lebenschancen versprechen. Mit weitreichenden Folgen: Die Personenfreizügigkeit stellt das Verhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat auf eine freiwillige Basis.

Heute leben Europas Bürger nicht mehr in einem Land, weil es das Schicksal für sie so ausersehen hat und weil die Migration in einen anderen Staat rechtlich kaum möglich ist. Nein, sie haben sich bewusst dafür entschieden, dort zu leben.

Die Personenfreizügigkeit ist ein Mittel gegen die Tyrannei der Geografie.

Was heißt das konkret? Die Personenfreizügigkeit sichert Migration rechtlich ab und reduziert die praktischen Schwierigkeiten einer Auswanderung. Alle, die mit dem Gedanken spielen, dereinst auszuwandern, können ihre Zukunft planen, weil sie wissen: Sie können gehen, sollte sich diese Option für sie als sinnvoll erweisen. Die Schweiz - ebenso wie die EU/Efta-Staaten - verzichten zugunsten der individuellen Freiheit auf staatliche Macht. Sie können Migrierende, wie noch vor Einführung der Personenfreizügigkeit, nicht mehr nach einigermaßen willkürlichen Kriterien aufnehmen oder ablehnen. Das erhöht nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch das politische Gewicht der einzelnen Bürger im Freizügigkeitsraum. Indem sie auswandern - oder dies zumindest androhen -, können sie das politische Geschehen beeinflussen. Sie können nicht nur mit den Händen abstimmen, sondern auch mit den Füßen. Aus der Sicht eines Staates werden seine Bürger plötzlich flügge. Zuvor

Endlich frei! Wann erkennen wir den wahren Wert der Personenfreizügigkeit? Sie emanzipiert den Bürger vom Staat

waren sie oft faktisch im Inland gefangen, nun, dank der Freizügigkeit, sind sie alle potenzielle Emigranten. Die europäischen Staaten tragen das Risiko, dass ihnen ihr bestes Personal abhandenkommt, selbst wenn sie für dessen Ausbildung aufgekomen sind. Nur durch gute Rahmenbedingungen können die Staaten heute ihre Talente noch an sich binden. So entsteht ein Wettbewerb. Der amerikanische Völkerrechtler Joel P. Trachtman hat die Folgen dieser Befreiung folgendermaßen zusammengefasst: »Die Liberalisierung der Migration wirkt vor allem deshalb zersetzend auf die Souveränität von Staaten, weil sie das Untertanenverhältnis zwischen dem Bürger und seinem Staat ein für alle Mal aufbricht und klarmacht, dass Staaten dazu da sind, den Bürgern zu dienen, und nicht andersrum.« Die Personenfreizügigkeit setzt eine stille Revolution in Gang, die nicht nur persönliche Lebensverhältnisse fundamental verändert, sondern auch die Macht des Staates über seine Bürger.

Was aber macht diese Machtverschiebung mit der nationalen Identität eines Landes? Etwa jener der Schweiz, an die sich die Gegner der Personenfreizügigkeit so heftig klammern? Auf den ersten Blick macht ihr die PFZ den Garau. Aber zwingend ist das nicht. Denn gleichzeitig stärkt die Personenfreizügigkeit eine Konzeption der gemeinsamen Identität: die Willensnation. Also just jene Staatsform, welche die Schweiz für sich reklamiert.

In einer Willensnation entsteht die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft nicht aus der Idee einer gemeinsamen Herkunft, die sowieso ein Mythos ist. Sondern sie entwickelt sich aus der Überzeugung der Einzelnen, Teil eines funktionierenden Gesellschaftsvertrages zu sein, der Freiheit, Sicherheit und Prosperität zu einem guten Preis zur Verfügung stellt. In diesem Verständnis von kollektiver Identität wird die gegenseitige Bindung mit jeder Person verstärkt, die sich freiwillig dazu entscheidet, Teil dieser Gemeinschaft zu werden - sowie mit jeder Person, die sich entscheidet zu bleiben, obwohl sie ohne Weiteres gehen könnte.

Die Verpflichtungen des Bürgers gegenüber dem Staat werden zunehmend zu einem freiwilligen Engagement. Patriotismus dient dem Staat nicht mehr dazu, von seinen Einwohnern einfach Opfer einfordern zu können, sondern er entsteht aus der Loyalität des Bürgers zu Institutionen, die bewiesen haben, dass sie gut funktionieren. Patriotismus ist nicht mehr Selbstzweck, sondern Ergebnis und Voraussetzung des gelungenen Versuches, gemeinsame Angelegenheiten gemeinsam und zu tragbaren Kosten zu regeln. Durch die Freizügigkeit verlieren Staaten an Einfluss auf ihre Bürger, gleichzeitig stärkt sie aber die Loyalität zur gemeinsamen Sache, zur *res publica*.

Gelingt es den staatlichen Institutionen nicht, gute Rahmenbedingungen bereitzustellen, müssen sie besonders gut auf ihre Einwohner hören, wie die institutionellen Mängel behoben werden könnten. Deshalb gilt: Wie direkt Bürgerinnen und Bürger in staatliche Entscheide eingebunden sind, zeigt, wie gut ein Staat für die neue Situation einer freiwilligen Mitgliedschaft gerüstet ist.

Die Schweiz hat diesbezüglich außerordentlich gute Karten.

Nicht nur die vergleichsweise große Immunität des Landes gegen das Märchen einer ethnischen Zusammengehörigkeit, sondern auch die besonders gute Einbindung seiner Bürgerinnen und Bürger in die politische Willensbildung prädestiniert die Schweiz daher, besser mit den Herausforderungen der Personenfreizügigkeit umzugehen als die meisten anderen europäischen Staaten. Sie verfügt bereits über das Selbstverständnis als Willensnation und muss nur noch lernen, dass sich dieses Selbstverständnis nicht nur auf die Vergangenheit anwenden lässt, sondern auch auf eine Zukunft, die von einer starken, anhaltenden und marktgesteuerten Zuwanderung geprägt sein könnte.

Die Personenfreizügigkeit schreibt die Geschichte eines Gemeinwesens weiter, welches die Freiheit des Individuums zum zentralen Zweck hat und diese allmählich ausbauen will. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet jene, die sich die größten Sorgen um die kollektive Identität der Schweiz machen, am wenigsten erkennen können, dass in der Freizügigkeitsidee so viel Schweizerisches angelegt ist. Ja, wir könnten fast behaupten: Wir haben sie erfunden!

Durch die Personenfreizügigkeit geraten also nicht nur wir Bürger unter Druck, sondern auch die Staaten. Immer stärker werden sie aktiv um die Gunst von Arbeitskräften und Steuerzahlern kämpfen müssen. Früher haben sie sich diesen Kampf einfach gemacht, indem sie Migration nach Kräften erschwerten. Doch in Europa haben sich

Endlich frei! Wann erkennen wir den wahren Wert der Personenfreizügigkeit? Sie emanzipiert den Bürger vom Staat

die Bürger von dieser Zumutung emanzipiert. Der französische Philosoph Voltaire hat schon früh erkannt, dass ein freiheitliches System der Migration einer durch den Zufall der Geburt diktierten Zwangsgemeinschaft überlegen ist. In seinem *Dictionnaire philosophique* schrieb er: »In mehreren Staaten ist es den Bürgern nicht erlaubt, aus dem Gebiet auszuwandern, in das der Zufall sie geboren hat. Der Sinn dieses Verbotes ist offensichtlich: Ein solcher Staat ist so schlecht regiert, dass es allen Bürgern verboten werden muss, auszuwandern, aus Angst, dass sonst alle auswandern würden. Machen Sie es besser. Regieren Sie so, dass alle Einwohner Lust haben zu bleiben und alle Fremden Lust haben herzukommen.« Wie die letzten Boomjahre zeigten, ist die Schweiz auf gutem Wege, zum Voltairschen Idealstaat zu werden. Es wäre ein Jammer, würden wir im Februar, wenn wir über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP abstimmen, diesen Pfad verlassen.

VON JOHAN ROCHEL UND STEFAN SCHLEGEL

Johan Rochel, Jurist und Philosoph, ist Vizepräsident des Thinktanks foraus - Forum Aussenpolitik. Stefan Schlegel ist Jurist und leitet bei foraus das Programm Migration

Der Schweizer Cornel Bolt hat Dank der Personenfreizügigkeit sein Glück in London gefunden

Load-Date: March 25, 2022

**Was wir Deutschen ausrichten können gegen die Unglücke vor Lampedusa;
Europa sollte wirklich alles tun, was in seinen Kräften liegt, um den
Flüchtlingen zu helfen. Seine Dilemmata sind keine Entschuldigung für
Untätigkeit.**

ZEIT-online

Montag 14. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge; Ausg. 42

Length: 701 words

Byline: Robert Leicht

Body

Robert Leicht, 68, ist Politischer Korrespondent der ZEIT. Von 1992 bis 1997 war er ihr Chefredakteur. Seit 2010 ist er Vorstandsvorsitzender der Schule Schloss Salem e.V.

© Nicole Sturz

Auch gestern sind wieder **Flüchtlingsboote** im Mittelmeer in Seenot geraten. Werden wir auch in dieser Woche neue Schreckensbilder aus Lampedusa zu sehen bekommen? Werden weitere Menschen jämmerlich untergehen, die doch nur an das im weitesten Sinne rettende Ufer gelangen wollen, das Meer ihrer Nöte hinter sich lassend? Ab wie vielen geborgenen Toten an gibt es das nächste Staatsbegräbnis, zu dem hohe europäische Repräsentanten an- und dann eben auch wieder abreisen?

Es gibt nicht nur ein krasses Missverhältnis zwischen dem spontanen Entsetzen über die einzelnen Schicksale und dem, was wir kollektiv gegen diese Not tun. Sondern auch ein Missverhältnis zu dem, was wir mit fundamentaler Wirkung tun können - und zwar rechtzeitig.

Papst Franziskus hat immerhin unter den in Lampedusa Angekommenen 1.600 Telefonkarten verteilen lassen. Was immer die, so gesehen, glücklichen Armen damit anfangen sollen, falls sie in ihrer Heimat keine Telefone haben und in Europa niemanden kennen, den sie anrufen könnten. Über symbolische Handlungen soll man nie spotten, aber solche Symbole sind, bei aller Sympathie, keine Lösung in der Sache.

Aber wüssten wir denn eine Lösung, zudem in angemessener Zeit? Gewiss, wir könnten mehr Flüchtlinge bei uns aufnehmen, in Deutschland, in Europa. Die Zahl ist keine starre Größe, sondern auch eine Funktion der Art und Weise, in der wir über diese Probleme reden.

Wer freundlicher über die Armutsflüchtlinge redet, kann auch mehr von ihnen aufnehmen. Doch werden wir je an die wahre Not herankommen? Selbst wenn unsere Bürger mitmachen, die sich schon über jede neue Kita in ihrer Nachbarschaft aufregen, erst recht über Flüchtlingsheime.

Was wir Deutschen ausrichten können gegen die Unglücke vor Lampedusa Europa sollte wirklich alles tun, was in seinen Kräften liegt, um den Flüchtlingen zu helfe....

Ein kleiner Ausschnitt aus den Proportionen: Deutschland hat sich bereit erklärt, 5.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Den Vereinten Nationen zufolge haben aber mindestens zwei Millionen Syrer ihr Land verlassen. Man bräuchte also 400 Deutschlands, um diese Flüchtlinge unterzubringen. Und dabei geht es hier nur um einen der vielen Konflikts- und Armutsherde. Wir sollten also unternehmen, was wir können. Und das heißt zugleich: was wir können wollen.

Doch selbst wenn Europa mit einem Schlag dreimal so viele Flüchtlinge aus dem Krisengürtel rund um sein südliches Meer aufnehmen würde - doch an diese Verdreifachung wird keine Politik denken - würde der Migrationsdruck nicht wirklich nachlassen, sondern eher noch steigen, weil sich dann noch mehr Menschen Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa machen würden? Und wer könnte es ihnen verdenken? Schreckensbilder aus den Wogen vor Lampedusa blieben uns auch dann nicht erspart.

Fünf vor 8:00

Abonnieren Sie die Morgenkolumne von Josef Joffe, Theo Sommer, Matthias Naß, Robert Leicht und Ulrich Greiner - täglich per E-Mail.

Ihre E-Mail-Adresse: [Jetzt anmelden](#)

Also die Krisen und die Armut am Ort ihrer Entstehung bekämpfen? Darüber reden wir jedoch, seitdem es so etwas wie eine Entwicklungspolitik gibt, die mehr ist als Entwicklungshilfe, immerhin. Doch mit welchem nachhaltigen Effekt?

Ändern wir unsere Handelspolitik je zugunsten der ärmsten der Länder? Hören unsere westlichen Unternehmen, vor allem die Rohstoff- und Energie-Erschließer und -Ausbeuter damit auf, mit korrupten lokalen Eliten zu kooperieren, die das zum Teil beträchtliche potenzielle Vermögen ihrer Länder schnell in die eigene Tasche stecken und außer Landes bringen?

Und wie soll man Völkern helfen, deren Eliten offenbar mehr Gefallen an Diktatur, Putsch, Bürgerkrieg und dergleichen haben als an einer fruchtbaren Entwicklung ihrer Länder im Sinne des gemeinen Wohls? Und selbst die diversen politischen Frühlingsstürme, die an der Südküste des Mittelmeeres entlanggezogen sind, haben bisher nirgendwo einen reichen Sommer gebracht.

Die Schreckensbilder vor Lampedusa werden uns noch lange immer wieder einholen. Selbst wenn wir wirklich alles tun sollten, was in unseren Kräften liegt.

Doch dieses Dilemma ist keine Entschuldigung für Untätigkeit. Jeder gerettete Mensch ist einer mehr. Und ein Ertrunkener weniger.

Load-Date: October 14, 2013

Mutige Passagiere; Unmenschliche Gesetze? Man kann sich ihnen widersetzen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEITGEIST; S. 12; Ausg. 28

Length: 594 words

Byline: Evelyn Finger

Body

Die im Dunkeln sieht man nicht. Und die auf den billigen Plätzen, in der letzten Reihe der Ferienflieger, fallen nicht weiter auf. Das hoffen jedenfalls die deutschen Asylbehörden, wenn sie sich auf dem Luftweg und ohne Aufsehen einiger unbequemer Flüchtlinge zu entledigen versuchen. Immer wieder gibt es unglückliche Menschen, die es zwar geschafft haben, aus Ländern wie dem Iran oder Pakistan zu entkommen. Aber leider geraten sie auf ihrer Flucht vor Diskriminierung, vor politischer Haft, vor Folter in die Fallstricke des europäischen Asylrechts.

Die entsprechende EU-Verordnung heißt Dublin III, und ihr Kern ist die Drittstaatenklausel. Die besagt, dass ein Flüchtling in jenem EU-Land seinen Asylantrag stellen muss, das er zuerst betreten hat. Landet er in Ungarn, Griechenland oder Italien, wo die Regierungen überfordert und die Lebensbedingungen für Flüchtlinge oft unerträglich sind, und macht sich dann weiter auf den Weg nach Deutschland, hat er hier kein Recht auf Zuflucht. Die deutschen Behörden sind nicht zuständig. Sie schicken ihn zurück, eben nach Ungarn, Italien oder Griechenland. Die Drittstaatenklausel ist also eine K.-o.-Klausel. Heribert Prantl hat sie in der *Süddeutschen Zeitung* als "schärfste rechtspolitische Waffe seit der Erfindung der Guillotine" bezeichnet. Das klingt ein bisschen sehr blutig. Doch in der Tat: Es nützt einem Flüchtling nichts, zu Hause gefoltert worden zu sein, es nützt ihm nichts, wenn die akute Todesgefahr für den Fall seiner Abschiebung erwiesen ist - allein sein Weg interessiert die Behörden. Wenn er auf der Flucht falsch ausgestiegen ist, wird er bei uns keine Aufnahme finden.

Das ist brutal. Das ist Gesetz. Und dass Gesetze brutal sein können, wusste schon Friedrich Hegel, einer der geistigen Väter unseres freiheitlichen Rechtsstaates, der erklärt hat, dass im Prozess der Verrechtlichung auch Unrecht geschehen kann. Das heißt: Einzelne Menschen können in den Zustand vollkommener Schutzlosigkeit geraten. Sie sind dann Ausgestoßene. Im römischen Strafrecht hieß dieser Status "Homo sacer". Hegel sagt, solches Unrecht lässt sich nicht ausschließen. Aber er sagt nicht, wir müssen uns damit abfinden. Denn außer dem Recht und der Realität gibt es auch noch das Gewissen.

Deshalb klappt die Abschiebung von Flüchtlingen manchmal doch nicht. Auch wenn sie ganz hinten, in der allerletzten Reihe der Ferienflieger sitzen, fallen sie manchmal jemandem auf. Man kann nämlich als Tourist buchstäblich gegen die europäische Abschiebep Praxis aufstehen. Man stellt sich einfach hin, dann darf das Flugzeug nicht starten. So ist es in Deutschland jetzt mehrfach geschehen. Die Website *No Deportation*

Mutige Passagiere Unmenschliche Gesetze? Man kann sich ihnen widersetzen

verzeichnet zwischen dem 20. und 26. Juni drei Fälle von zivilem Ungehorsam. Politische Aktivisten hatten auf den Flughäfen Zettel verteilt und die Passagiere über die Abschiebungen informiert. So wurde in München, Berlin und Hamburg verhindert, dass ein Afghane, ein Pakistaner und ein Iraner ausgeflogen wurden, bloß weil das Gesetz es hergibt. Was heißt das? Dass Gesetze Makulatur sind? Nein. Aber Gesetze können so eklatante Makel haben, dass es richtig ist, sich ihnen zu widersetzen.

Man nennt das auch den Aufstand des Gewissens. Er erfordert immer noch Mut. Denn wer einen solchen Flug verhindert, kann mit Geldbußen bis zu 25000 Euro bestraft werden. Trotzdem fanden sich in Deutschland Menschen, die das riskierten. Dabei wollten sie nur in den Urlaub. Aber dann haben sie entschieden, sich umzudrehen und den, nun ja: den Opfern unseres Asylrechts ins Auge zu sehen.

VON EVELYN FINGER

Graphic

Evelyn Finger leitet das ZEIT-Ressort Glauben & Zweifeln

Load-Date: July 4, 2013

End of Document

**Europa wandert wie noch nie; Die Debatte um mehr Zuwanderung nach
Deutschland übersieht das Entscheidende: Die europäischen
Migrationsströme ordnen sich gerade radikal neu.**

ZEIT-online

Montag 13. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: MIGRATION; Ausg. 20

Length: 1113 words

Byline: Herbert Brücker

Body

Integrationskurs in Oberhausen

© Roland Weihrauch/dpa

Selten ließ sich besser prüfen, wie gut Europas gemeinsamer Währungsraum funktioniert. Der Nobelpreisträger und Ökonom Robert Mundell stellte bereits Anfang der sechziger Jahre die These auf, dass eine Währungsunion besonders dann Erfolg hat, wenn die Arbeitsmobilität hinreichend hoch ist. Kommt es zu wirtschaftlichen Schocks in einigen Mitgliedsstaaten, fallen die Folgen für die Menschen weit weniger hart aus, weil andere Arbeitsmärkte innerhalb des Währungsraums die Arbeitssuchenden aufnehmen können.

Mundell beschrieb damals ziemlich genau jene Situation, vor der ein großer Teil Europas heute steht. Die Euro-Zone ist wirtschaftlich tief gespalten. Nach einer langen Phase hohen Wachstums ist in den südlichen Mitgliedsstaaten (und in Irland) die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhen gestiegen. Deutschland und einige nordeuropäische Länder hingegen verzeichnen hohe Kapitalzuflüsse und niedrige Arbeitslosenquoten. Die Folgen der Finanzkrise scheinen in diesen Ländern fast überwunden zu sein. Wenn die Euro-Zone ein optimaler Währungsraum wäre, müsste die Wanderung innerhalb Europas also deutlich ansteigen - vor allem vom Süden in den Norden.

Tatsächlich scheinen die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes das auf den ersten Blick zu widerlegen. Zwar kamen im Jahr 2012 rund 369.000 Personen mehr nach Deutschland, als dass Menschen das Land verließen. Eine solch hohe Nettozuwanderung gab es zuletzt im Jahr 1995, als der frühere Ostblock zusammenbrach und im früheren Jugoslawien ein Bürgerkrieg tobte. Dennoch ist die Zuwanderung aus den europäischen Krisenstaaten - anders als in den vergangenen Tagen oft berichtet - noch immer gering: Das Wanderungssaldo aus allen vier südeuropäischen Krisenstaaten - Griechenland, Italien, Portugal und Spanien - belief sich im vergangenen Jahr auf 72.000 Personen. Das ist angesichts von Arbeitslosenquoten von bis zu 25 Prozent in Spanien und Griechenland zu wenig, um die Arbeitsmärkte in diesen Ländern zu entlasten.

Europa wandert wie noch nie Die Debatte um mehr Zuwanderung nach Deutschland übersieht das Entscheidende: Die europäischen Migrationsströme ordnen sich gerade r....

Haben die Skeptiker also Recht, die schon immer darauf verwiesen haben, dass die Arbeitsmobilität innerhalb der Euro-Zone zu niedrig ist, um eine gemeinsame Währung einführen zu können? Nur auf den ersten Blick. Wer die jüngsten Daten genauer betrachtet, kommt zu dem Schluss, dass die Krise durchaus große Auswirkungen auf das Wanderungsverhalten in Europa hat. In Wahrheit ordnen sich die europäischen Wanderungsströme gerade radikal neu.

Noch vor der Krise gab es zwei wichtige Wanderungsmagneten in Europa: Italien und Spanien im Süden, Großbritannien und Irland im Westen Europas. In Spanien ist in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Bürger, die im Ausland geboren wurden, von zwei auf 16 Prozent gestiegen. Eine solche Entwicklung hatte es zuvor in keinem Industriestaat gegeben. Auch Griechenland, Italien, Irland und Großbritannien verzeichneten in den vergangenen zehn Jahren einen in der Geschichte dieser Länder einmaligen Anstieg der Zuwanderung.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieser Entwicklung ein Ende gesetzt. Der Strom der Zuwanderer wird nun umgelenkt. Deutschland löst dabei Länder wie Spanien und Italien als Wanderungsmagnet ab. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Wanderungsströmen aus Mittel- und Osteuropa. Bis zum Ausbruch der Krise absorbierten Spanien und Italien rund 80 Prozent der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in der EU. Großbritannien und Irland zogen ebenfalls 80 Prozent der Zuwanderung aus Polen und den anderen acht neuen Mitgliedsstaaten an, die 2004 der EU beigetreten sind. Heute entfallen auf Deutschland knapp 60 Prozent der Zuwanderung aus den acht neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten des Jahres 2004. Rund 40 Prozent der EU-Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien kamen zuletzt nach Deutschland.

Woran liegt das? Es wäre ein Missverständnis zu glauben, dass die neuen Zuwanderer nach Deutschland kommen, weil die Wirtschaft hierzulande so viel besser läuft. Stattdessen kommen mehr Menschen aus Osteuropa, weil sie in den früheren europäischen Zielländern keine Chance mehr sehen. Neue Untersuchungen zeigen, dass 70 Prozent des Anstiegs der Zuwanderung nach Deutschland in den Jahren 2007 bis 2012 auf die Tatsache zurück geht, dass sich die wirtschaftliche Lage in anderen Zielländern verschlechtert hat. Nur rund zehn Prozent des Anstiegs lassen sich mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit erklären. Viele Einwanderer würden also weiterhin gerne in Spanien oder Großbritannien leben. Die schlechte Arbeitsmarktlage hingegen schreckt sie ab.

Dahinter verbirgt sich ein größerer Trend. Fallende Transportkosten durch Billigfluglinien und fallende Kommunikationskosten haben dazu geführt, dass die Geografie eine immer geringere Rolle für Wanderungsströme spielt. Netzwerke sind für Migranten zwar noch immer wichtig. Die Wanderungsbewegungen aber reagieren heute immer stärker auf Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Institutionelle Veränderungen, wie die frühzeitige Öffnung der Arbeitsmärkte durch Großbritannien und Irland im Zuge der EU-Osterweiterung, aber auch wirtschaftliche Schocks wie die Euro-Krise, können deshalb drastische Verschiebungen der Migrationsströme bewirken. Genau das erleben wir derzeit.

Deshalb greift die Kritik an der zu geringen Arbeitsmobilität in Europa zu kurz. Es reicht nicht, nur auf die Auswanderer zu schauen, die Krisenstaaten wie Spanien in Richtung Deutschland verlassen. Das Arbeitsangebot auf dem spanischen Arbeitsmarkt sinkt im Moment vielmehr dadurch, dass die Migration aus anderen Ländern deutlich zurückgeht. In Spanien würden heute ohne die Wirtschafts- und Finanzkrise rund 800.000 bis 1,2 Millionen Personen mehr leben, in Deutschland 300.000 bis 500.000 Personen weniger. Diese Umlenkung von Migrationsströmen hat einen spürbaren Einfluss auf die Arbeitsmärkte: Der spanische Arbeitsmarkt wird entlastet, der deutsche Arbeitsmarkt profitiert von einem steigenden Arbeitsangebot. Es ist also genau das eingetreten, was Robert Mundell erhofft hatte.

Zwar lässt sich darüber streiten, ob die Arbeitsmobilität hoch genug ist, damit die Euro-Zone das Kriterium eines optimalen Währungsraums erfüllt. Auf jeden Fall aber hat die Euro-Krise einen weitaus größeren Einfluss auf die Wanderungsströme in Europa, als die geringen Zuwanderungszahlen aus den südeuropäischen Krisenstaaten nach Deutschland und in andere EU-Staaten auf den ersten Blick vermuten lassen.

Europa wandert wie noch nie Die Debatte um mehr Zuwanderung nach Deutschland übersieht das
Entscheidende: Die europäischen Migrationsströme ordnen sich gerade r....

Load-Date: May 14, 2013

End of Document

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND; Unser Reporter Moritz von Uslar berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Flüchtlinge unter Polizeischutz in ein ehemaliges Schulgebäude in Berlin-Hellersdorf. Die Aufregung war groß. Wie sieht es an diesem Ort jetzt aus?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEITMAGAZIN;MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND; S. 46-47; Ausg. 49

Length: 1069 words

Byline: Moritz von Uslar

Body

November: kaum Licht. In einer plötzlichen Furcht, zu früh am Ort zu sein, blieb ich stehen - vor einem beigefarbenen Alten, der da im Nieselregen die Radkappen seines Autos wusch. Er guckte, sagte dann seinen Text auf: "Das sind alles nette Leute, die Asylanten." Winkt, wäscht, will weiter nichts sagen.

Punkt halb zehn morgens in Hellersdorf, dem Land der Plattenbauten. Das Asylantenheim, eine ehemalige Schule: vier Stockwerke à 18 Fenster. Die Tür steht offen. Ein Fenster ist gekippt. Zwei alte DDR-Straßenlampen. Die Müllcontainer auf der anderen Seite der Straße sind von Maschendrahtkäfigen eingefasst. Es tropft. Auf das Dach der ehemaligen Sporthalle nebenan setzt sich eine fette Krähe. Ein Polizeiauto kriecht vorbei. Es ist, so versteht der Reporter, das Gucken und Stehenbleiben vor dem Heim eine delikate Sache, weil man als Besucher den Asylanten ja nicht auf die Nerven gehen und schon gar keine Angst einjagen möchte. Auf dem Balkon im Hochparterre des Plattenbaus gegenüber stehen drei Frauen zusammen und rauchen: "Wir dürfen nichts sagen. Wollen auch gar nichts sagen." Die Medienprofis von Hellersdorf.

Wir sind bewusst ein wenig später dran - drei Monate ist es her, dass in den Plattenbau in der Carola-Neher-Straße in Berlin-Hellersdorf 50 Flüchtlinge unter Polizeischutz einzogen. Tags drauf spielten sich vor dem Heim unheimliche Szenen ab: Befürworter und Gegner stießen aufeinander. Bilder von schreienden NPD-Männern vor dem Asylantenheim. Der Satz, den die Zeitungen am nächsten Tag druckten, lautete: "Ein massiger Mann hebt den Arm zum Hitlergruß." Empörung über den "braunen Dienstag" von Hellersdorf - das Trauma heißt Rostock-Lichtenhagen (1992 hatten Rechtsradikale unter dem Applaus der Anwohner ein Asylantenheim angesteckt). Die Bevölkerung von Hellersdorf solidarisiert sich mit den Flüchtlingen, in Berlin setzt eine Art Solidaritätstourismus ein. Bald stehen jedem Asylantenheim-Gegner eine Pro-Asyl-Bürgerinitiative und eine antirassistische Mahnwache gegenüber. Zuletzt haben Hellersdorfer dem Heim per Menschenkette Sachspenden übergeben. Botschaft: Wir sind gar nicht so fremdenfeindlich.

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND Unser Reporter Moritz von Usler berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Fl....

Die Asyldebatte ist natürlich längst die bestimmende politische Debatte des ausgehenden Jahres: 2013 werden so viele Asylanten nach Deutschland gekommen sein wie seit 15 Jahren nicht mehr. Im sächsischen Schneeberg stehen sich NPD-Leute und wackere Bürger gegenüber. Selbst die NSA-Affäre wird über die Frage, ob man Edward Snowden Asyl gewähren solle, diskutiert. Wenn in Hellersdorf demonstriert wird, dann ist das auch die Sehnsucht nach übersichtlichen Problemen: links, rechts. Wir da unten, die da oben. Und draufgehauen.

Von der S-Bahn-Station war der Reporter durch ein hübsches und grünes Plattenbauland gelaufen. Style Your Body, Pavian Tattoo, im Neuhagener Wurstimbiss gibt es Mittagsgerichte ab 2,50 Euro. Die Benutzung der Kinderspielfläche geschieht natürlich auf eigene Gefahr. Die 18-jährige Mutter mit der schneegelenken oder lila gefärbten Strähne (schiebt ihren Kinderwagen, guckt in ihr Samsung-Smartphone) läuft auch vorbei. Wäre man von den Medien nicht so darauf trainiert, dass die Plattenbauten die allergefährlichsten Ghettos sind, in denen Glatzköpfe dunkelhäutige Männer jagen: Was sähe man dann? Das ist die große Frage. Das ist der Haupteindruck in Hellersdorf: dass niemand da ist.

Gespräche mit Hellersdorfern. Ein Kapuzenpullover-Typ mit hässlichem Hund an der Leine: Darf man dich mal was fragen? "Ja, oder besser auch nicht." Winkt. Latscht weiter. Herrlich. Ein Muttchen, das ein Einkaufswägelchen schiebt, erklärt: "Vor den Asylanten fürchten wir uns nicht. Vor den Rechten, die aufmarschieren und Randalen machen - vor denen fürchten wir uns." Woran erkennt das Muttchen so einen Asylanten im nahe gelegenen Kaiser's-Markt? "Die nehmen keinen Einkaufswagen. Die tragen den Einkauf auf den Armen." Interessant. Ein Alterchen im lila Trainingsanzug erzählt anstatt von den Asylanten seine Krankheitsgeschichte: "Im Hals habe ich eine Platte drin. Links Lungenriss, rechts Lungenriss, Magendurchbruch, Knie operiert. Es reicht." Hey, alles Gute! Und da steht noch ein schmuck aussehender jugendlicher Glatzkopf vor dem Giga-Sun-Sonnenstudio. Asylantenheim? "Ist mir egal." Was hat er da für Stecker in den Ohren? Links ein Nichtraucherzeichen, rechts ein Fadenkreuz. Noch mal: Asylantenheim? "Es ist da. Kann man nicht ändern. Meinungen werden ja sowieso überrannt." Wie? Werden überrannt? Und der junge Mann spricht den klassischen Hellersdorfer Text, abgeklärt, schulterzuckend, diffus resignativ: "Na, es sollte da ja noch eine Aussprache geben. Wurde fallen gelassen, anscheinend."

Jetzt treten wir mal ein ins Asylantenheim: Da steht eine Tischtennisplatte. Die zwei Sicherheitsleute sehen aus, als ob sie mit Rechtsradikalen, die Asylanten verhauen wollen, ganz gut fertigwerden. Die Heimleiterin Frau Wohlrabe hatte am Telefon erklärt, dass Besichtigungen ohne Voranmeldung nicht gestattet seien: "Ein Tierpark sind wir nicht. Bisschen gucken gehen ist nicht." Und irgendwie hat man auch gar keine Lust, das Asylantenheim an diesem Novembervormorgen zu betreten, es kommt einem falsch vor: Da wohnen doch Leute!

Was ist so los um halb zehn morgens im Asylantenheim? Die Kinder sind in der Schule. Die Bewohner waschen Wäsche oder sitzen in ihren Zimmern und lernen Deutsch. 211 Flüchtlinge aus 18 Nationen leben zurzeit in den ehemaligen Klassenräumen. Welche Regeln gelten hier im Haus? "Keine Waffen, kein Alkohol, keine Drogen, keine Medizin." Die Nachbarn fragten immer, so erzählt die nette Frau Wohlrabe, was die Asylanten hier den ganzen Tag machen. Und? Was machen die so den lieben langen Tag? "Ich sage immer: Das ist wie bei einem Arbeitslosen, der die ganze Zeit zu Hause sitzt. Der Arbeitslose muss zum Jobcenter, die Asylbewerber müssen zum Sozialamt gehen." Frau Wohlrabe ist sehr glücklich über die Spendenbereitschaft der Hellersdorfer. Am liebsten, so die Heimleiterin, spendeten die Deutschen Fußbälle. Deutschland, sagt Frau Wohlrabe, sei ein gutes Land, das solle man auch mal schreiben. Wir schreiben: Die Herde in den Gemeinschaftsküchen sehen astrein geputzt aus.

Zehn Uhr: Da kreuzt wieder das Polizeiauto. Was fragt man den Asylbewerber, der da plötzlich auf die Straße getreten kommt, Vollbart, Rucksack, Kopfhörer auf den Ohren? "Möchten Sie eine Zigarette?" Ich rauche eine, er raucht keine. Willkommen in Deutschland.

Load-Date: November 28, 2013

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND Unser Reporter Moritz von Uslar berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Fl....

End of Document

»Mich hat das angestachelt«; Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN; »Mich hat das angestachelt«; S. 73-74; Ausg. 10

Length: 2047 words

Byline: Arnfrid Schenk

Jeannette Otto

Body

Jeannette Otto

DIE ZEIT: In einem halben Jahr wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Sie alle haben eine Einwanderungsgeschichte und sind politisch aktiv. Sind Sie zufrieden mit der Integrationspolitik der Regierung?

Agnieszka Brugger: Nein. Weil ich nicht das Gefühl habe, dass jeder unabhängig von seinem Geschlecht oder seiner Herkunft die gleichen Chancen hat. Das gilt natürlich vor allem auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Politik könnte noch viel mehr tun, um mehr Chancengleichheit herzustellen. Der entscheidende Hebel ist dabei die Bildung.

Taner Ünalgan: Ich habe den Eindruck, dass es niemanden in dieser Regierung gibt, der wirklich hinter dem Thema steht und es entsprechend ernst nimmt.

Younes Ouaqasse: Ich glaube schon, dass sich sehr viel in Sachen Integrationspolitik getan hat, gerade unter der Kanzlerin Angela Merkel, es gab Integrationsgipfel und Islamkonferenzen.

ZEIT: Nervt Sie eigentlich der Begriff Migrationshintergrund?

Ouaqasse: Ich benutze den Begriff nicht gern. Seit meinem 16. Lebensjahr sage ich: Ich bin ein deutscher Europäer mit marokkanischen Wurzeln. Ich bin Deutscher, beherrsche die deutsche Sprache besser als die arabische, aber meine Wurzeln liegen in Marokko, und es ist immer gut zu wissen, wo die Wurzeln sind.

Brugger: Mich stört das gar nicht so. »Menschen mit Migrationshintergrund«, das klingt doch auch nach Vielfalt, nach Bereicherung. So empfinde ich auch die beiden kulturellen Hintergründe, die ich habe. Den Großteil meines Lebens habe ich in Deutschland verbracht, und das hat mich geprägt. Ich spreche viel besser Deutsch als Polnisch. Ich fühle mich als Europäerin, in der sich das Polnische und das Deutsche treffen. Das finde ich sehr schön.

»Mich hat das angestachelt« Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Ünalgan: Ehrlich gesagt, mich nervt das total. Und auch, dass es selbst in der SPD Leute gibt, und ich meine nicht die Sarrazins, die mich fragen, ob ich denn jetzt unter die Islamisten gegangen sei, nur weil mein Bart etwas gewachsen ist.

ZEIT: Wenn in Deutschland über Integration und Chancengerechtigkeit gesprochen wird, geht es meist um die sogenannten Bildungsverlierer, junge Menschen, die die Hauptschule ohne Perspektive verlassen. Bei Ihnen war es anders, Sie alle haben Abitur. Was könnte man aus Ihren Geschichten lernen?

Ouaqasse: Bei mir gab es einen Moment auf der Hauptschule, da hat es plötzlich klick gemacht. Ich war in der neunten Klasse, hatte mein Halbjahreszeugnis mit einem Schnitt von 3,7 in der Hand und habe mich auf einmal gefragt: Was machst du denn eigentlich in einem halben Jahr, wenn du hier raus bist?

ZEIT: Und dann?

Ouaqasse: Dann habe ich mich hingesezt, jeden Nachmittag, jeden Abend gelernt, alles nachgeholt. Weil mir plötzlich klar war: Ich muss die Abschlussprüfung der Hauptschule wenigstens so gut bestehen, dass ich danach noch auf die Realschule kann.

ZEIT: War nach der Grundschule die Hauptschule die einzige Option?

Ouaqasse: Meine Lehrer gaben mir eine Empfehlung für die Hauptschule, und dann war das damals eben so.

Ünalgan: Meine Grundschullehrerin sagte auch, ich solle auf die Hauptschule gehen, aber in Nordrhein-Westfalen durften damals auch die Eltern mitentscheiden. Und die sagten: Unser Sohn kommt aufs Gymnasium. Noch heute frage ich mich, woher sie diese Energie hatten, sich so durchzusetzen und auch mir immer wieder klarzumachen, worauf es ankommt. Vor 30 Jahren kamen sie aus der Türkei. Mein Vater spricht noch heute kein besonders gutes Deutsch. Immer standen sie hinter mir und haben darauf bestanden, dass ich deutsche Bücher lese, deutsche Freunde finde.

ZEIT: Frau Brugger, wie sind Ihre Erfahrungen?

Brugger: Ich habe mich nie total ausgeschlossen und diskriminiert gefühlt. Das mag aber auch daran liegen, dass ich vier Jahre alt war, als ich nach Deutschland kam und die Sprache noch wie meine Muttersprache lernen konnte. Irgendwann sieht und hört es dann keiner mehr, dass man einen Migrationshintergrund hat.

ZEIT: Wie ging es nach der Grundschule weiter?

Brugger: Ich bin aufs Gymnasium gekommen. Aber wenn sich meine Eltern nicht so intensiv um meine schulische Entwicklung gekümmert hätten, weiß ich nicht, ob ich am Ende der vierten Klasse eine Gymnasialempfehlung bekommen hätte. Ich glaube, eher nicht. Ich weiß noch, wie meine Lehrerin beim ersten Zeugnis sagte: »In Deutsch eine Zwei, das ist ja schon sehr gut, aber für eine Eins wird es wahrscheinlich nie reichen.« Das war als Lob gemeint, aber es hat mich unheimlich getroffen. Mich haben solche Sachen angestachelt. Im Abitur hatte ich 15 Punkte in Deutsch. Meine Eltern haben mir sehr früh gesagt: Du wirst es oft schwerer haben als andere, weil du nicht von hier bist, du wirst dich immer etwas mehr anstrengen müssen.

Ouaqasse: Ich habe das früher ständig gehört in der Schule in Mannheim. Die Lehrer haben oft zu uns gesagt: »Schwierig, was später mal aus euch werden soll. Einfach schwierig.« Da fühlt man sich definitiv benachteiligt.

ZEIT: Was halten Sie nach Ihren Erfahrungen vom deutschen Schulsystem?

Ouaqasse: Ich habe das mehrgliedrige Schulsystem so erlebt, dass es Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten eröffnet aufzusteigen. Übrigens: Selbst der amerikanische Präsident Barack Obama hat das deutsche Schulsystem als vorbildlich gelobt.

ZEIT: Bildungsstatistiken sagen etwas anderes.

»Mich hat das angestachelt« Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

Brugger: Sozialer Hintergrund hat einen unheimlichen Einfluss auf Bildungserfolg.

Ouaqasse: Aber gerade Sie haben doch eine andere Erfahrung gemacht. Und sind aufs Gymnasium gekommen.

Brugger: Nur weil meine Eltern hinterher waren.

Ouaqasse: Aber dann muss man eben die Eltern in die Verantwortung nehmen und nicht am Bildungssystem herumschrauben.

Brugger: Nein, nicht alle Eltern sind in der Lage, sich so sehr darum zu kümmern. Unabhängig vom Geld oder akademischen Hintergrund sollte jedes Kind die gleiche Chance bekommen. Ich habe das Gefühl, dass im jetzigen Schulsystem nicht genug darauf geachtet wird: Wo hat das Kind Talente, wo muss es gefördert werden? Deshalb bin ich eine große Anhängerin vom Ende der Dreigliedrigkeit und auf jeden Fall für eine Gemeinschaftsschule, die geprägt ist von individueller Förderung. Wichtig ist mir außerdem die Stärkung von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit.

Ouaqasse: Aber es ist doch nicht jeder gleich. Nicht jeder ist ein Typ fürs Studium.

Ünalgan: Es geht darum, dass alle die gleichen Chancen haben, etwas zu werden, und sich dann selber entscheiden. Bisher ist es leider so: Für ein Kind aus einem Akademikerhaushalt ist es leichter zu studieren als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Deshalb dürfen wir nicht an der Dreigliedrigkeit festhalten.

ZEIT: Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ünalgan: Mit 15 habe ich mir immer mehr Gedanken über soziale Gerechtigkeit gemacht. Ich komme aus einer Familie, der es finanziell nie besonders gut ging. Für mich ist es einfach unverständlich, dass wir in einem so reichen Land leben, es aber so viele Arme gibt. Außerdem wollte ich mich antifaschistisch engagieren. Mich faszinieren die Werte der SPD: Freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit oder heute Solidarität. Das ist das, woran ich glaube und wofür ich kämpfen möchte.

Ouaqasse: Ich hatte kein konkretes Thema. Ich fand Politik faszinierend, Wahlkampf ist spannend, mitzureden, etwas zu gestalten. Mit 16 bin ich in die CDU eingetreten.

ZEIT: Warum die CDU?

Ouaqasse: Ich habe mir im Internet die Programme verschiedener Parteien angeschaut und fand die CDU am überzeugendsten, weil sie ihre Politik auf einem religiösen Fundament aufbaut. Das finde ich als gläubiger Muslim gut.

ZEIT: Da hat nichts geknirscht, Sie als Muslim in einer christlichen Partei?

Ouaqasse: Außerhalb der Partei haben mir viele Leute gesagt: Wie kannst du denn als Muslim in einer christlichen Partei sein? Dabei steht der Islam geschichtlich in enger Verbindung zum Christentum. Der Islam baut auf Juden- und Christentum auf. Die Zehn Gebote finde ich im Koran wieder. In der Partei selbst habe ich solche Kommentare aber nicht gehört.

Brugger: Ich habe mich als Jugendliche unglaublich viel über »die Politiker« geärgert, irgendwann aber festgestellt, dass ich mit diesem ständigen Schimpfen nur meinen Freunden auf den Wecker gehe und nichts davon besser wird. 2004 bin ich bei den Grünen eingetreten. Eine andere Partei wäre für mich nie infrage gekommen, weil für mich Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, aber auch die Organisation einer Partei wichtig waren: lebendige Debattenkultur, Basisdemokratie.

»Mich hat das angestachelt« Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

ZEIT: In Deutschland haben rund zwanzig Prozent der Bevölkerung Migrationshintergrund; von den Abgeordneten in Bundestag und Länderparlamenten nur drei Prozent. Brauchen wir eine Migrantenquote in den Parteien?

Ouaqasse: Nein.

ZEIT: Warum nicht?

Ouaqasse: Man sollte für Politik niemanden zwangsbegeistern. Die Leute müssen von sich aus den Antrieb haben, sie müssen es selbst wollen. Und wenn sie es wollen, dann geht es auch.

Brugger: Von einer Migrantenquote bin ich nicht so recht überzeugt. Die Parteien müssen Menschen mit Migrationshintergrund ermutigen. Es braucht Mentoring-Programme und Netzwerke.

Ünalgan: Ich wünschte, wir würden schon jetzt keine Quoten brauchen, aber wenn es ohne nicht geht, dann erst mal mit. Wenn ich an Gelsenkirchen denke, hoher Migrantenanteil und im Stadtrat sitzen kaum Einwanderer, genauso wie in anderen Gremien. Da muss man was tun.

ZEIT: Was?

Ünalgan: Das Wort Willkommenskultur ist abgedroschen, aber das braucht es. In den Parteien, in der Gesellschaft, man muss an der Atmosphäre arbeiten. Es kann ja nicht sein, dass außer den knapp drei Prozent in den Parlamenten keiner der Einwanderer Lust hat, sich zu engagieren. Abgesehen davon: Ich glaube, das eigentliche Problem ist: Wie kommen sie nach oben? Es braucht einen Masterplan für Integration, der neue Antworten gibt, mit moderner Bildung.

Ouaqasse: Ich glaube nicht, dass jemand, der langfristig Politik machen will, etwas geschenkt bekommen will. Keiner will den Stempel »Ich bin nur da, weil ich Migrationshintergrund habe«. Also ich will nicht darauf reduziert werden.

Brugger: Politiker müssen in ihren Wahlkreisen in entsprechende Vereine und Begegnungszentren gehen, mit den Leuten diskutieren, zeigen: Wir wollen eure Meinung hören, wollen, dass ihr euch beteiligt.

ZEIT: Die doppelte Staatsbürgerschaft wird Wahlkampfthema. Wie stehen Sie dazu?

Ouaqasse: Ich bin nicht für die doppelte Staatsbürgerschaft. Es ist wichtig, dass man sich für dieses Land entscheidet. Denn Deutschland braucht seine Einwanderer. Und sie brauchen Deutschland. Ich selbst habe die deutsche Staatsbürgerschaft, und ich bin darauf auch stolz.

Brugger: Ich finde es schrecklich, dass wir Menschen dazu zwingen, sich entweder für das eine oder für das andere zu entscheiden. Das ist unmodern. Man kann doch nicht einen Teil von sich ausradieren. Mit Einwanderungsgeschichte hat man immer zwei Identitäten.

Ünalgan: Genau. Ich halte die doppelte Staatsbürgerschaft auch für absolut richtig. Ich habe mich jetzt für die deutsche entschieden, möchte aber auch die türkische haben. Nach der Wahl im September können wir die doppelte ja dann wieder einführen.

Grüne Agnieszka Brugger wurde 1985 in Legnica, Polen, geboren. Mit vier Jahren kam sie nach Dortmund. Nach dem Abitur studierte sie in Tübingen Politik. Seit 2009 ist sie für die Grünen im Bundestag

»Mich hat das angestachelt« Drei Einwandererkinder über eine gerechtere Schule und ihren eigenen Weg in die große Politik

CDU Younes Ouaqasse, 24, kommt aus Mannheim, er hat marokkanische Eltern. Nach der Hauptschule holte er mittlere Reife und Abitur nach. Er ist im Bundesvorstand der CDU und Vorsitzender des RCDS Thüringen

Juso Taner Ünalgan ist 20. Er wurde in Gelsenkirchen geboren, seine Eltern kommen aus der Türkei. Er studiert in Bochum Philosophie und Islamwissenschaft. Bei den Jusos ist er Experte für Bildung

Taner Ünalgan (l.) Agnieszka Brugger und Younes Ouaqasse im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

"Mitleid muss ein Ratgeber sein"; Als Ende Juni Asylbewerber in München in den Hungerstreik traten, versuchte sich Alois Glück als Vermittler und scheiterte. Ein Gespräch über Christliches und Unchristliches in der CSU.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: GEWISSENSKONFLIKT; Ausg. 28

Length: 1186 words

Byline: Christiane Florin

Body

Münchens ehemaliger Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD, l) und der ehemalige bayerische Landtagspräsident Alois Glück (CSU) besuchen am 29.06.2013 das Camp einer Gruppe Hungerstreikender in München.

© Andreas Gebert/dpa

Frage: Wer sich um Asylbewerber kümmert, gilt in konservativen Kreisen als Gutmensch. Sie haben beim Hungerstreik der Asylbewerber in München vermittelt. Sind Sie ein Gutmensch?

Alois Glück: Ich würde mich selbst nicht so nennen. Ich bemühe mich, auf andere Menschen zuzugehen.

Frage: Warum haben Sie sich als Schlichter versucht?

Glück: Ich wollte und konnte mich einer solchen Anfrage nicht entziehen. Das wäre ja verweigte Hilfeleistung.

Frage: Welchen Auftrag hatten Sie?

Glück: Hans-Jochen Vogel und ich hatten keine Vorgaben. Wir wollten ausloten, ob es eine Möglichkeit gibt, die lebensgefährliche Situation zu beenden. Viel schlimmer als das Hungern ist ja der Trinkstreik, nach wenigen Tagen ist die Situation lebensgefährlich. Diese Eskalation war auch gewollt.

Frage: Sie sind gescheitert.

Glück: Eindeutig ja. Wir haben keine Lösung gefunden, das Camp musste zum Schutz der Menschen geräumt werden. Einige waren in akuter Lebensgefahr. Wir haben es nicht geschafft, den Sprecher der Gruppe von seiner Maximalforderung abzubringen. Er verlangte kompromisslos für alle eine sofortige und unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Über andere Dinge, etwa eine Lockerung der Residenzpflicht oder eine Verbesserung der Unterkünfte, wollte er nicht sprechen. Er hat nicht zugelassen, dass wir mit den anderen

"Mitleid muss ein Ratgeber sein" Als Ende Juni Asylbewerber in München in den Hungerstreik traten, versuchte sich Alois Glück als Vermittler und scheiterte. Ein....

Betroffenen sprechen. Es war auch nicht erkennbar, wer tatsächlich die Entscheidungen bestimmt hat. Es gab vermutlich ein Netzwerk im Hintergrund.

Frage: Der Sprecher ist also schuld.

Glück: Ihm und den Entscheidern hätte klar sein müssen, dass man eine solche ultimative Forderung in einem Rechtsstaat nicht umsetzen kann. Selbst wenn ein Politiker per "Machtwort" die Aufenthaltsgenehmigung zugesagt hätte, hätte es dagegen sofort eine Klage gegeben und ein Gericht hätte die Entscheidung wieder aufheben müssen.

Frage: Hatten Sie Mitleid mit den Menschen im Camp?

Glück: Natürlich. Weil sie so verzweifelt waren, aber auch, weil ich den Eindruck hatte, dass sie unter starkem Gruppendruck standen. Mir geht das noch nach. Wir hätten gern geholfen.

Frage: Ist Mitleid ein guter Ratgeber in der Politik?

Glück: Mitleid muss ein Ratgeber sein, ansonsten trifft man gepanzerte Entscheidungen.

Frage: Die bayerische Asylpolitik wirkt gut gepanzert. Trägt sie nicht eine Mitschuld daran, dass Menschen zu so radikalen Maßnahmen greifen?

Glück: Das ist ein wohlfeiles Klischee, das mit der sehr differenzierten Wirklichkeit in Bayern wenig zu tun hat. Richtig ist aber, dass einiges verändert werden muss. Etwa in Hinblick auf die Situation von Familien und insbesondere der Kinder in Gemeinschaftsquartieren, der Dauer der Verfahren und der Praxis der Residenzpflicht. Wir müssen uns vor Augen halten, wie verzweifelt für Menschen die Situation sein muss, wenn sie zum Beispiel einen solchen Streik auf sich nehmen. Wir müssen in der Politik und in den Kirchen lernen, dass christliches Menschenbild heißt: Auch für Flüchtlinge und Asylsuchende gilt der Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Daran müssen wir die Praxis messen.

Frage: Ihre Partei, die CSU, wollte das individuelle Asylrecht abschaffen und durch eine institutionelle Garantie ersetzen. Das ist das genaue Gegenteil vom christlichen Menschenbild.

Glück: Dass es das Gegenteil ist, halte ich für falsch. Es war innerparteilich eine heftige Debatte über den richtigen Weg.

Frage: Ihr Parteikollege Günther Beckstein hat vor gut zehn Jahren gesagt: "Es gibt Ausländer, die uns ausnützen, und Ausländer, die uns nützen." Auch nicht christlich.

Glück: Das würde Günther Beckstein heute so nicht mehr sagen. Wir dürfen Menschen nicht nach ihrem Nutzen beurteilen.

Frage: Warum haben Sie das damals mitgetragen? Haben Sie sich verändert, seit Sie nicht mehr Politiker, sondern hauptberuflich Katholik sind?

Glück: Ich habe diese Position nie mitgetragen. Aber manchmal habe ich sicher etwas -politisch vertreten, was ich persönlich nicht für richtig hielt. Politik kann bisweilen Selbstverleugnung verlangen um der Handlungsfähigkeit willen. Als Politiker ist man in der Situation von Güterabwägungen und der notwendigen Mehrheitsbildung mit dem Zwang zum Kompromiss. Bei allen Schwächen und Fehlern der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik zählt aber auch zu ihren Erfolgen, dass wir weniger Ausländerfeindlichkeit und Polarisierung haben als in fast allen europäischen Ländern. Die Spannung in der Bevölkerung zwischen einfühlsamem Engagement einerseits und Ablehnung andererseits erlebe ich gegenwärtig in meinem Heimat-Landkreis bei der Suche der Politik nach Unterkünften. Wenn ich jetzt als ZdK-Präsident spreche, bin ich freier, aber ich vergesse nicht die Erfahrungen aus der Politik.

"Mitleid muss ein Ratgeber sein" Als Ende Juni Asylbewerber in München in den Hungerstreik traten, versuchte sich Alois Glück als Vermittler und scheiterte. Ein....

Frage: Als vor gut 20 Jahren Asylbewerberheime brannten, war die politische Antwort der Asylkompromiss, also eine Einschränkung des Asylrechts. Sie haben diese Grundgesetzänderung unterstützt. Bereuen Sie das heute?

Glück: Nein. Es war damals der richtige Weg. Politisch standen wir auch unter dem Eindruck skrupelloser Schleuserbanden, die die Menschen ausgebeutet und Menschenhandel betrieben haben.

Frage: Papst Franziskus würde den Asylkompromiss wohl anders bewerten. Er hat bei seinem Besuch auf Lampedusa von der "Globalisierung der Gleichgültigkeit" gesprochen und unsere Abschottung gegen das Elend kritisiert. Hat er recht?

Glück: Ja. Die internationale politische Entwicklung und unser eigenes Handeln werden durch diese Tragödien wenig beeinflusst. Die Lösung für diese weltweite Entwicklung ist freilich nicht eine unbegrenzte Aufnahmebereitschaft in Europa. Die Hilfe für die Flüchtlinge muss verbunden sein mit besserem, zielgerichtetem internationalem Handeln in Hinblick auf die Ursachen dieser Fluchtbewegungen und dieser Verzweiflung.

Frage: "Wir haben das Weinen verlernt", sagt der Papst. Welche politischen Folgen hat ein solcher Satz?

Glück: Ein solcher Satz macht sensibel für die Tragödien, die sich auf den Flüchtlingswegen abspielen.

Frage: Reicht Sensibilisierung?

Glück: Die Politik muss entschlossener handeln. Die Bevölkerung müsste auch bereit sein, eine andere, weniger restriktive Asylpolitik mitzutragen. Dafür braucht es viel Überzeugungsarbeit, auch viel Bereitschaft, den Menschen in ihren Ängsten zuzuhören.

Frage: Würden Sie selbst einen Flüchtling bei sich aufnehmen?

Glück: Ich gebe zu: Es würde mir nicht leichtfallen. Aber Nein sagen würde ich nicht. Ich habe noch die Erinnerung an die Flüchtlinge, die nach dem Krieg auf unserem Bauernhof waren und alle zusammenrücken mussten.

Erschienen in Christ und Welt

Load-Date: July 10, 2013

Migranten, Heimweh, Raubkopien; Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GESCHICHTE; Migranten, Heimweh, Raubkopien; S. 16; Ausg. 32

Length: 1652 words

Byline: Alexander Bätz

Body

Die Nibelungensage ist ein Pfund, mit dem sich touristisch wuchern lässt. In Worms hat man das erkannt und auch in Xanten am Niederrhein, der Heimat Siegfrieds, wo es inzwischen ein Nibelungenmuseum gibt. Doch viel wichtiger ist hier ein weiteres Erbe: das antike. Denn im Gegensatz zu anderen bedeutenden Römerstädten wie Köln oder Mainz wurde die Fläche der Stadt Colonia Ulpia Traiana, des heutigen Xanten, weder im Mittelalter noch in der Neuzeit überbaut - eine in Deutschland einmalige Situation. Der Umstand ist umso glücklicher, da Xanten zwischen etwa 100 und 275 nach Christus zu den wichtigsten römischen Städten nördlich der Alpen zählte und neben Köln, der Hauptstadt, als einziges Gemeinwesen der Provinz Germania Inferior den spezifischen Status einer Colonia innehatte. Hinter der Verleihung dieses besonderen Stadtrechts stand im Falle Xantens Kaiser Trajan (98 bis 117), der sich von diesem Schritt wohl eine zusätzliche Stabilisierung der unsicheren Rheingrenze erhoffte.

In unmittelbarer Nachbarschaft zur zivilen Siedlung existierte bereits seit augusteischer Zeit ein Legionslager, dessen enge Symbiose mit der Stadt bis ins späte 3. Jahrhundert währte. Zur Blütezeit lebten in Xanten auf einer Fläche von 73 Hektar rund 10000 Menschen. Es gab alles, was den Komfort einer römischen Großstadt ausmachte: von planvoll angelegten Straßenzügen über ausladende Thermen bis hin zum prächtigen Amphitheater. Um 275 zerstörten fränkische Horden, Vorboten der rund hundert Jahre später losbrechenden Völkerwanderung, Garnison und Stadt, womit eine neue Entwicklungsphase des Ortes begann. Das neue, das christliche Xanten indes entstand nicht auf, sondern neben der alten Römerstadt.

Um die Rekonstruktion der Colonia Ulpia Traiana kümmert sich die Kommune seit bald dreißig Jahren. In einem ersten Schritt ließ man fast das gesamte Areal zum Bodendenkmal erklären und wandelte die bis dahin meist landwirtschaftlich genutzte Fläche sukzessive in einen Archäologischen Park um. Mit über 600000 Besuchern im Jahr zählt er heute zu den populärsten Museen in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen das riesige Freigelände mit originalgetreuen Nachbauten römischer Gebäude sowie ein Haus, das die römisch-germanische Geschichte der Stadt und ihrer Umgebung vermittelt.

Immer wieder macht das Museum mit ungewöhnlichen Ausstellungen auf sich aufmerksam. Dabei geht es stets um besondere Facetten der antiken Lebenswirklichkeit und gleichzeitig um Universalien des menschlichen

Migranten, Heimweh, Raubkopien Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

Zusammenlebens. Die aktuelle Schau, entstanden in Kooperation mit dem Aargauer Vindonissa-Museum, dem archäologischen Museum in Konstanz und dem Archäologischen Park Carnuntum bei Wien, trägt den Titel *Überall zu Hause und doch fremd. Römer unterwegs*. Erneut ein akutes Thema: Mobilität, Migration, Heimat. Den räumlichen und zeitlichen Rahmen bilden die germanischen Provinzen während der hohen römischen Kaiserzeit.

Dass die Antike eine »mobile Epoche« war, ist nicht nur für Altertumswissenschaftler mittlerweile eine Binsenweisheit. Ob ominöse Seevölker in der späten Bronzezeit, griechische Stadtgründungen in Unteritalien und auf Sizilien oder phönizische Kaufleute in Nordafrika - es gab viel Bewegung rund ums Mittelmeer. Häufig waren großräumige Wanderungs- und Migrationsprozesse ausschlaggebend für historische Zäsuren. Die römische Geschichte selbst verdankt ihren Beginn - dem Mythos nach - einer Migration: Aeneas, ein gebeutelter Kriegsflüchtling aus Troja, und ein umherziehender Halbstarke aus den Hügeln Latiums namens Romulus werden seit Jahrtausenden mit der Gründung der Stadt in Verbindung gebracht.

Auch das kaiserzeitliche Reich funktionierte über einen Zeitraum von mehreren Hundert Jahren als konsolidierter Verbund verschiedener Kulturen und Völker, die sich zeitweise von Britannien bis zum Euphrat in einem riesigen wirtschaftlichen Binnenraum bewegten. Ein ausgebautes Straßennetz, Schiffe im Linienverkehr, weitverzweigte Handelsbeziehungen, Latein und Griechisch als gemeinsame Verwaltungssprachen und nicht zuletzt die über die Jahrhunderte ansteigende Vergabe des einheitlichen römischen Bürgerrechts im gesamten Reich ermöglichten eine erstaunliche Mobilität.

Den Kuratoren in Xanten geht es freilich nicht um eine Aufbereitung infrastruktureller Besonderheiten. Im Mittelpunkt stehen beispielhafte Lebensläufe, menschliche Schicksale. Dazu gehören die Viten von Händlern und Soldaten, aber auch von Sklaven - so ziemlich jede soziale Schicht ist vertreten.

Auf eine übertriebene digitale Begleitung wird verzichtet. Stattdessen will man die Objekte für sich sprechen lassen, sie seien die Medien, erklärt Charlotte Schreiter, die Direktorin des Museums. Diese Haltung tut der Schau gut, verblasen doch gegen die emotionale Kraft eines antiken Briefes die buntesten digitalen Bilder.

Bereits ein erstes, für den flüchtigen Blick eher unscheinbares Schaustück ist von bemerkenswerter Aktualität. Wir sehen einen bronzenen Beschlag für das Futteral eines Messers. Das etwa 13 Zentimeter lange Objekt trägt den Namen des Herstellers, des Metallhandwerkers Gemellianus aus dem heutigen Baden im Kanton Aargau. Wie die entsprechende Fundverbreitung zeigt, erfreuten sich die Produkte des Gemellianus offenbar im gesamten Gebiet nördlich der Alpen großer Beliebtheit. Gemellianus war eine Marke, und der in Durchbruchtechnik auffällig angebrachte Name war das Logo. Kurioserweise existierte weit entfernt vom Produktionsort in der Schweiz, in der Nähe von Passau, augenscheinlich eine Werkstatt, die sich vielleicht im großen Stil, definitiv jedoch im Falle der Produkte des Gemellianus, auf die Herstellung von Raubkopien spezialisiert hatte.

Vom homogenen Handelsraum des Imperium Romanum profitierte noch ein weiterer Schweizer, dem wir in Xanten begegnen: der Weinhändler Marcellus. Aus Dankbarkeit für gute Geschäfte in der Fremde errichtete er an der festländischen Küste des Ärmelkanals der Göttin Nehalennia einen Weihenstein; sie galt in der Region als Schutzgöttin der Seefahrer.

Auch ein aus heutiger Sicht eher finsterner Geselle, der Sklavenhändler Carassounus, war viel unterwegs. Er nahm eine geglückte Alpenüberquerung zum Anlass, dem »Iuppiter vom Großen St. Bernhard« eine Weihgabe mit einer Votivtafel darzubringen.

Der wichtigste Faktor für die kulturelle Durchmischung des Imperium blieb die Armee. An die Rekrutierung in der Heimatprovinz schloss sich die Verlegung von Abertausenden Soldaten vor allem in die Grenzgebiete des Reiches an, wo die Männer oft jahrelang stationiert blieben. Aus diesem Zusammenhang stammt eins der schönsten Objekte der Ausstellung: ein Zaumzeugbeschlag aus versilberter Bronze, der sich der Reitereinheit des Älteren Plinius zuweisen lässt. Plinius, Verfasser der monumentalen *Naturgeschichte* und prominentes Opfer der Vesuv-Katastrophe von 79 nach Christus, die zum Untergang Pompejis führte, agierte Mitte des 1. Jahrhunderts als Präfekt eines Kavalleriekontingents in Germania Inferior.

Migranten, Heimweh, Raubkopien Eine Ausstellung in Xanten erzählt von der Mobilität der Menschen und Völker im Römischen Reich

Erheblich persönlicher wird es bei der Grabstele der Griechin Demo. Der Inschrift zufolge hatte das Schicksal sie nicht nur mit einem Eunuchen zusammenleben lassen, sondern, was offenbar erheblich schwerer wog, darüber hinaus in den nebligen Norden, nach Bonn, verschlagen. Der in ihrer Muttersprache verfasste Text zeigt, dass Demo ihre griechische Identität niemals aufgegeben hat.

Ebenso eindrücklich endet die Grabinschrift eines hohen römischen Offiziers aus Nordafrika, der während seiner Dienstzeit in Niedergermanien verstarb: »Ihn hat mauretanische Erde geboren, fremde Erde bedeckt ihn nun.« Ein ähnliches Gefühl der Fremdheit mag auch die Frau eines britannischen Soldaten gequält haben, die ihrem Mann an dessen neuen Standort nach Worms gefolgt war. Die Grabbeigaben zeigen, dass die Integration offensichtlich nicht ganz gelingen wollte: Die Britannierin in Germanien kleidete sich weiterhin in der Tracht ihrer Heimat.

Heimat- und Heimwehgefühle kannten schon damals viele Spielarten. Eine besondere Form deutet der Brief eines Soldaten an, der sich während seines Urlaubs bei den Kameraden nach deren Befinden in der Garnison erkundigt. Die engen Bindungen, die der üblicherweise 25 Jahre dauernde Militärdienst in der Fremde unter den Soldaten schaffen konnte, ließ hier ganz offensichtlich das Militär zur Heimat werden.

Es sind Exponate wie diese, die den besonderen Charakter der Ausstellung ausmachen: Migration und Mobilität werden im Spiegel der persönlichen Erfahrung lebendig. Heimweh, Fremde, Heimat - all das zeigt sich als eine uralte Konstante der menschlichen Existenz. »Niemand«, sagt der römische Philosoph Seneca, »liebt sein Vaterland, weil es bedeutsam, sondern weil es das seine ist.«

Am Ende dieser fabelhaften Schau steht eine überlebensgroße Statue von Trajan, dem ersten römischen Kaiser, der nicht aus den Kreisen der stadtrömischen oder italischen Eliten stammte. Passender geht es nicht: Trajans Geburtsort liegt in der römischen Provinz Baetica, die in ihrem größten Teil dem heutigen Andalusien entsprach. So wird der Gründer der Römerstadt Xanten die letzte »Inkarnation« des Ausstellungsthemas: als Kaiser mit Migrationshintergrund, als spanischer Römer auf dem Thron.

VON ALEXANDER BÄTZ

»Überall zu Hause und doch fremd. Römer unterwegs«, bis zum 3. November; RömerMuseum, Xanten, Trajanstraße 4, Tel. 02801/7120. Anschließend ist die Ausstellung im Dominikanermuseum in Rottweil zu sehen

Bekenntnis zum Judentum: Ring mit Menora, gefunden 2001 in Kaiseraugst am Oberrhein

In der Schweiz geboren, unter Spaniern gelebt, in Germanien gestorben: Rekonstruierte Grabstele eines Reitersoldaten

Münzen aus dem fernen Südosten des Reiches, die man in Xanten entdeckte

Load-Date: March 25, 2022

Sprich mit ihm; Migrantenkinder lernen zu wenig Deutsch - obwohl sie in die Kita gehen. Was läuft hier falsch?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

30. August 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 38; Ausg. 36

Length: 1681 words

Byline: Martin Spiewak

Body

Zu Schulbeginn machen Lehrer in Stadtvierteln mit vielen Einwanderern seit einigen Jahren dieselbe merkwürdige Entdeckung: Immer wieder treffen sie auf Erstklässler aus **Migrantenfamilien**, die große Schwierigkeiten haben, dem Unterricht zu folgen. Selbst einfache Wörter sind den Kindern nicht bekannt. Dabei sind die Kleinen nicht nur fast alle hierzulande geboren, die meisten von ihnen haben vor der Einschulung Tausende Stunden in einer deutschen Kita verbracht.

In Berlin ist das Rätsel aktenkundig. Wie in anderen Bundesländern testen die Kultusbehörden hier alle Vorschüler auf ihre Sprachkenntnisse. 4600 Kinder fielen im vergangenen Jahr durch. Rund die Hälfte von ihnen hatte zwei Jahre einen Kindergarten besucht, 700 sogar drei Jahre.

Trotz spezieller vorschulischer Sprachlernprogramme in fast allen Bundesländern haben sich die Deutschkenntnisse der Schulanfänger nicht entscheidend verbessert. Wie kann das sein? Bemühen sich die Erzieher zu wenig? Oder ist der Optimismus, der sich in der Vorschulpädagogik breitgemacht hat, schlicht überzogen?

Kitas nützen heute vor allem Kindern der deutschstämmigen Mittelschicht

In der öffentlichen Diskussion hat die Kita in kurzer Zeit eine erstaunliche Karriere gemacht. Es gibt kaum ein großes gesellschaftliches Problem - Integration, Gleichberechtigung, Schulmisere -, das sie nicht richten soll. Aus dem bisherigen Spielzimmer der Republik soll eine Bildungsinstitution werden, aus einer Betreuungseinrichtung eine Art Schicksalskorrekturanstalt.

Der Ansatz hat viel für sich. Keine Zeit im Lebenslauf eignet sich besser, die Nachteile der Herkunft auszugleichen, als die Jahre kurz nach der Geburt. Wird mit dem Lernen bis zur Einschulung gewartet, bestehen bereits riesige Bildungsunterschiede zwischen den Kindern. Nur eine aufwendige Unterstützung während der gesamten Schullaufbahn kann dann die Defizite bei Sprache und Wissen verringern. Frühe Förderung hingegen hilft Kindern aus bildungsfernen Familien besonders. Für sie verzinst sich jeder ausgegebene Euro um ein Mehrfaches seines Wertes, hat der Nobelpreisträger für Ökonomie James Heckman schon vor vielen Jahren errechnet.

Sprich mit ihm Migrantenkinder lernen zu wenig Deutsch - obwohl sie in die Kita gehen. Was läuft hier falsch?

Trotzdem nützen Kitas und Krippen bis heute vor allem denjenigen, die sie für ihre Bildung am wenigsten benötigen: den Kinder aus der deutschstämmigen Mittelschicht. Die sind dort am stärksten vertreten. Zwar besuchen ein Jahr vor Schulbeginn mittlerweile fast alle Kinder eine Kita. Je jünger die Kinder jedoch sind, desto mehr streben die Besuchsquoten auseinander. Mittlerweile weiß man jedoch: Erst wenn das Spielen und Lernen außerhalb der Familie zwei Jahre übersteigt, macht sich die Förderung überhaupt bemerkbar. Jedes weitere Jahr potenziert den Lerneffekt.

Wie wirksam es ist, wenn Einwandererkinder früh mit der deutschen Sprache umgehen lernen, zeigen viele Vietnamesen. Die Vorzeigemigranten sind nicht nur äußerst ehrgeizig. Sie schicken ihren Nachwuchs oft schon mit einem Jahr in die Krippe, weil sie selbst von früh bis spät im Geschäft stehen. Kommen die Kinder in die Schule, unterscheidet sich ihr Sprachvermögen nicht mehr von dem deutschstämmiger Erstklässler.

Das Glück der Vietnamesen: Sie leben zumeist in Ostdeutschland, wo es vergleichsweise viele Krippen gibt. In Westdeutschland dagegen ist nicht nur die allgemeine Versorgung schlecht. Die wenigen vorhandenen Plätze werden zudem überproportional von "Angehörigen der Bildungselite", besetzt, wie die Sozialwissenschaftlerinnen Sandra Krapf und Michaela Kreyenfeld vor zwei Jahren in ihrem Buch *Bildung als Privileg* nachwiesen. Zurzeit gehen 28 Prozent der einheimischen Kinder unter drei in eine Krippe, aber nur 13 Prozent der Einwandererkinder.

Im Fall der ganz Kleinen mag dies an der Einstellung der Migranteneltern liegen. Viele Einwanderergruppen möchten ihre Kinder etwas länger zu Hause lassen als Einheimische. Im Schnitt aber würden sich die Betreuungswünsche zwischen beiden Gruppen nicht unterscheiden, sagt Christian Alt vom Deutschen Jugendinstitut (DJI). Wenn jedoch türkisch- oder arabischstämmige Mütter einen Krippenplatz suchen, erhalten sie oft eine Absage, weil sie nicht arbeiten. Begründung: Sie brauchten den Platz ja nicht dringend. Und selbst berufstätige Migranteneltern ziehen in Konkurrenz zu Deutschen mitunter den Kürzeren, legen Erhebungen des DJI nahe. Christian Alt vermutet eine versteckte Diskriminierung: "Die Einrichtungen können sich schließlich aussuchen, wen sie nehmen."

Die Krippengarantie soll das Problem beseitigen - theoretisch. Doch längst nicht alle Städte und Gemeinden werden ab August 2013 Eltern, die es wünschen, einen Platz zur Verfügung stellen können. Das zukünftige Muster beschreiben die DJI-Forscherinnen Katrin Hüsken und Birgit Riedel so: "Je höher das Bruttoinlandsprodukt, je florierender der Arbeitsmarkt und je besser qualifiziert die Bevölkerung ist, umso besser ist auch die Versorgung mit Betreuungsplätzen." Kommunen, in denen Migranten leben, sehen meist anders aus.

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das Sozialwissenschaftler ethnische Segregation nennen. Im aktuellen Integrationsbericht der Bundesregierung ist nachzulesen, dass rund ein Drittel der Kinder, die zu Hause nicht Deutsch sprechen, eine Kita besucht, in der die Mehrzahl der Kinder ebenfalls nicht Deutsch spricht. In manchen Großstädten ist es sogar mehr als die Hälfte. Statt also beim Turnen auf dem Klettergerüst oder beim Burgenbauen mit Gleichaltrigen spielerisch deutsche Begriffe und Grammatikkonstruktionen zu erlernen, bleiben die Kinder sprachlich unter sich. Die Lingua franca der Sandkiste ist Türkisch, Arabisch oder Russisch. Die deutschstämmigen Kinder taugen oft ebenso wenig als Sprachvorbild, da ihr Deutsch kaum besser ist.

Die wenigsten Erzieher sind Experten für kindlichen Spracherwerb

Gerade für diese Brennpunkt-Kitas haben fast alle Bundesländer spezielle Deutschkurse entwickelt. Das Sprachtraining ist in der Regel verpflichtend und bereitet auf einen Test vor, den alle Kinder ein oder zwei Jahre vor Vorschulbeginn absolvieren müssen. Hohe Millionenbeträge fließen in diese Förderprogramme, in kaum einer Politikerrede zur Integration fehlen sie. Bislang jedoch weiß niemand, ob die Sprachkurse etwas taugen. Die wenigen Evaluationen - in Brandenburg, Hessen und Baden-Württemberg - fielen enttäuschend aus. Ob ein Kind an den Kursen teilnimmt oder nicht, scheint demnach egal. Beide Gruppen machten ähnlich geringe Fortschritte.

Zudem sind die Sprachprogramme von Bundesland zu Bundesland verschieden. Mal lernen die Kinder in der Schule, mal in der Kita. Während die Kurse in dem einen Land nur ein halbes Jahr dauern, erhalten Migrantenvorschüler anderswo 18 Monate Unterstützung. Schon vor Jahren haben die Kultusminister sich deshalb vorgenommen, die Wirksamkeit ihrer Sprachtrainings zu vergleichen. Bundesministerin Annette Schavan hat

Sprich mit ihm Migrantenkinder lernen zu wenig Deutsch - obwohl sie in die Kita gehen. Was läuft hier falsch?

angeboten, die Großevaluation finanziell zu unterstützen. Bis heute steckt der Prüfplan jedoch zur Verzweiflung vieler Wissenschaftler in mehreren Kommissionen fest.

Weitgehend Konsens herrscht mittlerweile darüber, dass formale Lernprogramme kaum das richtige Instrument sind. "Es bringt nichts, den Kindern Kärtchen vorzulegen und sie Begriffe nachsprechen zu lassen", sagt Heidi Keller vom Niedersächsischen Institut für Frühkindliche Bildung und Entwicklung. Eine Sprache lerne man beim ständigen Zuhören und Sprechen, wofür der Kita-Alltag durchaus genug Anlässe biete. Die Erzieher müssten sie jedoch nutzen.

Doch die wenigsten von ihnen kennen sich mit kindlichem Spracherwerb aus. Vielen fehlt zudem ein eigenes Sprachbewusstsein. Statt anspruchsvoller Sätze gebrauchen sie einfache Wendungen, im Glauben, die Kinder würden sie dann besser verstehen. Genau das jedoch ist falsch. Hellhörig machen auch die Ergebnisse der ersten nationalen Kita-Evaluation, der Nubbek-Studie. Danach schneiden Einrichtungen mit einem höheren Migrantenanteil in Betreuung, Erziehung und Bildung schlechter ab als solche mit weniger Einwandererkindern.

Noch kennen die Forscher die Gründe nicht. Doch es wäre nicht überraschend, wenn sich das niedrige soziale Niveau eines Stadtteils im Anspruchsniveau des jeweiligen Betreuungspersonals spiegelt. Ganz sicher genießen Kitas in schwieriger sozialer Lage auch nicht die gleiche Unterstützung durch die Eltern wie Einrichtungen in gutbürgerlichen Stadtteilen. Weder haben sie einen finanzkräftigen Förderverein noch Väter und Mütter, die freiwillig zur Lesestunde kommen oder einen naturwissenschaftlichen Experimentierkurs anbieten. Stattdessen müssen sich die Erzieher oft mit Eltern herumschlagen, die ihre Kinder zu spät oder nur unregelmäßig in die Kita bringen.

Allein der Staat kann diese Nachteile ausgleichen. Er muss dafür sorgen, dass die besten Vorschuleinrichtungen in Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Wilhelmsburg stehen: mit den kleinsten Gruppen, dem kompetentesten Personal, der effektivsten Sprachförderung. Bislang jedoch scheuen sich die meisten Länder und Kommunen davor, ihre Kitas in sozialen Brennpunkten konsequent zu privilegieren. Anstatt das Geld dorthin zu lenken, wo die Kinder die Förderung am nötigsten haben, behandeln sie alle Einrichtungen weitgehend gleich, egal, ob beim Personalschlüssel oder bei der Ausstattung.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt das Bundesland Bayern. Hier erhalten die Kitas für jedes Einwandererkind zusätzliche Personalmittel. "Die scheinen als Anreiz für die Einrichtungen zu wirken, sich stärker um Migrantenfamilien zu bemühen", sagt Anette Stein von der Bertelsmann-Stiftung. Während Einwanderkinder in den meisten Bundesländern deutlich seltener einen Ganztagsplatz in Anspruch nehmen als ihre deutschstämmigen Alterskameraden, verbringen sie in Bayern sogar mehr Zeit in der Kita - und haben damit zusätzliche Stunden, um Deutsch zu lernen.

13 % **der Einwanderer Kinder unter drei Jahren** besuchen eine Krippe. Bei den Kindern mit deutschen Eltern sind es 28 Prozent 33 % **der Kinder**, die zu Hause nicht deutsch sprechen, besuchen einen Kindergarten, in dem die Mehrzahl der Kinder ebenfalls des Deutschen nicht mächtig ist

Graphic

Fehlender Austausch: Von ihresgleichen lernen Einwanderer Kinder kein Deutsch

Load-Date: August 30, 2012

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND; Unser Reporter Moritz von Uslar berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Flüchtlinge unter Polizeischutz in ein ehemaliges Schulgebäude in Berlin-Hellersdorf. Die Aufregung war groß. Wie sieht es an diesem Ort jetzt aus?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN SERIEN MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND (1); MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND; S. 46-47; Ausg. 49

Length: 1095 words

Byline: Moritz von Uslar

Body

November: kaum Licht. In einer plötzlichen Furcht, zu früh am Ort zu sein, blieb ich stehen - vor einem beigefarbenen Alten, der da im Nieselregen die Radkappen seines Autos wusch. Er guckte, sagte dann seinen Text auf: »Das sind alles nette Leute, die Asylanten.« Winkt, wäscht, will weiter nichts sagen.

Punkt halb zehn morgens in Hellersdorf, dem Land der Plattenbauten. Das Asylantenheim, eine ehemalige Schule: vier Stockwerke à 18 Fenster. Die Tür steht offen. Ein Fenster ist gekippt. Zwei alte DDR-Straßenlampen. Die Müllcontainer auf der anderen Seite der Straße sind von Maschendrahtkäfigen eingefasst. Es tropft. Auf das Dach der ehemaligen Sporthalle nebenan setzt sich eine fette Krähe. Ein Polizeiauto kriecht vorbei. Es ist, so versteht der Reporter, das Gucken und Stehenbleiben vor dem Heim eine delikate Sache, weil man als Besucher den Asylanten ja nicht auf die Nerven gehen und schon gar keine Angst einjagen möchte. Auf dem Balkon im Hochparterre des Plattenbaus gegenüber stehen drei Frauen zusammen und rauchen: »Wir dürfen nichts sagen. Wollen auch gar nichts sagen.« Die Medienprofis von Hellersdorf.

Wir sind bewusst ein wenig später dran - drei Monate ist es her, dass in den Plattenbau in der Carola-Neher-Straße in Berlin-Hellersdorf 50 Flüchtlinge unter Polizeischutz einzogen. Tags drauf spielten sich vor dem Heim unheimliche Szenen ab: Befürworter und Gegner stießen aufeinander. Bilder von schreienden NPD-Männern vor dem Asylantenheim. Der Satz, den die Zeitungen am nächsten Tag druckten, lautete: »Ein massiger Mann hebt den Arm zum Hitlergruß.« Empörung über den »braunen Dienstag« von Hellersdorf - das Trauma heißt Rostock-Lichtenhagen (1992 hatten Rechtsradikale unter dem Applaus der Anwohner ein Asylantenheim angesteckt). Die Bevölkerung von Hellersdorf solidarisiert sich mit den Flüchtlingen, in Berlin setzt eine Art Solidaritätstourismus ein. Bald stehen jedem Asylantenheim-Gegner eine Pro-Asyl-Bürgerinitiative und eine antirassistische Mahnwache gegenüber. Zuletzt haben Hellersdorfer dem Heim per Menschenkette Sachspenden übergeben. Botschaft: Wir sind gar nicht so fremdenfeindlich.

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND Unser Reporter Moritz von Usler berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Fl....

Die Asyldebatte ist natürlich längst die bestimmende politische Debatte des ausgehenden Jahres: 2013 werden so viele Asylanten nach Deutschland gekommen sein wie seit 15 Jahren nicht mehr. Im sächsischen Schneeberg stehen sich NPD-Leute und wackere Bürger gegenüber. Selbst die NSA-Affäre wird über die Frage, ob man Edward Snowden Asyl gewähren solle, diskutiert. Wenn in Hellersdorf demonstriert wird, dann ist das auch die Sehnsucht nach übersichtlichen Problemen: links, rechts. Wir da unten, die da oben. Und draufgehauen.

Von der S-Bahn-Station war der Reporter durch ein hübsches und grünes Plattenbauland gelaufen. Style Your Body, Pavian Tattoo, im Neuhagener Wurstimbiss gibt es Mittagsgerichte ab 2,50 Euro. Die Benutzung der Kinderspielfläche geschieht natürlich auf eigene Gefahr. Die 18-jährige Mutter mit der schreigelben oder lila gefärbten Strähne (schiebt ihren Kinderwagen, guckt in ihr Samsung-Smartphone) läuft auch vorbei. Wäre man von den Medien nicht so darauf trainiert, dass die Plattenbauten die allergefährlichsten Ghettos sind, in denen Glatzköpfe dunkelhäutige Männer jagen: Was sähe man dann? Das ist die große Frage. Das ist der Haupteindruck in Hellersdorf: dass niemand da ist.

Gespräche mit Hellersdorfern. Ein Kapuzenpullover-Typ mit hässlichem Hund an der Leine: Darf man dich mal was fragen? »Ja, oder besser auch nicht.« Winkt. Latscht weiter. Herrlich. Ein Muttchen, das ein Einkaufswägelchen schiebt, erklärt: »Vor den Asylanten fürchten wir uns nicht. Vor den Rechten, die aufmarschieren und Randalen machen - vor denen fürchten wir uns.« Woran erkennt das Muttchen so einen Asylanten im nahe gelegenen Kaiser's-Markt? »Die nehmen keinen Einkaufswagen. Die tragen den Einkauf auf den Armen.« Interessant. Ein Alterchen im lila Trainingsanzug erzählt anstatt von den Asylanten seine Krankheitsgeschichte: »Im Hals habe ich eine Platte drin. Links Lungenriss, rechts Lungenriss, Magendurchbruch, Knie operiert. Es reicht.« Hey, alles Gute! Und da steht noch ein schmuck aussehender jugendlicher Glatzkopf vor dem Giga-Sun-Sonnenstudio. Asylantenheim? »Ist mir egal.« Was hat er da für Stecker in den Ohren? Links ein Nichtraucherzeichen, rechts ein Fadenkreuz. Noch mal: Asylantenheim? »Es ist da. Kann man nicht ändern. Meinungen werden ja sowieso überrannt.« Wie? Werden überrannt? Und der junge Mann spricht den klassischen Hellersdorfer Text, abgeklärt, schulterzuckend, diffus resignativ: »Na, es sollte da ja noch eine Aussprache geben. Wurde fallen gelassen, anscheinend.«

Jetzt treten wir mal ein ins Asylantenheim: Da steht eine Tischtennisplatte. Die zwei Sicherheitsleute sehen aus, als ob sie mit Rechtsradikalen, die Asylanten verhauen wollen, ganz gut fertigwerden. Die Heimleiterin Frau Wohlrabe hatte am Telefon erklärt, dass Besichtigungen ohne Voranmeldung nicht gestattet seien: »Ein Tierpark sind wir nicht. Bisschen gucken gehen ist nicht.« Und irgendwie hat man auch gar keine Lust, das Asylantenheim an diesem Novembervormorgen zu betreten, es kommt einem falsch vor: Da wohnen doch Leute!

Was ist so los um halb zehn morgens im Asylantenheim? Die Kinder sind in der Schule. Die Bewohner waschen Wäsche oder sitzen in ihren Zimmern und lernen Deutsch. 211 Flüchtlinge aus 18 Nationen leben zurzeit in den ehemaligen Klassenräumen. Welche Regeln gelten hier im Haus? »Keine Waffen, kein Alkohol, keine Drogen, keine Medizin.« Die Nachbarn fragten immer, so erzählt die nette Frau Wohlrabe, was die Asylanten hier den ganzen Tag machen. Und? Was machen die so den lieben langen Tag? »Ich sage immer: Das ist wie bei einem Arbeitslosen, der die ganze Zeit zu Hause sitzt. Der Arbeitslose muss zum Jobcenter, die Asylbewerber müssen zum Sozialamt gehen.« Frau Wohlrabe ist sehr glücklich über die Spendenbereitschaft der Hellersdorfer. Am liebsten, so die Heimleiterin, spendeten die Deutschen Fußbälle. Deutschland, sagt Frau Wohlrabe, sei ein gutes Land, das solle man auch mal schreiben. Wir schreiben: Die Herde in den Gemeinschaftsküchen sehen astrein geputzt aus.

Zehn Uhr: Da kreuzt wieder das Polizeiauto. Was fragt man den Asylbewerber, der da plötzlich auf die Straße getreten kommt, Vollbart, Rucksack, Kopfhörer auf den Ohren? »Möchten Sie eine Zigarette?« Ich rauche eine, er raucht keine. Willkommen in Deutschland.

Load-Date: April 5, 2022

MORGENS HALB ZEHN IN DEUTSCHLAND Unser Reporter Moritz von Uslar berichtet in dieser Kolumne von nun an aus dem deutschen Alltag. Folge 1: Im August zogen 50 Fl....

End of Document

Berlin soll sehen, wie Flüchtlinge leben; Während das Camp in München nach dem Hungerstreik aufgelöst wurde, geht der Flüchtlingsprotest in Berlin weiter - und wird immer professioneller.

ZEIT-online

Dienstag 2. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: PROTEST-CAMP; Ausg. 23

Length: 1112 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Eine Unterstützerin bereitet Betten für die **Flüchtlinge** am Berliner Oranienplatz vor (Archiv).

© Adam Berry/Getty Images

Im "Botschaftsgebäude" riecht es abgestanden und nach feuchten Kleidern. Ein großer Gaskocher, ein Kacheltisch mit Margarine und Erdnussbutter vom Discounter, zu Betten ausgeklappte Sofas - das ist das Mobiliar des Zeltles. Auf den nicht bezogenen Bettdecken liegt ein großer Plüschhund. Mitten in diesem Wirrwarr sitzt Patrick, aufrecht und selbstbewusst: "Unser Camp ist das Zentrum des Widerstandes, unsere Botschaft", sagt der junge Mann mit der roten Wollmütze und den schwarzen Turnschuhen. Sein Englisch hat den vokalischen Anklang von Swahili, der wichtigsten Sprache seiner Heimat Uganda neben der Amtssprache Englisch.

Im vergangenen September war Patrick einer der etwa 20 **Flüchtlinge**, die in Würzburg den "Marsch der Würde" antraten, um dagegen zu demonstrieren, wie der deutsche Staat mit ihnen umgeht. Nach einem 600 Kilometer langen Fußweg erreichte der Protestzug Berlin. Seitdem steht eine Reihe von Zelten auf dem Oranienplatz im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Etwa 60 Menschen leben hier zurzeit, die meisten von ihnen stammen aus Afrika.

Die Protestierenden in Berlin wollen die Politik, aber auch die Bürger für ihr Anliegen - bedingungslose Freiheit und Bleiberecht in Deutschland - gewinnen, mit Flyern, Festivals und Gesprächsrunden. Einigen ging das jedoch nicht weit genug. Sie zogen vom Berliner Camp aus nach München und traten dort, mitten in der Innenstadt, in einen Hungerstreik. Ihre Forderung: sofortige Anerkennung ihrer Asylanträge. Mehr als eine Woche hielten die insgesamt 50 Flüchtlinge aus Afrika und Asien durch und drohten schließlich mit Selbstmord. Am Sonntagmorgen löste die Polizei das Camp gewaltsam auf.

Einen solch radikalen Schritt planen die Berliner Camp-Bewohner nicht. "Die Menschen können unsere Situation nur verstehen, wenn sie sehen, wie wir leben", sagt Patrick. Und Aufmerksamkeit erreiche man am besten durch Informationen und Kampagnen.

Berlin soll sehen, wie Flüchtlinge leben Während das Camp in München nach dem Hungerstreik aufgelöst wurde, geht der Flüchtlingsprotest in Berlin weiter - und w....

Die Forderungen der Bewohner sind auf einem Banner am Rand des Zeltlagers aufgelistet und auf unzähligen Zetteln und Flyern im Info-Zelt - der ersten Anlaufstelle für Interessierte - nachzulesen: Jeder Asylsuchende soll als politischer Flüchtling anerkannt werden und selbst bestimmen können, wo er wohnen will. Bislang bestimmt die Residenzpflicht, dass Asylbewerber einen behördlich festgelegten Raum nur mit Sondergenehmigung verlassen dürfen. Das ist innerhalb der EU einmalig, nur Hessen hat die Residenzpflicht Ende 2012 abgeschafft.

"Flüchtlingslager sind menschenunwürdig"

Dass sie durch ihre Anwesenheit in Berlin gegen die Vorschriften verstoßen, schreckt die Camp-Bewohner nicht ab. "Wir haben nichts zu verlieren", sagt Patrick. In dem Passauer Flüchtlingslager, in dem er vorher zwei Jahre lang gelebt hatte, habe jeder für sich allein gekämpft, die Atmosphäre sei aggressiv gewesen. "Und wenn ich raus wollte, musste ich den Chef des Lagers um Erlaubnis fragen und 10 Euro zahlen. Nicht einmal Besuch von außen durfte ich dort empfangen."

Die bedrückende Stimmung, die Reglementierungen, regelmäßige Konflikte zwischen den frustrierten Bewohnern - irgendwann habe er das alles nicht mehr ausgehalten, sagt Patrick. Auf das Geld vom Staat verzichte er lieber freiwillig, als sich dem "menschenunwürdigen System" zu unterwerfen. Hinter Patrick, halb verborgen von einer Sofalehne, schält sich ein Kopf aus den Kissen. Der Mann blickt aus schlafschweren Lidern und sagt: "Es ist traurig, dass die Politik so wenig Verständnis für uns hat."

Für viele Anwohner des Oranienplatzes gehört das Camp mittlerweile zum Alltag. Nachbarn und Organisationen versorgen die Flüchtlinge mit Essen und Kleidern, bieten medizinische Hilfe und juristische Unterstützung an. Auf dem Rasen zwischen den Zelten sitzen Flüchtlinge und reden oder spielen Karten, während auf den Bänken inmitten des Geländes Jugendliche mit Handys und Herumtreiben die Zeit totschlagen.

Kritiker des Camps hingegen führen immer wieder die Konflikte an, die dort bislang zweimal offenbar wurden. Zuletzt wurde in den Medien die Protestaktion erneut diskutiert, nachdem es zu einer Auseinandersetzung zwischen einem anscheinend rechtsradikalen Türken und Bewohnern des Protestcamps gekommen war. Der Angriff hatte einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst.

Die Frauen wollen nicht im Camp leben

Vor allem die Frauen fürchten sich vor den Umständen im Zeltlager. Sie wohnen darum in der ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Schule in der Reichenberger Straße, die der Bezirk den Flüchtlingen im Winter zur Verfügung gestellt hatte. Ende März wurde ein öffentliches Auswahlverfahren zum Projektehaus Gerhard-Hauptmann-Schule begonnen, in Absprache mit den Bewohnern des Kiezes sollen dort Mieter einziehen. Auch das Flüchtlingscamp hat sich zwar um Räumlichkeiten beworben, zugesichert wurde bislang jedoch nichts.

Unterstützung finden die Flüchtlinge weiterhin bei Bezirksbürgermeister Franz Schulz. "Das Flüchtlingsrecht widerspricht allen gesetzlichen Vorgaben zur Menschenwürde und den Grundrechten." Er stehe darum weiter voll hinter den Forderungen der Flüchtlinge. Vor allem vor der Bundestagswahl habe das Protestlager die Gelegenheit, die "Politik zu zwingen, Stellung zu beziehen".

Doch Schulz kann wenig ausrichten, denn an den Vorgaben und Richtlinien für Flüchtlinge kann das Bezirksamt nicht rütteln. "Eine große Lösung" des Problems liege derzeit weit entfernt, sagt auch Benedikt Lux, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Diese Lösung würde in einer Änderung und Liberalisierung des Asylrechts bestehen. Dafür aber gibt es keine Mehrheit im Bundestag.

" We are here, we will fight "

"Die Politiker sagen, der Staat könne nichts ändern, weil sie unser Anliegen nicht verstehen", ist Patrick überzeugt. Darum plane man weitere Projekte. Um auch Anwohner stärker in die Aktionen einzubinden, soll regelmäßig ein runder Tisch zwischen den Flüchtlingen, ihren Nachbarn und Vertretern aus der Politik stattfinden.

Berlin soll sehen, wie Flüchtlinge leben Während das Camp in München nach dem Hungerstreik aufgelöst wurde, geht der Flüchtlingsprotest in Berlin weiter - und w....

Zudem bereiten die Flüchtlinge im Kreuzberger Museum ein "Flüchtlingsmuseum" vor, in mehreren Cafés wollen sie Fotos ausstellen.

"Unser Kampf endet nicht hier, sondern soll historisch werden", sagt Patrick, während irgendwo hinter dem Zelt die hohen Töne einer Geige erklingen. Im Nachbarzelt sehen derweil ein paar Interessierte einen Informationsfilm über die Protestaktion. " *We are here, we will fight* ", schallt es aus den Boxen einer Anlage: "Wir sind hier, wir werden kämpfen."

Load-Date: July 2, 2013

End of Document

Die neuen deutschen Heimatsucher; Zum Fremdsein verurteilt? Ein Berliner Projekt und eine Diskussion nehmen die Suche von Migranten nach ihrer Identität und Heimat unter die Lupe.

ZEIT-online

Freitag 19. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: INTEGRATION; Ausg. 43

Length: 1076 words

Byline: Lisa Altmeier

Body

Eine Christin und eine Muslima essen gemeinsam in der Stuttgarter Gemeinde Islamische Solidarität.

©Marijan Murat/dpa

"Wo kommen Sie her?" - eigentlich eine ganz einfache Frage. Doch Deutsche mit **Migrationshintergrund** suchen oft ein Leben lang nach einer adäquaten Antwort, weil sie selbst nicht genau wissen, was ihre Heimat ist und ob sie überhaupt eine haben. Diese Suche wird ihnen in Deutschland manchmal schwer gemacht. Am Donnerstagabend sprachen Rita Süßmuth (CDU), die Autorinnen Irena Brezná und Khuê Pham (ZEIT), die Wissenschaftlerin Naika Foroutan und die Journalisten Jörg Lau (ZEIT) und Alan Posener (WELT) beim Berliner Integrationsforum fast vier Stunden darüber, wie es ist, deutsch und gleichzeitig fremd zu sein. Gibt es ein Recht aufs Anderssein, eine Pflicht zum Deutschsein, wenn man hier lebt? Und was ist in der Debatte in den vergangenen Jahren schiefgelaufen?

Die Diskussion über Integration in Deutschland hat sich verschärft und ist zugleich oberflächlich geblieben. Beschneidungshysterie und NSU-Schock, Buschkowsky-Getöse und Sarrazin-Provokationen ziehen alle Aufmerksamkeit auf sich. Mit den Betroffenen selbst wird wenig über ihre alltäglichen Integrationsprobleme gesprochen - sie gelten noch immer als "das Andere".

Das gilt in besonderem Maße für die hier lebenden Muslime, selbst für diejenigen mit deutschem Pass. Ein Team um die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan hat jetzt 50 Interviews mit diesen deutschen Muslimen geführt, um sie selbst zu Wort kommen zu lassen - und vor allem, um mehr über ihre schwierige Suche nach der eigenen Identität zu erfahren. Darüber, wie ihnen die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft bei der Selbstfindung zu schaffen macht. Das Projekt mit dem Titel **Heymat** zeigt: Viele deutsche Muslime fühlen sich auch deshalb in Deutschland fremd, weil sie zu Fremden und Unerwünschten erklärt werden. 46 Prozent der Deutschen finden, hierzulande würden längst zu viele Muslime leben. Die so Abgelehnten hängen zwischen ihren verschiedenen Identitäten: Als Deutsche, als Muslime, als Kinder der Herkunftsländer ihrer Eltern oder Großeltern. "Hybride" nennt Foroutan sie deshalb.

Ist die "German Angst" schuld?

Die neuen deutschen Heimatsucher Zum Fremdsein verurteilt? Ein Berliner Projekt und eine Diskussion nehmen die Suche von Migranten nach ihrer Identität und Heim....

Die ZEIT-Redakteurin und Buchautorin Khuê Pham hingegen nennt Menschen mit verschiedenen Heimaten "die neuen Deutschen". Sie versuchte bei der Diskussion zu klären, warum diesen "neuen Deutschen" von den "alten Deutschen" so viel Ablehnung entgegenschlägt. Ihre Vermutung: Angst. Angst davor, etwas zu verlieren. Davor, dass dort, wo früher deutsche Hausmannskost gegessen und deutsche Lieder gesungen wurden, nun fremde Kulturen Einzug halten. Rita Süßmuth (CDU) geht sogar noch weiter. Sie unterstellt den Deutschen grundsätzliche Angst vor Veränderung. Beim Thema Integration werde diese nur besonders sichtbar. Die ehemalige Bundestagspräsidentin erzählt auch von der Vorsicht, die Politiker bei dem Thema deshalb oft walten lassen. Sie berichtet von Abgeordneten, die montags eingeschüchtert aus ihrem Wahlkreis zurückkehren, weil sie dort ihre Basis wieder mit ihrem Unmut über die Zugewanderten bedrängt hat. Woher kommt diese Ablehnung des Fremden? Aus echter eigener Erfahrung anscheinend kaum, wie der Journalist Alan Posener schildert. Denn gerade da, wo nur wenige Einwanderer leben, zum Beispiel in Ostdeutschland, fülle Sarrazin die Turnhallen.

Die "German Angst" - das ist also die eine Seite. Die andere Seite ist die der Menschen mit Migrationshintergrund und ihr Umgang mit diesen Ausgrenzungen. Davon berichtete der ZEIT-Journalist Jörg Lau. Viele seiner in Deutschland lebenden Bekannten mit ausländischen Wurzeln machten gerade eine Art "innere Kündigung ihrer Liebe zu Deutschland" durch, weil sie sich ausgegrenzt fühlten und die hitzigen Debatten der letzten Jahre schwer ertragen könnten. Scharf kritisierte er, weite Teile der deutschen Bevölkerung seien immer noch der Ansicht: "Wir Deutschen sind die Guten" und "alle sollen so werden wie wir."

Dieser Zwang zur Anpassung, zur Assimilation, kann aber nach Ansicht der Wissenschaftlerin Foroutan nicht erfolgreich sein. Andere Länder wie die USA und Kanada hätten längst verstanden, dass es, egal wie lange man rührt, keinen Identitätseinheitsbrei gibt, sondern nur eine "Gemüsesuppe."

Irena Brezná fühlt sich sehr wohl in dieser Gemüsesuppe. Sie ist in der Tschechoslowakei geboren und in die Schweiz gezogen, als sie 18 Jahre alt war. Brezná forderte bei der Diskussion ein Recht auf Fremdheit, auf Andersartigkeit. "Meine Heimat ist Ausländerin" sagt sie. Sie hat ihren Frust darüber, dass sie immer als die "zu Integrierende" wahrgenommen wird, zu einem Buch gemacht. *Die undankbare Fremde* heißt der Roman. Brezná sagt, sie werde auch diskriminiert, weil sie hochdeutsch spreche, denn das mögen die Schweizer gar nicht. "Ich gehöre in der Schweiz zu einer sehr unbeliebten Minderheit von 300.000. Und das sind die Deutschen."

Rückschritte bei emotionaler Bindung

All diese verschiedenen Strategien der "Hybriden", um mit ihrem Identitätswirrwarr und den Zuschreibungen der Anderen klarzukommen, hat Forscherin Foroutan auch versucht, aufzufächern. Manche Migranten wenden sich Traditionen zu, die so in ihrer Heimat überhaupt nicht mehr existieren, *invented traditions* nennt Foroutan das. Andere widmen sich verstärkt ihrer Religion, weil ihnen sowieso immer unterstellt wird, sie seien religiös, und weil der Glaube eine Möglichkeit ist, eine Identität zu entwickeln, die nicht von Orten abhängt. Manche Menschen in der Identitätskrise versuchen das durch besonders selbstbewusstes Auftreten zu kompensieren, andere reagieren mit Rückzug. Viele aber, das lässt sich schon jetzt aus dem noch nicht abgeschlossenen Projekt ableiten, haben das Gefühl, fremd geblieben zu sein.

Das passt zu den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung der jüngsten Zeit, wie Foroukan erklärt. Migranten seien in vielen Bereichen besser integriert als noch vor Jahren, zum Beispiel im Bildungssystem. Nur bei einer Sache gebe es Rückschritte: Bei der emotionalen Bindung zu Deutschland.

Und die lästige, einfache Frage nach der Herkunft? Einige der im Rahmen des Projekts interviewten Muslime beantworten sie absichtlich so, wie ihre Gegenüber es nicht erwarten. Er sage dann immer "aus Koblenz", berichtet ein Teilnehmer. Worauf er meistens zu hören bekommt: "Jaja, aber so richtig?"

Offenlegung: An der Organisation der Veranstaltung war Maria Exner von ZEIT ONLINE beteiligt, nicht aber die Autorin.

Die neuen deutschen Heimatsucher Zum Fremdsein verurteilt? Ein Berliner Projekt und eine Diskussion
nehmen die Suche von Migranten nach ihrer Identität und Heim....

End of Document

**INS LEERE; Junge Flüchtlinge wohnen in München in einer kargen
Unterkunft. Privat sind dort nur das Bett - und die Wand. Der vertrauen sie
einiges an**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

5. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEITMAGAZIN;INS LEERE; S. 34-40; Ausg. 50

Length: 673 words

Byline: Eva Leitolf

Body

Zuhause ist dort, wo man bleiben kann, sagt Eva Leitolf über ihre Fotoserie "Clearing"

Einzig. Allein. Nirgends. Nicht stören. Gast. In zarter Schrift, mit Bleistift geschrieben, stehen diese Wörter auf dem Putz über dem Bett. Jemand hat sie dorthin geschrieben, dem sie wichtig waren. Der sie lernen wollte.

Weise. Beten. Respekt. Angenehm. Zur Zeit. Unbedeutend. Tatsachen. Vielleicht ist sein Asylantrag genehmigt worden. Vielleicht nicht, und er lebt mit der Angst, abgeschoben zu werden. An der Wand der Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in München sind nur seine Spuren geblieben. Eva Leitolf hat sie festgehalten. Seit 2011 fotografiert sie in der alten Bayernkaserne in München, in der jugendliche Asylbewerber untergebracht sind. Leitolf hat Toumani und Bashir kennengelernt, Ahmad, Ali und Elias, Mawlid und Hossein. Teenager, zwischen 16 und 18 Jahre alt, traumatisiert vom Krieg in Somalia, im Irak oder in Afghanistan. Sie haben sich allein nach Europa durchgeschlagen. Manche wurden von ihren Eltern geschickt. Manche haben keine Eltern mehr. Sie haben hier gewohnt, zu zweit oder dritt in einem Zimmer, Bad auf dem Gang. Ein Leben ohne Rückzugsmöglichkeit. Um die Erlaubnis zu bekommen, eine Schule zu besuchen, müssen junge Flüchtlinge eine Prüfung ablegen. "Ich will lernen", sagte einer von ihnen zu Eva Leitolf, "aber hier finde ich keine Ruhe." Privat sind im Heim nur das Bett und die Wand, an der es steht. Ein paar Quadratmeter, die etwas erzählen über die Bewohner. Wie die Zeichnungen über dem Bett von Hossein: Frauen mit wildem Haar und wenig Kleidung, die Venus von Botticelli, eine Vokabelliste, verhaften, vergeben, verfolgen. Jedes Bild hat er signiert, mit Datum, Namen und seinem Zeichen: einem Herzen, gebildet aus dem Buchstaben L, O, V und E.

Unschuld. Ungewiss. Bleiben. Wer hier ist, ist angekommen und ist es doch nicht. Das Heim ist eine Erstunterkunft, hier darf eigentlich keiner länger bleiben als drei Monate. Junge Flüchtlinge sollen von der Jugendhilfe betreut werden, in Einrichtungen, wo es mehr Platz gibt und mehr Betreuer. Aber manche sind schon seit einem Jahr hier. Ein Leben im Zwischenraum. Als Eva Leitolf die Bilder machte, begann sie, über den Begriff Zuhause nachzudenken. Dass ein Zuhause nicht da ist, wo man Bilder aufhängt. Sondern dort, wo man Gewissheit findet. Wo man bleiben kann.

INS LEERE Junge Flüchtlinge wohnen in München in einer kargen Unterkunft. Privat sind dort nur das Bett - und die Wand. Der vertrauen sie einiges an

Clearing heißt die Fotoserie, sie ist parallel entstanden zu Leitolds Postcards from Europe, *die wir im März 2011 im ZEITmagazin zeigten*. Dafür hat sie Strände fotografiert, an denen Leichen aus gekenterten Flüchtlingsschiffen angeschwemmt wurden. Oder Leitern, mit denen Menschen versucht haben, den Grenzzaun im spanischen Melilla zu überwinden. Was an diesen Orten geschah, sieht man auf den Fotos nicht. Sie zwingen uns dazu, es uns vorzustellen. Auch auf den Bildern aus dem Heim sind keine Menschen zu sehen. Leitolf will nicht Einzelschicksale zeigen, sondern die strukturellen Zusammenhänge dahinter. Wie gehen wir als Gesellschaft damit um, dass immer mehr Menschen bei uns Zuflucht suchen?

Zuletzt waren 180 Flüchtlinge in dem Heim untergebracht, in dem nur Platz für 120 ist. Sie müssen sich, so berichten es Ärzte, die das Heim besucht haben, zehn Kochplatten und 16 Toiletten teilen, wohnen zu fünft oder sechst in einem Raum, schlafen in Doppelstockbetten, auf denen tagsüber manchmal Stühle liegen, um Platz zu schaffen. Sie erzählen von gewalttätigen Übergriffen, Selbstverletzungen, Drogen. Ende November traten einige Flüchtlinge in Hungerstreik, um gegen die langen Asylverfahren und ihre Unterbringung zu protestieren. Anfang 2014 sollen nun alle minderjährigen Flüchtlinge in Bayern auf Jugendhilfe-Einrichtungen verteilt werden - vorausgesetzt, es gibt dort genug Plätze. Das Heim würde dann geschlossen. Bleiben werden die Wörter, die diese Jugendlichen als Erstes gelernt haben. Angst. Lass los. Die Wand.

Von Anna Kemper

Graphic

Toumani W. war zwischen dem 29. Juni und dem 8. Dezember 2011 in Zimmer 93, Erstaufnahmeeinrichtung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge München, Dependance Bayernkaserne, untergebracht. Alle Fotos sind dort entstanden

Ahmad R. war zwischen dem 28. November 2011 und dem 28. Juni 2012 in Zimmer 93 untergebracht

Ali A. war zwischen dem 22. Februar und dem 2. Oktober 2012 in Zimmer 98 untergebracht

Elias S. war zwischen dem 8. Februar und dem 12. Juli 2012 in Zimmer 99 untergebracht

Hossein J. war zwischen dem 4. April und dem 11. Dezember 2011 in Zimmer 165 untergebracht

Mawlid A. war zwischen dem 20. Juni und dem 11. Juli 2012 in Zimmer 163 untergebracht

Load-Date: December 5, 2013

Lampedusa auf St. Pauli; Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Lampedusa auf St. Pauli; S. 8; Ausg. 44

Length: 1489 words

Byline: Ulrich Ladurner, Sahar Sarreshtehdari, Özlem Topcu

Body

Seit am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa mindestens 360 Menschen in einer Nacht ertrunken sind, geht der Name dieser italienischen Insel im Mittelmeer um die Welt. Wenn heute ein **Flüchtling** sagt: "Ich komme aus Lampedusa!", so lautet die unausgesprochene Botschaft: "Ich bin ein Überlebender!"

Seit dem massenhaften Sterben vor seiner Küste steht Lampedusa für das harte Gesicht Europas - und zugleich für das schlechte Gewissen der Europäer wegen der Konsequenzen ihrer **Flüchtlingspolitik**. Der Satz "Ich komme aus Lampedusa" kann deshalb eine Welle der Solidarität auslösen, so wie es derzeit in Hamburg geschieht.

Über 300 Afrikaner sind vor Monaten hier gestrandet. Sie alle sagen, dass sie über Lampedusa nach Deutschland gekommen seien, geflohen vor dem Krieg in Libyen und den nachfolgenden Wirren. Es fehlt ihnen nicht an Helfern. Die Kirche in St. Pauli bietet vielen von ihnen eine Unterkunft. Alle paar Minuten kommen Leute vorbei, bringen Essen, selbst gebackenen Kuchen, Kleidung, Bargeld. Ein bekannter Hamburger Drogeriemarktbesitzer spendete Kisten voll mit Zahnbürsten und Zahnpasta. Die Regale im Vorratsraum der Kirche quellen über von Duschgel, Shampoo, Deo. **Flüchtlingsorganisationen** bieten juristischen Beistand, ein großer Keller im Viertel wurde zu einem Schlafraum umfunktioniert, in dem Dutzende **Flüchtlinge** eine Bleibe finden.

In St. Pauli, ließe sich sagen, zeigt Deutschland seine solidarische, seine menschliche Seite. Doch helfen, auch das zeigt sich in St. Pauli, ist nicht unbedingt einfach. Flüchtlinge nämlich sind ein Politikum, und wenn sie aus Lampedusa kommen, dann ist alles so aufgeladen mit Bedeutung, dass die Sache verwirrend werden kann. Was als Hilfsaktion begann, eskalierte bis zu Straßenschlachten mit der Polizei. Wie konnte es dazu kommen?

Man muss, um zu verstehen, ganz vorne anfangen, am besten bei Pastor Sieghard Wilm, einem sanftmütigen Mann von Mitte vierzig. Er sitzt im Café Geyer, gleich neben seiner Kirche. Wilm hat den Treffpunkt gewählt, weil er vor lauter Unterstützung und Unterstützern in seiner Kirche weder Ruhe noch Platz findet. "Die Flüchtlinge standen einfach eines Tages vor meiner Tür", sagt er, "durchnässt, hungrig, krank." Das war Mitte April.

Die Stadt hatte die Flüchtlinge zuvor im Winternotprogramm für Obdachlose untergebracht. Als das auslief, schiefen sie überall in der Innenstadt. "Sie hatten nicht einmal die Grundausrüstung von Obdachlosen", sagt Wilm. Einige bekamen Platzverweise von der Polizei. Seitdem schlafen etwa 80 von ihnen auf der Galerie der Kirche.

Lampedusa auf St. Pauli Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Die Flüchtlinge hatten nicht nur eine vorübergehende Bleibe gefunden, sie wurden mit jedem Tag sichtbarer. Die Presse berichtete, die Hamburger wurden aufmerksam. In ihrer Stadt befanden sich also Hunderte Flüchtlinge, und der Senat wusste nicht so recht, wie er mit ihnen umgehen sollte, manche sagen, er ignorierte sie erst einmal systematisch. Formal, das war zunächst die Haltung, sei der Senat nicht zuständig. Die sogenannte Dublin-II-Verordnung der EU sieht vor, dass jeder Flüchtling seinen Antrag auf Asyl dort stellen muss, wo er als Erstes gelandet ist. Das bedeutet in diesem Fall: in Italien.

So sagt es das Gesetz, doch das Leben sagt etwas anderes. Es erzählt Geschichten wie die von Oumar: "Die Rebellen zwangen mich, Libyen zu verlassen, sonst hätten sie mich umgebracht. Wir brauchten drei Nächte und zwei Tage, um mit dem Boot von Libyen nach Italien zu kommen. 180 Leute waren mit mir auf dem Boot. Kurz nachdem wir Lampedusa erreicht hatten, brachten sie mich nach Crotone. Da gibt es ein großes Flüchtlingslager. Ich lebte dort ein halbes Jahr lang. Dann gaben sie mir meine Papiere und schickten mich aus dem Lager. Ich musste in Rom auf der Straße leben. Ich hatte kein Geld. In der Zeit hatte ich keinen Kontakt zu meiner Familie."

Oumar ist einer der afrikanischen Flüchtlinge, die bis heute in Hamburg nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben. Er schläft in der Nähe des Rathauses, auf einem Karton, den er zu Nachtzeiten auf einer halbwegs geschützten Stelle auslegt. Tagsüber streift er durch die Stadt, immer in Angst, von Polizisten aufgegriffen zu werden.

"Verschwindet über den Brenner", sagen italienische Beamte

Die Tatsache aber, dass sich Hunderte Menschen wie Oumar in Hamburg aufhalten, beweist, dass mit der europäischen Flüchtlingspolitik etwas nicht stimmt. Tatsächlich schickt Italien viele Flüchtlinge aus den Aufnahmelagern einfach weg, manchen wird Geld gegeben, andere bekommen nichts. Ein italienischer Flüchtlingsberater berichtet, vielen werde gesagt: "Verschwindet über den Brenner!" Diese Praxis der italienischen Behörden verstößt gegen die Dublin-II-Verträge. Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich reagierte mit dem Satz: "Lampedusa liegt in Italien!" Geografisch hat er zwar recht, aber an dem Verhalten der italienischen Behörden ändert er damit nichts. Sie klagen schon lange, als Türsteher Europas überfordert zu sein. Die Lasten müssten neu verteilt werden. Eine Aufgabe, die nun auch in Deutschland angekommen ist: Im Mai gründeten die afrikanischen Flüchtlinge eine Gruppe mit dem Namen: "Lampedusa in Hamburg". Lampedusa ist zu einem Kampfbegriff geworden.

Die Afrikaner verlangen, als gesamte Gruppe aufgenommen zu werden, nicht als Einzelne. Das Gesetz sieht dafür zwar Möglichkeiten vor, aber das ist nicht gängige Praxis. Gruppenanerkennung gibt es nur in Ausnahmefällen, wie zum Beispiel in den neunziger Jahren für bosnische Kriegsflüchtlinge. Das Bundesinnenministerium schließt diese Form der Anerkennung für die Lampedusa-Gruppe aus. Ein Sprecher des Innenministers sagt: "Die Flüchtlinge haben in Italien einen Asylantrag gestellt und sind dort anerkannt, sie haben dann ein Reisedokument bekommen. Da dieses mittlerweile abgelaufen ist, müssen sie zurück nach Italien." Das ist eine unzweideutige Botschaft.

Der Hamburger Senat bestand auf Einzelfallprüfungen, so wie es üblich ist. Der Sprecher der Innenbehörde Hamburgs sagt: "Eine Gruppenlösung ist rechtlich ausgeschlossen, aber wir werden jeden Fall fair prüfen. Dafür müssen sie allerdings Anträge stellen - sich also offenbaren. Wir wissen so gut wie nichts über diese Leute. Aus der Anonymität kann niemand Forderungen an den Rechtsstaat stellen." Er fügt noch hinzu, dass niemandem das Schicksal der Flüchtlinge gleichgültig sei. Das Argument der Behörden: Wenn man die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" kollektiv anerkennt, was soll der Senat dann all den anderen Flüchtlingen sagen, die das übliche Asylverfahren durchlaufen? Wie kann man ihnen gegenüber die Einzelfallprüfung begründen?

Lampedusa wird zum ideologischen Popanz

Die Flüchtlinge erwidern darauf, dass sie durchaus ihre Identität preisgäben, aber sie wollten keinen Asylantrag stellen, weil sie den Behörden nicht vertrauten. Ihr Misstrauen wird von der Organisation Karawane bestärkt, einem bundesweiten Netzwerk, das sich mit Flüchtlingsfragen auseinandersetzt. "Diese Leute sind in der Öffentlichkeit, niemand versteckt sich. Sie haben jedem Journalisten die Papiere gezeigt", sagt Ralph Lourenco von Karawane - als könnten Journalisten Asylanträge prüfen. "Jetzt wird gesagt: Wenn wir die Identitäten hätten, dann könnten wir

Lampedusa auf St. Pauli Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Einzelverfahren durchführen, und wir prüfen jeden Fall - diese Geschichten kennen wir seit Jahrzehnten in Deutschland. Wenn der Druck zu groß wird, dann heißt es, wir schauen uns die Fälle an. Wenn die Öffentlichkeit wegschaut, dann werden die Anträge abgelehnt."

So viel steht fest: Die Afrikaner in Hamburg brauchen eine gute Lobbyarbeit. Im Moment aber wird viel Lärm gemacht, und Lampedusa wird von einigen Helfern zu einem ideologischen Popanz gemacht. "Ihr seid schuld am Krieg gegen Libyen, nur darum mussten wir flüchten", sagt Friday Emitola, ein Gruppensprecher. Eine Anerkennung sei deshalb nur Wiedergutmachung für etwas, das die Europäer verbrochen hätten. Nun hat sich Deutschland nicht am Libyen-Krieg beteiligt. Doch die Atmosphäre ist längst so aufgeladen, dass die Wirklichkeit in all ihrer Komplexität dahinter verschwindet.

Und so kommt es, dass die Unterstützer der Flüchtlinge eine Pressekonferenz organisieren und sie zu einer Mischung aus Informationsveranstaltung und Demonstration wird. Zwei Afrikaner berichten, sie seien von der Polizei stundenlang festgehalten worden, ohne Begründung und ohne einen Anwalt. Es herrscht allgemeine Betroffenheit. Danach kommt die härteste Waffe zum Einsatz, die man in Deutschland ziehen kann. Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano sagt auf dem Podium, das Schicksal der Flüchtlinge sei "unerträglich" - etwas später beklagt ein anderer auf dem Podium noch den Imperialismus des Westens und den Kolonialismus dazu. Da gibt es Applaus.

Währenddessen geht die einfache Frage unter, mit der sich Pastor Wilms konfrontiert sah, als die Hilfesuchenden bei ihm anklopften: "Hätte ich denn nicht helfen sollen? Hätte ich die Tür zumachen sollen?"

VON ULRICH LADURNER, SAHAR SARRESHTEHDARI UND ÖZLEM TOPCU

Graphic

In diesem Keller in St. Pauli schlafen bis zu 40 afrikanische Flüchtlinge

Load-Date: October 24, 2013

Ohne Namen, ohne Gesicht; Wer trägt die Schuld am Elend der Flüchtlinge? Wir alle, sagt der Papst

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

11. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 10; Ausg. 29

Length: 774 words

Byline: Alice Bota

Body

Auch wer nicht an Gott glaubt, wird von den Worten des Papstes berührt gewesen sein. Da stand Franziskus auf der kleinen italienischen Insel Lampedusa, die man deshalb kennt, weil Jahr für Jahr Tausende **Flüchtlinge** aus Afrika dort stranden und Jahr für Jahr Tausende **Flüchtlinge** dies Ziel erst gar nicht erreichen. In den letzten Jahrzehnten sollen 20000 auf ihrer Flucht ertrunken sein. "Wer ist der Verantwortliche für das Blut dieser Brüder und Schwestern?", fragte Franziskus.

Ja, wer eigentlich? Ihre Regierungen, die Kriege führen? Die Menschenschlepper, die sie ohne Trinkwasser in löchrige Boote setzen, wissend, dass sie vielleicht untergehen werden? Die **Flüchtlinge** selbst womöglich, weil sie sich und ihre Familien auf so eine Todesreise schicken? Franziskus' Antwort tat weh: In einer Welt der Globalisierung seien wir in die "Globalisierung der Gleichgültigkeit" geraten. Wer verantwortlich sei? "Niemand! Wir alle antworten so: Ich bin es nicht, ich habe nichts damit zu tun, es werden andere sein, sicher nicht ich."

Dieses System, in dem Bürokraten doch nur geltende Gesetze befolgen, hat in Europa einen Namen: DublinII heißt es, beschlossen auf einem Treffen der Innenminister in der irischen Hauptstadt vor zehn Jahren. Vor Kurzem wurde DublinII reformiert - aber man hat eine Chance vertan, ein System der Verantwortungslosigkeit zu ändern. Denn der Kern des Abkommens bleibt gleich: Flüchtlinge müssen in der EU dort ihren Antrag stellen, wo sie zuerst ankommen. Reist ein Afghane über Ungarn nach Österreich ein, erklären sich die Österreicher für nicht zuständig.

Nun könnte man einwenden, dass daran nichts Falsches sei: Lasten muss man doch verteilen, ein Land wie Österreich oder Deutschland ist nicht unendlich reich, und schon gar nicht kann es jeden aufnehmen, der herkommen will. Und wer wirklich um sein Leben bangt, dem wird ein Abschiebelager in Ungarn schon recht sein. Wir sind es ja nicht, die die Flüchtlinge so schlecht behandeln. Es werden andere sein.

Aber erstens sucht keine Flüchtlingsflut Europa heim: 44 Millionen Flüchtlinge gibt es weltweit, eine viertel Million sucht Asyl in der EU. Zweitens ist das europäische Asylsystem kompliziert. Dass eine Familie, die gerade aus Syrien nach Deutschland geflohen ist, versteht, warum sie frühmorgens von der Polizei abgeholt und nach Ungarn gebracht wird, ist unwahrscheinlich. Drittens ist es ungerecht: Ausgerechnet die reichen Länder schieben ihre Verantwortung auf die ärmeren ab, nämlich die an der EU-Außengrenze.

Ohne Namen, ohne Gesicht Wer trägt die Schuld am Elend der Flüchtlinge? Wir alle, sagt der Papst

"Herrschaft des Niemand" nannte die Philosophin Hannah Arendt die Staatsform der Bürokratie. "Verantwortliche ohne Namen und Gesicht" nennt sie der Papst - und meint uns alle. Die Folgen sehen so aus: In Belgien wird ein Afghane nach Griechenland abgeschoben, denn von dort war er eingereist. Die belgischen Behörden wissen, wie die Zustände für Flüchtlinge in Griechenland aussehen: Sie werden obdachlos oder werden in Gefängnissen eingepfercht. Doch die Belgier erklären sich für nicht zuständig - siehe DublinII. Bis der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schließlich beide Länder, Griechenland und Belgien, wegen "Verletzungen des Verbots unmenschlicher und erniedrigender Behandlung" verurteilt.

In Italien hausen geflohene Afrikaner auf der Straße und werden dorthin zurückgeschickt, sobald sie weiterreisen. Die Slowakei hat selbst während zweier blutiger Tschetschenienkriege, trotz Tausender Anträge nur elf Tschetschenen als Flüchtlinge anerkannt. Und immer wieder werden in Europa Familien auseinandergerissen, weil die Behörden bei der Abschiebung nur den Vater antreffen und lieber nur ihn mitnehmen als niemanden. In Ungarn werden Flüchtlinge eingesperrt, in Polen steckt man auch Kinder in "Verwahrungszentren", die Knästen gleichen.

Die europäischen Regierungen haben über Jahrzehnte ein System geschaffen, das immer besser darin wird, Flüchtlinge abzuhalten. Die Organisation Frontex, geschaffen, um die Außengrenzen der EU zu bewachen, hat 2005 ein Budget von knapp sechs Millionen Euro gehabt - sechs Jahre später beträgt es über 80 Millionen. Ihre Beamten patrouillieren auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zur Ukraine, sie können illegalen Flüchtlingen die Einreise verdammt schwer machen, aber sie können nicht alle aufhalten. "Wenn Leute kommen wollen, dann werden sie es schon irgendwie hinkriegen", sagte vor zwei Jahren der Leiter von Frontex. "Wir können sie nicht erschießen."

Aber wir lassen sie ertrinken. Wer Flüchtlingen an die Küste hilft, könnte des Menschenhandels bezichtigt werden. Also weichen die großen Schiffe den Booten aus. Denn niemand will verantwortlich sein.

VON ALICE BOTA

Load-Date: July 11, 2013

Verfolgte Homosexuelle können auf EU-Asyl hoffen; Wer wegen seiner sexuellen Orientierung strafrechtlich verfolgt wird, könnte bald Asyl in der EU bekommen. Eine entsprechende Empfehlung gab die Generalanwältin des EuGH.

ZEIT-online

Donnerstag 11. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: EUGH-ENTSCHEIDUNG; Ausg. 29

Length: 271 words

Body

Ein russischer Polizist nimmt Ende Juni einen Teilnehmer eine Schwulenparade in St. Petersburg fest.

© Alexander Demianchuk/Reuters

Wer aufgrund seiner Homosexualität in seiner Heimat strafrechtlich verfolgt wird, kann bald auf **Asyl** in der EU hoffen. Für solch einen Schutz plädierte die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg in ihren Schlussanträgen zu drei Fällen von **Flüchtlingen** aus afrikanischen Ländern. Da die Richter zumeist den Anträgen der Generalanwälte folgen, wird mit einem ähnlichen Urteil gerechnet, das aber erst in einigen Monaten erwartet wird.

Eleanor Sharpston sagte, die bloße Strafbarkeit von homosexuellen Praktiken im Herkunftsland sei zwar noch kein Asylgrund. Die zuständigen Behörden hätten beim Asylantrag vielmehr zu prüfen, ob es wahrscheinlich sei, dass der jeweilige Asylbewerber wegen seiner sexuellen Orientierung tatsächlich verfolgt wurde oder durch die Summe "unterschiedlicher Maßnahmen" in seinen Menschenrechten verletzt wurde.

Die Generalanwältin hob im Zusammenhang dabei hervor, dass von Homosexuellen nicht verlangt werden könne, ihre sexuelle Ausrichtung in der Heimat geheim zu halten, um einer Verfolgung zu entgehen. Damit widersprach Sharpston der Entscheidung niederländischer Behörden.

In den vorliegenden Fällen von drei homosexuellen Asylbewerbern aus Sierra Leone, Uganda und Senegal hatte das niederländische Ministerium für Einwanderung und Asyl die Auffassung vertreten, Ausländern sei es zuzumuten, sich "beim öffentlichen Ausleben ihrer Homosexualität" in den Herkunftsländern zurückzuhalten.

Load-Date: July 11, 2013

Nimmt Deutschland zu viele Flüchtlinge auf?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Juni 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 11; Ausg. 26

Length: 534 words

Byline: Jörg Lau

Body

In Deutschland lebten Ende letzten Jahres 571000 Flüchtlinge. So steht es im aktuellen Bericht des Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), der jetzt erscheint. Deutschland hält damit unter den Industrieländern unangefochten die Spitzenstellung: Die USA folgen auf Platz sechs, mit 265000 Flüchtlingen.

Wie kann es sein, dass Deutschland mehr als doppelt so viele Menschen aufnimmt wie die USA und mehr als Frankreich und Großbritannien zusammen? Bietet die Bundesrepublik zu vielen Zuflucht?

Vergleicht man Deutschland mit Ländern, die einen ähnlichen Lebensstandard haben, dann scheint das Land in der Tat seine Verantwortung besonders ernst zu nehmen. Nicht ohne historischen Grund: Kein anderes westliches Land hat im letzten Jahrhundert durch Kriege so viele Menschen zu Flüchtlingen gemacht, kein anderes hatte infolgedessen selbst so viele Vertriebene.

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn man den Blick auf die nicht westliche Welt richtet. Die drei Länder, die in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge beherbergen, sind nämlich Pakistan (1,7 Millionen), Iran (887000) und Syrien (756000). Länder, die als failed states, gescheiterte Staaten, oder gar "Schurkenstaaten" gelten, schultern die Hauptlast des weltweiten Flüchtlingsproblems. Die Flüchtlingswellen, von denen sie betroffen sind, haben ihre Ursachen auch in den Kriegen, die der Westen in der Region führt: Nach Pakistan und in den Iran flohen 2,6 Millionen afghanischer Flüchtlinge, die infolge von Talibanherrschaft und westlichem Antiterrorkrieg ihr Land verließen. Syrien beherbergt Hunderttausende von Irakern, die nach der amerikanischen Invasion fliehen mussten. Derzeit sucht die UN 170000 "Resettlement"-Plätze für verfolgte Menschen, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Deutschland hat 900 versprochen.

Zieht man zudem noch eine weitere UNHCR-Berechnung hinzu, wird der Anlass zur Bescheidenheit noch größer: Wer reicher ist, kann mehr stemmen. Deshalb betrachtet UNHCR die Flüchtlingszahlen in Relation zur wirtschaftlichen Leistung der Länder. Setzt man die Zahl der Aufgenommenen in Beziehung zum verfügbaren Bruttosozialprodukt, taucht kein einziges westliches Land, auch Deutschland nicht, unter den Top Ten auf. Stattdessen finden sich dort Pakistan, Kongo, Kenia, Liberia, Äthiopien, Tschad, Syrien, Bangladesch, Uganda und Tansania.

Nimmt Deutschland zu viele Flüchtlinge auf?

Diese Statistiken spiegeln das globale Flüchtlingsproblem: Weltweit sind 44 Millionen Menschen auf der Flucht. Aber nur die wenigsten bekommen überhaupt die Chance, im Westen Zuflucht zu suchen. Sie bleiben in Nachbarstaaten, die oft schon eigene Probleme haben. Unter den 20 Staaten mit den meisten Flüchtlingen sind die zwölf Nationen, die als am wenigsten entwickelt gelten.

Deutschland könnte noch mehr Menschen aufnehmen als derzeit. Aber viele Flüchtlinge schaffen es nur bis an die Grenze Europas, weiter kommen sie nicht - das Land ihrer Ankunft, oft Griechenland oder Italien, muss ihren Asylantrag bearbeiten. 300000 haben im letzten Jahr in Europa Asyl beantragt, drei Viertel der Anträge wurden abgelehnt.

Unter den westlichen Staaten zeichnen wir uns zwar aus. Aber wir tun nicht zu viel - die anderen reichen Länder tun nur noch weniger als wir.

Load-Date: June 21, 2012

End of Document

Deutschland durchgehend geöffnet; Warum jetzt die Chance da ist, die Bundesrepublik zu einem echten Einwanderungsland zu machen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

2. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Deutschland durchgehend geöffnet; S. 3; Ausg. 41

Length: 2357 words

Byline: Özlem Topcu, Bernd Ulrich

Body

Wenn man die SPD und die Grünen so heulen hört in diesen Tagen, möchte man schreien. So sehr sind sie mit ihren Niederlagen und mit ihren Ängsten vor einer Koalition mit den "Schwarzen" beschäftigt, dass ihnen nicht einmal auffällt, wie wunderbar offen die politische Situation zurzeit ist.

FDP raus, AfD nicht drin, Rot-Grün unmöglich, Union nicht absolut, Koalitionsverhandlungen mit offenem Ausgang in Berlin und Wiesbaden - es ist, als wären die Wähler mit schweren Pflügen an großen Treckern kreuz und quer durch die politische Landschaft gezogen.

Dies ist, verehrte Grüne, Rote und Schwarze, eine Zeit zum Säen, keine Zeit zum Heulen.

Überall da, wo Politik und Gesellschaft an einer Schwelle stehen, wo das Umschlagen von Quantität in Qualität nur durch die starren alten Lager verhindert worden war, überall da kann jetzt Grundlegendes geschehen. Und grundlegend ist nicht, wie viele Ministerien die SPD bekommt oder ob die Grünen sich gerade zu schwach fühlen, um Geschichte zu machen, sondern beispielsweise - und es ist eines der ganz großen Beispiele - ob das Demografieproblem gelöst und ob Migration von einem Problemthema zu einem Lösungsthema gemacht werden kann.

Seit vielen Jahren versucht die Politik nun, mit allen Tricks und viel Geld junge Akademikerinnen und Akademiker zum Kinderkriegen zu überreden. Das ist gut, das ist schön, das ist aber nicht sonderlich erfolgreich. Was also will man tun? Den Mitteleinsatz pro Baby noch einmal verdoppeln? Selbst das wird nicht genügen, um die Überalterung zu konterkarieren.

Seit vielen Jahren schon wird über Zuwanderung geredet und über Integration, meist unter der roten Überschrift: Problem. Und in der Tat, es gibt Probleme, es gibt aber noch mehr Lösungen. Integration funktioniert tausendmal öfter, als dass sie fehlschlägt. Heute muss man nicht mehr verhindern, dass zu viele Türken kommen, sondern Sorge tragen, dass nicht zu viele gehen, gerade von den Qualifizierten, denn die können gehen.

Längst geht es dabei nicht mehr um Integration, denn die setzt ja das Innen und Außen voraus, das Die und das Wir. Diese Phase liegt hinter uns. Und noch eines ist vorbei: Die Deutschen, also die ganz ohne und die mit einem

Deutschland durchgehend geöffnet Warum jetzt die Chance da ist, die Bundesrepublik zu einem echten Einwanderungsland zu machen

lange zurückliegenden Migrationshintergrund, können sich heute leiden. Sie haben keinen Minderwertigkeitskomplex und keine Angst mehr vor sich selbst, sie brauchen darum auch keinen steif aufgerichteten Stolz mehr auf ihr Deutschsein. Sie glauben nicht mehr, dass ein Mensch, der die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit hat, seine Loyalität dann immer der anderen Nationalität schenkt, weil deutsch zu sein eben so verquält, verkrampt und so heikel ist. Deutsche können Verschiedenheit aushalten, sogar nationale Ambivalenz.

Aus diesem Selbstbewusstsein heraus sollte es doch endlich möglich sein, doppelte Staatsbürgerschaften zu akzeptieren. Deutschsein ist etwas Gutes und Haltbares, auch wenn man nebenher noch Türke, Libanese oder Italiener ist. Darum wäre es ein höchwichtiges Symbol, wenn die nächste Regierung, sei sie schwarz-rot oder schwarz-grün, diese kleinliche, ängstliche Regelung abschafft, die junge Türken und Araber dazu zwingt, eine ihrer Identitäten, ihre Herkunft oder ihre Zukunft, aufzugeben, wenn sie volljährig werden. Ihre erste erwachsene Entscheidung soll ein Nein sein? Eine Trennung? Verrückt.

Doch ist dies nur das Symbol, tatsächlich geht es um viel mehr: Das Demografiefeldproblem kann ohne Migration nicht gelöst werden, deshalb wird Migration zum strategischen Ziel. Wo immer Einwanderung Probleme macht, da muss man die Probleme lösen und kann nicht die Einwanderung stoppen. Sehen konnte man das schon länger, doch jetzt, in dieser atemberaubend offenen politischen Situation, kann es auch Politik werden.

Seien wir radikal, werden wir sachlich:

Die Ausgangslage ist günstig, um mit der nächsten Einwanderungswelle nach Deutschland fertig zu werden - pardon, das ist natürlich noch altes Deutsch, es muss heißen: die nächste Einwanderungswelle zu forcieren. Sie ist bereits im Gange: 2012 kamen laut Statistischem Bundesamt 1 081 000 Menschen nach Deutschland, so viele wie seit 1995 nicht mehr. 712 000 Menschen sind fortgezogen. Bleibt ein Wanderungsüberschuss von 369 000. Das ist ebenfalls der höchste Stand seit 1995. Klingt viel? Wird aber nicht reichen.

Statistiker gehen davon aus, dass Deutschland jedes Jahr etwa 400 000 Zuwanderer braucht, um sein wirtschaftliches Niveau zu halten. Ein Wanderungsüberschuss dieser Größenordnung ist nicht selbstverständlich für Deutschland in diesen Tagen. 2008 und 2009 stand ein dickes Minus vor den Zahlen - es zogen mehr Menschen aus Deutschland fort als herkamen.

Laut der Studie *Arbeitslandschaft 2030*, die das Forschungsinstitut Prognos im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erstellt hat, werden bereits 2015 drei Millionen, bis 2030 sogar mehr als fünf Millionen Arbeitskräfte fehlen.

Gewaltige Zahlen, die gewaltige Umbrüche erfordern werden. Doch noch nie war es politisch günstiger, Umbrüche sanft einzuleiten. Man könnte auch sagen: zu helfen, ein Klima zu schaffen, in dem die derzeitige Einwanderungswelle anhält und möglichst viele Menschen in Deutschland sie gut finden.

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste und politisch stabilste Land in Europa, Berlin hat mittlerweile ein so cooles Image wie London oder Istanbul und zieht junge Leute aus Spanien, Frankreich, Polen und anderen europäischen Ländern an. Einige wollen hier studieren, andere entfliehen der Jugendarbeitslosigkeit in ihren Ländern und kommen als Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure. Sie werden Deutschland helfen, die Renten von immer mehr Alten zu zahlen. Aber sie werden nicht nur den Reichtum des Landes bewahren helfen, sie werden das Land auch verändern. Für diese Generation ist es eben weitgehend selbstverständlich, jederzeit in ein anderes Land zu gehen. Es gab nie Grenzen für sie, der Euro ist die erste Währung, die sie jemals kennengelernt haben. Der Kontinent ist nicht mehr so groß, die Nachbarländer nicht mehr so weit, vor allem nicht, seit es Billigflieger gibt.

Deutschland wird internationaler, und vielleicht weniger deutsch. Zumindest anders deutsch.

Doch auch das ist nicht wirklich neu. Deutschland kann das.

Deutschland durchgehend geöffnet Warum jetzt die Chance da ist, die Bundesrepublik zu einem echten Einwanderungsland zu machen

Nach dem Krieg waren sich die Deutschen selbst fremd, und trotzdem haben sie es geschafft, sich selbst und, auch wenn sie sich diese Leistung nie eingestanden und sie nie gefeiert haben, Millionen Vertriebene zu integrieren. Auch die waren fremd, fremder als man sagen durfte. Später kamen die Ostdeutschen, deren Fremdheit ein Tabu und eine Tatsache war. Die beiden Himmelsrichtungen Deutsch haben sich dann gegenseitig integriert, es hat ein Vierteljahrhundert gedauert und viele Investitionen erfordert, aber nun ist es leidlich gelungen.

Anfang der sechziger Jahre bereits holte das Land die ersten "Gastarbeiter", die Italiener, Spanier und Portugiesen, deren Enkel es ihnen heute nachmachen, die kommen allerdings mit Einstecktuch und Diplom kommen, nicht mit hinten platt gelatschten, schmutzigen Schuhen. Als man sich an die Südeuropäer aus Valencia und Sizilien so gerade gewöhnt hatte, kamen die Südosteuropäer, die Türken, und im Gegensatz zu den Spaniern und Italienern blieben sie. Da war immer dieser zwickende Widerspruch: Man brauchte sie, aber so richtig wollen wollte man sie nicht.

Trotzdem, alle sind jetzt irgendwie drin im Club. Und das Land, es ist nicht untergegangen. Mittlerweile findet die Mehrheit der Deutschen generell, dass Integration eine gute Sache ist, ebenso die Zuwanderung. Wären da nicht die Muslime. Ganz anders als die Gastarbeiter braucht man sie nicht einmal.

Integration ja - Muslime nein, und wenn schon Türken, dann lieber die, die sich hin und wieder einen Raki genehmigen: So in etwa war die Gemütslage des ambivalenten Landes, auf das im Herbst 2010 ein Buch niederschlug wie eine Abrissbirne auf ein altes Haus. Für manchen war die Debatte um die Thesen von Thilo Sarrazin (kurz zur Erinnerung, weil es mittlerweile so schwer vorstellbar ist: Muslime sorgen mit ihrer hohen Geburtenrate dafür, dass die Intelligenz des Landes insgesamt abnimmt) wie ein Gewitter, das die stickige Luft rausblies. Endlich traute sich mal jemand, unbequeme Wahrheiten über "die da" auszusprechen, all das, was die schönredenden Politiker und die meinungsdiktierenden Journalisten verschwiegen.

Für die Mehrheit der Migranten war das eine Zäsur. Sie sahen, wie der Autor und seine Gefolgschaft die Politik vor sich hertrieben, und sie sahen, wie ihre Bundeskanzlerin zuerst "nicht hilfreich" vor sich hin murmelte und anschließend Multikulti mal eben für gescheitert erklärte. Die Elite unter den Nachkommen der alteingesessenen Migranten denkt mittlerweile: Ich kann auch woanders hingehen. Beispielsweise in das Land meiner Eltern. Sie denkt aber auch: Ich lasse mir das nicht mehr gefallen, ich lasse mir den öffentlichen Raum nicht wegnehmen von den Sarrazinisten, ich lasse mir meine deutsche Seite nicht stehlen.

Vieles spricht dafür, dass auch die neuen Migranten lieber dort leben, wo etwas entspannter mit Vielfalt umgegangen wird. Die Frage ist also nicht: Wollen wir sie? Die Frage ist: Wie kriegen wir sie zu uns - und was für Gründe hätten sie zu bleiben? Wie ändert man ein Klima?

Wie wäre es zur Abwechslung mal wieder mit ein wenig Radikalität? Einer politischen Schubumkehr? Die Union hat schon einmal bewiesen, dass sie auch Radikalität kann. Sie richtete 2005 das Amt der Bundesbeauftragten für Integration ein, die ihren Platz ganz nah an der Macht, nämlich im Kanzleramt, bekam, und 2006 schaffte der umtriebige Innenminister die Islamkonferenz und fand überdies, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Damals hieß der noch Wolfgang Schäuble. Seit 2011 heißt er Hans-Peter Friedrich. Der kassierte den Satz ziemlich schnell, fuhr außerdem die Islamkonferenz gegen die Wand und hinterließ den Eindruck, dass Integration in erster Linie ein Sicherheitsthema sei.

Also sollte man das Innenministerium doch seinen Hauptjob machen lassen, nämlich die Gesellschaft vor Terrorismus von rechts, links und aus islamistischer Richtung zu schützen. So etwas wie eine "Willkommenskultur" für Einwanderungswillige strahlt das Ministerium nicht aus. Muss es aber auch nicht. Integration und Migration haben dort nichts zu suchen, sie sollten als das behandelt werden, was sie in erster Linie sind: ein arbeits-, bildungs- und gesellschaftspolitisches Thema. Also sollten sie auch als ein gleichwertiges Thema an ein entsprechendes Ministerium angebunden werden - oder gleich ein eigenes Ministerium bekommen.

Wichtig ist dabei der qualitative Sprung. Die umtriebige Integrationsbeauftragte Maria Böhmer hat es ganz gut geschafft, die Verbände der Migranten im Gespräch und ruhig zu halten. Künftig jedoch muss es die Aufgabe einer

Deutschland durchgehend geöffnet Warum jetzt die Chance da ist, die Bundesrepublik zu einem echten Einwanderungsland zu machen

Beauftragen oder einer Ministerin sein, Integration zu einer Aufgabe, zu einem Problem und zu einer Lust für alle zu machen, die hier leben.

Die Frage der institutionellen Zuordnung ist aber wahrscheinlich um einiges leichter zu lösen als die personelle. Zugewandtheit und weniger Ängstlichkeit vor einer Internationalisierung des Landes lassen sich nicht per Gesetz vorschreiben. Deshalb braucht es eine Persönlichkeit, die, wenn es sein muss, stellvertretend für alle anderen zugewandt und unängstlich ist. Sie müsste den Mut haben, anzuecken. Sie müsste sich als Vermittlerin verstehen, die erklärt, warum das so wichtig ist mit der Einwanderung. Sie müsste einen Imagewandel des Themas Einwanderung schaffen: weg von etwas, das alle nur "ertragen", hin zu etwas, das man will; weg von der altdeutschen Frage: Wann geht ihr wieder nach Hause? hin zu einem neudeutschen Wunsch: Kommt zu uns, geht nicht in die USA! Und nicht zurück in die Türkei. Diese Persönlichkeit müsste dem türkischen Regierungschef Erdogan, wenn er mal wieder die Deutschtürken für sich allein haben will, widersprechen und sagen, dass sie unsere Türken mindestens so sehr sind wie seine. Eher mehr.

Diese Persönlichkeit müsste auch zur Mehrheitsgesellschaft sprechen und ihr etwas mehr Integrationsbereitschaft abverlangen: ein paar Festtage hier, ein wenig Geschichtswissen da. Ein Volk, das die Mülltrennung gelernt hat, wird auch den Unterschied zwischen Sunniten, Schiiten und Alawiten kapieren.

Da das Thema oft so emotional diskutiert wird, müsste diese Vermittlerin sich die Deutungshoheit über Debatten erkämpfen wollen. Was sie oder er übrigens nicht sein müsste, wäre Migrant. Wahrscheinlich wäre das sogar ein Nachteil: Ein Migrant, wie sollte es anders sein, kümmert sich um die Migranten, ist ja deren Ding. Modern und wirklich radikal wäre es, wenn man so jemanden zum Außenminister machte. Ein Deutscher, dessen Eltern eingewandert sind, repräsentiert Deutschland im Ausland. Wie könnte man besser neue Einwanderer bekommen? Und ein Deutscher, dessen Eltern hier geboren wurden, kümmert sich um die, die neu dazukommen.

Und wo wir gerade beim Aufräumen sind: Der Begriff "Integration" hat seine beste Zeit eindeutig hinter sich. Viele aus der zweiten, dritten und vierten Einwanderergeneration reagieren oft nur noch mit einem leichten Hochziehen der Augenbraue, wenn sie hören, dass sie sich endlich, jetzt endlich mal in "die" Gesellschaft integrieren sollten. Wohin denn nur? Die Aufforderung tut so, als sei die Mehrheitsgesellschaft seit dem Krieg immer dieselbe geblieben, als gäbe es nur eine Art Deutsche. Aber es gibt so viele, dass einem schwindelig werden kann. Letztlich meint Integration Teilhabe. An Arbeit, Bildung, Gesellschaft, Politik.

Den neuen Zuwanderern aus den europäischen Nachbarländern braucht man jedenfalls mit dem Begriff gar nicht erst zu kommen. Nur, was soll man sagen, wenn das Wort Integration nicht mehr funktioniert? Probieren wir es vielleicht vorerst mal mit: Zusammenleben.

Also, ein neues Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft, ein neues Ministerium, ein neuer Begriff, und vor allem: eine ganz neue Richtung. Und, liebe Grüne und Sozialdemokraten, auch wenn ihr sonst nicht viel schafft in dieser neuen Regierung: Das wäre schon Geschichte genug.

VON ÖZLEM TOPÇU UND BERND ULRICH

Graphic

22. September, die CDU-Spitze feiert ihren Wahlerfolg, Generalsekretär Gröhe schwenkt ein schwarz-rot-goldenes Fähnchen. Doch Angela Merkel kassiert es rasch ein: Zu nationalistisch. Eine solche Kanzlerin müsste dieses Land doch öffnen können

Load-Date: October 2, 2013

Deutschland durchgehend geöffnet Warum jetzt die Chance da ist, die Bundesrepublik zu einem echten Einwanderungsland zu machen

End of Document

**INS LEERE; Junge Flüchtlinge wohnen in München in einer kargen
Unterkunft. Privat sind dort nur das Bett - und die Wand. Der vertrauen sie
einiges an**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

5. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN; INS LEERE; S. 34-40; Ausg. 50

Length: 788 words

Byline: Anna Kemper

Eva Leitolf

Body

Eva Leitolf

Zuhause ist dort, wo man bleiben kann, sagt Eva Leitolf über ihre Fotoserie »Clearing«

Einzig. Allein. Nirgends. Nicht stören. Gast. In zarter Schrift, mit Bleistift geschrieben, stehen diese Wörter auf dem Putz über dem Bett. Jemand hat sie dorthin geschrieben, dem sie wichtig waren. Der sie lernen wollte.

Weise. Beten. Respekt. Angenehm. Zur Zeit. Unbedeutend. Tatsachen. Vielleicht ist sein Asylantrag genehmigt worden. Vielleicht nicht, und er lebt mit der Angst, abgeschoben zu werden. An der Wand der Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in München sind nur seine Spuren geblieben. Eva Leitolf hat sie festgehalten. Seit 2011 fotografiert sie in der alten Bayernkaserne in München, in der jugendliche Asylbewerber untergebracht sind. Leitolf hat Toumani und Bashir kennengelernt, Ahmad, Ali und Elias, Mawlid und Hossein. Teenager, zwischen 16 und 18 Jahre alt, traumatisiert vom Krieg in Somalia, im Irak oder in Afghanistan. Sie haben sich allein nach Europa durchgeschlagen. Manche wurden von ihren Eltern geschickt. Manche haben keine Eltern mehr. Sie haben hier gewohnt, zu zweit oder dritt in einem Zimmer, Bad auf dem Gang. Ein Leben ohne Rückzugsmöglichkeit. Um die Erlaubnis zu bekommen, eine Schule zu besuchen, müssen junge Flüchtlinge eine Prüfung ablegen. »Ich will lernen«, sagte einer von ihnen zu Eva Leitolf, »aber hier finde ich keine Ruhe.« Privat sind im Heim nur das Bett und die Wand, an der es steht. Ein paar Quadratmeter, die etwas erzählen über die Bewohner. Wie die Zeichnungen über dem Bett von Hossein: Frauen mit wildem Haar und wenig Kleidung, die Venus von Botticelli, eine Vokabelliste, verhaften, vergeben, verfolgen. Jedes Bild hat er signiert, mit Datum, Namen und seinem Zeichen: einem Herzen, gebildet aus dem Buchstaben L, O, V und E.

Unschuld. Ungewiss. Bleiben. Wer hier ist, ist angekommen und ist es doch nicht. Das Heim ist eine Erstunterkunft, hier darf eigentlich keiner länger bleiben als drei Monate. Junge Flüchtlinge sollen von der Jugendhilfe betreut werden, in Einrichtungen, wo es mehr Platz gibt und mehr Betreuer. Aber manche sind schon

INS LEERE Junge Flüchtlinge wohnen in München in einer kargen Unterkunft. Privat sind dort nur das Bett - und die Wand. Der vertrauen sie einiges an

seit einem Jahr hier. Ein Leben im Zwischenraum. Als Eva Leitolf die Bilder machte, begann sie, über den Begriff Zuhause nachzudenken. Dass ein Zuhause nicht da ist, wo man Bilder aufhängt. Sondern dort, wo man Gewissheit findet. Wo man bleiben kann.

Clearing heißt die Fotoserie, sie ist parallel entstanden zu Leitolfs *Postcards from Europe*, die wir im März 2011 im ZEITmagazin zeigten. Dafür hat sie Strände fotografiert, an denen Leichen aus gekenterten Flüchtlingsschiffen angeschwemmt wurden. Oder Leitern, mit denen Menschen versucht haben, den Grenzzaun im spanischen Melilla zu überwinden. Was an diesen Orten geschah, sieht man auf den Fotos nicht. Sie zwingen uns dazu, es uns vorzustellen. Auch auf den Bildern aus dem Heim sind keine Menschen zu sehen. Leitolf will nicht Einzelschicksale zeigen, sondern die strukturellen Zusammenhänge dahinter. Wie gehen wir als Gesellschaft damit um, dass immer mehr Menschen bei uns Zuflucht suchen?

Zuletzt waren 180 Flüchtlinge in dem Heim untergebracht, in dem nur Platz für 120 ist. Sie müssen sich, so berichten es Ärzte, die das Heim besucht haben, zehn Kochplatten und 16 Toiletten teilen, wohnen zu fünft oder sechst in einem Raum, schlafen in Doppelstockbetten, auf denen tagsüber manchmal Stühle liegen, um Platz zu schaffen. Sie erzählen von gewalttätigen Übergriffen, Selbstverletzungen, Drogen. Ende November traten einige Flüchtlinge in Hungerstreik, um gegen die langen Asylverfahren und ihre Unterbringung zu protestieren. Anfang 2014 sollen nun alle minderjährigen Flüchtlinge in Bayern auf Jugendhilfe-Einrichtungen verteilt werden - vorausgesetzt, es gibt dort genug Plätze. Das Heim würde dann geschlossen. Bleiben werden die Wörter, die diese Jugendlichen als Erstes gelernt haben. Angst. Lass los. Die Wand.

Von Anna Kemper

Toumani W. war zwischen dem 29. Juni und dem 8. Dezember 2011 in Zimmer 93, Erstaufnahmeeinrichtung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge München, Dependence Bayernkaserne, untergebracht. Alle Fotos sind dort entstanden

Ahmad R. war zwischen dem 28. November 2011 und dem 28. Juni 2012 in Zimmer 93 untergebracht

Ali A. war zwischen dem 22. Februar und dem 2. Oktober 2012 in Zimmer 98 untergebracht

Elias S. war zwischen dem 8. Februar und dem 12. Juli 2012 in Zimmer 99 untergebracht

Hossein J. war zwischen dem 4. April und dem 11. Dezember 2011 in Zimmer 165 untergebracht

Mawlid A. war zwischen dem 20. Juni und dem 11. Juli 2012 in Zimmer 163 untergebracht

Load-Date: April 5, 2022

Billigmarkt in Niedersachsen lehnt Flüchtlinge ab; Per Schild heißt ein Sonderpostenmarkt bei Bramsche EU-Bürger willkommen - und hält per Wachmann andere auf Abstand. Die Firma begründet dies mit Sicherheitsbedenken.

ZEIT-online

Donnerstag 22. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: DISKRIMINIERUNG; Ausg. 34

Length: 424 words

Body

Das Schild im Eingang des Sonderpostenmarkts in Hesepe-Bramsche

© NDR/Screenshot

"EU Bürger sind herzlich willkommen": Mit diesen Worten begrüßt ein Sonderpostenmarkt im niedersächsischen Ort Hesepe-Bramsche seine Kunden - in insgesamt fünf Sprachen, darunter arabisch, persisch und serbokroatisch. Das zuständige Unternehmen muss sich dabei eines schweren Vorwurfs erwehren: Alle anderen, etwa **Flüchtlinge** aus dem nahegelegenen **Asylbewerberheim**, sollten möglichst nicht in dem Geschäft einkaufen.

In einem Bericht des NDR für die Sendung *Hallo Niedersachsen* sprechen die Autoren von einer "bizarren Szene": Vor dem Markt seien zwei Wachleute postiert, die die Kunden vor Betreten des Ladens mit einem "musternden Blick" begrüßen. Die Männer hätten noch erzählt, dass sie seit zehn Tagen dort tätig seien. Weitere Fragen aber hätten sie abgeblockt.

In dem Bericht kommt auch Conrad Bramm zu Wort, Leiter der Landesaufnahmebehörde und damit auch zuständig für das Flüchtlingsheim in Hesepe. Dort haben nur wenige Kilometer vom Sonderpostenmarkt entfernt vor allem Menschen aus Serbien und Montenegro Zuflucht gefunden. "Wie mir der Chef der Sicherheitsabteilung gesagt hat, haben die den Auftrag, unsere Bewohner nicht einzulassen", zitiert das NDR-Team Conrad Bramm. Ihm zufolge hat das Unternehmen damit auf eine Häufung von Diebstählen reagiert. Nach Angaben des Senders bestätigt die örtliche Polizei aber nicht, dass mehr gestohlen wurde.

"Kein Kommentar"

Bramm bezeichnete das Vorgehen des Marktes als "sehr diskriminierend". Filiz Polat, Landtagsabgeordnete der Grünen, sieht einen Verstoß gegen den Allgemeinen Gleichheitsgrundsatz. Auch sie hat das Schild gesehen und sich ihre Meinung dazu gebildet: "Im Umkehrschluss kann man sich denken, dass vom Unternehmen signalisiert wird, dass Nicht-EU-Bürger kein Recht haben, hier einzukaufen", zitiert der NDR Polat. Damit erhärte sich der Verdacht, dass hier gezielt Bewohner des Flüchtlingslagers ausgeschlossen werden sollen.

Billigmarkt in Niedersachsen lehnt Flüchtlinge ab Per Schild heißt ein Sonderpostenmarkt bei Bramsche EU-Bürger willkommen - und hält per Wachmann andere auf Ab....

Eine Stellungnahme des zuständigen Unternehmens Thomas Phillips steht bislang aus. Nach Angaben des TV-Senders hieß es von dort "Kein Kommentar".

Derzeit sorgt der Streit um ein Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf für eine gesellschaftliche Debatte darüber, wie willkommen Asylbewerber hierzulande sind. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sorgt sich dabei um den guten Ruf Deutschlands. "Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses positive Bild zerstört wird. Neonazis schaden unserem Vaterland", sagte der CSU-Politiker der *Rheinischen Post* .

Load-Date: August 22, 2013

End of Document

Zu viel lenkte Ermittler vom Rechtsterror ab; Wie war es möglich, dass die Ermittler sich bei den NSU-Morden reihenweise Fehler leisteten? Einblick gibt ein Kommissar, der die ersten zwei Fälle untersuchte.

ZEIT-online

Donnerstag 1. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: NSU-PROZESS; Ausg. 32

Length: 908 words

Byline: Tom Sundermann

Body

NSU-Prozess in München: die Angeklagte Beate Zschäpe zwischen ihren Anwälten Wolfgang Stahl (l.) und Wolfgang Heer

© Andreas Gebert/dpa

Albert Vögeler ist zu erfahren, um sich Druck anmerken zu lassen. 51 Jahre, Leiter des Kriminalfachdezernats 1 in Nürnberg, lange Jahre in Mordkommission und Kripo. Einen Untersuchungsausschuss im Bundestag hat er hinter sich, einen im bayerischen Landtag. Befragt wurde er zur Ermittlungsarbeit bei den NSU-Morden - der Kommissar war Teil der Soko Bosphorus, die die Mordserie an Migranten aufklären sollte. Was sie nicht schaffte.

Nun muss sich Vögeler zum dritten Mal einer kritischen Öffentlichkeit stellen: Im Münchner NSU-Prozess steht er im Zeugenstand, spricht mit ruhiger Stimme, seine Hände liegen locker gefaltet auf dem Tisch. Dem Druck hält er stand, auch wenn die Konfrontation mit seiner zurückliegenden Arbeit wohl noch nie so direkt war: Die Nebenkläger Kerim und Semiya Simsek sind in den Sitzungssaal gekommen - ihr Vater Enver war 2000 das erste Mordopfer des NSU. Für die Ermittlungen damals zuständig: Vögeler. Auch den zweiten Mord der Serie an Abdurrahim Özüdogru, der wie Simsek in Nürnberg ermordet wurde, untersuchte er.

Simsek, der mit seiner Frau Adile und den beiden Kindern in Hessen wohnte, hatte seinen mobilen Verkaufsstand an einer Hauptstraße aufgebaut, als ihn die Täter überraschten. Sie streckten ihn mit acht Schüssen aus zwei Pistolen nieder - eine davon war die Ceska 83, die bei allen Migrantenmorden der Serie zum Einsatz kam. Simsek starb zwei Tage später im Krankenhaus, er wurde 38 Jahre alt.

Özüdogru arbeitete hauptberuflich in einer Metallfirma, führte nach der Trennung von seiner Frau deren Schneiderei weiter. Dort wurde er 2001 erschossen. Der erste Schuss traf den 48-Jährigen ins Gesicht, der zweite aus kurzer Entfernung in die Schläfe. Erst nach Stunden fand ihn ein Passant, da war Özüdogru bereits tot. Er hinterließ eine Tochter.

Zu viel lenkte Ermittler vom Rechtsterror ab Wie war es möglich, dass die Ermittler sich bei den NSU-Morden reihenweise Fehler leisteten? Einblick gibt ein Komm....

Eine Erfolgsgeschichte hat Vögeler vor Gericht nicht zu erzählen. Gerade deswegen haben die Nebenkläger reichlich Fragen an ihn. Die drängendste lautet: Warum ermittelten die Nürnberger nach den Migrantenmorden in alle möglichen Richtungen - nur nicht nach rechts?

Kurz gesagt: Weil andere Spuren offenbar zu verlockend erschienen. Vögeler legt dem Gericht dar, wie sie während der Simsek-Ermittlungen einen rivalisierenden hessischen Blumenhändler in Augenschein nahmen. Dieser habe einmal geäußert, er wolle "Simsek vernichten" und angeblich nach einem Auftragsmörder gesucht. Als sie den Händler dennoch ausschließen mussten, führte die Spur auf "einen Geldeintreiber" aus Ludwigshafen, der in einen Drogenprozess verwickelt war. Zeugen aus genau diesem Prozess belasteten Simsek als eine Art Dealer, logen aber nachweislich. Und das war noch lange nicht das Ende der Ermittlungen im Bereich der organisierten Kriminalität.

Ähnlich der Fall Özudogru: In Koffern des Arbeiters und auf dem Beifahrersitz seines alten Mercedes fand die Polizei im Staub Spuren von Kokain, Heroin und Cannabis. Aber: "Es handelte sich um kleinste Mengen, das könnten auch Übertragungsspuren sein", sagt Vögeler. Der Verdacht reichte jedoch, auch hier sorgfältig nach Verbindungen ins Drogenmilieu zu suchen, die Indizien führten plötzlich bis nach England. "Das stellte sich letztlich als nicht richtig heraus", sagt der Kommissar. Anwalt Mehmet Daimagüler will wissen, ob denn wegen des Drogenverdachts auch der Vorbesitzer von Özudogrus Auto geprüft worden sei. "Nein, wir haben ihn nicht befragt", sagt Vögeler.

Rasch wird die Dynamik deutlich, mit der sich die Suche nach den Schuldigen in eine Richtung verfestigte: Aus einem minimalen Anfangsverdacht wurde eine akribische Suche - was ja auch in Ordnung wäre, hätten die Ermittler nicht andere Motive so konsequent ausgeschlossen. Stattdessen bauten sie eine Wanze in den gereinigten Transportwagen von Enver Simsek ein, um dessen Familie zu belauschen, auch die Telefone wurden angezapft.

Die Ermittler hatten damals den Eindruck, die Familienmitglieder hätten in den Verhören nicht umfassend ausgesagt. Semiya Simseks Anwalt Stephan Lucas will das genauer wissen: "Haben Ihnen die Antworten nicht gepasst?" Vögeler antwortet: "Das Mordopfer war möglicherweise Opfer einer Erpressung oder Bedrohung. Das Ziel war es, herauszufinden, ob die Angehörigen ein Wissen haben, das sie nicht weitergeben."

Noch immer steht die Antwort aus, warum die Ermittler das rechte Milieu außen vor ließen, obwohl selbst Simseks Witwe sie auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund hinwies. Vögeler lässt durchblicken, dass das Thema innerhalb der Sonderkommissionen offenbar niedergebügelt wurde. "Es gab intensive Diskussionen, ob Fremdenfeindlichkeit ein Thema wäre", sagt er auf Lucas' Frage. "Es sind aber keine strukturierten Ermittlungen in diese Richtung geführt worden." Für ein rechtsterroristisches Motiv hätten sich "keine Hinweise" ergeben.

"Ein Sniper oder eine kleine Zelle"

Erst nach den Morden an Ismail Yasar und Theodoros Boulgarides im Jahr 2005 sei die These aufgekommen, "ein Sniper oder eine kleine Zelle" könnten für die Taten verantwortlich sein. Immerhin sei vor den Augen der Ermittler dann das Bild einer Gruppe aus zwei oder drei Personen entstanden, "die sich aus ideologischen oder psychopathischen Gründen berechtigt fühlt, zu töten".

Ab etwa 2006 hätten die Recherchen auch das Motiv Fremdenfeindlichkeit umfasst. Im dem Jahr fielen zwei weitere Migranten der Mordserie zum Opfer.

Load-Date: August 1, 2013

Flüchtlingspolitik entzweit mögliche Koalitionspartner; Die Katastrophe von Lampedusa schockiert auch die deutschen Parteien. Doch über die richtige Reaktion gibt es Konflikte, die die Koalitionsgespräche belasten könnten.

ZEIT-online

Dienstag 8. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lampedusa; Ausg. 41

Length: 952 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Flüchtlinge auf Lampedusa

© Tullio M. Puglia/Getty Images

Noch zoffen die Koalitionspartner in spe sich eher über Steuern, Mindestlohn und Betreuungsgeld. Doch egal mit wem Angela Merkel künftig eine Regierung bilden wird: schon jetzt steht fest, dass auch die **Flüchtlingspolitik** noch Zündstoff liefern könnte. Nach der erneuten Tragödie von Lampedusa, die diesmal womöglich mehr als 300 **Flüchtlingen** das Leben kostete, ist das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Und zwischen Union auf der einen und Grünen und SPD auf der anderen Seite tun sich dabei erhebliche Gräben auf.

Im Zentrum steht dabei das sogenannte Dublin-II-Abkommen, das festlegt, dass **Flüchtlinge** nur in dem Land einen **Asylantrag** stellen dürfen, das sie zuerst erreichen. Weil die Außenstaaten der EU sich mit den **Flüchtlingsströmen** allein gelassen fühlen, riegeln sie ihre Grenzen rigide ab. Die Folge ist nicht nur, dass **Flüchtlingsboote** zur Umkehr gedrängt oder Hilfeleistungen für in Seenot Geratene bestraft werden. Auch die Aufnahmebedingungen für die **Flüchtlinge**, die es doch geschafft haben, in einen dieser Außenstaaten zu gelangen, sind häufig menschenunwürdig.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte bei einem Treffen der EU-Innenminister am Dienstag in Luxemburg gleichwohl, er sehe keine Notwendigkeit an dieser Regelung etwas zu ändern. Und erhält dabei Unterstützung aus der Unionsfraktion, etwa vom stellvertretenden Fraktionsvize Günter Krings (CDU), der Dublin-II ebenfalls nicht in Frage stellt. "Jedes einzelne EU-Land ist selbst gefordert, menschenwürdige Bedingungen für Flüchtlinge herzustellen", sagte er ZEIT ONLINE.

Um Katastrophen wie die vor Lampedusa zu vermeiden, will die Union vor allem die Seenotrettung durch zusätzliche EU-Mittel verbessern, aber auch die Schleuserbanden besser bekämpfen. Im übrigen verweisen CDU und CSU gerne darauf, dass man eben die Bedingungen in den Herkunftsländern ändern müsse.

Zynische Position

Flüchtlingspolitik entzweit mögliche Koalitionspartner Die Katastrophe von Lampedusa schockiert auch die deutschen Parteien. Doch über die richtige Reaktion gib....

Doch dies ist eine Position, die SPD und Grünen nachgerade zynisch finden. "Dieses Argument höre ich seit Jahrzehnten", sagte etwa der für Außenpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Gernot Erler, ZEIT ONLINE. Dabei habe die Bundesregierung konkrete Maßnahmen etwa im Kampf gegen Nahrungsmittelspekulation oder Land-Grabbing bislang verweigert.

Darüber hinaus hält Erler sehr viel weitergehendere Konsequenzen aus dem Drama von Lampedusa für notwendig als der Bundesinnenminister. Er will nicht nur das Dublin-Abkommen verändern, sondern auch legale Zuwanderung erleichtern. Dass Deutschland die meisten Flüchtlinge von allen EU-Staaten aufnehme, wie der Innenminister gerne betone, erscheine in einem anderen Licht, wenn man die Zahlen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und zur Wirtschaftsstärke des Landes setze.

Unter der Leitung von SPD-Vize Ralph Stegner hatte bereits im März 2013 eine SPD-Arbeitsgruppe ein Papier zur Flüchtlingspolitik beschlossen, in dem das Dublin-Abkommen scharf kritisiert wird. "Alle EU-Mitgliedstaaten haben eine gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme von Asylsuchenden", heißt es darin. In ihrem Wahlprogramm bekannte sich die SPD zu einer "menschenrechtskonformen Flüchtlingspolitik" und zu einem "solidarischen Ausgleich".

Grüne wollen Flüchtlingsfrage thematisieren

Die Grünen, mit denen die Union am Donnerstag eine mögliche Zusammenarbeit sondiert, unterscheiden sich in der Flüchtlingspolitik noch deutlicher von CDU/CSU als die SPD. "Das Thema muss in den Sondierungsgespräche eine Rolle spielen", sagte Ex-Fraktionschefin Renate Künast ZEIT ONLINE. "Wir haben immer kritisiert, dass die EU zu einer Festung ausgebaut wird und wir sind das den Flüchtlingen auf Lampedusa schuldig."

Eine bessere Seenotrettung als Reaktion auf die jüngste Schiffskatastrophe ist für sie nur der erste Schritt. Darüber hinaus dürften Flüchtlingsboote nicht mehr zur Umkehr gezwungen und Besatzungen anderer Schiffe, die den in Seenot Geratenen helfen, nicht mehr mit Strafe bedroht werden, forderte Künast. Im Übrigen müsse Flüchtlingen ein "effektiver Zugang zum europäischen Asylsystem gewährt werden". Wie die SPD setzen auch die Grünen auf legale Einwanderungsprogramme, um Menschen davon abzuhalten, ihr Leben auf "Seelenverkäufern" zu riskieren.

Freizügigkeit für alle

Besonders empört zeigten sich Grüne und SPD darüber, dass Friedrich die aktuelle Flüchtlingsdebatte am Dienstag dazu nutzte, vor einer Zuwanderung in die Sozialsysteme zu warnen. Der Innenminister schlug vor, die Freizügigkeit innerhalb der EU einzuschränken. Es sei ein "Missverständnis zu glauben, Freizügigkeit gebe es nur für diejenigen, die das Geld dafür haben", kritisierte der scheidende Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin diese "ungeheuerliche Aussage". "Das werden sehr schwierige Gespräche", prophezeite er für die erste schwarz-grüne Sondierungsrunde.

Doch auch wenn die Gegensätze zwischen den möglichen künftigen Koalitionspartnern auf den ersten Blick fast unüberbrückbar scheinen, unmöglich ist eine Einigung nicht. Denn auch in der Union gibt es Stimmen, die andere Akzente setzen als der Bundesinnenminister.

CDU-Vize Julia Klöckner etwa sprach sich für einen europäischen Flüchtlingsgipfel aus. "Das Drehen an einzelnen Schrauben hilft jetzt nicht mehr weiter", sagte sie der *Welt am Sonntag*. Unterstützung bekam sie von Thomas Strobl, dem baden-württembergischen CDU-Chef. Beide gelten als aufsteigende Kräfte in der Union. Und sogar in der CSU gibt es Stimmen, die dem Innenminister widersprechen. Manfred Weber, Vizefraktionschef der Christdemokraten im Europa-Parlament, forderte ebenfalls mehr europäische Solidarität. Wie ernst solche Floskeln tatsächlich gemeint sind, dürfte sich in den Koalitionsverhandlungen erweisen.

Load-Date: October 8, 2013

Flüchtlingspolitik entzweit mögliche Koalitionspartner Die Katastrophe von Lampedusa schockiert auch die deutschen Parteien. Doch über die richtige Reaktion gib....

End of Document

Mail aus: Warschau; Betreff: Das kostet eine Abschiebung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Mail aus: Warschau; S. 2; Ausg. 35

Length: 238 words

Byline: Alice Bota

Body

VON: ALICE.BOTA@ZEIT.DE

Familie Y., derzeit wohnhaft im Asylantenheim Podkewo, Debak, Polen, ist im vergangenen Jahr aus Tschetschenien geflohen, mit dem Auto über Polen nach Deutschland. Dort griff sie die Polizei auf. Der Vater kam in Abschiebehaft, die Mutter samt Kindern in ein "Asylantenheim", bis sie nach 25 Tagen zurück nach Polen gebracht wurden. Denn das Land, in das der Flüchtling zuerst einreist, muss auch seinen Antrag bearbeiten. Deutschland war damit nicht zuständig, hatte aber mit der lästigen Familie Y. zu tun. Und das kostet.

Mittlerweile hat Familie Y. in Polen den Flüchtlingsstatus erhalten. Und die Rechnung aus Deutschland. Niemand in der Familie Y. spricht Deutsch. Niemand verstand, was die Bundespolizeidirektion München eigentlich wollte. Aber dass die Zahlen in dem Schreiben nichts Gutes bedeuteten, das ahnten sie. 1094,56 Euro soll Frau Y. bezahlen, 5068,92 Euro ihr Mann. So eine Abschiebung kostet ja. Fein säuberlich listet die Bundespolizeidirektion fast zwei Dutzend Posten auf, zum Beispiel die Kfz-Kosten: von Passau zum Polizeirevier Mühldorf, 102 km x 1,17 Euro. Von der Dienststelle zur JVA München: 220 km x 1,17 Euro ("Kfz kleiner als 3,5 Tonnen!"). Am stärksten schlägt zu Buche der Aufenthalt in der JVA München: Über 2000 Euro für 25 Tage.

Familie Y. verstand auch folgende Passage nicht: dass man innerhalb von zwei Wochen Widerspruch einreichen könne. Für 55 Euro Bearbeitungsgebühr.

Load-Date: September 17, 2013

Radikaler als die Polizei erlaubt; Das Camp hungerstreikender Flüchtlinge wurde mit Gewalt aufgelöst. Die Politik musste so handeln. Doch es bleiben viele Fragen offen. Von Georg Etscheit, München

ZEIT-online

Sonntag 30. Juni 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: MÜNCHNER FLÜCHTLINGSPROTESTE; Ausg. 23

Length: 1034 words

Byline: Georg Etscheit

Body

Sanitäter heben einen erschöpften hungerstreikenden **Asylbewerber** auf eine Trage.

© Christoph Röhrig/dpa

Der Tag danach. Viel erinnert nicht mehr an den etwa eine Woche währenden, dramatischen Hungerstreik von **Asylbewerbern** auf dem Münchner Rindermarkt, der nur ein paar Schritte vom Marienplatz entfernt ist. Im Morgengrauen hatte die Polizei das unter großen Platanen errichtete Zeltlager geräumt. Viele der rund 50 **Flüchtlinge** aus asiatischen und afrikanischen Ländern schwebten nach tagelangem "trockenem" Hungerstreik - seit Dienstag hatten sich viele auch geweigert, zu trinken - in Lebensgefahr.

Sie wurden mit dem Krankenwagen abtransportiert. Es gab unschöne Szenen bei der Polizeiaktion. Die Beamten wurden von einigen Mitgliedern des bis zuletzt etwas mysteriös wirkenden "Unterstützerkreises" der **Flüchtlinge** mit Fußtritten attackiert. Die **Flüchtlinge** versuchten, sich gegen den Abtransport durch die Polizei mit Sitzblockaden zu wehren. Vergeblich: Sie wurden weggetragen.

Tags zuvor war ein letzter Vermittlungsversuch gescheitert. In einer Krisensitzung in der Bayerischen Staatskanzlei hatten sich Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und Münchens Oberbürgermeister Christian Ude auf einen neuen Vermittlungsversuch geeinigt. Der Münchner Alt-OB und einstige SPD-Bundesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel sollte zusammen mit dem CSU-Politiker und früheren bayerischen Landtagspräsidenten Alois Glück die Hungerstreikenden zum Einlenken bewegen. Im Münchner Stadtmuseum verhandelten die beiden ehemaligen Politiker mit der Gegenseite - angeblich ohne Ergebnis.

Möglicherweise stand da schon fest, dass dem Spuk in der Münchner City ein mehr oder minder gewaltsames Ende bereite werden würde. Vielleicht wollte sich die Politik nicht sagen lassen, nicht wirklich alles versucht zu haben.

Surreale Atmosphäre auf dem Rindermarkt

Radikaler als die Polizei erlaubt Das Camp hungerstreikender Flüchtlinge wurde mit Gewalt aufgelöst. Die Politik musste so handeln. Doch es bleiben viele Fragen....

Es war ein ungewöhnliches Treffen in der pompösen bayerischen Staatskanzlei. Nicht zuletzt deshalb, weil Seehofer in der beginnenden heißen Phase des Landtagswahlkampfes direkte Begegnungen mit Ude meidet, um seinen Herausforderer bei der Landtagswahl nicht aufzuwerten. Und Ude bot sich die seltene Gelegenheit, aus seiner Rolle als Münchner Oberbürgermeister herauszutreten und sich staatsmännisch zu geben. In seiner manchmal etwas hölzernen Art hatte Ude im Beisein von Seehofer das "Demonstrationsgeschehen" zwar für rechtmäßig erklärt. Im gleichen Atemzug betonte er freilich, dass Gesundheit und Leben der Flüchtlinge absoluten Vorrang besäßen. Tote, das war diesen Worten klar zu entnehmen, sollte es um keinen Preis geben.

Auf dem Rindermarkt herrschte zu dieser Stunde eine gespenstische, fast surreale Atmosphäre: Während ein paar Schritte weiter in der Fußgängerzone fleißig dem Shoppingvergnügen gefrönt wurde, wirkte der Rindermarkt wie ein exterritoriales Gebiet. Die Zelte mit den hungernden und dürstenden Flüchtlingen waren mit weiß-rotem Plastikband abgesperrt. *"Do not enter"*, war auf Schildern zu lesen. Vor der Absperrung warteten Journalisten auf Berichtenswertes; in kleinen Grüppchen diskutierten Passanten und Sympathisanten über das, was so unvermittelt über diese heitere, saturierte Stadt gekommen war: das Elend der Welt. Und diesmal viel direkter, viel greifbarer als es die Fernsehbilder von abgebrannten oder eingestützten Fabriken in Bangladesch vermitteln können, wo all die schönen, billigen Klamotten herkommen, die in den Geschäften der Fußgängerzonen verkauft werden.

Ein junger Mann berichtete von seiner Reise in ebendieses Bangladesch und die ungeheure Gastfreundschaft der Muslime, die dem Gast aus dem reichen Europa sogar das Bett des schwerkranken Familienoberhauptes räumten. Ein Türke gab zu bedenken, dass dies hier vergleichsweise harmlos sei angesichts des Elends der riesigen Flüchtlingslager, die jetzt an der Grenze zum Bürgerkriegsland Syrien aus dem Boden gewachsen sind. Und ein Italiener erinnerte an ähnliche Camps in seinem Heimatland und die Parteien.

Forderung überschreitet die Grenze des Erfüllbaren

Mit ernstem Gesicht stand auch Margarete Bause, die grüne Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, am Rande des Flüchtlingscamps. Sie sprach von einer "verzwickten Situation". Man merkte der selbstbewussten Frau an, dass sie wohl ganz froh war, jetzt nicht selbst an den Hebeln der Macht zu sitzen, die sie im Herbst erobern will.

Am Ende gab es wohl tatsächlich keine andere Möglichkeit, als das Lager aufzulösen. Denn die Flüchtlinge und vor allem deren Unterstützer aus ganz Deutschland - rund 50 sollen es am Ende gewesen sein - schienen zu allem entschlossen.

Vor allem der Sprecher der Gruppe, Ashkan Khorasani, der bei der Räumung zusammen mit zwölf seiner Mitstreiter vorläufig festgenommen wurde. Der 23-Jährige war vor zwei Jahren aus dem Iran über die Türkei nach Deutschland geflohen und besitzt seit Kurzem eine Aufenthaltsgenehmigung. Schon bei einer improvisierten Pressekonferenz am vergangenen Montag, als der Übergang vom normalen zum "trockenen" Hungerstreik angekündigt wurde, hatte man den Eindruck, es mit einem Fanatiker zu tun zu haben. Er hatte in einem Ultimatum auch Parallelen unter anderem zu dem RAF-Terroristen Holger Meins gezogen, der 1974 im Gefängnis an den Folgen eines Hungerstreiks gestorben war.

Eine Äußerung, die Bayerns Innenminister Joachim Herrmann natürlich als Steilvorlage nutzte, um die Helfer pauschal in ein kriminelles Licht zu rücken. Trotzdem stellt sich die Frage: Wurden die Flüchtlinge von Aktivisten der extrem linken Szene für ihre eher abstrakte politische Ziele instrumentalisiert?

Die Radikalität, die sich in München Bahn brach, hat viele überrascht, manche abgestoßen. Auch Anne Hahn, eine engagierte Flüchtlingshelferin aus Passau, die jahrelang und zuletzt mit Erfolg dafür kämpfte, dass ihr Schützling, der junge Afghane Ismail Afzali, ein Bleiberecht in Deutschland erhält. (DIE ZEIT berichtete darüber.) "Ich bin wahrhaftig in vielem auf Seiten der Flüchtlinge", schreibt sie in einer an ZEIT ONLINE gerichteten Mail vom Sonntag. "Aber die Forderung des Anführers überschreitet die Grenze des Erfüllbaren. Mehr Freiheit für die Asylbewerber und mehr Lebensqualität sind berechnete Anliegen - aber nicht durch ein derart radikales Verhalten."

Radikaler als die Polizei erlaubt Das Camp hungerstreikender Flüchtlinge wurde mit Gewalt aufgelöst. Die Politik musste so handeln. Doch es bleiben viele Fragen....

Load-Date: June 30, 2013

End of Document

Waffenlieferungen an Saudi-Arabien bleiben gefährlich; Der Golfstaat hat Frauen und Regimekritikern mehr Rechte versprochen. Doch Berichte von Aktivisten und Überfälle auf Migranten zeichnen ein anderes Bild.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Rüstungsexporte; Ausg. 50

Length: 770 words

Byline: Barbara Lochbihler

Body

Passanten in Riad

© Stringer/Reuters

Saudi-Arabien kommt in Bewegung. Einige politische Reformen im religiös-konservativen Golfstaat könnten die Menschenrechtslage von Frauen und Oppositionellen verbessern. Gleichzeitig aber berichten Menschenrechtler, dass Folter, willkürliche Verhaftungen und die Misshandlung von Arbeitsmigranten nach wie vor alltäglich seien. Zwischen den Willensbekundungen aus dem Königshaus und der Wirklichkeit herrscht also eine große Kluft.

Mehr als befremdlich erscheint deshalb eine Information des kürzlich veröffentlichten Rüstungsexportberichts der Bundesregierung: Saudi-Arabien ist der beste Kunde der deutschen Waffenindustrie. Die politischen Grundsätze für deutsche Rüstungsexporte besagen aber, dass die Wahrung der Menschenrechte im Zielland besonderes Gewicht hat. Das gilt unabhängig davon, ob das Kriegsgerät direkt gegen Kritiker eingesetzt wird.

Gerade für Saudi-Arabien ist also ein differenzierter Blick nötig, um die Lage vorurteilsfrei, aber auch losgelöst von wirtschaftlichen Interessen einschätzen zu können.

Die Scharia duldet keinen inhaltlichen Widerspruch

Zunächst einmal sind die Reformen beachtenswert, die von der Regierung mit Unterstützung des Königshauses auf den Weg gebracht wurden. So sollen willkürliche Scharia-Urteile eingegrenzt werden. Mit Hilfe eines neuen Gesetzes können Frauen nun als Anwältinnen tätig werden, umfangreiche Stipendien sollen der weiblichen Bevölkerung eine höhere Bildung im In- und Ausland ermöglichen. Auch eine Kampagne gegen häusliche Gewalt hat die Regierung ins Leben gerufen.

Die Frage aber bleibt: Werden diese Maßnahmen tatsächlich adäquat umgesetzt? Einflussreiche konservative Geistliche bestehen darauf, dass Gott den Menschen die Scharia auferlegt hat und diese keinen weltlichen Widerspruch duldet. Rechtsprechungen sollen nach dieser Lehre weiterhin dem Klerus überlassen bleiben. In der Praxis heißt das: Der rechtliche Status von Frauen bleibt prekär und häusliche Gewalt straflos, Regimekritiker

Waffenlieferungen an Saudi -Arabien bleiben gefährlich Der Golfstaat hat Frauen und Regimekritikern mehr Rechte versprochen. Doch Berichte von Aktivisten und Üb....

können willkürlich verhaftet und etwa wegen "Ungehorsams gegenüber dem Herrscher" zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt werden.

Sehr deutlich bringt eine Entscheidung des Königs vom Januar die Machtverhältnisse auf den Punkt. Damals genehmigte Al Saud, dass 30 Frauen in den ihn beratenden Shura-Rat aufgenommen werden - allerdings wurden diese Frauen persönlich von ihm ausgewählt.

Solange die Monarchie nicht durch ein gewähltes Parlament erweitert wird, ist jede Veränderung vom guten Willen der Herrscherfamilie abhängig. Kritiker erhoffen sich zwar, dass die Reformen ihre Situation verbessern, einklagbar sind diese aber nicht. Oppositionelle oder Frauenrechtlerinnen, die darauf abzielen, die Macht des Königshauses einzuschränken, werden wenn nötig auch mit Gewalt bekämpft.

Aktivisten berichteten, dass die Strafen gegen Blogger und Menschenrechtsverteidiger noch härter geworden sind. Immer wieder gehen Beamte brutal gegen die schiitische Minderheit vor. Nach einer landesweiten migrationspolitischen Kampagne, die die Anstellung von Saudis propagierte, wurden tausende Wanderarbeiter in Abschiebezentren gebracht. Zwei Menschen starben bei Protesten gegen eine Razzia, die sich gegen äthiopische Migrantinnen und Migranten richtete.

Gewehre geraten auch ins Bürgerkriegsland Jemen

Sollte die Lage eskalieren, stehen auch deutsche Waffen bereit. Seit Jahrzehnten schon produziert Saudi-Arabien in Lizenz Sturmgewehre des Schwarzwälder Waffenbauers Heckler & Koch, ein nicht unerheblicher Teil der im aktuellen Rüstungsexportbericht aufgelisteten Ersatzteil-Ausfuhren dürfte genau dieser Produktion von Kleinwaffen geschuldet sein. Schon jetzt wird mit den schwäbischen Sturmgewehren "made in Saudi-Arabia" etwa im Bürgerkriegsland Jemen scharf geschossen. Und wenn alles im Interesse der deutschen Waffenbauer läuft, dürften beim nächsten Einsatz der saudischen Armee gegen protestierende Schiiten im Nachbarland Bahrain auch Leopard-Kampfpanzer aus dem Hause Krauss-Maffei-Wegmann mit dabei sein.

Mit den deutschen Exportrichtlinien lässt sich das alles nicht vereinbaren. Nach den Ausfuhrbestimmungen dürfen Genehmigungen nicht erteilt werden, wenn ein hinreichender Verdacht besteht, dass die Waffen zur internen Repression missbraucht würden oder das friedliche Zusammenleben der Völker gefährden könnten. Dieser Verdacht ist eindeutig gegeben und in Teilen sogar längst bestätigt. Solange Reformen in dem Golfstaat nicht auf eine festes demokratisches Fundament bauen können, steht deshalb außer Frage: Wer Waffen nach Saudi-Arabien liefert, macht sich mitverantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen.

Load-Date: December 11, 2013

Flucht aufs Fußballfeld; Hassib arbeitete in Afghanistan für die deutsche Entwicklungshilfe, bis radikale Islamisten ihn vergifteten. Jetzt spielt er als Flüchtling in Berlin Fußball.

ZEIT-online

Dienstag 3. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: TRAINING FÜR FLÜCHTLINGE; Ausg. 36

Length: 1101 words

Byline: Victoria Reith

Body

Der afghanische **Flüchtling** Mir Sulaiman Hassib auf dem Trainingsgelände in Berlin-Kreuzberg.

© Victoria Reith

Ein paar Eifrige stehen schon auf dem Feld. Das Training hat noch nicht begonnen, aber sie nutzen jede Minute, auf dem Kunstrasen zu spielen. Eine Flanke fliegt von der Seite heran, ein Spieler im weißen Hemd köpft, der Ball zappelt im rechten Winkel. Mir Sulaiman Hassib, grüne Trainingshose, rot-schwarzes Poloshirt, ist vergebens hinterhergehüpft. Er lacht. Hassib trainiert jede Woche mit den "Champions ohne Grenzen". Er ist afghanischer **Flüchtling** in Deutschland. Auf dem Fußballfeld spielt er defensiv.

Das war nicht immer so. In Afghanistan arbeitete Hassib für deutsche Entwicklungshilfeorganisationen. Und er spielte im Sturm. Aber stürmen kann der 34-Jährige nicht mehr. Vor vier Jahren wurde er vergiftet. Menschen, die Hassib als Ungläubigen bezeichneten, mischten ihm etwas in sein Essen. Vermutlich war es verunreinigtes Heroin. Hassib lag zwei Tage lang im Koma und ist bis heute auf der rechten Seite teilweise gelähmt.

Seit sieben Monaten ist Hassib in Deutschland, seit vier Monaten trainiert er einmal in der Woche gemeinsam mit anderen Flüchtlingen auf dem Fußballplatz des SV Hansa 07 in Berlin-Kreuzberg. Meistens sind es 20, manchmal bis zu 50 junge erwachsene Männer aus Mali, Afghanistan, Irak, Iran, Bangladesch, Palästina oder Kamerun, die sich dort zum Kicken treffen. Ein Banner mit rotem Schriftzug ist am Gatter angebracht. "Kein Platz für Gewalt" steht darauf. "Für mich ist Fußball Einheit in der Verschiedenheit", sagt Hassib. Er habe neue Freunde gefunden, aus allen Ecken der Welt.

Carolyn Gaffron trainiert die "Champions ohne Grenzen". Sie ist einen Kopf kleiner als die meisten ihrer Spieler, hat kinnlange Haare und grüne Augen. Ihre Spieler umarmen sie zur Begrüßung, plaudern mit ihr. Viele können Deutsch, mit anderen spricht sie Englisch oder Französisch. Bevor es losgeht, holt Gaffron Fußballschuhe und -Klamotten für diejenigen, die nichts dabei haben. Manche Flüchtlinge sind erst seit ein paar Wochen in Deutschland, andere seit drei Jahren.

Flucht aufs Fußballfeld Hassib arbeitete in Afghanistan für die deutsche Entwicklungshilfe, bis radikale Islamisten ihn vergifteten. Jetzt spielt er als Flüchtling....

Spitzenfußballer bei Kieztornieren

Im Training ist jeder Flüchtling aus Berlin willkommen. Viele kommen jede Woche. Von denen, die im Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf wohnen, war noch keiner dabei. Gegen das neue Heim hatten Anwohner vor wenigen Wochen protestiert, viele Flüchtlinge haben Angst, wollen wieder ausziehen. Gaffron überlegt, ein Freundschaftsspiel zu organisieren - zwischen Anwohnern aus Hellersdorf und Bewohnern des Heims.

Das wöchentliche Training der "Champions ohne Grenzen" findet seit 2012 statt. Einige Monate zuvor hatte Gaffron den Verein "Weil Fußball verbindet" gemeinsam mit anderen gegründet, um verschiedene gesellschaftliche Gruppen durch den Sport zusammenzubringen. An Wochenenden trägt Gaffrons Team Kiez-Turniere oder Freundschaftsspiele aus, zum Beispiel gegen die dritte Mannschaft von Türkiyemspor Berlin. Frauen sind nicht dabei, obwohl ihnen das Training offenstände. Gaffron würde gerne ein eigenes Training für sie anbieten, aber dafür sucht sie noch Trainingszeiten oder einen neuen Platz.

Mit grünen und orangefarbenen Leibchen haben sich die Spieler in Teams geteilt, auch Gaffron ist dabei. Die Pässe kommen an, das Kombinationsspiel funktioniert meistens. Einige dribbeln mit Tempo, andere zeigen Einsatz durch Grätschen. Kommandos werden auf Deutsch, Französisch oder Arabisch über den Platz geschleudert. Von diesen Spielern können manche Vereine nur träumen, sagt Carolin Gaffron: "Einige haben schon in der kamerunischen ersten Liga, in der kenianischen Jugendauswahl und in der iranischen ersten Liga gespielt." In Deutschland ist Fußball aber vor allem Spaß und Ablenkung für die Flüchtlinge. Sie spielen unter Freunden und können sich zwei Stunden lang von der Frage ablenken, wie lange sie wohl noch bleiben dürfen.

Auch Hassib hofft, dass er in Deutschland bleiben kann. Er wünscht sich einen "Status". Damit meint er dauerhaftes Asyl. Er flüstert fast, als er zu erzählen beginnt. Er hat fließend Deutsch gelernt, als er vor zehn Jahren begann, für deutsche Entwicklungshilfe-Organisationen zu arbeiten. Währenddessen war er dreimal mit Visum in Deutschland, jeweils für einige Wochen. 2009 wollten ihn radikalislamische Gruppen für ihre politische Arbeit abwerben. Er weigerte sich, sie vergifteten ihn.

2012 beschloss Hassib, zu fliehen. Seine Kontakte halfen ihm, ein viertes Mal nach Deutschland einzureisen. Er wohnt jetzt in einem Heim in Schöneberg. Die Leute dort seien nett zu ihm, sagt er. Aber das war nicht immer so. Weil Hassib an Depressionen litt, beantragte er im Amt für Asylbewerber ein Einzelzimmer. Der Sachbearbeiter sagte für die Ohren des Übersetzers: "Wir können nicht jeder Maus ein Loch geben, die sich krank stellt." Dass Hassib Deutsch kann, wusste er nicht.

Von Bekannten hat Hassib davon erfahren, dass Menschen gegen das Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf auf die Straße gegangen sind. Er sagt, die Flüchtlinge hätten zwar das Privileg, in einem reichen Land zu leben, ihre Menschenwürde werde aber häufig nicht gewahrt.

Hassibs Frau lebt noch in Kabul. Vor zwei Monaten hat sie den gemeinsamen Sohn zur Welt gebracht. Er heißt Hadid, ist gesund. Sein Vater hat ihn noch nie gesehen. Hassib will die Familie möglichst schnell nach Deutschland holen, auch weil seine Frau beinahe entführt wurde. Sie konnte sich nur retten, indem sie behauptete, nicht mit ihm verheiratet zu sein.

Jede Woche kommen Neue zum Training

Hassib hat Sehnsucht nach seiner Familie und nach Afghanistan, aber seit er Fußball spielt, sei sie nicht mehr ganz so groß. Er sagt, dass er sich jetzt auch in Deutschland ein bisschen zu Hause fühlt.

Dieses Gefühl wünschen sich viele Flüchtlinge, immer neue wollen mittrainieren. Ein Junge, der gerade in Deutschland angekommen ist, sitzt am Spielfeldrand dort, wo die Eckfahne sein sollte. Er sucht eine Mannschaft, in der er mit Gleichaltrigen spielen kann. Es gibt zwar bereits eine Kindermannschaft, aber noch kein Flüchtlingsteam für Jugendliche. Am Rande des Fußballplatzes steht ein Sozialarbeiter, der bei einer Erstaufnahmestelle für minderjährige Flüchtlinge arbeitet. Er fragt, ob er beim nächsten Mal vier Jungs zum Training mitbringen darf. Er darf.

Flucht aufs Fußballfeld Hassib arbeitete in Afghanistan für die deutsche Entwicklungshilfe, bis radikale Islamisten ihn vergifteten. Jetzt spielt er als Flüchtling....

Als das Training zu Ende geht, sind auf jeder Seite ein paar Tore gefallen, einen klaren Sieger gibt es nicht. Ein Spieler in Grün hilft einem Gegenspieler in Orange beim Aufstehen. Abpfiff. Hassib ist schon gegangen. Wegen seiner Lähmung musste er zum Arzt. Vielleicht schafft der es, ihm zu helfen. Damit er irgendwann wieder stürmen kann.

Load-Date: September 3, 2013

End of Document

Lampedusa auf St. Pauli; Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Lampedusa auf St. Pauli; S. 8; Ausg. 44

Length: 1541 words

Byline: Sahar Sarreshtehdari

Ulrich Ladurner

Özlem Topcu

Body

Ulrich Ladurner

Özlem Topcu

Seit am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa mindestens 360 Menschen in einer Nacht ertrunken sind, geht der Name dieser italienischen Insel im Mittelmeer um die Welt. Wenn heute ein **Flüchtling** sagt: »Ich komme aus Lampedusa!«, so lautet die unausgesprochene Botschaft: »Ich bin ein Überlebender!«

Seit dem massenhaften Sterben vor seiner Küste steht Lampedusa für das harte Gesicht Europas - und zugleich für das schlechte Gewissen der Europäer wegen der Konsequenzen ihrer **Flüchtlingspolitik**. Der Satz »Ich komme aus Lampedusa« kann deshalb eine Welle der Solidarität auslösen, so wie es derzeit in Hamburg geschieht.

Über 300 Afrikaner sind vor Monaten hier gestrandet. Sie alle sagen, dass sie über Lampedusa nach Deutschland gekommen seien, geflohen vor dem Krieg in Libyen und den nachfolgenden Wirren. Es fehlt ihnen nicht an Helfern. Die Kirche in St. Pauli bietet vielen von ihnen eine Unterkunft. Alle paar Minuten kommen Leute vorbei, bringen Essen, selbst gebackenen Kuchen, Kleidung, Bargeld. Ein bekannter Hamburger Drogeriemarktbesitzer spendete Kisten voll mit Zahnbürsten und Zahnpasta. Die Regale im Vorratsraum der Kirche quellen über von Duschgel, Shampoo, Deo. **Flüchtlingsorganisationen** bieten juristischen Beistand, ein großer Keller im Viertel wurde zu einem Schlafrum umfunktioniert, in dem Dutzende **Flüchtlinge** eine Bleibe finden.

In St. Pauli, ließe sich sagen, zeigt Deutschland seine solidarische, seine menschliche Seite. Doch helfen, auch das zeigt sich in St. Pauli, ist nicht unbedingt einfach. Flüchtlinge nämlich sind ein Politikum, und wenn sie aus

Lampedusa auf St. Pauli Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Lampedusa kommen, dann ist alles so aufgeladen mit Bedeutung, dass die Sache verwirrend werden kann. Was als Hilfsaktion begann, eskalierte bis zu Straßenschlachten mit der Polizei. Wie konnte es dazu kommen?

Man muss, um zu verstehen, ganz vorne anfangen, am besten bei Pastor Sieghard Wilm, einem sanftmütigen Mann von Mitte vierzig. Er sitzt im Café Geyer, gleich neben seiner Kirche. Wilm hat den Treffpunkt gewählt, weil er vor lauter Unterstützung und Unterstützern in seiner Kirche weder Ruhe noch Platz findet. »Die Flüchtlinge standen einfach eines Tages vor meiner Tür«, sagt er, »durchnässt, hungrig, krank.« Das war Mitte April.

Die Stadt hatte die Flüchtlinge zuvor im Winternotprogramm für Obdachlose untergebracht. Als das auslief, schliefen sie überall in der Innenstadt. »Sie hatten nicht einmal die Grundausrüstung von Obdachlosen«, sagt Wilm. Einige bekamen Platzverweise von der Polizei. Seitdem schlafen etwa 80 von ihnen auf der Galerie der Kirche.

Die Flüchtlinge hatten nicht nur eine vorübergehende Bleibe gefunden, sie wurden mit jedem Tag sichtbarer. Die Presse berichtete, die Hamburger wurden aufmerksam. In ihrer Stadt befanden sich also Hunderte Flüchtlinge, und der Senat wusste nicht so recht, wie er mit ihnen umgehen sollte, manche sagen, er ignorierte sie erst einmal systematisch. Formal, das war zunächst die Haltung, sei der Senat nicht zuständig. Die sogenannte Dublin-II-Verordnung der EU sieht vor, dass jeder Flüchtling seinen Antrag auf Asyl dort stellen muss, wo er als Erstes gelandet ist. Das bedeutet in diesem Fall: in Italien.

So sagt es das Gesetz, doch das Leben sagt etwas anderes. Es erzählt Geschichten wie die von Oumar: »Die Rebellen zwangen mich, Libyen zu verlassen, sonst hätten sie mich umgebracht. Wir brauchten drei Nächte und zwei Tage, um mit dem Boot von Libyen nach Italien zu kommen. 180 Leute waren mit mir auf dem Boot. Kurz nachdem wir Lampedusa erreicht hatten, brachten sie mich nach Crotone. Da gibt es ein großes Flüchtlingslager. Ich lebte dort ein halbes Jahr lang. Dann gaben sie mir meine Papiere und schickten mich aus dem Lager. Ich musste in Rom auf der Straße leben. Ich hatte kein Geld. In der Zeit hatte ich keinen Kontakt zu meiner Familie.«

Oumar ist einer der afrikanischen Flüchtlinge, die bis heute in Hamburg nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben. Er schläft in der Nähe des Rathauses, auf einem Karton, den er zu Nachtzeiten auf einer halbwegs geschützten Stelle auslegt. Tagsüber streift er durch die Stadt, immer in Angst, von Polizisten aufgegriffen zu werden.

»Verschwindet über den Brenner«, sagen italienische Beamte

Die Tatsache aber, dass sich Hunderte Menschen wie Oumar in Hamburg aufhalten, beweist, dass mit der europäischen Flüchtlingspolitik etwas nicht stimmt. Tatsächlich schickt Italien viele Flüchtlinge aus den Aufnahmelagern einfach weg, manchen wird Geld gegeben, andere bekommen nichts. Ein italienischer Flüchtlingsberater berichtet, vielen werde gesagt: »Verschwindet über den Brenner!« Diese Praxis der italienischen Behörden verstößt gegen die Dublin-II-Verträge. Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich reagierte mit dem Satz: »Lampedusa liegt in Italien!« Geografisch hat er zwar recht, aber an dem Verhalten der italienischen Behörden ändert er damit nichts. Sie klagen schon lange, als Türsteher Europas überfordert zu sein. Die Lasten müssten neu verteilt werden. Eine Aufgabe, die nun auch in Deutschland angekommen ist: Im Mai gründeten die afrikanischen Flüchtlinge eine Gruppe mit dem Namen: »Lampedusa in Hamburg«. Lampedusa ist zu einem Kampfbegriff geworden.

Die Afrikaner verlangen, als gesamte Gruppe aufgenommen zu werden, nicht als Einzelne. Das Gesetz sieht dafür zwar Möglichkeiten vor, aber das ist nicht gängige Praxis. Gruppenanerkennung gibt es nur in Ausnahmefällen, wie zum Beispiel in den neunziger Jahren für bosnische Kriegsflüchtlinge. Das Bundesinnenministerium schließt diese Form der Anerkennung für die Lampedusa-Gruppe aus. Ein Sprecher des Innenministers sagt: »Die Flüchtlinge haben in Italien einen Asylantrag gestellt und sind dort anerkannt, sie haben dann ein Reisedokument bekommen. Da dieses mittlerweile abgelaufen ist, müssen sie zurück nach Italien.« Das ist eine unzweideutige Botschaft.

Lampedusa auf St. Pauli Wie der Kampf von afrikanischen Flüchtlingen für ein Aufenthaltsrecht in Hamburg eskaliert ist

Der Hamburger Senat bestand auf Einzelfallprüfungen, so wie es üblich ist. Der Sprecher der Innenbehörde Hamburgs sagt: »Eine Gruppenlösung ist rechtlich ausgeschlossen, aber wir werden jeden Fall fair prüfen. Dafür müssen sie allerdings Anträge stellen - sich also offenbaren. Wir wissen so gut wie nichts über diese Leute. Aus der Anonymität kann niemand Forderungen an den Rechtsstaat stellen.« Er fügt noch hinzu, dass niemandem das Schicksal der Flüchtlinge gleichgültig sei. Das Argument der Behörden: Wenn man die Gruppe »Lampedusa in Hamburg« kollektiv anerkennt, was soll der Senat dann all den anderen Flüchtlingen sagen, die das übliche Asylverfahren durchlaufen? Wie kann man ihnen gegenüber die Einzelfallprüfung begründen?

Lampedusa wird zum ideologischen Popanz

Die Flüchtlinge erwidern darauf, dass sie durchaus ihre Identität preisgäben, aber sie wollten keinen Asylantrag stellen, weil sie den Behörden nicht vertrauten. Ihr Misstrauen wird von der Organisation Karawane bestärkt, einem bundesweiten Netzwerk, das sich mit Flüchtlingsfragen auseinandersetzt. »Diese Leute sind in der Öffentlichkeit, niemand versteckt sich. Sie haben jedem Journalisten die Papiere gezeigt«, sagt Ralph Lourenco von Karawane - als könnten Journalisten Asylanträge prüfen. »Jetzt wird gesagt: Wenn wir die Identitäten hätten, dann könnten wir Einzelverfahren durchführen, und wir prüfen jeden Fall - diese Geschichten kennen wir seit Jahrzehnten in Deutschland. Wenn der Druck zu groß wird, dann heißt es, wir schauen uns die Fälle an. Wenn die Öffentlichkeit wegschaut, dann werden die Anträge abgelehnt.«

So viel steht fest: Die Afrikaner in Hamburg brauchen eine gute Lobbyarbeit. Im Moment aber wird viel Lärm gemacht, und Lampedusa wird von einigen Helfern zu einem ideologischen Popanz gemacht. »Ihr seid schuld am Krieg gegen Libyen, nur darum mussten wir flüchten«, sagt Friday Emitola, ein Gruppensprecher. Eine Anerkennung sei deshalb nur Wiedergutmachung für etwas, das die Europäer verbrochen hätten. Nun hat sich Deutschland nicht am Libyen-Krieg beteiligt. Doch die Atmosphäre ist längst so aufgeladen, dass die Wirklichkeit in all ihrer Komplexität dahinter verschwindet.

Und so kommt es, dass die Unterstützer der Flüchtlinge eine Pressekonferenz organisieren und sie zu einer Mischung aus Informationsveranstaltung und Demonstration wird. Zwei Afrikaner berichten, sie seien von der Polizei stundenlang festgehalten worden, ohne Begründung und ohne einen Anwalt. Es herrscht allgemeine Betroffenheit. Danach kommt die härteste Waffe zum Einsatz, die man in Deutschland ziehen kann. Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano sagt auf dem Podium, das Schicksal der Flüchtlinge sei »unerträglich« - etwas später beklagt ein anderer auf dem Podium noch den Imperialismus des Westens und den Kolonialismus dazu. Da gibt es Applaus.

Währenddessen geht die einfache Frage unter, mit der sich Pastor Wilms konfrontiert sah, als die Hilfesuchenden bei ihm anklopfen: »Hätte ich denn nicht helfen sollen? Hätte ich die Tür zumachen sollen?«

VON ULRICH LADURNER, SAHAR SARRESHTEHDARI UND ÖZLEM TOPCU

In diesem Keller in St. Pauli schlafen bis zu 40 afrikanische Flüchtlinge

Load-Date: March 25, 2022

Migranten werden Schwaben; In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN; Migranten werden Schwaben; S. 77-78; Ausg. 47

Length: 2346 words

Byline: Arnfrid Schenk

Body

Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von Stuttgart, sitzt an einem sonnigen Herbstnachmittag am Konferenztisch seines Büros im ersten Obergeschoss des Rathauses und ärgert sich. Und zwar äusserlich, auf gut Schwäbisch gesagt. Über ein Buch, das Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister aus Berlin, geschrieben hat. *Neukölln ist überall* heißt es und belegt seit Wochen Platz eins der Bestsellerlisten. Die Botschaft lautet, vereinfacht formuliert: Die Integration in Deutschland ist gescheitert.

Schuster sieht das anders. Denn vor zwölf Jahren beschloss er, die Ausländer in seiner Stadt abzuschaffen. Auf seine ganz eigene Art. Der CDU-Mann stellte sich hin und sagte: »Jeder, der in Stuttgart lebt, ist ein Stuttgarter.« Er übertrug das Amt des Ausländerbeauftragten auf - braucht man ja nicht, wenn es keine Ausländer mehr gibt - und schmiedete stattdessen ein »Bildnis für Integration«. Ein überparteiliches Netzwerk, in dem sich Bürgerinitiativen, **Migrantenvereine**, Stiftungen, Stadt und Land gemeinsam für Bildung starkmachen. Integration ist seitdem nicht mehr Sache des Sozialamtes, sondern Chefsache. »Ich wollte, dass die **Migranten** Teil der Stadtgesellschaft werden«, sagt Schuster.

Und dann kommt so ein Buch, das wieder einmal breit Probleme beschreibt, über **Migranten** klagt, die in der Schule versagen, aber nur wenige Seiten für Erfolge und Lösungsansätze übrig hat.

Das beste Beispiel dafür, dass Neukölln nicht überall ist, ist Stuttgart. In der Stadt mit den 600000 Einwohnern leben Menschen aus 180 Nationen. Die meisten von ihnen kommen aus der Türkei, aus Italien, Griechenland und Kroatien. Über 40 Prozent der Stuttgarter haben einen »Migrationshintergrund«, unter den Jugendlichen hat sogar jeder zweite ausländische Wurzeln - das ist weit mehr als in Berlin, Köln oder Hamburg. Dass das kaum jemand mitbekommt, ist ein gutes Zeichen dafür, dass die Integration funktioniert.

Das hat viel mit Schuster zu tun, was hat ihn angetrieben? Der 63-Jährige mit der unaufgeregten Sprache sagt: Er habe es immer als Kompliment empfunden, dass die Stadt Menschen aus aller Welt anziehe, die sich hier bessere Zukunftschancen erhofften. Und als Herausforderung: Man will ja, dass sie gute Stuttgarter werden; und bei gut denken die Schwaben natürlich immer »ans Schaffen«. Man will Menschen in der Stadt, die etwas leisten, sei es in Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur. Dafür muss man ihnen Chancen bieten.

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Und noch eine Antriebsfeder gab es: Schuster hatte damals ein demografisches Szenario für Stuttgart in Auftrag gegeben. Was dabei herauskam, war nicht schmeichelhaft: Die Statistiken zeigten die Stadt, in der es viermal so viele Autos wie Kinder gibt, auf dem direkten Weg, sich in ein großes Altersheim zu verwandeln. Wenn die Kinder der Einwanderer auch noch wegziehen würden, wäre der Weg sehr kurz.

Stuttgart ist eine Stadt der Ingenieure, eine reiche Stadt, hier sitzen die Aushängeschilder der deutschen Industrie: Daimler, Porsche, Bosch, dazwischen zahlreiche Hidden Champions, Mittelständler, oft führend auf dem Weltmarkt. Eine Stadt, die Fachkräfte braucht, mit einer Arbeitslosenquote von fünf Prozent. Zum Vergleich: Berlin hat zwölf Prozent. Ist unter diesen Bedingungen Integration überhaupt noch ein Kunststück, Herr Schuster?

«Natürlich haben wir es leichter«, sagt der Bürgermeister, «es gibt mehr Ausbildungsplätze, bessere wirtschaftliche Bedingungen.« Aber er sieht Integration nicht als eine Frage des Geldes. Es gehe darum, alle an einem Netzwerk zu beteiligen, ein basisorientierter Ansatz, den man in Neukölln auch versuchen könne. Außerdem beginne Integration bei der Bildung, nicht auf dem Arbeitsmarkt.

Um Majlinda Sylja hat die Stadtverwaltung geworben. Nach dem Realschulabschluss begann die Albanerin mit einer Ausbildung für Bürokommunikation. Mit dem Programm «Deine Stadt - deine Zukunft» richtet sich Stuttgart an Auszubildende mit Einwanderungsgeschichte, 30 Prozent sind es bereits in der Stadtverwaltung. Mehr als in jeder anderen Großstadt. Majlinda Sylja ist 19 Jahre alt, hat lange blonde Haare, wäre da nicht ihr Name, jeder hielte sie für eine Schwäbin. Geboren ist sie in Prishtinë, aufgewachsen in einer Kleinstadt nahe Stuttgart; ihr Vater ist Facharbeiter. «Hier ist meine erste Heimat», sagt sie. Sie hatte immer viele deutsche Freunde, trotzdem haben ihre Eltern und Verwandten «ganz schön geschaut», als sie ihnen gesagt hat, dass sie bei der Stadt anfragt. Ihre Ausbildungsleiterin erzählt von einer türkischen Mutter, die ihr gesagt habe: Seit sie wisse, dass die Stadt Einwanderer einstellen wolle, fühle sie sich angekommen in Deutschland.

Längst gilt Stuttgart als Vorreiter kommunaler Integrationspolitik: Das Bündnis für Integration diene dem Europarat als Vorlage für einen Integrationsleitfaden; als der Bund seinen nationalen Integrationsplan entwickelte, war der Rat der Stuttgarter gefragt, die Unesco zeichnete die Stadt aus, und Stuttgart bekam den von Bundesinnenministerium und Bertelsmann Stiftung ausgelobten Preis für Integration. Nicht nur wegen der zahlreichen Förderprojekte, sondern auch wegen des «Gemeinschaftsgeistes», der in Stuttgart herrsche.

Das überrascht, gilt doch der Schwabe unter anderem als eigenbrütlerisch, als einer, der gern «bruddelt», also an anderen rumkritisiert, und «Reichschmecken» gegenüber sehr reserviert ist: Menschen, die nicht aus Schwaben kommen, aber trotzdem hier sind. Und ausgerechnet in so einem Umfeld gelingt die Integration?

Fragt man Gari Pavkovic nach dem Stuttgarter Erfolgsgeheimnis, hat er viele Antworten parat. Er ist der Leiter der Integrationsabteilung. Sein Büro ist wenige Schritte vom Rathaus entfernt, im fünften Stock des Tagblatt-Turms, von seinem Fenster aus kann er die Innenstadt überblicken. Die Sonne geht gerade unter, aber wenn es darum geht, Stuttgart zu erklären, denkt er nicht an Feierabend. Es sei die Gemengelage, sagt er, kleine Weltstadt und großes Dorf zugleich. Es herrsche eine ausgeprägte Leistungsethik, «wenn der Schwabe sieht, der Türke oder der Bosnier schafft was, dann spart er nicht mit Anerkennung».

Auch Pavkovic hat sich diese Anerkennung erarbeitet. Er war zehn Jahre alt, als er aus Mostar nach Schwaben kam. 1969 war das. Er schaffte es von der Hauptschule aufs Gymnasium, beim Abi war er Jahrgangsbester im Fach Deutsch. Dass er aufs Gymnasium kam, hatte er glücklichen Umständen zu verdanken. Seine Mutter hatte durch Zufall erfahren, dass es in Deutschland mehr gibt als nur die Hauptschule. Sie suchte nach einem Gymnasium für ihren Sohn, das ihn für ein Probejahr aufnahm. Nach dem Abi wollte er dann nicht mehr zurück nach Jugoslawien, um dort Arzt zu werden, wie seine Mutter sich das erträumt hatte. Er entschied sich für ein Psychologiestudium, arbeitete danach bei verschiedenen Beratungsstellen, war lange beim Jugendamt und wurde ein Experte für das Interkulturelle. Aus dem Malus wurde ein Bonus. Dem

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

Integrationsbeauftragten liegt viel daran, dass nicht länger Zufälle über die Bildungskarrieren von Kindern entscheiden.

Draußen ist es Nacht geworden, Pavkovic sagt, dass hier die Haltung vorherrsche, »nicht die Stadt oder der Staat soll es richten, sondern wir müssen es richten«. Gemeinsam mit den Migranten. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes. Die Stabsabteilung für Integration hat nur sieben fest angestellte Mitarbeiter. »Aber sie hat ein paar Tausend haupt- und ehrenamtliche Integrationshelfer. Wir fördern und fordern das Ehrenamt bis zum Anschlag.« So gibt es zum Beispiel das Netzwerk »Stuttgarter Paten für Bildung und Zukunft«; es umfasst 40 Projekte, vom Vorlesepaten im Kindergarten bis zum Lernbegleiter beim Übergang von Schule in den Beruf - getragen wird es von 1500 Freiwilligen.

Vielleicht ist es tatsächlich dieser Gemeinschaftswille, der Stuttgart von einer Stadt wie Berlin unterscheidet. Ein Wir ist hier deutlicher zu spüren. Alteingesessene engagieren sich genauso wie Zugewanderte, Gemeinderäte ebenso wie deutsch-türkische Unternehmer. Integration wird in Stuttgart nicht als Kostenfaktor oder Kriminalprävention gesehen. Es geht darum, kein Talent zu verlieren.

Es gibt noch viel zu tun: Die Arbeitslosenquote unter den Ausländern ist mit 9 Prozent fast doppelt so hoch wie unter den Deutschen. Noch immer kommen fast 80 Prozent der Hauptschüler aus Einwandererfamilien, am Gymnasium sind es nur 25 Prozent. Jedes Jahr investiert Stuttgart 600 Millionen Euro in Kinder und Jugendliche, natürlich nicht nur für die Migranten unter ihnen. Aber Angebote wie vorschulische Sprachförderung, Schulsozialarbeit und interkulturelle Elternbildung kommen ihnen besonders zugute.

Donnerstagmorgen im Stuttgarter Osten. Im Raum 202 der Raitelsbergschule abt ein Dutzend Frauen eine Vorstellungsrunde. »Mama lernt Deutsch« heißen die Kurse, die an 15 Stuttgarter Schulen stattfinden. 1800 Mütter haben daran schon teilgenommen. »Ich komme aus dem Irak«, sagt die Frau in der ersten Reihe, »bin seit zwölf Jahren in Deutschland, habe drei Kinder, mein Sohn soll einmal Ingenieur werden.« Bei den Hausaufgaben kann sie ihm und seinen Geschwistern nicht helfen, auch deshalb besucht sie den Kurs.

Auch das Deutsch-türkische Forum, ein Stuttgarter Bürgerverein, macht sich stark für die Bildung in der Stadt. Es hat mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung ein Stipendienprogramm für begabte und engagierte türkischstämmige Gymnasiasten und Studenten aufgelegt. Ayabey-Abla, Großes Bruder - Große Schwester, heißt das Programm, die Stipendiaten sollen türkischstämmigen Grund- und Hauptschülern in Alltag und Schule helfen, um ihre Aufstiegschancen zu verbessern. Cansu Abursu ist so eine »große Schwester«. Sie ist 20 Jahre alt, studiert Wirtschaftswissenschaften in Hohenheim, später will sie einmal in einem großen Konzern arbeiten. Ihre »kleine Schwester« ist die neunjährige Grundschülerin Deryanur. Deutsch ist ihr Lieblingsfach, da hat sie eine Eins, in Mathe eine Vier. Eigentlich verstehe Deryanur Mathe, sagt ihre Mentorin, aber sie mache viele Flüchtigkeitsfehler. Einmal die Woche treffen sich die beiden, rechnen, machen Hausaufgaben oder gehen in die Bibliothek. Deryanur himmelt ihre Mentorin an, sie möchte einmal studieren wie sie, aber nicht Wirtschaftswissenschaften, sondern Jura. Rechtsanwältin will sie werden oder, noch lieber, Richterin.

Einer, der Bildung fördert, ist auch Muammer Akin. Der türkische Schwabe hat im Stadtteil Bad Cannstatt die BiL-Schule für Einwandererkinder gegründet. Keine Hauptschule, sondern Realschule und Gymnasium unter einem Dach, staatlich anerkannt mit baden-württembergischen Lehrplänen. BiL steht im türkischen für Wissen. Akin hat sich in der Kantine einen Tee geholt. Warum hat er eine Privatschule gegründet? »Weil es Kinder mit Migrationshintergrund noch schwer haben im staatlichen Schulsystem, weil zu viele von ihnen auf der Strecke bleiben oder in der Hauptschule landen und viel zu wenige das Abitur machen.« Weil ihm so eine Schule auch geholfen hätte. Akin machte nach der Hauptschule und einer Ausbildung zum Industriemechaniker auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur und studierte Pädagogik.

Es gibt solche Schulen auch in anderen Städten, aber in Stuttgart finden sich mehr Unterstützer. So hat zum Start der Privatschule ein Mann die pädagogische Leitung übernommen - ehrenamtlich -, der vor seiner Pensionierung das staatliche Schulamt in Stuttgart leitete. 350 Schüler hat die Schule, 18 Prozent von ihnen

Migranten werden Schwaben In Stuttgart leben mehr Ausländer als in anderen Großstädten - und hier klappt Integration vorbildlich. Warum?

sind nicht türkischstämmig, haben aber meist auch ausländische Wurzeln. Akin wünscht sich mehr deutsche Schüler. Auf einem Hotel über Bad Cannstadt soll im Januar der Neubau der Schule fertig sein. Zur Eröffnungsfeier werden die Bürgermeister von Stuttgart und Istanbul kommen.

Das Buch von Buschkowsky hat Akin nicht gelesen, man wisse ja schon nach der Überschrift, was drin stehe. »Schreiben Sie doch, Stuttgart könnte überall sein.«

Daimlerkonzernzentrale, Werk Untertürkheim. Vor dem Mercedes-Benz-Museum wartet Nejdet Niflioglu, grauer Anzug, rechts und links eine Pressesprecherin. Der gelernte Industriekaufmann und Betriebswirt ist vor 20 Jahren angetreten, »um das typische Bild zu ändern: Türke am Fließband, im Blaumann, die Hände vermischt.« Dazu hat er den Daimler-Türk-Treff gegründet, mit mittlerweile 529 Mitgliedern das größte und älteste Mitarbeiternetzwerk in Deutschland. Als sie in den neunziger Jahren anfangen, türkischstämmige Mitarbeiter mit »Akademikerhintergrund« zu suchen, waren sie zu sechst. Inzwischen war sein Rat beim nationalen Integrationsgipfel gefragt, er stand bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens mit Kanzlerin Angela Merkel auf dem Podium. Andere Konzerne wollen das Konzept kopieren: Der Leiter des Daimler-Türk-Treffs geht mit seinen Kollegen raus in Schulen, an Universitäten, sie erzählen dort die Geschichte ihrer Karrieren. »Unsere bloße Existenz ist ein gutes Argument gegen Vorurteile«, sagt Niflioglu.

Vor dem Stuttgarter Bahnhof, der die Stadt bekannter machte als ihre Integrationspolitik, hängt noch ein Wahlkampfplakat der OB-Wahl. Es ist vom Grünen Fritz Kuhn. Schuster hatte schon im Januar entschieden, nicht mehr anzutreten. Was auf dem Plakat des kommenden Bürgermeisters steht, müsste ihm gefallen: »Nur ein weltoffenes Stuttgart bleibt Heimat.«

Ein starkes Team: Die Mentorin Cansu Abursu (re.) hilft der Grundschülerin Deryanur einmal pro Woche bei den Hausaufgaben

Nejdet Niflioglu hat vor 20 Jahren den Daimler-Türk-Treff gegründet

Gari Pavkovic leitet die Integrationsabteilung der Stadt Stuttgart

Load-Date: March 25, 2022

Wo kann er noch hin?; Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, TITELGESCHICHTE SYRIEN: WER SIND DIE BÖSEN WER DIE GUTEN?; Wo kann er noch hin?; S. 5; Ausg. 36

Length: 1040 words

Byline: Anna Kemper

Body

Am Anfang des Tages, an dessen Ende er so verzweifelt sein wird wie zuvor, steht Marwan in der Berliner Asylbewerberstelle in einer Schlange und ist voller Hoffnung. Gleich wird er mit seiner Sachbearbeiterin sprechen können, sie wird ihm zuhören, wenn er erzählt, wie es war in Hellersdorf. Von den Protesten vor dem Asylbewerberheim, von der Polizei, den Kameras. Sie wird verstehen, dass er nicht dort bleiben konnte. Keinen Satz sagt er an diesem Montag so oft wie diesen: »Ich kann nicht zurück nach Hellersdorf.«

Marwan, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will, ist Mitte zwanzig. Er trägt sein Haar kurz rasiert, liebt Gedichte von T.S. Eliot und postet auf Facebook jeden Tag eigene. In Aleppo war er Englischlehrer. Seinen Wehrdienst konnte er nach dem Abschluss seines Studiums vor einem Jahr nicht mehr aufschieben. Er wollte nicht in den Krieg, nicht auf seine Landsleute schießen. Ein Freund, der eingezogen wurde und desertierte, wurde von Regierungstruppen gefangen, er starb im Gefängnis. Marwan beschloss, zu flüchten.

Seine Flucht dauerte eine Woche, vor fünf Monaten beantragte er Asyl in Deutschland. Er glaubt, dass er bleiben darf, Ende September wird darüber entschieden. Die Syrer sind die zweitgrößte Gruppe unter den Flüchtlingen, 5500 haben in diesem Jahr einen Asylantrag gestellt.

In Berlin kam er in einem Flüchtlingsheim in Spandau unter, das überbelegt ist. Vielleicht würde es in Hellersdorf sauberer sein, dachte Marwan, als er den Bescheid bekam, umziehen zu müssen. Vielleicht würde er dort mehr Ruhe haben, dachte er, während er seine zwei Taschen packte. Er wunderte sich, als die Wagen des Roten Kreuzes vorfuhren, um ihn und ein paar andere nach Hellersdorf zu bringen. Normalerweise fährt jeder für sich.

Als er die aufgebrachten Menschen in Hellersdorf sah, wusste er, warum. Er hörte sie schreien, aber verstand ihre Worte nicht. Er sah Plakate, die er nicht lesen konnte. »Es war wie eine andere Art Krieg«, sagt er. Was passiert mit uns, wenn die Polizei nicht mehr da ist?, dachte er. Und wenn ich in der Dunkelheit nach Hause komme, wird mich dann jemand mit einem Messer überfallen?

Wo kann er noch hin? Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

Marwan kommt aus dem Krieg. Er hat gesehen, was Menschen einander antun können. Er sehnt sich nach Ruhe, nach Frieden. Hellersdorf, das spürte er, würde ihm beides nicht geben. Er bat die Fahrer des Roten Kreuzes, ihn wenigstens durch die Menge zu fahren, ans Ende der Straße, sie lehnten ab. Mit ein paar anderen Flüchtlingen schaffte er es zurück nach Spandau. Ein paar Tage später kam ein neuer Bescheid: Er sei dem Heim in Hellersdorf zugeteilt und müsse sich dort einfinden. Was er erlebt hatte, hatte am Entschluss der Bürokratie nichts verändert.

Vielleicht, sagt Marwan, wissen die Leute gar nicht, was da in Hellersdorf passiert ist. Deshalb will er es heute auf dem Amt erzählen. »Sie sind hier falsch«, sagt der Mitarbeiter, als er Marwans Karte sieht, »hier werden nur Erstanträge angenommen.« Er muss zu den provisorischen Containern hinter dem Haus, die das Amt aufgestellt hat, weil der Platz im Gebäude nicht mehr ausreicht. Der Mann winkt ab, als Marwan ihm seine Geschichte erzählen will: »Sie kommen aus Syrien? Da fallen Bomben, da kann es doch wohl in Hellersdorf nicht so schlimm sein.«

Nein, in Hellersdorf fallen keine Bomben. Aber in Hellersdorf wurde am Montag vergangener Woche vor dem Asylbewerberheim der Hitlergruß gezeigt. Am Dienstag demonstrierte die NPD mit Plakaten wie »Geld für Oma statt für Sinti und Roma«. Am Mittwoch nannte der Berliner Landesvorsitzende der Partei Pro Deutschland syrische Flüchtlinge wie Marwan »Vaterlandsverräter« und beendete seine Rede mit »Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht! Wir wollen sie nicht!«. Am Samstag wieder die NPD, 150 Neonazis in Hellersdorf mit dem Slogan »Sicher leben - Asylflut stoppen«. Und die ganze Woche lang haben Anwohner klar gemacht, dass Menschen wie Marwan vielleicht gute Gründe haben, aus ihrer Heimat zu fliehen. Aber bitte nicht in ihre Nachbarschaft.

Marwan hat noch nie von der rechten »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« gehört, die gegen das Heim hetzt. Er weiß auch nichts von den Gegendemonstrationen und Hilfsaktionen, von den Aufrufen, das Heim nicht aufzugeben und den Rechten damit nachzugeben. Aber er spürt trotzdem, was los ist: »Da wird ein politischer Konflikt ausgetragen. Und wir sollen die Köpfe dafür hinhalten.«

Marwan drängt sich jetzt mit Dutzenden anderen Menschen vor den Containern auf dem Hof, es sieht aus, als würden sie die Container gleich stürmen. Die 30 Menschen, die ohne Termin bei einem Sachbearbeiter vorsprechen dürfen, sind schon drin. Jetzt darf nur noch rein, wer einen Termin hat. Ein Mann beschwert sich laut, er warte schon so lange. »Wenn alles hier so scheiße ist«, sagt ein Mitarbeiter des Amts genervt, »dann gehen Sie doch in die dritte Etage, da ist die Rückkehrberatung!« Alle sind überfordert. Zu viele Menschen, die nicht verstehen, warum sie nicht vorgelassen werden. Zu wenig Menschen, die sich um ihr Anliegen kümmern können.

Ganz vorn in der Schlange im Container steht Marwans Freund Sami. Er ist auch Syrer und gehört zu denen, die mit Marwan aus Hellersdorf geflüchtet sind. Sami ist seit halb sieben hier, das Amt öffnet um neun. Er hat sowieso die ganze Nacht nicht geschlafen, sagt er. Zu viele Gedanken, die ihm keine Ruhe lassen. Als Sami und Marwan endlich dran sind, gibt es keine Wartenummern mehr, um mit ihrer Sachbearbeiterin zu sprechen. »Die Heime sind sowieso voll«, sagt der Angestellte. Wenn sie nicht nach Hellersdorf wollten, er schiebt ein Papier mit einer Adresse über den Tresen, könnten sie hier übernachten: eine Obdachlosenunterkunft.

Am Nachmittag besucht Marwan Freunde in einem anderen Heim, die Leiterin dort sagt ihm, dass sie morgens dem Amt freie Plätze gemeldet hat. »Ich spüre eure Demokratie nicht«, sagt er. Marwan weiß nicht, wo er bleiben kann. Vielleicht wird er seine Sachen nach Hellersdorf bringen, damit die Behörde Ruhe gibt. Schlafen will er dort nicht.

VON ANNA KEMPER

Rechtsradikale demonstrieren vor dem Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf

Wo kann er noch hin? Ein syrischer Lehrer floh nach Berlin, um Frieden zu finden. Vor dem Asylbewerberheim in Hellersdorf warteten rechte Demonstranten

End of Document

Ein Anruf in München belastet Zschäpe; Wie organisierte der NSU den Mord an Theodoros Boulgarides? Antworten geben Daten, die aus der Zwickauer Brandruine gerettet wurden - und ein verdächtiges Telefonat.

ZEIT-online

Dienstag 15. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: NSU-Prozess; Ausg. 42

Length: 1001 words

Byline: Tom Sundermann

Body

Die Angeklagte Beate Zschäpe im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts in München, 8. Oktober 2013

© dpa

Es ist Mittwochnachmittag, der 15. Juni 2005. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt drücken sich in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs herum. Hier, in der Trappentreustraße 4, liegt der Schlüsseldienst des Griechen Theodoros Boulgarides. Um 15.22 Uhr klingelt das Handy, das sie bei sich haben. Der Anruf kommt aus einer Telefonzelle in 360 Kilometer Entfernung, nahe der Polenzstraße in Zwickau, wo sie wohnen. Es ist ihre Komplizin Beate Zschäpe. Eine letzte Rücksprache, jeder weiß, was zu tun ist. Weniger als vier Stunden später ist Theodoros Boulgarides tot.

Das Geschehen rund um den Anruf haben die Ermittler bei ihrer Arbeit an der NSU-Mordserie rekonstruiert. Es ist ein Puzzlestück bei der Aufklärung des Mordes, an dem bis heute vieles mysteriös ist. Zwischen 18.30 und 19 Uhr wurde Boulgarides an dem Tag im Juni mit drei Schüssen niedergestreckt, laut Anklage von Mundlos und Böhnhardt. Zu der Zeit hatte das Geschäft bereits geschlossen. Den Laden hatte Boulgarides gemeinsam mit einem Geschäftspartner gerade zwei Wochen zuvor eröffnet. Unklar ist, ob die Täter zuvor womöglich ein anderes Opfer ausgespäht haben, ob es eigentlich einen anderen Migranten treffen sollte.

Der Verwechslungsfrage kommt das Gericht am 46. Verhandlungstag nicht näher. Doch es beschäftigt sich mit mehreren deutlichen Indizien, die gegen das Trio sprechen - und vor allem gegen die Hauptangeklagte Zschäpe. Ein Ermittler des bayerischen Landeskriminalamts erklärt, wie er damals die Reichweite des Mobilfunkmasts ausmaß, bei dem sich alle Handys in der Umgebung einwählen. Die Funkzelle in der Nähe des Bahnhofs umfasste auch die Trappentreustraße, Mundlos und Böhnhardt mussten schon einige Zeit in der Nähe gewesen sein.

Eine Datenbank mit mehr als 10.000 Adressen

Das Handy, das damals klingelte, fanden Polizisten im Brandschutt der letzten Wohnung des Trios in der Zwickauer Frühlingsstraße. In der Nähe lag ein Notizzettel, auf dem die Nummer des Anschlusses zusammen mit dem Wort

Ein Anruf in München belastet Zschäpe Wie organisierte der NSU den Mord an Theodoros Boulgarides?
Antworten geben Daten, die aus der Zwickauer Brandruine gerettet....

"Aktion" geschrieben stand. Es sind Indizien wie diese, auf die sich die Anklage gegen Beate Zschäpe als Mittäterin an den zehn Morden stützt, die dem NSU zugeschrieben werden. Die Bundesanwaltschaft hat Puzzlestück um Puzzlestück zusammengetragen, sie will dem Strafsenat ein stimmiges Gesamtbild darlegen. Ein solches Bild aus etlichen Einzelteilen ist jedoch angreifbar, sobald seine Bestandteile infrage gestellt werden - das haben die Zschäpe-Verteidiger in den vergangenen Monaten immer wieder in ihren Stellungnahmen verdeutlicht. Wahrscheinlich werden sie versuchen, für den Anruf alternative Erklärungen darzulegen.

Das Gericht untersucht auch die Planung des Mordes an Boulgarides. Die Beweisaufnahme zeigt, wie akribisch sich das Trio vor all seinen Taten in die Vorbereitungen gestürzt haben muss, auch im Fall Boulgarides. Die Zwickauer Wohnung muss für Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt eine regelrechte Einsatzzentrale gewesen sein: Die Ermittler fanden dort angesengte Stadtpläne, ausgedruckte Karten und eine gigantische Datenbank. Darin waren mehr als 10.000 Adressen vermerkt, vor allem von Parteien, islamischen Einrichtungen und Asylbewerberstellen. Der BKA-Kommissar Roman G. analysierte damals den Datenwust, heute sagt er als Zeuge aus. Für die Städte Dortmund, Nürnberg, München und Kassel, in denen der NSU laut Anklage zuschlug, sind insgesamt 267 Einträge angelegt.

Auch für die Umgebung der Trappentreustraße, in der Boulgarides' Schlüsseldienst lag, gibt es eine ausgedruckte Landkarte, ein Punkt in der Nähe des Tatorts ist mit einem Stern markiert. Ausweislich eines mitgedruckten Datums entstand das Dokument am 12. Juni 2005, also drei Tage vor dem Mord.

In der Adressdatenbank sammelte das mutmaßliche Terrortrio offensichtlich lohnende Anschlagssziele - und zwar teils mit Notizen, "die nur durch Anwesenheit vor Ort vorgenommen werden konnten", sagt G. Ein Blick in die zynische Denkweise, auf die sich die Mordserie gründete: Ein türkischer Laden in Dortmund ist ergänzt mit der Notiz "Person gut, aber alt (über 60)". Den Tätern kam es also offenbar darauf an, möglichst junge Migranten zu treffen, die später einmal Nachfahren haben könnten.

Die Ermittlungen zum Mord an Boulgarides übernahm damals der Münchner Kommissar Matthias Blumenröther, der als letzter Zeuge aussagt. Er hatte sich zuvor schon im Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages geäußert. Erneut muss sich der Ermittler rechtfertigen, dass die Sonderkommission "Theo" es nicht schaffte, den rechtsextremen Hintergrund der Tat zu klären. Die Aufklärungsarbeit beschreibt Blumenröther wie mehrere andere Chefermittler, die mit den NSU-Morden befasst waren: Das Opfer war ein unbescholtener Mann, Hinweise auf Verstrickungen ins organisierte Verbrechen fanden sich nicht. Ein Verdacht auf Täter aus dem rechten Milieu aber offenbar genauso wenig.

Die Ermittler übersahen seinerzeit eine Verbindung, die zumindest in die rechte Szene von München deutete. Nebenklage-Anwalt Yavuz Narin konfrontiert Blumenröther mit einem Ereignis, das drei Tage nach dem Mord geschah: Zwei Männer hielten ohne erkennbaren Grund in einem Auto direkt vor dem Tatort. Die Kommission befragte die beiden und nahm ihnen DNA-Proben ab, dann wurde der Vorfall bald zu den Akten gelegt.

Erst als der NSU im November 2011 aufgefliegen war, warfen die Ermittler der Sonderkommission Bosphorus in Nürnberg einen zweiten Blick auf die Spur - und stellten fest, dass die Männer Kontakte zu den bekannten Neonazis Norman Bordin und Martin Wiese hatten. Wiese hatte 2003 einen Anschlag auf das jüdische Kulturzentrum in München geplant. Narin legt auch dar, dass die Männer aus dem Auto Verbindungen in eine rechte Kneipe in der Stadt pflegten, deren Gäste einmal einen griechischen Passanten überfielen und verprügelten.

Blumenröther will die Männer dennoch nicht als rechte Kameraden eingeschätzt haben. Von den neuen Erkenntnissen hört er im Gericht zum ersten Mal.

Load-Date: October 15, 2013

Wofür stehen wir?; Angesichts von Armut und militärischen Konflikten fragt Präsident Gauck zu Recht, ob wir tun, was wir könnten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Wofür stehen wir?; S. 1; Ausg. 42

Length: 879 words

Byline: Jörg Lau

Body

Kundus im Norden Afghanistans und die Insel Lampedusa im südlichen Mittelmeer sind 5000 Kilometer weit voneinander entfernt. An beiden Orten sind dieser Tage Dinge geschehen, die Deutschlands Außenpolitik verändern werden.

Der Ehrenhain für die deutschen Soldaten ist abgebaut, das schwere Gerät verpackt, das Lager übergeben. Deutschland zieht sich aus Afghanistan zurück und beendet einen Kriegseinsatz, der kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Die Erleichterung darüber wird allerdings vom Erschrecken über den grauenvollen Tod der **Flüchtlinge** im Mittelmeer überschattet: Hunderte sind ertrunken beim Versuch, Europa zu erreichen - das Mittelmeer ein Massengrab. Dass es auch unsere Grenze ist, an der dies geschah, beginnt sich herumzusprechen.

Kundus und Lampedusa markieren zwei Holzwege der Außenpolitik. Einmischung wie Abschottung sind gescheitert: In Afghanistan ist nach zwölf Jahren nicht mal das Minimalziel einigermaßen stabiler Verhältnisse in Sicht. In den kalten Wassern vor Lampedusa ist die Illusion untergegangen, Einwanderung ließe sich zu einem menschlich erträglichen Preis quasimilitärisch mit Patrouillenbooten, Hubschraubern und Drohnen der EU-Agentur Frontex verhindern. Wenn weder Interventionismus noch Abgrenzung funktionieren - was nun?

Joachim Gauck hat in seiner bisher stärksten Rede die entscheidenden Fragen gestellt, passenderweise zum Tag der Deutschen Einheit. Mitten hinein in die Regierungsbildung erinnert er daran, dass es neben Mindestlohn, Reichensteuer und Pkw-Maut noch etwas Grundlegendes zu sondieren gibt: Wer wollen wir künftig sein in der Welt? Für welche Werte stehen wir mit welchen Mitteln ein? Sind wir uns des wachsenden Einflusses bewusst, den Deutschlands Erfolg mit sich bringt? Kurz, tun wir genug oder wenigstens: so viel wir können?

Die deutsche Rolle in der Welt muss neu bestimmt werden

Es sei illusionär, zu glauben, so Gauck, "wir könnten verschont bleiben von den politischen und ökonomischen, den ökologischen und militärischen Konflikten, wenn wir uns an deren Lösung nicht beteiligen". Das ist eine Spitze gegen die deutsche Lebenslüge, man stehe für die "Kultur der militärischen Zurückhaltung", während Briten,

Wofür stehen wir? Angesichts von Armut und militärischen Konflikten fragt Präsident Gauck zu Recht, ob wir tun, was wir könnten

Franzosen und Amerikaner von Natur aus schießwütig seien - siehe Libyen, Mali, Syrien. Nun aber, wird in Berlin voller Genugtuung verzeichnet, würden alle immer "deutscher": Selbst Cameron und Obama haben ja schließlich ihre Parlamente über den geplanten Syrien-Einsatz befragt, mit bekanntem Ergebnis.

Es stimmt, dass die anderen westlichen Nationen sich uns annähern, was die Scheu vor militärischer Gewalt angeht. Gut so! Allerdings heißt das im Gegenzug, dass die sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei nicht mehr funktioniert. Berlin hat gegenüber Assad und im Konflikt mit dem Iran stets politische Lösungen angemahnt - wohl wissend, dass sie ohne militärischen Druck der Partner nicht zustande kommen können. Erst nach Entsicherung der Cruise Missiles war Assad bereit, die Chemiewaffen aufzugeben. Die Verhandlungsbereitschaft des Irans ist ohne Sanktionen und Israels Kriegsdrohung nicht zu verstehen.

Wenn die Heuchelei darüber aufhörte, wäre schon viel gewonnen. Aber es geht um mehr, und dafür ist nicht der Bundespräsident zuständig, sondern die künftige Regierung. Die deutsche Rolle in der Welt muss angesichts dreier Herausforderungen neu bestimmt werden: Neben dem Ende des Interventionismus sind das der Aufstieg nicht westlicher Mächte und die Tatsache, dass wir jederzeit von fernsten Konflikten eingeholt werden können - nicht nur durch Terrorismus, sondern auch durch Migrationswellen.

Den Aufstieg der nicht westlichen Mächte muss Deutschland nicht fürchten, sondern mitgestalten. Steigender Wohlstand in Asien ist gut für uns, weil er Stabilität und Chancen schafft. Deutschland profitiert von einer Weltordnung, in der Redefreiheit, Gewaltenteilung, demokratische Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit gelten. Es wäre darum selbstschädigend, das Konzept einer anderen Moderne zu akzeptieren, in der vermeintlich "chinesische" oder "russische" Werte als Ausrede für autokratische Unterdrückung herhalten. Aufstrebende Mächte wie China können wir nur als "Partner für die internationale Ordnung" gewinnen, wie Gauck formuliert, wenn wir selbstbewusst unsere Werte vertreten.

Und dabei kommt die europäische Flüchtlingspolitik ins Spiel. Deutschland müsste für einen neuen Konsens kämpfen, der Humanität und Common Sense vereint. Die Flüchtlingszahlen steigen, aber sie sind eben nicht apokalyptisch, wie der deutsche Innenminister gerne insinuiert. Europa kann mehr Menschen aufnehmen, sie besser verteilen und einen legalen Weg zur Einreise öffnen, der den Schleppern wenigstens einen Teil der Kundschaft nimmt.

Es ist ein Teil des Problems, dass dieses Thema entweder hyperventilierend moralistisch oder bloß schnoddrig sicherheitspolitisch behandelt wird, als müsse man entweder alle aufnehmen oder alle abwehren. Der Schiffbruch von Lampedusa sollte Anlass sein, damit Schluss zu machen. Er ist zu gleichen Teilen eine moralische wie politische Katastrophe. Er unterminiert Europas Glaubwürdigkeit und damit auch unseren Einfluss in der Welt. Wenn Menschenleben hier bei uns so wenig zählen, können wir uns nämlich künftig Reden über europäische Werte sparen.

VON JÖRG LAU

Load-Date: October 10, 2013

Und wenn keiner mehr kommt?; Wenn wir 2014 über unser Schicksal in Europa bestimmen, werden wir vor allem über die Zuwanderung diskutieren. Aber wer sagt eigentlich, dass der Migrantenstrom ewig weiterfließt?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; Und wenn keiner mehr kommt?; S. 14; Ausg. 46

Length: 1210 words

Byline: Matthias Daum

Body

Was für eine Kurve! Daniel Müller-Jentsch streicht mit den Fingern über den Bildschirm seines iPhones. »Ich war selber überrascht, als ich die Statistik ausgewertet habe«, sagt der Ökonom, der beim Thinktank Avenir Suisse arbeitet. Die schwarz-rote Grafik zeigt die Zuwanderung von Deutschen in die Schweiz. Sie sieht aus wie das Matterhorn: zackig hoch, zackig runter.

In Zahlen ausgedrückt, zeigt sie: Zwischen 2003 und 2008 verdreifachte sich die Zahl der Deutschen, die in der Schweiz ihr Glück suchten. Sie stieg von jährlich 15 000 auf 46 000 Personen. Doch seither hat sich die Zahl halbiert. 2012 zogen noch 27 000 Menschen aus Dresden, Berlin oder Wuppertal nach Zürich, Olten oder Konolfingen. Aus der neuen deutschen Welle wird im Rückblick eine historische Anomalie.

Die zackige Kurve auf dem Handybildschirm zeigt: Migrationsströme fließen nicht stetig. Menschen kommen in Wellen, die sich manchmal gar zu statistischen Springfluten formen. Und vor allem gehen sie wieder - auch aus der gelobten Schweiz.

Das müssen wir wissen, wenn wir nächstes Jahr über unsere Zukunft in Europa abstimmen. Denn nicht der Euro, nicht das angebliche Bürokratiemonster Brüssel, sondern die Zuwanderung wird die Diskussionen beherrschen, wenn das Volk zu entscheiden hat über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP, die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien oder die Initiative »Stopp der Überbevölkerung - Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage« (Ecopop). Die Frage lautet: Wie viele Menschen braucht die Schweiz - und wie viele meint sie, ertragen zu können?

Doch da gibt es ein Problem. Wir wissen gar nicht, wie viele Menschen in Zukunft einer Arbeit wegen in die Schweiz kommen - oder kommen könnten. »Offizielle Prognosen über die Zuwanderung gibt es nicht«, sagt Bernhard Weber, Arbeitsmarktexperte im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Denn die Konjunktur treibt die Migration, und deren Verlauf über mehrere Jahre vorherzusagen, gleicht dem Lesen in einer Kristallkugel. Es kann nur »Pseudoprognosen« geben, also Szenarien, die den Konjunkturverlauf ignorieren. Erstellt hat sie das Bundesamt für Statistik (BfS). Zieht man sie trotzdem zurate, fällt auf: In allen drei Szenarien wird die

Und wenn keiner mehr kommt? Wenn wir 2014 über unser Schicksal in Europa bestimmen, werden wir vor allem über die Zuwanderung diskutieren. Aber wer sagt eigentl....

Zuwanderung nach und nach abnehmen. Auch in der realistischsten Annahme, der sogenannten mittleren. Sie geht davon aus, dass die sozioökonomischen Trends in den nächsten Jahren anhalten, die Schweiz also weiter auf den bilateralen Weg setzt. Die Trendwende verorten die Prognostiker um das Jahr 2017. Wäre es also möglich, dass nur drei Jahre nach der Abstimmung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit die Schweiz plötzlich über zu wenig anstatt zu viel Zuwanderung aus der EU diskutieren muss?

Bernhard Weber scheut sich davor, so weit in die Zukunft zu schauen. Und angesprochen auf die BfS-Szenarien, sagt Daniel Müller-Jentsch: »Die Treffsicherheit der BfS-Bevölkerungsprognosen war in der Vergangenheit nicht allzu hoch.« Tatsächlich unterschätzten die Statistiker des Bundes die Zuwanderungen im Spitzenjahr 2008 um 95 000 Menschen. Und blickt man in der Geschichte der Schweizer Bevölkerungsprognosen noch weiter zurück, liest man in einem Bericht aus dem Jahr 1996: »Die Bevölkerung dürfte bis in 15 Jahren mit 7,5 Millionen einen Höhepunkt erreichen und anschließend konstant bleiben oder leicht zurückgehen.« Heute leben hierzulande über 8 Millionen Menschen.

Wie aber soll man Politik betreiben, an der Urne über die Kündigung oder den Fortbestand der bilateralen Verträge entscheiden, wenn sogar der Expertenblick nach vorn derart neblig ist?

Die Konjunkturaussichten des Seco reichen immerhin bis in den Herbst 2014: »Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaft in Europa wieder Tritt fasst und auch die Schweiz davon profitieren wird«, sagt Bernhard Weber. Nur: Wie wird sich ein zaghafter europäischer Aufschwung auf die Migration in die Schweiz auswirken? Kommen mehr oder weniger Menschen?

Verblüffend an der Zackengrafik von Avenir Suisse über die deutschen Zuwanderer ist nämlich, dass die Menschen nicht aus der Schweiz getrieben, sondern nach Deutschland zurückgeholt wurden. Die gute Wirtschaftslage lockte die Professoren, Ingenieure und Ärzte nach Dresden. Berlin oder Wuppertal. Dies setzt die Schweizer Wirtschaft unter leisen Druck. Konnten die Unternehmen in den letzten Jahren leicht Fachkräfte rekrutieren, müssen sie sich nun mehr um sie bemühen. »Dies könnte sich ändern, wenn es in Europa wirtschaftlich wieder besser läuft«, sagt Bernhard Weber. »Dann werden Weiterbildung oder die Rekrutierung im Inland wieder wichtiger.«

Denn »neue Deutsche« sind nicht in Sicht. Auch nicht aus Südeuropa. Anders als in den Medien kolportiert, können Spanier oder Portugiesen die gut qualifizierten Deutschen nicht einfach ersetzen. »Im Baugewerbe haben die Portugiesen die Deutschen zum Teil abgelöst«, sagt Weber, »aber in den hochqualifizierten Berufen ist dies nicht im gleichen Ausmaß möglich.« Ein Grund sind die Sprachbarrieren. Wer etwa einen Job im Gesundheitswesen sucht, aber keine Landessprache beherrscht, findet kaum eine Stelle. Einfacher ist es im Finanzsektor, mit Englisch als Lingua franca. Entsprechend groß ist dort aber die weltweite Konkurrenz.

Für Daniel Müller-Jentsch ist dies kein Grund zur Sorge. »Trotz schockartigen Ereignissen während der Krise in Europa und der Welt ist die Zuwanderung in die Schweiz erstaunlich stabil geblieben«, sagt er. »Ebenso erstaunlich ist, wie die Personenfreizügigkeit im Einklang mit Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt funktioniert.«

Die befürchtete Einwanderung von EU-Bürgern in die Schweizer Sozialwerke blieb aus. Daran wird auch die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf das neue EU-Mitglied Kroatien nichts ändern. Es ist jene Abstimmung, bei der Politikbeobachter am ehesten ein symbolisches Nein der Stimmbürger voraussagen. Sie fürchten den »Jugo-Effekt«. Also das Spiel mit den Ressentiments gegenüber Menschen vom Balkan. Aus ökonomischer Sicht ist Kroatien eine Quantité négligeable. Vier Millionen Kroaten, das sind nicht einmal ein Prozent der 500 Millionen EU-Bürger, die potenziell in der Schweiz arbeiten könnten. »Klar, es gibt immer Menschen, die auf gepackten Koffern sitzen«, sagt Daniel Müller-Jentsch. »Aber das Wohlstandsgefälle ist viel geringer als etwa zu Rumänien oder Bulgarien. Kroatien hat die schlechten Jahre schon hinter sich. Der EU-Beitritt wird in den kommenden Jahren sicherlich das Wachstum ankurbeln - und als Folge davon nimmt der Migrationsdruck ab.«

Und wenn keiner mehr kommt? Wenn wir 2014 über unser Schicksal in Europa bestimmen, werden wir vor allem über die Zuwanderung diskutieren. Aber wer sagt eigentl....

Und wenn keiner mehr kommt? Nein, davor braucht die Schweiz keine Angst zu haben. Auch nicht im europapolitischen Schicksalsjahr 2014. Aber wir müssen uns bewusst sein: Migrationsflüsse lassen sich nicht wie ein Wasserhahn an- oder abdrehen.

27 000 2012 sind es noch knapp 27 000 Deutsche, die in die Schweiz auswandern. Die Welle ist verebbt. Doch schon spricht man von der nächsten Flut, den Portugiesen

46 000 2008 ist die Zuwanderung aus Deutschland auf einem neuen Rekordhoch. Über 46 000 Deutsche ziehen in die Schweiz. Man spricht von einer »deutschen Welle«

VON MATTHIAS DAUM

Load-Date: March 25, 2022

Deutsch, jawoll!; Zwei Pässe? Lieber setzt Merkel türkische Familien unter Druck

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MEINUNG; Deutsch, jawoll!; S. 13; Ausg. 9

Length: 411 words

Byline: Bernd Ulrich

Body

Angela Merkel ist eine kluge, weitgereiste Frau, sie hat gewiss weit mehr Menschen getroffen als unsereiner. Dennoch hat auch sie blinde Flecken, erfahrungsarme Zonen. Dazu gehört bei ihr das Leben der deutschen Migranten. Das ist nicht schlimm, niemand muss sich überall auskennen, es gibt auch keine Norm für das Migrantenkennerische. Aber wenn man sich nicht auskennt, könnte man sich zumindest mal erkundigen - bevor man verlautbart.

Vor gut zwei Jahren sagte, nein rief Merkel auf einem Parteitag zum Thema Multikulti: »Dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert.« Was natürlich Unfug ist. Das Neben- und Durcheinander der Kulturen ist in diesem Land mal gelungen und mal gescheitert, meist jedoch irgendwas dazwischen. Jedenfalls alles andere als »absolut«.

Nun hat sich die Kanzlerin vermittels ihres Sprechers erneut geäußert. Der erklärte den Vorstoß eines FDP-Politikers für eine doppelte Staatsbürgerschaft für überflüssig: »kein Handlungsbedarf«. Tatsächlich?

Nehmen wir als Beispiel ein typisches türkischstämmiges, in Deutschland lebendes Ehepaar, Mitte vierzig. Dessen Kinder sind gerade volljährig geworden und müssen sich laut geltendem Recht bis zu ihrem 23. Lebensjahr zwischen deutscher und türkischer Staatsangehörigkeit entscheiden. Nehmen wir weiter an, dass sich unser Ehepaar erfolgreich integriert hat, die Kinder sprechen perfekt Deutsch und mäßig Türkisch. Im Laufe der Jahre haben sich Eltern und Kindern entfremdet. Denn die Eltern können ihrem im deutschen Wohlstand groß gewordenen Nachwuchs nicht recht vermitteln, wie es früher war, arm in Anatolien. Die Kinder wiederum halten die Heimatgefühle ihrer Eltern womöglich für sentimental, ihr eigener Bezug zur Türkei ist dünn, was die Eltern kränkt.

Oder aber die Kinder, die sich in Deutschland selbstverständlich und selbstbewusst bewegen, fühlen sich von der Überangepasstheit ihrer Eltern abgestoßen und entwickeln aus Trotz eine etwas fadenscheinige, aber überintensive Heimatliebe zur Türkei, vielleicht werden sie fromm. Es geht bei alledem um Identität, Familie, Lebenssinn, Treue - eine heikle Mischung.

Deutsch, jawoll! Zwei Pässe? Lieber setzt Merkel türkische Familien unter Druck

In all das wirft nun der deutsche Staat seinen Brandbeschleuniger hinein, indem er von den Kindern verlangt: Entscheidet euch! Verletzt die Herkunftsliebe eurer Eltern, indem ihr Deutsche werdet! Oder: Kränkt ihre Integrationsleistung, indem ihr den deutschen Pass wegwerft. Wie, Frau Merkel, würden Sie entscheiden?

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Muslimverbände legen Kooperation mit Friedrich auf Eis; Die Plakataktion des Innenministers gegen potenzielle Islamisten verärgert Muslimverbände. Die Partnerschaft mit dem Ministerium wollen sie vorerst einstellen.

ZEIT-online

Dienstag 28. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: PLAKATAKTION "VERMISST"; Ausg. 35

Length: 384 words

Byline: Sybille Klormann

Body

Kenan Kolat

© Timur Emek/dapd

Muslimverbände in Deutschland sind verärgert über Innenminister Friedrichs Alleingang mit der Plakataktion "Vermisst", die gegen eine Radikalisierung junger Migranten vorgehen soll. Die Kooperationspartnerschaft mit dem Ministerium wollen sie erstmal auf Eis legen.

Mit fiktiven Vermisstenanzeigen will das Innenministerium für die Beratungsstelle Radikalisierung werben. Ab 21. September sollen fiktive Vermisstenanzeigen auf Plakaten in Berlin, Bonn und Hamburg aufgehängt werden - vorwiegend in Stadtteilen, die von Migranten bewohnt sind. Darauf zu sehen sind junge Menschen, darunter auch Frauen mit Kopftüchern. Auf einem Plakat ist zu lesen: "Das ist unser Sohn Ahmad. Wir vermissen ihn, denn wir erkennen ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Wir haben Angst, ihn ganz zu verlieren - an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen".

Das Ministerium hat die Aktion als Teil der "Initiative Sicherheitspartnerschaft" vorgestellt. Diese wurde vom Ministerium und den muslimischen Verbänden im Juni 2011 gemeinsam ins Leben gerufen. Doch über die Plakataktion wurden die Verbände offenbar nur mangelhaft informiert.

Erste Vorstufen der Kampagne seien im März 2012 vorgestellt und bereits zu diesem Zeitpunkt heftig kritisiert worden, monieren die Verbände. "Die erheblichen Bedenken und Vorbehalte zur Maßnahme, der Umsetzung und den Auswirkungen wurden von Seiten des BMI wie wir jetzt erst feststellen, leider nicht aufgegriffen", heißt es.

Die Plakataktion des Ministers sei für sie nicht tragbar, schreiben die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, der Verband der Islamischen Kulturzentren, der Zentralrat der Muslime und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland in einem offenen Brief. Solange es kein verbindliches, fixiertes Kooperations-, Ab- und Zustimmungsprozedere gebe, würde die "Kooperation" immer wieder durch die Beliebigkeit der "Initiative Sicherheitspartnerschaft" in Misskredit gebracht.

Muslimverbände legen Kooperation mit Friedrich auf Eis Die Plakataktion des Innenministers gegen potenzielle Islamisten verärgert Muslimverbände. Die Partnersch....

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sprach von einer Stigmatisierungskampagne gegen alle Menschen muslimischer Herkunft. Die Kampagne solle von den eigentlichen Problemen in Deutschland ablenken. Der Rassismus in der Gesellschaft sei das Hauptproblem, sagte Kolat.

Load-Date: August 29, 2012

End of Document

POLITIK

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK;POLITIK; S. 16; Ausg. 43

Length: 1218 words

Body

- 2 Asyl Wie ein Flüchtling aus Algerien seinen Weg nach Deutschland fand von özlem topÇu
- 3 Regierungsspiele So nah und doch so fern: Das Schicksal von Schwarz-Grün von bernd ulrich
- 4 Hilfe, Große Koalition! Will die SPD oder nicht? von peter dausend
- 5 Luxemburg Regierungschef Jean-Claude Juncker, der ewige Europäer von matthias krupa
- 6 FDP Christian Lindner über die Rettung seiner Partei
- 7 Pädophilie Grünen-Frauen erinnern sich an die Debatte der Anfangsjahre von jana simon
- 8 Ortszeit Kabul von ronja von wurmb-seibel
- 9 Frankreich Die Rechtsradikalen sind so erfolgreich wie nie zuvor von Georg Blume
- 10 Flüchtlingspolitik Die wichtigsten Fragen und Antworten von c. grefe, u. ladurner, p. pinzler, ö. topÇu und s. sarreshtehdari
- 11 Europa muss sich öffnen, sagt der schwedische Migrationsminister Tobias Billström
- 12 Wahlkampf Ein Jahr im Innersten der Politik. Auszug aus dem neuen Buch "Der Zirkus" von Nils Minkmar
- 14 Russland Woher kommt der Hass auf Fremde? von michael thumann
- Zeitgeist von josef joffe
- 15 Piraten Sie mussten einfach scheitern Von Caspar Clemens Mireau
- Medien Aha, so sieht man's beim "Spiegel". Eine Replik auf eine schlecht gelaunte Kolumne von jens jessen

DOSSIER

POLITIK

17 Boxen Orlando Cruz ist Profiboxer und homosexuell. In Las Vegas hat er um den WM-Titel gekämpft - und um Anerkennung von Amrai Coen

GESCHICHTE

20 NS-Zeit Die Geschichte einer kleinen Anzeige und einer großen Liebe von Andreas Kossert

21 Barock Prinz Eugen zum 350. Geburtstag. Ein Lobgesang, ein Abgesang von Peter Roos

22 Fussball Sponsoring Der RB Leipzig ist ein Verein mit langer Geschichte. Jetzt will er in die Bundesliga von Christoph dieckmann

WIRTSCHAFT

23 Oetker Die Bielefelder Industriellenfamilie stellt sich erstmals ihrer NS-Geschichte von Rüdiger Jungbluth

Internet Was es bedeutet, wenn Konzerne und Staaten Online-Mauern hochziehen von Götz Hamann

Glosse Amazon-Bestseller von Katja Scherer

24 NS-Vergangenheit August Oetker spricht über seinen Vater und die Unternehmensführung während des "Dritten Reichs"

26 Werbung Wie Firmen ihre Kunden im Internet verfolgen von Daniel Müller

27 Steuern Der Internationale Währungsfonds sagt, in Deutschland seien sie niedrig von Mark Schieritz

28 Nobelpreis Die Auszeichnung zeigt, wie zerstritten die Zunft ist von P. Pinzler und C. T. Schlenk

29 Auto Die CDU bekommt Spenden, die Konzerne erhalten politische Hilfe für niedrigere CO₂-Ziele von Dietmar H. Lamparter

30 Euro Deutsche Ökonomen, Juristen und Politologen fordern einen neuen Euro-Vertrag

34 US-Notenbank Was die designierte neue Chefin für deutsche Kleinanleger bedeutet von Heike Buchter

35 Griechenland Das Land wird reich gerechnet wird, damit die große Umschuldung ausbleibt von Mark Schieritz

Untreue ARD und NDR beschäftigen einen Manager, dem Untreue vorgeworfen wurde von Alina Fichter

Staatsschulden Südeuropa leiht sich zu viel Geld kurzfristig von Siegfried Jaschinski

36 Was bewegt ... Nobelpreisträger Robert Shiller? von Uwe Jean Heuser

WISSEN

37 Technik Das "Fairphone" will umweltfreundlicher und ethisch korrekter sein als andere Smartphones von Stefan Schmitt

Alternativmedizin Homöopathen geben sich einen seriösen Anschein von Jan Schweitzer

38 Ahnenforschung DNA-Tests für Hunde von Burkhard Strassmann

39 Informatik Kai Krause und seine neue, kunterbunte Mathematik-App von Christoph Drösser

40 Küstenschutz Stürme zerstören Strände. Das Meer selbst soll sie wieder reparieren von Claudia Steinberg

41 Grafik Planeten außerhalb unseres Sonnensystems

POLITIK

42 US-Haushaltsstreit Der Shutdown gefährdet die Früchte jahrelanger Forschung von Fritz Habekuss

47 KinderZEIT Zweisprachigkeit Über Kinder, die in mehr als einer Sprache zu Hause sind von Silke Fokken

FEUILLETON

55 Jubiläum Zum 100. Geburtstag des großen Albert Camus - eine Reise auf den Spuren seines Lebens von iris radisch

57 Roger Grenier, Weggefährte von Camus, im Gespräch

59 Erzählungen Die Schriftstellerin eva menasse gratuliert der Literaturnobelpreisträgerin Alice Munro

Buchmesse Welche Rolle spielte der Verleger Heinrich Beck in der NS-Zeit? von ijoma mangold

60 Sachbuch Thomas Nagel "Geist und Kosmos" von thomas assheuer

61 Politisches Buch Katajan Amirpur "Den Islam neu denken" von angelika neuwirth

62 Kunst Die aufwühlenden Werke des Malers Lucian Freud in Wien von peter kümmel

62 USA Der Haushaltsstreit hat auch sein Gutes hat von slavož Žižek

63 Urbanismus Wie die Bürger den öffentlichen Raum neu beleben von hanno rauterberg

64 Werbung Das Verbot der Marlboro-Reklame ist richtig von jens jessen

65 Kunst Warum Tino Sehgal so erfolgreich ist von jörg scheller

66 Kunstmarkt Eine Ausstellung in 15 Museen ehrt den legendären Kunsthändler Alfred Flechtheim von tobias timm

67 Auktionshäuser Sotheby's soll sich verändern von annegret erhard

Traumstück Saul Leiters "Harlem" von sebastian preuss

68 Internet Die Skepsis angesichts der Profitgier des Silicon Valley wächst auch in den USA von maximilian probst und kilian trotter

69 Theater Das Performance- Kollektiv She She Pop in Berlin von andrea heinz

70 Glauben & Zweifeln Die Krise um den Limburger Bischof Tebartz-van Elst

Warum sich katholische Bischöfe mit Kritik so schwer tun von christiane florin

Grafik Die deutschen Bistümer und die Zahl der Gläubigen

Geheime Kassen Das Vermögen der katholischen Kirche überblickt niemand ganz genau von arne storn

Domkapitel Wie Bischöfe ernannt und entlassen werden von Bernd Hagenkord

Flucht Wo sich der Limburger Bischof in Rom versteckt von Ludwig Ring-Eifel

REISEN

Spezial Unser Extraheft zeigt auf 32 Seiten die schönsten "Hotels zum Abtauchen"

Chancen

71 Bildungsstudie Schulen im Ländervergleich: Warum der Osten besser abschneidet von Martin Spiewak

POLITIK

72 Lehrerfortbildung Wie kann sie gelingen? Ein Gespräch mit den Bildungsforschern Petra Stanat und Hans Anand Pant

73 Promotion FH-Studenten fliehen ins Ausland von friederike Lübke

75 Seefahrtbücher Wie ein Berufsstand um seine Tradition kämpft von Christian Heinrich

84 zeit der Leser

RUBRIKEN

2 Worte der Woche

27 Macher und Märkte

42 Stimmt's?/Erforscht & erfunden

58 Wörterbericht/Über den Linden

60 Hörbuch/Wir raten zu/Gedicht/ Impressum

69 Finis/Männer

83 LESERBRIEFE

Ein Ökonom und GentlemanVon Uwe Jean Heuser"Wir brauchen ein Modell darüber, wie Volkswirtschaften in Krisen geraten", sagt der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Robert Shiller. Er sah die Krise voraus - jetzt erhält er den Nobelpreis Wirtschaft Seite 36

Das Netz erstickt den IdealismusVon Maximilian Probst und Kilian TrotierIn Amerika wächst die Kritik an den Geschäftsmodellen des Internets. Intellektuelle beklagen die Profitgier von Apple (unten: Entwurf für die neue Konzernzentrale) oder Google, die aus jeder Alltagsverrichtung ein Geschäft machen Feuilleton Seite 68

ZEIT MAGAZINWie wohnen Paare, bei denen beide Partner einen kreativen Beruf haben? Von welchen Gegenständen würden sich Prominente nie trennen? Wie richtet man das gemeinsame Domizil am besten ein? Ein Heft über das Zusammenwohnen

ZEIT ONLINEFahrplan für die RegierungDrei Wochen lang wurde sondiert, am Wochenende diskutieren SPD und Grüne auf Parteitag. ZEIT ONLINE berichtet aktuell über die Koalitionsverhandlungenwww.zeit.de/deutschland

POLITIK

ZEIT APPWeltliteratur"Dimensionen", eine Erzählung der neuen Nobelpreisträgerin Alice Munro. Außerdem: Lucian Freuds üppige Bilder www.zeit.de/apps

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

Das Flüchtlingselend kommt Italiens Rüstungsindustrie gelegen; Italien startet eine umstrittene Militär-Operation im Mittelmeer. Angeblich sollen damit Katastrophen wie vor Lampedusa verhindert werden. Doch es geht um mehr.

ZEIT-online

Donnerstag 17. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mittelmeer; Ausg. 43

Length: 915 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Mittelmeer-Einsatz des italienischen Militärs

© Tullio M. Puglia/Getty Images

"Mare Nostrum", unser Meer, so nannten die Römer das Mittelmeer und wollten damit klarstellen, dass sie die alleinigen Herrscher über Land und See waren. Dass die jüngste Grenzkontroll-Operation im Mittelmeer ausgerechnet so getauft wurde, stieß in Italien auf heftige Kritik. "Wir wollen damit einfach nur unser schönes Mittelmeer ehren", sagte Innenminister Angelino Alfano zum Start der Mission. "Hier geht es darum, Europas Mittelmeergrenze vor illegalen Einwanderern zu schützen und gleichzeitig weitere Schiffbrüche wie die von Lampedusa zu vermeiden", sagte der Minister.

Ob dieses Ziel tatsächlich mit einer Militäroperation zu erreichen ist, wird von vielen Experten infrage gestellt. Der geplante Einsatz ist imposant: Ein Docklandungsschiff, zwei Fregatten und zwei Patrouillenboote, Flugzeuge und Hubschrauber mit Nachtsichtgeräten und mehrere Predator-Drohnen sollen die Straße von Sizilien rund um die Uhr überwachen. Genaue Kosten will der Verteidigungsminister Mario Mauro nicht nennen. Im Moment investiert die italienische Regierung etwa 1,5 Millionen Euro im Monat in die Grenzüberwachung im Mittelmeer. Um "Mare Nostrum" langfristig zu finanzieren, könnte diese Summe bis auf sechs Millionen Euro steigen. So beziffern es jedenfalls inoffizielle Quellen der Marine.

Deshalb werden die 30 Millionen Euro, die EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso der italienischen Regierung während seines Lampedusa-Besuches versprochen hat, kaum reichen. Etwa 17 Millionen Euro hat Italien in diesem Jahr allein für die Kooperation mit der libyschen Armee bei der Seeüberwachung ausgegeben. Dazu gehören Ausbildungsprogramme für die libysche Marine und die Beteiligung Italiens an der EU-Operation EUBAM, die das Ziel hat, die libyschen Behörden beim Schutz der eigenen Grenzen zu unterstützen.

Die erste Stufe der Grenzsicherung, sagte Innenminister Alfano kürzlich, müsse auf der libyschen Küste bewältigt werden. Hier ist Italien bereits seit mehreren Jahren aktiv. Im Rahmen des ersten libysch-italienischen Abkommens

Das Flüchtlingselend kommt Italiens Rüstungsindustrie gelegen Italien startet eine umstrittene Militär-Operation im Mittelmeer. Angeblich sollen damit Katastroph....

nach dem Zweiten Weltkrieg zahlte Italien 2009 fünf Milliarden Euro Kriegsentschädigungen an die damalige Gaddafi-Regierung. Als Gegenleistung versprach der Diktator eine stärkere Beteiligung der libyschen Armee an der Kontrolle der Flüchtlingsbewegungen.

Warum nicht einfach mehr Boote der Küstenwache?

Das Abkommen blieb trotz des Machtwechsels in Tripolis bestehen und wurde 2012 von der Monti-Regierung ohne Weiteres ratifiziert. Und das obwohl Amnesty International schon seit mehreren Jahren auf die erbärmlichen Zustände in den libyschen Migrantenkernern verweist.

Trotz der engen Kooperation mit der libyschen Regierung konnten die Schlepperbanden bis jetzt ungehindert weiterarbeiten. Denn an etlichen Küstenabschnitten hat die libysche Regierung überhaupt keinen Einfluss - sie unterstehen lokalen Machthabern. Von dort fahren die Schlepper-Schiffe ab, die dann an der libyschen Seegrenze kleinere Schlauchboote mit Flüchtlingen absetzen.

Diese Schiffe abzufangen, ist eine der Aufgaben der Operation "Mare Nostrum". Selbst in der italienischen Marine sind die Meinungen über den kostspieligen Einsatz gespalten. "Es hätte gereicht, drei zusätzliche Schnellboote der Küstenwache und einige Radar- und Flugeinheiten einzusetzen, um die Straße von Sizilien effizient zu überwachen", sagt ein Offizier der Küstenwache, der nicht genannt werden will.

Das eigentliche Problem ist nicht die Überwachung, sondern die Fähigkeit, bei einem Schiffbruch umgehend Hilfe zu leisten. Dies war bislang die Aufgabe der Küstenwache. Es mag ironisch klingen, aber bei all den großzügigen Investitionen verdienen die Seemänner der italienischen Küstenwache bei ihren oftmals mehrtägigen Einsätzen etwa drei Euro die Stunde.

"Schaut man sich die Flotte an, die an der Operation 'Mare Nostrum' beteiligt ist, fällt einem gleich auf, dass diese für *search-and-rescue* -Aktivitäten nicht geeignet ist", sagt Admiral Falco Accame, ehemaliger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des italienischen Parlaments. Accame kennt die Straße von Sizilien, denn er kommandierte über mehrere Jahre die Mittelmeer-Flotte als Italien noch einen libyschen Angriff befürchtete. Auch er sagt, dass mehrere Schnellboote und ein Krankenhaus-Schiff als Stützpunkt reichen würden, um eine neue Tragödie zu vermeiden. "Wozu braucht man außerdem Drohnen im Mittelmeer?" fragt der Admiral. "Drohnen setzt man dann ein, wenn es eine Gefahr für die Piloten gibt, oder wenn das Terrain besonders unübersichtlich ist. Nicht im Meer."

Die Marine braucht Investitionen

Wozu dient dann "Mare Nostrum"? Accame vermutet, dass die italienische Rüstungsindustrie Einfluss genommen hat. "'Mare Nostrum' dient der italienischen Marine als Schaufenster für die neuste Dual-use-Technologie", sagt er. In der Tat hat kürzlich der Chef des Führungsstabs der Marine, Giuseppe De Giorgi, mehrmals darauf hingewiesen, dass die italienische Marine Investitionen im Wert von zehn Milliarden Euro braucht, um nicht strategisch "irrelevant" zu werden.

Die Flüchtlingsdebatte bietet der Sicherheitsindustrie eine einmalige Chance, gute Geschäfte zu machen, denn das Business um die "Festung Europa" blüht. In Dezember startet das neue europäische Grenzüberwachungsprogramm Eurosur, dessen Budget sich auf 244 Millionen Euro beläuft - etwa viermal so viel wie das der Operationen der Frontex-Einheiten im Mittelmeer in den letzten sechs Jahren.

Load-Date: October 17, 2013

Deutsch, jawoll!; Zwei Pässe? Lieber setzt Merkel türkische Familien unter Druck

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 13; Ausg. 9

Length: 403 words

Byline: Bernd Ulrich

Body

Angela Merkel ist eine kluge, weitgereiste Frau, sie hat gewiss weit mehr Menschen getroffen als unsereiner. Dennoch hat auch sie blinde Flecken, erfahrungsarme Zonen. Dazu gehört bei ihr das Leben der deutschen **Migranten**. Das ist nicht schlimm, niemand muss sich überall auskennen, es gibt auch keine Norm für das **Migrantenkennerische**. Aber wenn man sich nicht auskennt, könnte man sich zumindest mal erkundigen - bevor man verlautbart.

Vor gut zwei Jahren sagte, nein rief Merkel auf einem Parteitag zum Thema Multikulti: "Dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert." Was natürlich Unfug ist. Das Neben- und Durcheinander der Kulturen ist in diesem Land mal gelungen und mal gescheitert, meist jedoch irgendwas dazwischen. Jedenfalls alles andere als "absolut".

Nun hat sich die Kanzlerin vermittels ihres Sprechers erneut geäußert. Der erklärte den Vorstoß eines FDP-Politikers für eine doppelte Staatsbürgerschaft für überflüssig: "kein Handlungsbedarf". Tatsächlich?

Nehmen wir als Beispiel ein typisches türkischstämmiges, in Deutschland lebendes Ehepaar, Mitte vierzig. Dessen Kinder sind gerade volljährig geworden und müssen sich laut geltendem Recht bis zu ihrem 23. Lebensjahr zwischen deutscher und türkischer Staatsangehörigkeit entscheiden. Nehmen wir weiter an, dass sich unser Ehepaar erfolgreich integriert hat, die Kinder sprechen perfekt Deutsch und mäßig Türkisch. Im Laufe der Jahre haben sich Eltern und Kindern entfremdet. Denn die Eltern können ihrem im deutschen Wohlstand groß gewordenen Nachwuchs nicht recht vermitteln, wie es früher war, arm in Anatolien. Die Kinder wiederum halten die Heimatgefühle ihrer Eltern womöglich für sentimental, ihr eigener Bezug zur Türkei ist dünn, was die Eltern kränkt.

Oder aber die Kinder, die sich in Deutschland selbstverständlich und selbstbewusst bewegen, fühlen sich von der Überangepasstheit ihrer Eltern abgestoßen und entwickeln aus Trotz eine etwas fadenscheinige, aber überintensive Heimatliebe zur Türkei, vielleicht werden sie fromm. Es geht bei alledem um Identität, Familie, Lebenssinn, Treue - eine heikle Mischung.

Deutsch, jawoll! Zwei Pässe? Lieber setzt Merkel türkische Familien unter Druck

In all das wirft nun der deutsche Staat seinen Brandbeschleuniger hinein, indem er von den Kindern verlangt: Entscheidet euch! Verletzt die Herkunftsliebe eurer Eltern, indem ihr Deutsche werdet! Oder: Kränkt ihre Integrationsleistung, indem ihr den deutschen Pass wegwerft. Wie, Frau Merkel, würden Sie entscheiden?

Load-Date: February 21, 2013

End of Document

"Ein EM-Boykott hilft den Menschen in den Gefängnissen nicht"; Sportler, Funktionäre und Fans müssen sich zur Ukraine äußern, fordert der Chef von Amnesty Deutschland. Im Interview beklagt er zudem die Flüchtlingspolitik der EU.

ZEIT-online

Donnerstag 24. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: MENSCHENRECHTE; Ausg. 22

Length: 1031 words

Byline: Andreas Clasen

Body

ZEIT ONLINE : Am Wochenende findet das Finale des Eurovision Song Contest (ESC) in Aserbaidschan statt, einem Land, in dem laut Amnesty-Report die Meinungsfreiheit unterdrückt wird, Regierungskritiker grundlos eingesperrt werden. Der richtige Austragungsort?

Wolfgang Grenz : Die Austragung des Eurovision Song Contest in Baku kann unter Umständen hilfreich sein, weil es das Medieninteresse für ein sonst kaum im Scheinwerferlicht stehenden Landes weckt. Dazu muss die Presse dann aber natürlich auch über die Probleme berichten. Abgesehen davon sollte man aber im Vorfeld konkrete Bedingungen stellen, bevor man solche Großveranstaltungen an Staaten mit Menschenrechtsproblemen vergibt.

ZEIT ONLINE: Was für Bedingungen?

Grenz : Bei Fußball-Weltmeisterschaften müssen die Stadien festgelegte Kriterien erfüllen, ansonsten kann da der Wettbewerb nicht stattfinden. Warum sollten nicht auch ein Formel-1-Rennen, eine Fußball-WM oder Olympische Spiele verlegt werden können, wenn das Gastgeberland es bis zu einer Frist nicht schafft, die Einhaltung von Menschenrechten zu garantieren?

ZEIT ONLINE: Hieße das, keine Fußball-EM in der Ukraine?

Grenz : Die Ukraine ist ein Sonderfall. Zur Zeit der Vergabe, 2007, entwickelte sich die Menschenrechtssituation in dem Land eher positiv. Das hat sich seit 2010 geändert. Und da geht es nicht nur um die inhaftierte Oppositionsführerin Julia Timoschenko. In der Ukraine kommt es allgemein zu Misshandlungen und Folter in Polizeihaft. Die Presse wird zensiert. Und Bürger, die das kritisieren oder Korruption beklagen, werden mit fadenscheinigen Anschuldigungen überzogen, verurteilt und ins Gefängnis gesteckt.

ZEIT ONLINE: Sollte man die EM deshalb boykottieren?

"Ein EM-Boycott hilft den Menschen in den Gefängnissen nicht" Sportler, Funktionäre und Fans müssen sich zur Ukraine äußern, fordert der Chef von Amnesty Deutsc....

Grenz : Das würde den Menschen in den Gefängnissen auch nicht helfen. Die Medien, Sportler, Funktionäre, Politiker und Fans tragen jetzt vielmehr eine besondere Verantwortung, nicht die Augen vor diesen Problemen zu verschließen, sondern Stellung zu beziehen. Und besonders wichtig: Der dadurch entstehende Druck auf die Regierung in Kiew muss auch bestehen bleiben, wenn die EM vorüber ist.

ZEIT ONLINE: Können Großveranstaltungen überhaupt die Menschenrechtsituation in einem Land verbessern?

Grenz : Das Internationale Olympische Komitee hat genau das bei der Vergabe der Olympischen Spiele an China per se behauptet - aber das war und ist eine Fehleinschätzung. Nach den Spielen 2008 hat sich die Lage in China sogar verschärft, gerade auch im Zuge des Arabischen Frühlings 2011. Nur ein kleines Beispiel: In Tunesien ist der Umschwung als "Jasminrevolution" bezeichnet worden. Daraufhin haben sich in China Menschen übers Internet zum Jasmin-Teetee-Trinken verabredet. Aber selbst das ist verboten worden, weil die Regierung Angst hatte, die Teetrinker kämen vielleicht auf revolutionäre Gedanken.

ZEIT ONLINE: Sie sprechen den Arabischen Frühling an. Was sagt da der Report? Wie hat sich die Menschenrechtslage in den Ausgangsländern dieser Bewegung, Tunesien und Ägypten, entwickelt?

Grenz : In Tunesien hat sich schon viel zum Positiven gewendet. Politische Gefangene wurden freigelassen. Die Meinungsfreiheit ist dank vieler neuer Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkanstalten viel stärker ausgeprägt. Allerdings werden immer noch Journalisten wegen angeblicher Verletzungen religiöser Gefühle angeklagt.

ZEIT ONLINE: Und Ägypten?

Grenz : Das Land bereitet uns große Sorgen. Die Menschenrechtsverletzungen unter dem gestürzten ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak sind nicht aufgeklärt worden. Unter dem Obersten Militärtribunal werden Inhaftierte teilweise immer noch gefoltert. 12.000 Bürger wurden von der Militärjustiz strafrechtlich verfolgt oder nicht vor Zivilgerichte sondern vor Militärgerichte gestellt, mehr als während Mubaraks 30-jähriger Herrschaft.

ZEIT ONLINE : Wie hat sich die Menschenrechtslage in Deutschland entwickelt?

Grenz : Wir haben vor zwei Jahren eine Kampagne gestartet, in der wir eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten forderten, weil es viele Fälle gibt, in denen nicht festgestellt werden konnte, welcher Polizist genau sich zum Beispiel gegen Demonstranten rechtswidrig verhalten hatte. Aber mittlerweile hat das Land Berlin eine solche Pflicht, in Brandenburg kommt sie und in den Koalitionsvereinbarungen von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bremen steht sie ebenfalls. Das ist ein Fortschritt.

ZEIT ONLINE: Gibt es auch Rückschritte?

Grenz : Negativ bewerten wir auf jeden Fall im Bereich der Flüchtlingspolitik die Unterstützung der Bundesregierung für eine Politik, die wir "Festung Europa" nennen. Das ist eine reine Abschottungspolitik mit starken Grenzkontrollen, die keine legalen Migrationsmöglichkeiten bietet und so Menschen in Not zwingt, sehr gefährliche Wege zu wählen, um nach Europa zu gelangen.

ZEIT ONLINE: Im Report steht, 1.500 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, seien 2011 auf dem Weg von Nordafrika übers Mittelmeer nach Europa ums Leben gekommen. Tragen die EU, Deutschland dafür eine Mitverantwortung?

Grenz : Aus unserer Sicht schon. Europa ist einfach gefordert, dass Menschen nicht diese lebensgefährlichen Wege gehen müssen. Zudem ist es zwar erst einmal die Entscheidung eines jeden Staates, wen er aufnimmt und wen nicht. Aber diese Regel wird durchbrochen, wenn jemand sagt: "Ich bin Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention." Dann muss ein Überprüfungsverfahren stattfinden. Und diesen Grundsatz haben die EU-Staaten oft verletzt.

"Ein EM-Boycott hilft den Menschen in den Gefängnissen nicht" Sportler, Funktionäre und Fans müssen sich zur Ukraine äußern, fordert der Chef von Amnesty Deutsc....

ZEIT ONLINE: Die Probleme in Aserbaidshan haben es dank ESC in die Medien geschafft. Gibt es ein Beispiel für ein Land, in dem sich die Menschenrechtslage 2011 besonders negativ entwickelte, ohne dass es bisher wahrgenommen wurde?

Grenz : Ein Land, das besonders schlecht abschneidet, ist Äthiopien. Die Meinungsfreiheit wird dort brutal unterdrückt. Oppositionspolitiker und Journalisten werden festgenommen und wegen Terrorismus und Hochverrats angeklagt und verurteilt. Der Staat verbietet die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen. Es gibt Massenvertreibungen ohne jegliche Entschädigungen nachdem riesige Landflächen an ausländische Firmen verpachtet wurden. Da hat sich die Situation doch erheblich verschärft.

Load-Date: May 25, 2012

End of Document

Wofür stehen wir?; Angesichts von Armut und militärischen Konflikten fragt Präsident Gauck zu Recht, ob wir tun, was wir könnten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, LEITARTIKEL; Wofür stehen wir?; S. 1; Ausg. 42

Length: 900 words

Byline: Jörg Lau

Body

Kundus im Norden Afghanistans und die Insel Lampedusa im südlichen Mittelmeer sind 5000 Kilometer weit voneinander entfernt. An beiden Orten sind dieser Tage Dinge geschehen, die Deutschlands Außenpolitik verändern werden.

Der Ehrenhain für die deutschen Soldaten ist abgebaut, das schwere Gerät verpackt, das Lager übergeben. Deutschland zieht sich aus Afghanistan zurück und beendet einen Kriegseinsatz, der kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Die Erleichterung darüber wird allerdings vom Erschrecken über den grauenvollen Tod der **Flüchtlinge** im Mittelmeer überschattet: Hunderte sind ertrunken beim Versuch, Europa zu erreichen - das Mittelmeer ein Massengrab. Dass es auch unsere Grenze ist, an der dies geschah, beginnt sich herumzusprechen.

Kundus und Lampedusa markieren zwei Holzwege der Außenpolitik. Einmischung wie Abschottung sind gescheitert: In Afghanistan ist nach zwölf Jahren nicht mal das Minimalziel einigermaßen stabiler Verhältnisse in Sicht. In den kalten Wassern vor Lampedusa ist die Illusion untergegangen, Einwanderung ließe sich zu einem menschlich erträglichen Preis quasimilitärisch mit Patrouillenbooten, Hubschraubern und Drohnen der EU-Agentur Frontex verhindern. Wenn weder Interventionismus noch Abgrenzung funktionieren - was nun?

Joachim Gauck hat in seiner bisher stärksten Rede die entscheidenden Fragen gestellt, passenderweise zum Tag der Deutschen Einheit. Mitten hinein in die Regierungsbildung erinnert er daran, dass es neben Mindestlohn, Reichensteuer und Pkw-Maut noch etwas Grundlegendes zu sondieren gibt: Wer wollen wir künftig sein in der Welt? Für welche Werte stehen wir mit welchen Mitteln ein? Sind wir uns des wachsenden Einflusses bewusst, den Deutschlands Erfolg mit sich bringt? Kurz, tun wir genug oder wenigstens: so viel wir können?

Die deutsche Rolle in der Welt muss neu bestimmt werden

Es sei illusionär, zu glauben, so Gauck, »wir könnten verschont bleiben von den politischen und ökonomischen, den ökologischen und militärischen Konflikten, wenn wir uns an deren Lösung nicht beteiligen«. Das ist eine Spitze gegen die deutsche Lebenslüge, man stehe für die »Kultur der militärischen Zurückhaltung«, während

Wofür stehen wir? Angesichts von Armut und militärischen Konflikten fragt Präsident Gauck zu Recht, ob wir tun, was wir könnten

Briten, Franzosen und Amerikaner von Natur aus schießwütig seien - siehe Libyen, Mali, Syrien. Nun aber, wird in Berlin voller Genugtuung verzeichnet, würden alle immer »deutscher«: Selbst Cameron und Obama haben ja schließlich ihre Parlamente über den geplanten Syrien-Einsatz befragt, mit bekanntem Ergebnis.

Es stimmt, dass die anderen westlichen Nationen sich uns annähern, was die Scheu vor militärischer Gewalt angeht. Gut so! Allerdings heißt das im Gegenzug, dass die sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei nicht mehr funktioniert. Berlin hat gegenüber Assad und im Konflikt mit dem Iran stets politische Lösungen angemahnt - wohl wissend, dass sie ohne militärischen Druck der Partner nicht zustande kommen können. Erst nach Entsicherung der Cruise Missiles war Assad bereit, die Chemiewaffen aufzugeben. Die Verhandlungsbereitschaft des Irans ist ohne Sanktionen und Israels Kriegsdrohung nicht zu verstehen.

Wenn die Heuchelei darüber aufhörte, wäre schon viel gewonnen. Aber es geht um mehr, und dafür ist nicht der Bundespräsident zuständig, sondern die künftige Regierung. Die deutsche Rolle in der Welt muss angesichts dreier Herausforderungen neu bestimmt werden: Neben dem Ende des Interventionismus sind das der Aufstieg nicht westlicher Mächte und die Tatsache, dass wir jederzeit von fernsten Konflikten eingeholt werden können - nicht nur durch Terrorismus, sondern auch durch Migrationswellen.

Den Aufstieg der nicht westlichen Mächte muss Deutschland nicht fürchten, sondern mitgestalten. Steigender Wohlstand in Asien ist gut für uns, weil er Stabilität und Chancen schafft. Deutschland profitiert von einer Weltordnung, in der Redefreiheit, Gewaltenteilung, demokratische Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit gelten. Es wäre darum selbstschädigend, das Konzept einer anderen Moderne zu akzeptieren, in der vermeintlich »chinesische« oder »russische« Werte als Ausrede für autokratische Unterdrückung herhalten. Aufstrebende Mächte wie China können wir nur als »Partner für die internationale Ordnung« gewinnen, wie Gauck formuliert, wenn wir selbstbewusst unsere Werte vertreten.

Und dabei kommt die europäische Flüchtlingspolitik ins Spiel. Deutschland müsste für einen neuen Konsens kämpfen, der Humanität und Common Sense vereint. Die Flüchtlingszahlen steigen, aber sie sind eben nicht apokalyptisch, wie der deutsche Innenminister gerne insinuiert. Europa kann mehr Menschen aufnehmen, sie besser verteilen und einen legalen Weg zur Einreise öffnen, der den Schleppern wenigstens einen Teil der Kundschaft nimmt.

Es ist ein Teil des Problems, dass dieses Thema entweder hyperventilierend moralistisch oder bloß schnoddrig sicherheitspolitisch behandelt wird, als müsse man entweder alle aufnehmen oder alle abwehren. Der Schiffbruch von Lampedusa sollte Anlass sein, damit Schluss zu machen. Er ist zu gleichen Teilen eine moralische wie politische Katastrophe. Er unterminiert Europas Glaubwürdigkeit und damit auch unseren Einfluss in der Welt. Wenn Menschenleben hier bei uns so wenig zählen, können wir uns nämlich künftig Reden über europäische Werte sparen.

VON JÖRG LAU

Load-Date: March 25, 2022